# STAATSANZEIGER

## FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1983 | MONTAG, 3. JANUAR 1983 | Nr. 1


**Ergänzungen zum bisherigen „Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion STARKENBURG — sachlicher Teilplan —" als räumlicher und sachlicher Teilplan für die Planungsregion SÜDHESSEN.** Ab Seite 24


Seite

**Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei**

Erteilung des Exequaturs an Herrn Mostefa Meghraoui, Generalkonsul der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Frankfurt am Main .... 2

Verleihung von Grubenwehr-Ehrenzeichen ..... 2

**Der Hessische Minister des Innern**

Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte; hier: Anordnung, Genehmigung von Mehrarbeit und Zahlung von Mehrarbeitsvergütung.. 2

50. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 22. 11. 1982, Tarifvertrag vom 22. 11. 1982 ..... 2

Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Büdingen, Wetteraukreis ..... 5

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises ..... 5

Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes ..... 5

Ausführung des § 16 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ..... 13

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Bromskirchen, Landkreis Waldeck-Frankenberg ..... 13

Genehmigung eines Wappens der Stadt Staufenberg, Landkreis Gießen 13

Änderung der Grenze zwischen der Stadt Hünfeld und der Gemeinde Rasdorf im Landkreis Fulda ..... 13

Wartungs- und Instandsetzungsdienst der Vollzugspolizei ..... 13

**Der Hessische Minister der Finanzen**

Steuerbevollmächtigtenprüfung ..... 17

Seite

**Der Hessische Kultusminister**

Erhebung der Religionsgemeinschaftssteuer im Jahre 1983 im hessischen Anteil der Freireligiösen Gemeinde Mainz ..... 18

Verordnung über die Essenpreise für die Bediensteten des Studentenwerks Marburg in den Mensen des Studentenwerks Marburg vom 13. 12. 1982 .. 18

Verordnung über die Beiträge der Studenten für das Studentenwerk Frankfurt am Main vom 13. 12. 1982 18

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**

Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen; hier: Richtlinien über das Verfahren nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen ..... 18

Öffentliche Aufforderung gemäß § 149 Abs. 2 Bundesberggesetz ..... 19

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises ..... 22

**Der Hessische Sozialminister**

Tierseuchenbeiträge für das Jahr 1983 22

**Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten**

Durchführung von Waldwertschätzungen ..... 23

Ergänzungen zum bisherigen „Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion Starkenburg — sachlicher Teilplan —" als räumlicher und sachlicher Teilpan für die Planungsregion Südhessen ..... 24

**Der Landeswahlleiter für Hessen**

Landtagswahl am 26. 9. 1982; hier: Entsperrung der Wahlgeräte ..... 47

Seite

**Personalnachrichten**

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern ..... 47

Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz ..... 47

Im Bereich des Hessischen Kultusministers ..... 48

Im Bereich des Hessischen Sozialministers ..... 49

Im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten ..... 49

**Die Regierungspräsidenten**

DARMSTADT

Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Hammersbach, Main-Kinzig-Kreis ..... 49

Vorhaben der Firma Nukem GmbH, 6450 Hanau 11 ..... 49

Genehmigung der „Hermann Willkomm-Stiftung", Sitz in Frankfurt am Main ..... 50

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises ..... 50

GIESSEN

**Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung „Glückauf", Sitz in Lollar, Landkreis Gießen, vom 7. 12. 1982** ..... 50

**Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Homberg (Ohm)/Stadtteil Deckenbach, Vogelsbergkreis, vom 8. 12. 1982** .... 52

**Buchbesprechungen** ..... 56

**Öffentlicher Anzeiger** ..... 58

Andere Behörden und Körperschaften 71

Stellenausschreibungen ..... 72





**An unsere Bezieher**

Unsere Dauerabonnenten für **Einbanddecken zum „Staatsanzeiger für das Land Hessen"** werden **Anfang Februar** mit dem Jahrgang 1982 (2 Decken) beliefert.

Sollten Sie noch kein Dauerbezieher sein, nehmen wir gern Ihr Abonnement auf.

Auch Einzelbesteller bitten wir um ihre Order, melden Sie uns Ihren Bedarf.

Eine zusätzliche Bestellkartenaktion **entfällt.**

— Vertriebsleitung —

1

## DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

### Erteilung des Exequaturs an Herrn Mostefa Meghraoui, Generalkonsul der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Frankfurt am Main

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Frankfurt ernannten Herrn Mostefa Meghraoui am 10. Dezember 1982 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Bundesgebiet.

Wiesbaden, 15. Dezember 1982

**Der Hessische Ministerpräsident**
P 12 — 2 a 10/07

*StAnz. 1/1983 S. 2*

2

### Verleihung von Grubenwehr-Ehrenzeichen

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag das Grubenwehr-Ehrenzeichen an folgende besonders verdiente Männer verliehen:

**Grubenwehr-Ehrenzeichen in Gold**

Braun, Erwin, Ahnatal
Braunholz, Hans, Neuhof
Diegelmann, Josef, Neuhof
Firnhaber, Gerhard, Philippsthal
Hübner, Alfred, Neuhof
Ibel, Rudi, Waldbrunn
Kruppa, Georg, Hess. Lichtenau
Pforr, Hans, Philippsthal
Wiederer, Erhard, Niestetal
Zimmermann, Heinrich, Philippsthal

Wiesbaden, 16. Dezember 1982

**Der Hessische Ministerpräsident**
P 1 2 4 — 14e 04/01

*StAnz. 1/1983 S. 2*

3

## DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

### Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte;

hier: Anordnung, Genehmigung von Mehrarbeit und Zahlung von Mehrarbeitsvergütung

Bezug: Erlasse vom 23. Juni 1972 (StAnz. S. 1234), 15. November 1972 (StAnz. S. 2051), 13. September 1974 (StAnz. S. 1823) und 16. Februar 1976 (StAnz. S. 430)

In Ergänzung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministers des Innern zur Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte vom 6. August 1974 (GMBl. S. 386 = StAnz. S. 1823) gebe ich zur Durchführung dieser Verordnung im staatlichen Bereich einschließlich des polizeilichen Vollzugsdienstes folgende Hinweise:

1. Zuständig für die Anordnung und Genehmigung von Mehrarbeit ist der Behördenleiter. Dies gilt auch für die Feststellung, daß die Mehrarbeit aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht durch Dienstbefreiung innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden kann. Die obersten Dienstbehörden können diese Befugnisse jedoch übergeordneten Behörden übertragen.

   Im Bereich der Polizei sind für die Anordnung und Genehmigung von Mehrarbeit diejenigen Behörden- oder Dienststellenleiter zuständig, denen die Erteilung von Urlaub und Dienstbefreiung obliegt.

2. Wenn schon bei der Anordnung der Mehrarbeit anzunehmen ist, daß sie nicht durch Dienstbefreiung innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden kann, ist die vorherige Zustimmung der obersten Dienstbehörde einzuholen. Soweit die Notwendigkeit zur Leistung von Mehrarbeit voraussichtlich für mehrere Monate besteht, kann in besonderen Ausnahmefällen die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen eine generelle Zustimmung zur Anordnung von Mehrarbeit erteilen.

   Im Bereich der Polizei wird hiermit für dienstlich unumgänglich notwendige Mehrarbeit die generelle Zustimmung erteilt.

3. In den Fällen des § 2 Abs. 2 Nr. 4 oder Nr. 5 der Verordnung ist im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Vorschriften die Mehrarbeit nur mit vorheriger Zustimmung des Ministers des Innern und des Ministers der Finanzen anzuordnen.

4. Eine Mehrarbeit von mehr als fünf Stunden im Monat, die nicht durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann, führt zu Mehrbelastungen des Haushalts. Daher ist bei der Prüfung, ob zwingende dienstliche Gründe die Mehrarbeit erfordern, ein besonders strenger Maßstab anzulegen.

5. Zahlung der Mehrarbeitsvergütung

5.1 Die Vergütung wird monatlich gezahlt.

5.2 Die Beschäftigungsstellen teilen die in einem Kalendermonat abgeleisteten und schriftlich angeordneten oder genehmigten Mehrarbeitsstunden, die nicht durch Dienstbefreiung innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden können, den zur Anweisung zuständigen Stellen nach Ablauf dieser Frist mit. Diese weisen die zuständigen Kassen (mit Einzelanweisung) zur Zahlung an. Soweit von vornherein feststeht, daß ein Freizeitausgleich aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist und daher die Vergütung bereits vor Ablauf von drei Monaten gezahlt werden kann, erfolgt die Mitteilung nach Ablauf des Kalendermonats, in dem die Mehrarbeit geleistet wurde.

5.3 Für die Mitteilung nach Nr. 5.2 ist der bei der Landesbeschaffungsstelle Hessen aufgelegte Vordruck „2.74" zu verwenden.

5.4 Die Mehrarbeitsvergütungen sind in den zuständigen Einzelplänen und Kapiteln bei Titel 422 03 zu buchen.

5.5 Die Kassen zeigen die gezahlten Mehrarbeitsvergütungen mittels einer Durchschrift der Einzelkassenanweisung der Zentralen Besoldungsstelle Hessen zur Mitversteuerung an.

Meine o. a. Erlasse werden hiermit aufgehoben.

Dieses Rundschreiben ergeht im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 9. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
I B 22 — P 1537 A — 1
— Gült.-Verz. 3237 —

*StAnz. 1/1983 S. 2*

4

### a) 50. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 22. November 1982

### b) Tarifvertrag vom 22. November 1982

Die vorbezeichneten Tarifverträge gebe ich hiermit bekannt.

Durch den unter a) genannten 50. Änderungstarifvertrag zum BAT werden die Vorschriften der Sonderregelung 2a und Sonderregelung 2c BAT sowie (für den Bundesbereich) der Sonderregelung 2e III BAT über den Bereitschaftsdienst mit Wirkung vom 1. Januar 1983 geändert. Er geht nur den zuständigen Ressorts, dem Hessischen Rechnungshof und den Rechnungsprüfungsämtern mit Vollzugshinweisen gesondert zu.

Der unter b) genannte Tarifvertrag ist nur mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) — Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) — Marburger Bund (MB) — abgeschlossen. Durch den Tarifvertrag werden die von der Tarifgemeinschaft gekündigten Tarifvorschriften zu den Sonderregelungen 2a, 2b, 2c, 2e III BAT zur Schaffung klarer Rechtsverhältnisse vorsorglich mit Wirkung vom 1. April 1982 wieder in Kraft gesetzt.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 20. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
I B 41 — P 2100 A — 600

*StAnz. 1/1983 S. 2*

## 50. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 22. November 1982

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, vertreten durch den Vorstand, einerseits, und pp. andererseits*) wird folgendes vereinbart:

### § 1
### Änderung des BAT

Der Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961, zuletzt geändert durch den 49. Tarifvertrag zur Änderung des BAT vom 17. Mai 1982, wird wie folgt geändert:

1. Nr. 6 Abschn. B SR 2a wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 4 erhält die folgende Fassung:
      „(4) Die nach Abs. 2 errechnete Arbeitszeit kann bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Arbeitsbefreiung abgegolten werden (Freizeitausgleich). Für den Freizeitausgleich ist eine angefangene halbe Stunde, die sich bei der Berechnung nach Abs. 2 ergeben hat, auf eine halbe Stunde aufzurunden."
   b) Abs. 5 Unterabs. 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird das Wort „Kalenderjahres" durch das Wort „Kalenderhalbjahres" ersetzt.
      bb) Satz 2 wird gestrichen.
   c) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
      aa) Es werden die folgenden Unterabs. 2 und 3 eingefügt:
      „Leistet der Angestellte in der Regel nur Rufbereitschaft und nicht auch Bereitschaftsdienst, dürfen im Kalendermonat nicht mehr als zwölf Rufbereitschaften angeordnet werden. Diese Zahl darf überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.
      Die anfallenden Rufbereitschaften sollen auf die an der Rufbereitschaft teilnehmenden Angestellten gleichmäßig verteilt werden."
      bb) In Unterabs. 5 werden die Worte „entsprechender Freizeitausgleich gewährt wird" durch die Worte „entsprechende Arbeitsbefreiung gewährt wird (Freizeitausgleich)" ersetzt.
   d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:
      aa) Unterabs. 1 erhält die folgende Fassung:
      „Im Kalendermonat dürfen
      in den Stufen A und B nicht mehr als sieben,
      in den Stufen C und D nicht mehr als sechs
      Bereitschaftsdienste angeordnet werden. Diese Zahlen dürfen vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre. Leistet der Angestellte auch Rufbereitschaft, ist dies bei Anwendung des Satzes 1 in der Weise zu berücksichtigen, daß zwei Rufbereitschaften als ein Bereitschaftsdienst gelten."
      bb) In Unterabs. 2 werden in Satz 1 das Wort „soll" durch das Wort „darf" ersetzt und in Satz 2 die Worte „; diese Ruhezeit kann auch mit einem dienstplanmäßig freien Tag zusammenfallen" gestrichen.
      cc) Unterabs. 3 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
      „Wird der Angestellte an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — von mindestens siebeneinhalb Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder D herangezogen, der mindestens zwölf Stunden dauert, soll ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden gewährt werden; dies gilt nicht, wenn bei Gewährung der Ruhezeit die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.
      Unterabs. 3 gilt entsprechend nach einer mindestens 24stündigen ununterbrochenen Inanspruchnahme durch Arbeit und Bereitschaftsdienst zwischen 6 Uhr an einem Sonntag oder einem Wochenfeiertag und 9 Uhr am folgenden Tag.
      Unbeschadet der Unterabs. 3 und 4 ist, von Notfällen abgesehen, dem Angestellten nach einem Bereitschaftsdienst von mindestens zwölf Stunden in dem erforderlichen Umfang Arbeitsbefreiung zu gewähren, wenn er nachweist, daß seine Inanspruchnahme während des Bereitschaftsdienstes über 50 v. H. hinausgegangen ist. Die Zeit der Arbeitsbefreiung ist Freizeitausgleich im Sinne des Abs. 4.
      Der Angestellte, der ständig Wechselschichtarbeit (§ 15 Abs. 8 Unterabs. 6) zu leisten hat, soll im Anschluß an eine Nachtschicht nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden."
   e) Abs. 8 wird wie folgt geändert:
      aa) In Unterabs. 1 Satz 1 werden die Worte „der Abs. 2 Buchst. b und 7" durch die Worte „des Absatzes 2 Buchst. b und des Absatzes 7 Unterabs. 1" ersetzt.
      bb) In Unterabs. 3 werden die Worte „Absatzes 7" durch die Worte „Absatzes 6 Unterabs. 2 und des Absatzes 7 Unterabs. 1 Satz 3" ersetzt.
      cc) Es werden die folgenden Unterabsätze angefügt:
      „Die Ruhezeiten im Sinne des Abs. 7 Unterabs. 2 bis 4 können auch mit dienstplanmäßig freien Tagen zusammenfallen. Sie sollen, soweit möglich, zum Freizeitausgleich nach Abs. 4 verwendet werden.
      Für die Zeiten eines Freizeitausgleichs nach Abs. 4, Abs. 6 Unterabs. 5 und Abs. 7 Unterabs. 5 werden die Vergütung (§ 26) und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen fortgezahlt."
2. Nr. 8 SR 2c wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 4 erhält die folgende Fassung:
      „(4) Die nach Abs. 2 errechnete Arbeitszeit kann bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Arbeitsbefreiung abgegolten werden (Freizeitausgleich). Für den Freizeitausgleich ist eine angefangene halbe Stunde, die sich bei der Berechnung nach Abs. 2 ergeben hat, auf eine halbe Stunde aufzurunden."
   b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 wird das Wort „Kalenderjahres" durch das Wort „Kalenderhalbjahres" ersetzt.
      bb) Satz 3 wird gestrichen.
   c) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
      aa) Es werden die folgenden Unterabs. 2 und 3 eingefügt:
      „Leistet der Arzt in der Regel nur Rufbereitschaft und nicht auch Bereitschaftsdienst, dürfen im Kalendermonat nicht mehr als zwölf Rufbereitschaften angeordnet werden. Diese Zahl darf überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.
      Die anfallenden Rufbereitschaften sollen auf die an der Rufbereitschaft teilnehmenden Ärzte gleichmäßig verteilt werden."
      bb) In Unterabs. 5 werden die Worte „entsprechender Freizeitausgleich gewährt wird" durch die Worte „entsprechende Arbeitsbefreiung gewährt wird (Freizeitausgleich)" ersetzt.
   d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:
      aa) Unterabs. 1 erhät die folgende Fassung:
      „Im Kalendermonat dürfen
      in den Stufen A und B nicht mehr als sieben,
      in den Stufen C und D nicht mehr als sechs
      Bereitschaftsdienste angeordnet werden. Diese Zahlen dürfen vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre. Leistet der Arzt auch Rufbereitschaft, ist dies bei Anwendung des Satzes 1 in der Weise zu berücksichtigen, daß zwei Rufbereitschaften als ein Bereitschaftsdienst gelten."
      bb) In Unterabs. 2 werden in Satz 1 das Wort „soll" durch das Wort „darf" ersetzt und in Satz 2 die Worte „; diese Ruhezeit kann auch mit einem dienstplanmäßig freien Tag zusammenfallen" gestrichen.
      cc) Unterabs. 3 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
      „Wird der Arzt an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — von mindestens siebeneinhalb Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder D herangezogen, der mindestens zwölf Stunden dauert,

*) **Anmerkung:**
der Tarifvertrag ist — gleichlautend — jeweils getrennt vereinbart mit:
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und mit
der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD), Marburger Bund (MB) —

soll ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden gewährt werden; dies gilt nicht, wenn bei Gewährung der Ruhezeit die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.

Unterabs. 3 gilt entsprechend nach einer mindestens 24stündigen ununterbrochenen Inanspruchnahme durch Arbeit und Bereitschaftsdienst zwischen 6 Uhr an einem Sonntag oder einem Wochenfeiertag und 9 Uhr am folgenden Tag.

Unbeschadet der Unterabs. 3 und 4 ist, von Notfällen abgesehen, dem Arzt nach einem Bereitschaftsdienst von mindestens zwölf Stunden in dem erforderlichen Umfang Arbeitsbefreiung zu gewähren, wenn er nachweist, daß seine Inanspruchnahme während des Bereitschaftsdienstes über 50 v. H. hinausgegangen ist. Die Zeit der Arbeitsbefreiung ist Freizeitausgleich im Sinne des Abs. 4.

Der Arzt, der ständig Wechselschichtarbeit (§ 15 Abs. 8 Unterabs. 6) zu leisten hat, soll im Anschluß an eine Nachtschicht nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden."

e) Abs. 8 wird wie folgt geändert:

aa) In Unterabs. 1 Satz 1 werden die Worte „der Abs. 2 Buchst. b und 7" durch die Worte „des Abs. 2 Buchst. b und des Abs. 7 Unterabs. 1" ersetzt.

bb) In Unterabs. 3 werden die Worte „Absatzes 7" durch die Worte „Absatzes 6 Unterabs. 2 und des Absatzes 7 Unterabs. 1 Satz 3" ersetzt.

cc) Es werden die folgenden Unterabsätze angefügt:

„Die Ruhezeiten im Sinne des Abs. 7 Unterabs. 2 bis 4 können auch mit dienstplanmäßig freien Tagen zusammenfallen. Sie sollen, soweit möglich, zum Freizeitausgleich nach Abs. 4 verwendet werden.

Für die Zeiten eines Freizeitausgleichs nach Abs. 4, Abs. 6 Unterabs. 5 und Abs. 7 Unterabs. 5 werden die Vergütung (§ 26) und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen fortgezahlt."

3. Nr. 8 Abschn. B SR 2 e III wird wie folgt geändert:

a) Abs. 4 erhält die folgende Fassung:

„(4) Die nach Abs. 2 errechnete Arbeitszeit kann bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Arbeitsbefreiung abgegolten werden (Freizeitausgleich). Für den Freizeitausgleich ist eine angefangene halbe Stunde, die sich bei der Berechnung nach Abs. 2 ergeben hat, auf eine halbe Stunde aufzurunden."

b) Abs. 5 Unterabs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Kalenderjahres" durch das Wort „Kalenderhalbjahres" ersetzt.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

c) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

aa) Es werden die folgenden Unterabs. 2 und 3 eingefügt:

„Leistet der Angestellte in der Regel nur Rufbereitschaft und nicht auch Bereitschaftsdienst, dürfen im Kalendermonat nicht mehr als zwölf Rufbereitschaften angeordnet werden. Diese Zahl darf überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.

Die anfallenden Rufbereitschaften sollen auf die an der Rufbereitschaft teilnehmenden Angestellten gleichmäßig verteilt werden."

bb) In Unterabs. 5 werden die Worte „entsprechender Freizeitausgleich gewährt wird" durch die Worte „entsprechende Arbeitsbefreiung gewährt wird (Freizeitausgleich)" ersetzt.

d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

aa) Unterabs. 1 erhält die folgende Fassung:

„Im Kalendermonat dürfen

in den Stufen A und B nicht mehr als sieben,
in den Stufen C und D nicht mehr als sechs

Bereitschaftsdienste angeordnet werden. Diese Zahlen dürfen vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre. Leistet der Angestellte auch Rufbereitschaft, ist dies bei Anwendung des Satzes 1 in der Weise zu berücksichtigen daß zwei Rufbereitschaften als ein Bereitschaftsdienst gelten."

bb) In Unterabs. 2 werden in Satz 1 das Wort „soll" durch das Wort „darf" ersetzt und in Satz 2 die Worte „; diese Ruhezeit kann auch mit einem dienstplanmäßig freien Tag zusammenfallen" gestrichen.

cc) Unterabs. 3 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:

„Wird der Angestellte an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — von mindestens siebeneinhalb Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder D herangezogen, der mindestens zwölf Stunden dauert, soll ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden gewährt werden; dies gilt nicht, wenn bei Gewährung der Ruhezeit die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre.

Unterabs. 3 gilt entsprechend nach einer mindestens 24stündigen ununterbrochenen Inanspruchnahme durch Arbeit und Bereitschaftsdienst zwischen 6 Uhr an einem Sonntag oder einem Wochenfeiertig und 9 Uhr am folgenden Tag.

Unbeschadet der Unterabs. 3 und 4 ist, von Notfällen abgesehen, dem Angestellten nach einem Bereitschaftsdienst von mindestens zwölf Stunden in dem erforderlichen Umfang Arbeitsbefreiung zu gewähren, wenn er nachweist, daß seine Inanspruchnahme während des Bereitschaftsdienstes über 50 v. H. hinausgegangen ist. Die Zeit der Arbeitsbefreiung ist Freizeitausgleich im Sinne des Abs. 4.

Der Angestellte, der ständig Wechselschichtarbeit (§ 15 Abs. 8 Unterabs. 6) zu leisten hat, soll im Anschluß an eine Nachtschicht nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden."

e) Abs. 8 wird wie folgt geändert:

aa) In Unterabs. 1 Satz 1 werden die Worte „der Abs. 2 Buchst. b und 7" durch die Worte „des Abs. 2 Buchst. b und des Abs. 7 Unterabs. 1" ersetzt.

bb) In Unterabs. 3 werden die Worte „Absatzes 7" durch die Worte „Absatzes 6 Unterabs. 2 und des Absatzes 7 Unterabs. 1 Satz 3" ersetzt.

cc) Es werden die folgenden Unterabsätze angefügt:

„Die Ruhezeiten im Sinne des Abs. 7 Unterabs. 2 bis 4 können auch mit dienstplanmäßig freien Tagen zusammenfallen. Sie sollen, soweit möglich, zum Freizeitausgleich nach Abs. 4 verwendet werden.

Für die Zeiten eines Freizeitausgleichs nach Abs. 4, Abs. 6 Unterabs. 5 und Abs. 7 Unterabs. 5 werden die Vergütung (§ 26) und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen fortgezahlt."

## § 2
## Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

Köln, 22. November 1982

Es folgen die Unterschriften

### Tarifvertrag vom 22. November 1982

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, vertreten durch den Vorstand, einerseits, und der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) — Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) — Marburger Bund (MB) —, andererseits, wird folgendes vereinbart:

**Einziger Paragraph**

Mit Wirkung vom 1. April 1982 werden wieder in Kraft gesetzt:

1. Nrn. 5 und 6 SR 2 a BAT
2. Nrn. 4 und 5 SR 2 b BAT
3. Nr. 7 SR 2 c BAT
4. Nrn. 7 und 8 SR 2 e III BAT

**Protokollnotiz:**

Zwischen den Tarifvertragsparteien bestehen Meinungsverschiedenheiten, ob die Kündigung der genannten Vorschriften durch die Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst rechtswirksam gewesen ist. Zur Schaffung klarer Rechtsverhältnisse ist unter Aufrechterhaltung der abweichenden Rechtsstandpunkte vorstehende Vereinbarung getroffen worden.

Köln, 22. November 1982

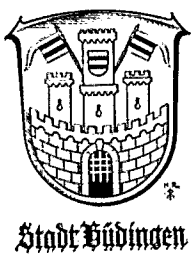
Es folgen die Unterschriften

5

## Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Büdingen, Wetteraukreis

Die Stadt Büdingen im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) berechtigt, das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge zu führen:

**Wappenbeschreibung:**




„In Gold eine rot gequaderte Zinnenmauer mit schwarzem Tor und goldenem Gatter, hinter der ein zweistöckiger, im oberen Stockwerk mit einem silbernen Schild mit zwei schwarzen Balken belegter, roter Turm hervorwächst, beiderseits mit zwei gleichen, jeweils schwarze Balken auf Silber enthaltende Fahnen besteckt. Der Turm ist begleitet von zwei ebenfalls aus der Zinnenmauer herauswachsenden einstökkigen, roten Zinnentürmen, enthaltend, wie der Mittelturm im unteren Stockwerk, je eine Schießscharte."

**Flaggenbeschreibung:**

„Auf rot/gelber Flaggenbahn in der oberen Hälfte aufgelegt das Stadtwappen."

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
IV A 23 — 3 k 06 — 50/82
*StAnz. 1/1983 S. 5*

6

## Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 30. Mai 1979 für Oberinspektor Norbert Müller ausgestellte Dienstausweis Nr. 859 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 16. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
I B 61 — 8 c PA.
*StAnz. 1/1983 S. 5*

7

## Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes

Bezug: Mein Rundschreiben vom 15. Dezember 1982 (StAnz. S. 2424)

Das als Anlage abgedruckte Gemeinsame Rundschreiben des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit und des Bundesministers des Innern vom 17. Dezember 1982 — 512 — 2862 — 005/D II 4 221 — 972/1 — gebe ich nebst den zugehörigen Anlagen 1—4 mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung bekannt.

Zur Einleitung des Überprüfungsverfahrens und der allgemeinen Unterrichtung der Kindergeldberechtigten im **Landesbereich** (vgl. hierzu Teil A Abschn. II Nr. 2 der Anlage) ist vorgesehen, das Schreiben nach Anlage 2 zur Anlage nebst dem Erklärungsvordruck nach Anlage 3 zur Anlage durch die Zentrale Besoldungsstelle Hessen (ZBH) bzw. die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen (ZVL) für deren jeweiligen Zuständigkeitsbereich vorbereiten und an die betroffenen Kindergeldempfänger verteilen zu lassen. Soweit die ZBH nicht selbst Festsetzungsstelle ist, wird sie die vorbereitete Anlage 2 nebst der Anlage 3 den jeweils zuständigen Festsetzungsstellen ihres Bereichs zur Verteilung zuleiten. Soweit im Tarifbereich die Festsetzung noch nicht der ZVL obliegt, hat die Mitteilung an die betroffenen Kindergeldempfänger unter Verwendung der Vordrucke nach Anlagen 2 und 3 durch die jeweils zuständige Festsetzungsstelle zu erfolgen. Den Versorgungsempfängern soll das Schreiben nebst Erklärungsvordruck von der ZBH unmittelbar zugesandt werden.

Sowohl zu dem in Abs. 2 angekündigten Verfahren für den Landesbereich als auch zu dem Verfahren bei der Festsetzug des verminderten Kindergeldes im Landesbereich ergeht in Kürze ein ergänzendes Rundschreiben.

Die vorstehend erwähnten Vordrucke nach Anlage 2 — Mitteilungsschreiben — und Anlage 3 — Erklärungsvordruck — werden von der Landesbeschaffungsstelle Hessen aufgelegt. Eine Bestellung der Vordrucke erübrigt sich auf Grund der vorgesehenen zentralen Vorbereitung für die ZBH, die Festsetzungsstellen in deren Zuständigkeitsbereich sowie für die ZVL.

Wiesbaden, 22. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
I B 21 — P 1513 A — 1
— Gült.-Verz. 94 —
*StAnz. 1/1983 S. 5*

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
512 — 2862 — 005
Der Bundesminister des Innern
D II 4 — 221 — 972/1
Oberste Bundesbehörden
Oberste Dienstbehörden nach dem G 131
Deutsche Bundesbank
Für das Besoldungsrecht/Versorgungsrecht zuständige Minister (Senatoren) der Länder

Bonn 2, 17. Dezember 1982

Betr.: **Zahlung von Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz an Angehörige des öffentlichen Dienstes**

Anlg.: — 4 —

Zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes geben wir im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung folgende Hinweise. Wir bitten sicherzustellen, daß diese Hinweise **unverzüglich** an sämtliche Kindergeldstellen Ihres Geschäftsbereichs — bis zu den Gemeinden, Gemeindeverbänden sowie den bundes- und landesunmittelbaren Rechtsträgern — weitergegeben werden.

A.

**Einkommensabhängige Minderung des Kindergeldes ab 1. Januar 1983**

I.

Hiermit übersenden wir den Text des Art. 12 des noch vor dem Jahresende 1982 zu verkündenden Haushaltsbegleitgesetzes 1983, durch den das Bundeskindergeldgesetz zum 1. Januar 1983 geändert wird (Anlage 1).

II.

Die Kindergeld-Bestandsfälle aus dem Monat Dezember 1982 sind folgendermaßen auf das vom 1. Januar 1983 an geltende Recht umzustellen:

1. Weiterzahlung des ungeminderten Kindergeldes.

   Für Kinder, für die als zweite oder weitere Kinder einem Berechtigten für Dezember 1982 Kindergeld gezahlt wurde, sind ab Januar 1983 zunächst die ungeminderten Kindergeldsätze weiterzuzahlen (§ 44 Abs. 1 Satz 1 BKGG). Dies gilt auch für den Fall, daß nach dem 31. Dezember 1982 eine andere Kindergeldstelle für den Berechtigten zuständig wird. Wenn nach dem 31. Dezember 1982 dagegen in der Person des Berechtigten ein Wechsel eintritt, ist dem neuen Berechtigten für das zweite und jedes weitere Kind bis zur Feststellung der Einkommensverhältnisse zunächst nur der Sockelbetrag zu zahlen.

   Für Kinder, für die als zweite oder weitere Kinder einem Berechtigten nach dem 31. Dezember 1982, jedoch vor Abschluß der Einkommensprüfung, Kindergeld spätestens für die Zeit ab Dezember 1982 bewilligt wird, sind bis zum Abschluß der Einkommensprüfung zunächst nur die Sokkelbeträge zu zahlen. Dasselbe gilt, soweit einem Berechtigten für ein zweites oder weiteres Kind erstmals für die Zeit nach dem 31. Dezember 1982 Kindergeld zu bewilligen ist.

   Nach § 44 Abs. 1 Satz 5 BKGG entfällt die Vorbehaltszahlung, sobald die Voraussetzungen für die Berücksichtigung des zweiten oder weiteren Zahlkindes nach dem 31. Dezember 1982 für mindestens einen Monat fortfallen oder für ein Kind nur noch Kindergeld für ein erstes Kind zu zahlen ist.

   Der im Gesetz genannte Vorbehalt braucht nicht durch einen Bescheid gegenüber den Berechtigten zum Ausdruck gebracht zu werden (§ 44 Abs. 3 BKGG).

2. Einleitung des Überprüfungsverfahrens und allgemeine Unterrichtung des Kindergeldberechtigten.

   Den Beziehern von Kindergeld ist so bald wie möglich ein Schreiben nach dem Muster der Anlage 2 nebst Anlage nach dem Muster der Anlage 3 zuzuleiten. Die im Schreiben zu setzende Erklärungsfrist soll auf längstens einen Monat bemessen werden. An den beiden Mustern dürfen

Korrekturen, die den Informationswert mindern, nicht vorgenommen werden.

Die Vordrucke nach dem Muster der Anlagen 2 und 3 können bei der Bundesdruckerei — Zweigbetrieb Bonn — Pleimesstr. 3—5, 5300 Bonn 1, bezogen werden, und zwar
— Anlage 2 unter Bestellnr. Lg Nr. 4218,
— Anlage 3 unter Bestellnr. Lg Nr. 4219.

3. Einzelheiten des Überprüfungsverfahrens

3.1 Wenn der Berechtigte die ihm gesetzte Frist nicht wahrt, unvollständige Angaben macht oder nicht die erforderlichen Nachweise beibringt, sind ihm vom nächsterreichbaren Zahlungstermin an nur noch die Sockelbeträge zu zahlen, soweit diese nicht durch die gleichzeitig zu erklärende Aufrechnung mit dem Anspruch auf Rückzahlung der seit dem 1. Januar 1983 überzahlten Beträge verbraucht sind.

Die Aufrechnung ist für die Zukunft zu unterlassen, wenn der Berechtigte die ihm auferlegte Pflichten nach § 44 Abs. 1 BKGG nachträglich erfüllt.

3.2 Dem Wunsch eines Berechtigten, ihm nur die Sockelbeträge zu zahlen, ist stets zu entsprechen. Ist bis zur Äußerung des Wunsches ein höheres Kindergeld gezahlt worden, ist der die Sockelbeträge übersteigende Differenzbetrag vom laufenden Kindergeld einzubehalten.

3.3 Solange eine verbindliche Steuerfestsetzung noch aussteht, können nur die Sockelbeträge gezahlt werden (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BKGG). Sich hieraus ergebende Unbilligkeiten können nur über § 11 Abs. 4 BKGG gemildert werden.

In den Fällen des § 11 Abs. 3 Satz 2 BKGG läßt sich eine Pflicht zur Rückzahlung des ab Januar 1983 über die Sokkelbeträge hinausgehenden Kindergeldes noch nicht feststellen; daher stellt sich noch nicht die Aufrechnungsfrage. Der Berechtigte ist schriftlich darauf hinzuweisen, daß er die verbindliche Steuerfestsetzung unverzüglich anzeigen muß.

3.4 Auch wenn das Kindergeld vor Abschluß des Überprüfungsverfahrens auf die Sockelbeträge gesenkt wird, ist dem Berechtigten hierüber ein Bescheid zu erteilen.

3.5 In den Fällen, in denen die Überprüfung zur ungeminderten Weiterzahlung des Kindergeldes führt, sollten die Berechtigten hierüber schnellstmöglich unterrichtet werden. Es kann sich empfehlen, hierfür eine **Kurzform** auf der Gehaltsmitteilung oder dem Überweisungsträger vorzusehen; falls diese Kurzform nicht aus sich heraus verständlich ist, müssen die Berechtigten hierauf vorbereitet werden (z. B. durch eine entsprechende Passage, die in das Schreiben nach dem Muster der Anlage 2 aufgenommen werden könnte).

4. Ergänzende Hinweise

In Kürze werden wir weitere Hinweise, insbesondere zu § 10 Abs. 2 und § 11 BKGG, geben.

## B.

## Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 8 Abs. 2 BKGG durch Streichung des § 45 a BKGG und des § 583 Abs. 2 Satz 1 RVO

Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 werden zum 1. Januar 1983 § 45 a BKGG und § 583 Abs. 2 Satz 1 RVO gestrichen.

Nach § 44 Abs. 4 BKGG haben die Träger der Unfall- und der Rentenversicherung Mindestkinderzulagen bzw. Kindergeld-Ausgleichsbeträge, die trotz der Streichung des § 583 Abs. 2 Satz 1 RVO bzw. des § 45 a BKGG von Januar bis einschließlich März 1983 für diese Monate weitergezahlt worden sind, nicht zurückzufordern. Diese Leistungen sind jedoch bei der Bemessung von Teilkindergeld nach § 8 Abs. 2 BKGG als kindergeldähnliche Leistungen zu berücksichtigen. Wird daher nach dem 31. Dezember 1982 in solchen Fällen Teilkindergeld beantragt, müssen die Antragsteller durch Vorlage eines Entziehungsbescheides oder sonstiger geeigneter Unterlagen nachweisen, daß für Januar bis März 1983 Mindestkinderzulage oder Kindergeld-Ausgleichsbetrag nicht gezahlt ist oder ab wann eine dieser Leistungen entzogen worden ist. Ggf. ist dies durch Austausch von Vergleichsmitteilungen mit den zuständigen Sozialversicherungsträgern zu klären.

## C.

## Änderung des Runderlasses 375/74 der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit hat den Teil II ihres Runderlasses 375/74 wie folgt geändert:

1. Die im Hinweis zu Nr. 2.272 abgedruckte Tabelle erhielt für die Zeit ab 1. Januar 1983 folgende Fassung:

Gültig ab 1. Januar 1983

| | In den Leistungsgruppen A, B u. C | D | E |
|---|---|---|---|
| Unterhaltsgeld | ein wöchentliches Arbeitsentgelt von wenigstens | | |
| | DM | DM | DM |
| nach § 44 Abs. 2 Nr. 1 AFG | 245 | 295 | 305 |
| nach § 44 Abs. 2 Nr. 2 AFG | 275 | 330 | 345 |
| nach Art. I § 2 Nr. 3 des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes i. V. mit § 44 Abs. 2 AFG | 225 | 280 | 285 |

2. In Nr. 2.53 wurde folgender neuer Abs. 2 eingefügt: „Diese Regelung gilt nur für Kinder deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit. Denn nur diese sind in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt und dadurch gehindert, im Bundesgebiet einen Wohnsitz zu nehmen. Für den Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit ergehen noch weitere Weisungen."

Der bisherige Abs. 2 wurde Abs. 3.

Der Hinweis des BMJFG/BMI zu Nr. 2.53 entfällt.

3. Die Anlage 1 (zu Nr. 8.24 des RdErl. 375/74) erhielt für die Zeit ab 1. Januar 1983 die aus der Anlage 4 ersichtliche Fassung.

## D.

## Veröffentlichung

Dieses Rundschreiben wird im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Anlage 1

Artikel 12

## Bundeskindergeldgesetz

Das Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1982 (BGBl. I S. 13), geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 2 **Satz 1 erhält folgende Fassung:**

**„Ist in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 der Bruttobetrag der anderen Leistung niedriger als das Kindergeld nach § 10 Abs. 1, wird Kindergeld in Höhe des Unterschiedsbetrages gezahlt; § 10 Abs. 2 bleibt unberührt."**

2. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Das Kindergeld für das 2. und jedes weitere Kind wird nach dem in Satz 4 genannten Maßstab stufenweise bis auf den Sockelbetrag von

70,— Deutsche Mark für das 2. Kind,

140,— Deutsche Mark für jedes weitere Kind

gemindert, wenn das Jahreseinkommen des Berechtigten und seines nicht dauernd von ihm getrennt lebenden Ehegatten den für ihn maßgeblichen Freibetrag um wenigstens 480,— Deutsche Mark übersteigt. **Für die Minderung des nach § 8 Abs. 2 bemessenen Kindergeldes verringert sich der Sockelbetrag des Satzes 1 um den Betrag der bei der Bemessung nach § 8 Abs. 2 berücksichtigten anderen Leistung.** Der Freibetrag setzt sich zusammen aus

25 920,— Deutsche Mark für Berechtigte, die verheiratet sind und von ihrem Ehegatten nicht dauernd getrennt leben,

18 120,— Deutsche Mark für sonstige Berechtigte

sowie 7 800,— Deutsche Mark für jedes Kind, für das dem Berechtigten Kindergeld zusteht oder ohne Anwendung des § 8 Abs. 1 zustehen würde. Für je 480,— Deutsche Mark, um die das Jahreseinkommen den Freibetrag übersteigt, wird das Kindergeld um 20,— Deutsche Mark **monatlich** gemindert; **kommt die Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kindergeldes in Betracht, wird sie beim Gesamtkindergeld vorgenommen.**"

3. Es wird folgender § 11 eingefügt:

„§ 11
Jahreseinkommen

(1) Als Jahreseinkommen **gilt** die Summe **der in dem** nach Abs. 3 oder 4 maßgeblichen Kalenderjahr erzielten positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes. **Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des Ehegatten ist nicht zulässig.**

(2) Vom Einkommen werden abgezogen:

1. Die Einkommensteuer und die Kirchensteuer, die für das nach Abs. 3 oder 4 maßgebliche Kalenderjahr zu leisten waren oder sind,
2. die steuerlich **anerkannten** Vorsorgeaufwendungen **für das nach Abs. 3 oder 4 maßgebliche Kalenderjahr,**
3. die Unterhaltsleistungen, die der Berechtigte oder sein nicht dauernd von ihm getrennt lebender Ehegatte **in dem nach Abs. 3 oder 4 maßgeblichen Kalenderjahr erbracht hat oder erbringt**
   a) **an Kinder, für die der Freibetrag nach § 10 Abs. 2 Satz 3 nicht erhöht worden ist, jedoch nur bis zu dem durch Unterhaltsurteil oder -vergleich festgesetzten Betrag,**
   b) **an sonstige Personen, soweit die Leistungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 oder § 33 a Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt worden oder zu berücksichtigen sind.**

(3) Maßgeblich ist das Einkommen im vorletzten Kalenderjahr vor dem Kalenderjahr, für das die Zahlung des Kindergeldes in Betracht kommt, und zwar so, wie es der Besteuerung zugrunde gelegt worden ist. Steht die Steuerfestsetzung noch aus, so werden zunächst nur die Sockelbeträge (§ 10 Abs. 2 Satz 1) gezahlt; sobald die Steuer festgesetzt ist, ist endgültig über die Höhe des Kindergeldes zu entscheiden.

(4) Macht der Berechtigte vor Ablauf des Kalenderjahres, für das die Zahlung des Kindergeldes in Betracht kommt (Leistungsjahr) glaubhaft, daß das Einkommen in **diesem Jahr** voraussichtlich so gering sein wird, daß **bei seiner Berücksichtigung das Kindergeld nicht nur in Höhe des Sockelbetrages (§ 10 Abs. 2 Satz 1) zu leisten wäre, so wird dieses Einkommen zugrunde gelegt und Kindergeld in Höhe des den Sockelbetrag übersteigenden Betrages** unter dem Vorbehalt der Rückforderung **gezahlt.** Sobald sich das im Leistungsjahr erzielte Einkommen endgültig feststellen läßt, wird abschließend entschieden. Ergibt sich dabei, daß der Berechtigte zu Unrecht Kindergeld erhalten hat, hat er den überzahlten Betrag zurückzuzahlen. Mit dem Erstattungsanspruch kann gegen laufende Kindergeldansprüche bis zu deren voller Höhe aufgerechnet werden; § 23 Abs. 2 gilt entsprechend."

4. § 19 Abs. 2 **erhält folgende Fassung:**

„(2) Soweit es zur Durchführung des § 2 Abs. 2 a und des § 10 Abs. 2 erforderlich ist, hat der jeweilige Arbeitgeber der in diesen Vorschriften bezeichneten Personen auf Verlangen der zuständigen Stelle eine Bescheinigung über den Arbeitslohn sowie die einbehaltenen Steuern und Sozialabgaben auszustellen."

5. § 44 erhält folgende Fassung:

„§ 44
Übergangsvorschriften aus Anlaß des Artikels 12 des Gesetzes vom ... 1982 (BGBl. I S. ...)

(1) Personen, die für Dezember 1982 Kindergeld für ein 2. oder für ein 3. oder weiteres Kind bezogen haben, wird von Januar 1983 an für dieselben Kinder Kindergeld in der sich aus § 10 Abs. 1 ergebenden Höhe, **jedoch, soweit es über den Sockelbetrag (§ 10 Abs. 2 Satz 1) hinausgeht,** unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. Sie haben auf Verlangen der zuständigen Stelle innerhalb einer von dieser gesetzten Frist darzulegen, ob die Anspruchsvoraussetzungen hierfür auch unter Berücksichtigung des § 10 Abs. 2 vorliegen. Die Frist soll so rechtzeitig in Lauf gesetzt werden, daß die Darlegungspflicht bis zum 30. Juni 1983 zu erfüllen ist. Kommt der Berechtigte dem Verlangen innerhalb der gesetzten Frist nicht oder nur unvollständig nach, ist nach Ablauf der Frist nur noch der Sokkelbetrag (§ 10 Abs. 2 **Satz 1**) zu zahlen. Satz 1 gilt nicht, soweit mit Ablauf des Monats Dezember 1982 die Berücksichtigung eines der genannten Kinder endet oder für eines dieser Kinder nur noch Kindergeld für ein 1. Kind zu zahlen ist.

(2) Das für die Zeit ab Januar 1983 überzahlte Kindergeld ist zurückzuzahlen. Mit dem Erstattungsanspruch kann gegen laufende Kindergeldansprüche bis zu deren voller Höhe aufgerechnet werden; § 23 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Den Berechtigten, die für Dezember 1982 Kindergeld bezogen haben, braucht kein Bescheid über den sich aus Abs. 1 Satz 1 ergebenden Vorbehalt der Rückforderung erteilt zu werden.

(4) Soweit Kinderzulagen nach § 583 Abs. 2 Satz 1 der Reichsversicherungsordnung **in der bis zum 31. Dezember 1982 gültigen Fassung** oder Kindergeld-Ausgleichsbeträge nach § 45 a für die Zeit **von Januar bis März 1983** weitergezahlt **werden,** werden **sie** nach § 8 **Abs. 2** berücksichtigt; sie sind nicht zurückzufordern. **Insoweit ist § 45 a Satz 3 weiter anzuwenden."**

6. § 45 a wird gestrichen.

Anlage 2

**An die Bezieher von Kindergeld für ein zweites oder weiteres Kind**

Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr ...,

der Deutsche Bundestag hat wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes beschlossen, vom 1. Januar 1983 an das Kindergeld, das Berechtigten mit hohem Einkommen für das zweite oder jedes weitere Kind zusteht, stufenweise bis auf Sockelbeträge zu mindern, und zwar bis auf monatlich 70,— Deutsche Mark für das zweite Kind, sowie bis auf monatlich je 140,— DM für das dritte und jedes weitere Kind. Diese Sockelbeträge werden als Mindestbeträge — unabhängig von der Höhe des Einkommens — auf jeden Fall gezahlt. Wegen der vorgesehenen Einkommensgrenzen sind von der Kindergeldminderung etwa 70 v. H. der Berechtigten mit zwei oder mehr Kindern **nicht** betroffen.

Wer für Dezember 1982 Kindergeld bezogen hat, erhält dies zunächst **ungemindert,** jedoch **unter Vorbehalt** weiter. Ergibt sich bei der von der Kindergeldstelle vorzunehmenden Prüfung, daß ihm nur ein gemindertes Kindergeld zusteht, werden die seit Januar 1983 zu viel gezahlten Beträge nach § 44 Abs. 2 BKGG vom laufenden Kindergeld bis zu dessen voller Höhe einbehalten.

Zur Einleitung der erforderlichen Prüfung werden Sie gebeten, den anliegenden Vordruck auszufüllen und — ggf. mit den erforderlichen Nachweisen — spätestens bis zum ..... 1983 bei der für Sie zuständigen Kindergeldstelle einzureichen. Wenn Sie dem nicht fristgerecht oder nur unvollständig nachkommen, darf Ihnen für die Zukunft zunächst nur der Sockelbetrag gezahlt und muß das Kindergeld, das Sie für die vergangenen Monate des Jahres 1983 über den Sockelbetrag hinaus erhalten haben, von Ihnen zurückverlangt werden.

Damit Sie beurteilen können, ob Sie von der Minderung betroffen sind, werden nachstehend einige Hinweise gegeben und der Wortlaut der Minderungsvorschriften abgedruckt.

Das Kindergeld für das erste Kind bleibt in jedem Fall von der Minderung unberührt. Es wird unabhängig von der Höhe des Einkommens weiter in Höhe von 50,— DM monatlich gezahlt.

**Hinweise**

1. Wer braucht mit einer Kindergeldminderung von vornherein **nicht** zu rechnen?

   Es gibt eine Faustregel: Wenn sowohl der Berechtigte als auch sein — nicht dauernd von ihm getrennt lebender — Ehegatte für 1981 **keine Einkommensteuererklärung** abzugeben brauchte, kommt eine Kindergeldminderung **in aller Regel nicht** in Betracht.

   Welches ist die Ausnahme von der Regel? Verheiratete Berechtigte, die nicht dauernd von ihrem Ehegatten getrennt leben und Anspruch auf Kindergeld nur für **ein** Kind (als zweites oder weiteres) haben — bei denen das erste Kind also nur sog. Zählkind ist —, können auch dann von der Minderung betroffen sein, wenn sie für das vorletzte Jahr keine Einkommensteuererklärung abzugeben brauchten.

2. Von welchem Einkommen an wird das Kindergeld gemindert?

   Den für Sie geltenden Betrag entnehmen Sie bitte der folgenden tabellarischen Übersicht, die für die wichtigsten Beispielsfälle gilt.

   Maßgeblich ist das Jahresnettoeinkommen des vorletzten Jahres (§ 11 BKGG), also für das Jahr 1983 das Einkommen des Jahres 1981 (es ist im allgemeinen um knapp 1/3 niedriger als das Bruttoeinkommen); wegen einer Ausnahme vgl. nachstehende Nr. 4.

   Wenn Sie verheiratet sind und nicht dauernd von Ihrem Ehegatten getrennt leben, ist nicht nur Ihr Einkommen, sondern auch das Einkommen Ihres Ehegatten zu berücksichtigen. Das gilt auch dann, wenn Sie im Jahre 1981 noch nicht miteinander verheiratet waren.

Wenn das Einkommen die für den Beginn der Minderung maßgebliche Höhe erreicht (Zahlenreihe in der Mitte der folgenden tabellarischen Übersicht), fallen monatlich 20,— Deutsche Mark Kindergeld weg. Für je volle 480,— DM **weiteres** Jahreseinkommen wird das Kindergeld um weitere 20,— DM monatlich gemindert. Wichtig: Für je 480,— Deutsche Mark mehr Jahreseinkommen wird nur das Ihnen für Ihre Kinder **insgesamt** zustehende Kindergeld um 20,— Deutsche Mark monatlich gemindert und nicht etwa jeder Kindergeldsatz.

| Für Berechtigte mit Anspruch auf Kindergeld | beginnt die Minderung | führt die Minderung zum Sockelbetrag |
|---|---|---|
| | bei einem Jahresnettoeinkommen (§ 11 BKGG) | |
| nur für ein 2. Kind | von DM | von DM |
| nicht dauernd getrennt lebende Verheiratete | 34 200,— | 34 680,— |
| sonstige Berechtigte | 26 400,— | 26 880,— |
| für ein 1. und ein 2. Kind | | |
| nicht dauernd getrennt lebende Verheiratete | 42 000,— | 42 480,— |
| sonstige Berechtigte | 34 200,— | 34 680,— |
| für ein 1., ein 2. und ein 3. Kind | | |
| nicht dauernd getrennt lebende Verheiratete | 49 800,— | 52 200,— |
| sonstige Berechtigte | 42 000,— | 44 400,— |
| für ein 1., 2., 3. und 4. Kind | | |
| nicht dauernd getrennt lebende Verheiratete | 57 600,— | 62 400,— |
| sonstige Berechtigte | 49 800,— | 54 600,— |
| für ein 1., 2., 3., 4. und 5. Kind | | |
| nicht dauernd getrennt lebende Verheiratete | 65 400,— | 72 600,— |
| sonstige Berechtigte | 57 600,— | 64 800,— |

Für Berechtigte, die Anspruch auf Kindergeld für 6 oder mehr Kinder haben, erhöhen sich diese Grenzwerte gegenüber denjenigen, die für Berechtigte mit Anspruch auf Kindergeld für 5 Kinder gelten, um 7 800,— DM (Beginn der Minderung) bzw. um 10 200,— DM (Erreichen der Sokkelbeträge) für jedes weitere Kind.

3. Wie können Sie feststellen, ob Ihr Einkommen die genannten Werte erreicht oder überschreitet?

   Füllen Sie den anliegenden Vordruck aus. Wenn Sie hierbei Angaben von Randnrn. 6 oder 7 machen müssen, zählen Sie zunächst die dort von Ihnen angegebenen Einkünfte zusammen. Ziehen Sie dann von der „Summe der Einkünfte" die Summe der nach Randnr. 8 abzugsfähigen Beträge ab. Dann erhalten Sie den Betrag Ihres Jahresnettoeinkommens. Dieses ist maßgeblich.

4. Ist das Einkommen des vorletzten Jahres auch dann maßgeblich, wenn sich die Einkommensverhältnisse — etwa durch Arbeitslosigkeit eines Elternteils — verschlechtert haben?

   Nein! Wenn Sie glaubhaft machen können, daß das Einkommen im Jahr 1983 voraussichtlich so niedrig sein wird, daß bei seiner Berücksichtigung keine oder nur eine teilweise Minderung des Kindergeldes in Betracht käme, ist dieses Einkommen maßgebend (§ 11 Abs. 4 BKGG). Wenn Einkommen aus der Tätigkeit als Arbeitnehmer bezogen wird, ist hierbei das Bruttoarbeitsentgelt nach Abzug
   - — des Weihnachts- und des Arbeitnehmer-Freibetrages (600,— DM und 480,— DM),
   - — der Werbungskosten (zumindest in Höhe des Pauschbetrages von 564,— DM),
   - — der Lohn- und Kirchensteuer,
   - — der Sozialabgaben bzw. entsprechenden Vorsorgeaufwendungen,
   - — der in § 11 Abs. 3 Nr. 3 BKGG genannten Unterhaltsleistungen

   zu berücksichtigen.

Mit diesen Hinweisen können nicht alle denkbaren Fragen zum Gesetzestext beantwortet werden, und es kann dabei auch nicht auf jede denkbare Besonderheit des Einzelfalles eingegangen werden, die das Gesetz berücksichtigt. Deshalb ist der Gesetzestext nachfolgend abgedruckt.

### § 10 BKGG
### Höhe des Kindergeldes

(1) Das Kindergeld beträgt für das 1. Kind 50,— Deutsche Mark, für das 2. Kind 100,— Deutsche Mark, für das 3. Kind 220,— Deutsche Mark und für das 4. und jedes weitere Kind je 240,— Deutsche Mark monatlich.

(2) Das Kindergeld für das 2. und jedes weitere Kind wird nach dem in Satz 4 genanten Maßstab stufenweise bis auf den Sockelbetrag von

70,— Deutsche Mark für das 2. Kind

140,— Deutsche Mark für jedes weitere Kind

gemindert, wenn das Jahreseinkommen des Berechtigten und seines nicht dauernd von ihm gtrennt lebenden Ehegatten den für ihn maßgeblichen Freibetrag um wenigstens 480,— Deutsche Mark übersteigt. **Für die Minderung des nach § 8 Abs. 2 bemessenen Kindergeldes verringert sich der Sockelbetrag des Satzes 1 um den Betrag der bei der Bemessung nach § 8 Abs. 2 berücksichtigten anderen Leistung.** Der Freibetrag setzt sich zusammen aus

25 920,— Deutsche Mark für Berechtigte, die verheiratet sind und von ihrem Ehegatten nicht dauernd getrennt leben,

18 120,— Deutsche Mark für sonstige Berechtigte

sowie 7 800,— Deutsche Mark für jedes Kind, für das dem Berechtigten Kindergeld zusteht oder ohne Anwendung des § 8 Abs. 1 zustehen würde. Für je 480,— Deutsche Mark, um die das Jahreseinkommen den Freibetrag übersteigt, wird das Kindergeld um 20,— Deutsche Mark **monatlich** gemindert; **kommt die Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kindergeldes in Betracht, wird sie beim Gesamtkindergeld vorgenommen.**

### § 11 BKGG
### Jahreseinkommen

(1) Als Jahreseinkommen gilt die Summe der in dem nach Abs. 3 oder 4 maßgeblichen Kalenderjahr erzielten positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes. **Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des Ehegatten ist nicht zulässig.**

(2) Vom Einkommen werden abgezogen:

1. die Einkommensteuer und die Kirchensteuer, die für das nach Abs. 3 oder 4 maßgebliche Kalenderjahr zu leisten waren oder sind,
2. die steuerlich anerkannten Vorsorgeaufwendungen für das nach Abs. 3 oder 4 maßgebliche Kalenderjahr,
3. die Unterhaltsleistungen, die der Berechtigte oder sein nicht dauernd von ihm getrennt lebender Ehegatte in dem nach Abs. 3 oder 4 maßgeblichen Kalenderjahr erbracht hat oder erbringt
   a) an Kinder, für die der Freibetrag nach § 10 Abs. 2 Satz 3 nicht erhöht worden ist, jedoch nur bis zu dem durch Unterhaltsurteil oder -vergleich festgesetzten Betrag,
   b) an sonstige Personen, soweit die Leistungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 oder § 33 a Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt worden oder zu berücksichtigen sind.

(3) Maßgeblich ist das Einkommen im vorletzten Kalenderjahr vor dem Kalenderjahr, für das die Zahlung des Kindergeldes in Betracht kommt, und zwar so, wie es der Besteuerung zugrunde gelegt worden ist. Steht die Steuerfestsetzung noch aus, so werden zunächst nur die Sockelbeträge (§ 10 Abs. 2 Satz 1) gezahlt; sobald die Steuer festgesetzt ist, ist endgültig über die Höhe des Kindergeldes zu entscheiden.

(4) Macht der Berechtigte vor Ablauf des Kalenderjahres, für das die Zahlung des Kindergeldes in Betracht kommt (Leistungsjahr), glaubhaft, daß das Einkommen in **diesem Jahr** voraussichtlich so gering sein wird, daß bei **seiner Berücksichtigung das Kindergeld nicht nur in Höhe des Sockelbetrages (§ 10 Abs. 2 Satz 1) zu leisten wäre, so wird dieses Einkommen zugrunde gelegt und Kindergeld in Höhe des den Sokkelbetrag übersteigenden Betrages** unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. Sobald sich das im Leistungsjahr erzielte Einkommen endgültig feststellen läßt, wird abschließend entschieden. Ergibt sich dabei, daß der Berechtigte zu Unrecht Kindergeld erhalten hat, hat er den überzahlten Betrag zurückzuzahlen. Mit dem Erstattungsanspruch kann gegen laufende Kindergeldansprüche bis zu deren voller Höhe aufgerechnet werden; § 23 Abs. 2 gilt entsprechend.

**Angaben für das Jahr 1983 zur Überprüfung der einkommensabhängigen Minderung des Kindergeldes nach §10 Abs. 2 BKGG**

Anlage 3
Eingangsstempel

Bitte die Erläuterungen beachten! Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen!

**1**

Name, Vorname des Kindergeldbeziehers: | Geboren am:

Anschrift | Tagsüber telefonerreichbar unter Nr.: | Empfänger-/Kenn-/Personal-Nummer

**2**

Erklärung des Kindergeldbeziehers

Ich bin der Ansicht, daß ich nur die Kindergeldsockelbeträge beanspruchen kann, und sehe daher davon ab, die Einkommensverhältnisse anzugeben. Wenn ich ein höheres Kindergeld beanspruche, werde ich mich wieder an die Kindergeldstelle wenden.

(Ort, Datum) (Unterschrift)

Bei Abgabe dieser Erklärung brauchen Sie den Vordruck nicht weiter auszufüllen

**3**

a ☐ Ich bin nicht verheiratet

b ☐ Ich bin verheiratet und lebe von meinem Ehegatten nicht dauernd getrennt

c ☐ Ich lebe als Verheirateter(r) von meinem Ehegatten dauernd getrennt

d Treffen die Angaben zu a-c auch für die Zeit zwischen dem 1.1.1983 und der Abgabe dieses Vordrucks zu?
☐ ja ☐ nein Wenn nein: Bei "Zusätzliche Bemerkungen" darlegen!

**4**

War für 1981 eine Einkommensteuererklärung abzugeben?

für den Kindergeldbezieher ☐ ja ☐ nein | für den Ehegatten (3b) ☐ ja ☐ nein

Zuständiges Finanzamt: _____ _____
Steuer-Nummer _____ _____

**5**

Liegt für 1981 bereits ein verbindlicher Einkommensteuerbescheid vor?

für den Kindergeldbezieher ☐ ja ☐ nein für den Ehegatten (3b) ☐ ja ☐ nein

**6**

Nur ausfüllen für die Person, für die ein verbindlicher Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1981 vorliegt

| Im Kalenderjahr 1981 erzielte positive Einkünfte (lt. Einkommensteuerbescheid) | des Kindergeldbeziehers 1) | des Ehegatten (3b) 1) |
|---|---|---|
| aus Land- und Forstwirtschaft | DM | DM |
| aus Gewerbebetrieb | DM | DM |
| aus selbständiger Arbeit | DM | DM |
| aus nichtselbständiger Arbeit | DM | DM |
| aus Kapitalvermögen | DM | DM |
| aus Vermietung und Verpachtung | DM | DM |
| sonstige Einkünfte i.S. des § 22 EStG. | DM | DM |
| insgesamt: | DM | DM |
| | | + DM |
| Summe der positiven Einkünfte | | DM |

1) Nur auf volle DM abgerundete Beträge angeben

Nur ausfüllen, wenn die Frage 4 für beide Personen verneint wurde und der Kindergeldbezieher -unter Berücksichtigung eines oder mehrerer älterer Zählkinder- nur für ein Kind Kindergeld erhält.

**7 Einkünfte im Jahr 1981**

| | Kindergeldbezieher | Ehegatte | des Kindergeldbezieher [1] | des Ehegatten (3b) [1] |
|---|---|---|---|---|
| 1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit | | | | |
| Bruttoarbeitslohn/-gehalt/-vergütung [2] | ..... | ..... | ..... | ..... |
| abzüglich: Weihnachts-Freibetrag (bis 900 DM) | - ..... | - ..... | | |
| Arbeitnehmer-Freibetrag (480 DM) | - ..... | - ..... | | |
| Werbungskosten (ggf. Pauschbetrag von 564 DM) | - ..... | - ..... | + ..... | + ..... |
| 2. Einkünfte aus Kapitalvermögen | | | | |
| Einnahmen | ..... | ..... | | |
| abzüglich: Werbungskosten (ggf. Pauschbetrag von 100 DM, bei Ehegatten bis DM) | - ..... | - ..... | | |
| Sparer-Freibetrag (300 DM, bei Ehegatten bis DM) | - ..... | - ..... | + ..... | + ..... |
| insgesamt | | | | |
| Summe der Einkünfte | | | | |

**8 Von der Summe der Einkünfte abzugsfähige Beträge aus dem Jahr 1981**

| | | des Kindergeldbezieher [1] | des Ehegatten (3b) [1] |
|---|---|---|---|
| a | Vorsorgeaufwendungen / Vorsorgepauschale 1981 festgesetzte Einkommen- / Lohnsteuerschuld 1981 festgesetzte Kirchensteuerschuld 1981 | | |
| b | Unterhaltsleistungen aufgrund eines Unterhaltsurteils /-vergleichs [2] an Kinder, für die einer anderen Person Kindergeld oder eine vergleichbare Leistung zusteht. Insgesamt: | | |
| c | Unterhaltsleistungen an sonstige Personen, soweit die Leistungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 oder § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt worden sind. Insgesamt: | | |
| | insgesamt: | | |
| | Summe der abzugsfähigen Beträge | | |

Die Angaben zu 6, 7, 8a und 8c wurden übertragen aus: für den Kindergeldbezieher / für den Ehegatten (3b)

- der Jahreslohn-/Jahresgehaltsbescheinigung 1981
- dem Bescheid über den Lohnsteuerjahresausgleich 1981
- dem Einkommensteuerbescheid 1981

Zusätzliche Bemerkungen: .....

Ich versichere, daß die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Ich weiß, daß ich verpflichtet bin, der Kindergeldstelle jede Änderung der Verhältnisse zu 3, des zuständigen Finanzamtes und der Steuernummer unverzüglich anzuzeigen und Überzahlungen, die durch die Verletzung der Anzeigepflicht oder falsche Angaben hinsichtlich der Einkünfte oder abzugsfähigen Beträge entstehen, zurückzuzahlen. Mir ist bekannt, daß schuldhaft falsche Angaben mit einem Bußgeld geahndet werden können.

(Ort, Datum) (Unterschrift des Kindergeldbezieher)

Erklärung des Ehegatten (3b):
Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der mich betreffenden Angaben zu 3b und 4 bis 8

(Unterschrift des Ehegatten)

[1] Nur auf volle DM abgerundete Beträge angeben. [2] Nachweise beifügen

## Erläuterungen

### I. Allgemeines

Dieser Vordruck dient der Prüfung, ob und inwieweit Sie von der einkommensabhängigen Minderung des Kindergeldes für das 2. und jedes weitere Kind betroffen sind, die für die Zeit ab Januar 1983 gilt. Beachten Sie die von der Kindergeldstelle für die Rückgabe des ausgefüllten Vordruckes gesetzte Frist und fügen Sie, soweit im Vordruck gefordert, Unterlagen bei. Sonst ist die Kindergeldstelle verpflichtet, vorerst nur noch die Sockelbeträge zu zahlen.

Wenn Sie geforderte Angaben aus Unkenntnis der Sachlage nicht machen können oder vorzulegende Nachweise nicht haben und nicht beschaffen können, vermerken Sie dies unter Angabe der Gründe bei „Zusätzliche Bemerkungen".

### II. Hinweise zu Einzelangaben

Zu 2: Die Erklärung ist jederzeit widerruflich, insbesondere auch dann, wenn Sie wegen einer Verschlechterung der Einkommensverhältnisse, der Änderung des Familienstandes oder der Geburt eines weiteren Kindes der Ansicht sind, nicht mehr oder nur noch teilweise von der Minderung des Kindergeldes betroffen zu sein.

Zu 3: Maßgebend ist der jeweilige Familienstand im Leistungsjahr 1983. Ist in der Zeit vom 1. Januar 1983 bis zur Abgabe des Vordrucks eine Änderung des Familienstandes (vgl. 3 d) eingetreten, müssen Sie dies bei „Zusätzliche Bemerkungen" besonders darlegen. Tritt beim Familienstand nach Abgabe dieses Vordrucks eine Änderung ein, müssen Sie dies unverzüglich der Kindergeldstelle anzeigen.

Zu 3 b: Wenn diese Ziffer angekreuzt wird, sind die Angaben zu 4 bis 8 auch für den Ehegatten zu machen, und zwar unabhängig davon, ob für 1981 Zusammenveranlagung oder getrennte Veranlagung durchgeführt wurde. Die Einkünfte und abzugsfähigen Beträge des Ehegatten für 1981 sind auch dann anzugeben, wenn die jetzige Ehe damals noch nicht bestanden hat. Hat der Ehegatte im Jahre 1983 keine Einkünfte mehr, kann Ihnen vielleicht über § 11 Abs. 4 BKGG geholfen werden.

Zu 3 b und c: Verheiratete leben nur dann dauernd voneinander getrennt, wenn sie — z. B. infolge eines Ehezerwürfnisses — keine häusliche Gemeinschaft mehr miteinander haben und wenigstens einer von ihnen erkennbar die häusliche Gemeinschaft nicht wiederherstellen will. Haben Ehegatten allein aus beruflichen Gründen keine häusliche Gemeinschaft miteinander, leben sie nicht im Sinne des Gesetzes dauernd voneinander getrennt.

Zu 4: Die Angaben zu 4 sind erforderlich, damit später mit Hilfe des zuständigen Finanzamtes Ihre Angaben über Einkünfte und abzugsfähige Beträge überprüft werden können. Dieses Verfahren ist nach § 21 Abs. 4 SGB X zulässig.

Zu 5: Ein Einkommensteuerbescheid ist dann verbindlich, wenn der Steuerpflichtige gegen ihn keinen Rechtsbehelf eingelegt hat oder wenn über einen dagegen eingelegten Rechtsbehelf abschließend und unanfechtbar entschieden worden ist.

Liegt ein verbindlicher Einkommensteuerbescheid für 1981 noch nicht vor, werden zunächst nur die Sockelbeträge gezahlt; die endgültige Entscheidung über die Höhe des Kindergeldes und ggf. über die erforderliche Rückzahlung des seit Januar 1983 überzahlten Kindergeldes wird getroffen, sobald Sie im Anschluß an die Einkommensteuerveranlagung die Einkommensverhältnisse für 1981 darlegen. Fordern Sie hierfür zu gegebener Zeit einen neuen Vordruck an.

Zu 6: Die positiven Einkünfte sind für jede Einkunftsart gesondert anzugeben. Einkünfte einer Einkunftsart sind positiv, wenn der Betrag, der im Einkommensteuerbescheid in der **für diese Einkunftsart** verwendeten letzten Zeile ausgewiesen ist (also nach Abzug von Freibeträgen und Werbungskosten), nicht mit einem Minuszeichen versehen ist. Negative Einkünfte dürfen nicht angegeben werden, weil ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des Ehegatten nach § 11 Abs. 1 Satz 2 BKGG nicht zulässig ist. (Die Summe der positiven Einkünfte i. S. des Bundeskindergeldgesetzes braucht nicht mit dem im Einkommensteuerbescheid angegebenen Gesamtbetrag der Einkünfte übereinzustimmen; sie entspricht auch nicht dem im Einkommensteuerbescheid genannten Betrag des zu versteuernden Einkommens.)

Zu 6 und 8: Wenn Sie oder Ihr Ehegatte für 1981 zusammen mit einem anderen, damaligen Ehegatten zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, sind nur die von Ihnen und Ihrem jetzigen Ehegatten damals erzielten positiven Einkünfte aus dem Einkommensteuerbescheid 1981 zu übernehmen. Die dort in einer Summe ausgewiesenen abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen sind zu halbieren; die Steuern (8 a) sind in dem Verhältnis aufzuteilen, in welchem die positiven Einkünfte des einen Ehegatten zu den positiven Einkünften des anderen Ehegatten stehen. Die Beträge, die sich bei dieser Aufteilung für die in diesem Vordruck erfaßten Person ergeben, sind bei ihr als abzugsfähige Beträge (8 a) einzutragen.

Unterhaltsleistungen (8 b und c) können nur angegeben werden, wenn diese von Ihnen oder Ihrem Ehegatten für 1981 auch tatsächlich geleistet worden sind.

Zu 7: Diese Angaben sind nur erforderlich, wenn der verheiratete und von seinem Ehegatten nicht dauernd getrennt lebende Berechtigte Kindergeld nur für **ein** Kind bezieht, das jedoch einen höheren Kindergeldsatz auslöst als das Erstkindergeld.

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sind durch eine Jahreslohnbescheinigung nachzuweisen, die auch die einbehaltenen Lohn- und Kirchensteuern und Sozialabgaben enthält. Werden höhere Werbungskosten als der Pauschbetrag von 564,— DM geltend gemacht, ist der Gesamtbetrag der Werbungskosten nachzuweisen.

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören z. B. Gewinnanteile aus Aktien oder aus Anteilen an Kapitalgesellschaften, Zinsen aus Sparguthaben.

Zu 8: Die Nr. 8 ist von allen Personen auszufüllen, die Nr. 6 oder Nr. 7 ausgefüllt haben.

Zu 8 a: Werden bei Zusammenveranlagung die abzugsfähigen Beträge für den Kindergeldbezieher und den Ehegatten im Einkommensteuerbescheid in **einer** Summe ausgewiesen, sind sie nur bei dem Kindergeldbezieher einzutragen.

Zu 8 b und c: Die jährlichen Unterhaltszahlungen sind in einer Summe anzugeben.

Werden sie für mehrere Personen geleistet, sind sie auf einem besonderen Blatt aufzulisten.

Unterhaltsleistungen nach **8 b** können nur bis zu dem im Unterhaltsurteil oder -vergleich, Unterhaltsleistungen nach **8 c** nur bis zu dem im Steuerbescheid anerkannten Höchstbetrag berücksichtigt werden. Voraussetzung für die Berücksichtigung ist die Vorlage des Unterhaltsurteils oder -vergleichs und von Zahlungsbelegen.

### III. Anzeigepflicht

Wer Kindergeld bezieht, ist verpflichtet, alle Änderungen in den Verhältnissen, die für den Anspruch auf Kindergeld von Bedeutung sind, unverzüglich der Kindergeldstelle anzuzeigen. Soweit es um die Minderung des Kindergeldes nach § 10 Abs. 2 BKGG geht, besteht die Anzeigepflicht auch dann, wenn im Laufe des Leistungsjahres beim Kindergeldbezieher sich der Familienstand ändert oder das dauernde Getrenntleben beginnt oder endet (vgl. im Vordruck die Angaben zu 3).

Schuldhaft falsche Angaben können mit einem Bußgeld geahndet werden.

Anlage 4

# Devisen-Mittelkurse für die Deutsche Mark (DM) in verschiedenen Ländern

## Stand: Ende September 1982

| Land | Währungseinheit | Umrechnungskurse | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Albanien | Lek | 100 Lek | = | 33,333 DM | 1 DM | = | 3,000 Lek |
| Algerien | Algerischer Dinar (DA) | 100 DA | = | 53,771 DM | 1 DM | = | 1,860 DA |
| Australien | Australischer Dollar ($A) | 100 $A | = | 240,105 DM | 1 DM | = | 0,416 $A |
| Belgien | Belgischer Franc (bfr) | 100 bfr | = | 5,148 DM | 1 DM | = | 19,425 bfr |
| Bulgarien | Lew (Lw) | 100 Lw | = | 254,130 DM | 1 DM | = | 0,394 Lw |
| Dänemark | Dänische Krone (dkr) | 100 dkr | = | 28,595 DM | 1 DM | = | 3,497 dkr |
| Finnland | Finnmark (Fmk) | 100 Fmk | = | 52,120 DM | 1 DM | = | 1,919 FmK |
| Frankreich | Französischer Franc (FF) | 100 FF | = | 35,415 DM | 1 DM | = | 2,824 FF |
| Gibraltar | Gibraltar-Pfund (Gib£) | 100 Gib£ | = | 428,950 DM | 1 DM | = | 0,233 Gib£ |
| Griechenland | Drachme (Dr.) | 100 Dr. | = | 3,522 DM | 1 DM | = | 28,394 Dr. |
| Großbritannien und Nordirland | Pfund Sterling (£) | 100 £ | = | 427,900 DM | 1 DM | = | 0,234 £ |
| Irland | Irisches Pfund (Ir£) | 100 Ir£ | = | 340,800 DM | 1 DM | = | 0,293 Ir£ |
| Island | Isländische Krone (ikr) | 100 ikr | = | 17,339 DM | 1 DM | = | 5,767 ikr |
| Israel | Schekel (IS) | 100 IS | = | 8,713 DM | 1 DM | = | 11,477 IS |
| Italien | Italienische Lira (Lit) | 100 Lit | = | 0,178 DM | 1 DM | = | 561,798 Lit |
| Japan | Yen (¥) | 100 ¥ | = | 0,945 DM | 1 DM | = | 105,820 ¥ |
| Jordanien | Jordan-Dinar (JD.) | 100 JD. | = | 697,107 DM | 1 DM | = | 0,143 JD |
| Jugoslawien | Jugoslawischer Dinar (Din) | 100 Din | = | 4,832 DM | 1 DM | = | 20,695 Din |
| Kanada | Kanadischer Dollar (kan$) | 100 kan$ | = | 205,000 DM | 1 DM | = | 0,488 kan$ |
| Luxemburg | Luxemburger Franc (lfr) | 100 lfr | = | 5,148 DM | 1 DM | = | 19,425 lfr |
| Malta | Malta-Pfund (£M) | 100 £M | = | 595,000 DM | 1 DM | = | 0,168 £M |
| Marokko | Dirham (DH) | 100 DH | = | 40,490 DM | 1 DM | = | 2,470 DH |
| Niederlande | Holländischer Gulden (hfl) | 100 hfl | = | 91,430 DM | 1 DM | = | 1,094 hfl |
| Norwegen | Norwegische Krone (nkr) | 100 nkr | = | 36,330 DM | 1 DM | = | 2,753 nkr |
| Österreich | Schilling (S) | 100 S | = | 14,224 DM | 1 DM | = | 7,030 S |
| Polen | Zloty (Zl) | 100 Zl | = | 2,888 DM | 1 DM | = | 34,630 Zl |
| Portugal | Escudo (Esc) | 100 Esc | = | 2,870 DM | 1 DM | = | 34,843 Esc |
| Rumänien | Leu (l) | 100 l | = | 22,661 DM | 1 DM | = | 4,413 l |
| Schweden | Schwedische Krone (skr) | 100 skr | = | 40,300 DM | 1 DM | = | 2,481 skr |
| Schweiz | Schweizer Franken (sfr) | 100 sfr | = | 116,590 DM | 1 DM | = | 0,858 sfr |
| Sowjetunion | Rubel (Rbl) | 100 Rbl | = | 339,213 DM | 1 DM | = | 0,295 Rbl |
| Spanien | Peseta (Pta) | 100 Pta | = | 2,219 DM | 1 DM | = | 45,065 Pta |
| Syrien | Syrisches Pfund (syr£) | 100 syr£ | = | 45,693 DM | 1 DM | = | 2,189 syr£ |
| Tschechoslowakei | Tschechoslow. Krone (Kčs) | 100 Kčs | = | 22,676 DM | 1 DM | = | 4,410 Kčs |
| Türkei | Türkisches Pfund (TL) | 100 TL | = | 1,423 DM | 1 DM | = | 70,295 TL |
| Tunesien | Tunesischer Dinar (tD) | 100 tD | = | 398,486 DM | 1 DM | = | 0,251 tD |
| Ungarn | Forint (Ft) | 100 Ft | = | 6,512 DM | 1 DM | = | 15,356 Ft |
| Vereinigte Staaten | US-Dollar (US-$) | 100 US-$ | = | 252,760 DM | 1 DM | = | 0,396 US-$ |

*Anmerkung:*
*100 Mark der DDR = 100 Deutsche Mark*

**8**

## Ausführung des § 16 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG)

Bezug: Erlaß vom 5. Mai 1982 (StAnz. S. 946; ber. S. 1057); geändert durch Erlaß vom 28. Juli 1982 (StAnz. S. 1615)

Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 HessVwVG gebe ich bekannt:

Vom 1. Januar 1983 an vollstreckt für die Stadt Aßlar die Kreiskasse des Lahn-Dill-Kreises.

In meinem o. a. Erlaß erhält daher die laufende Nr. 3 folgende Fassung:

| | |
|---|---|
| „3 Lahn-Dill-Kreis | für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit Ausnahme der Städte Dillenburg und Herborn sowie der Gemeinden Ehringhausen und Hohenahr“ |

Wiesbaden, 10. Dezember 1982

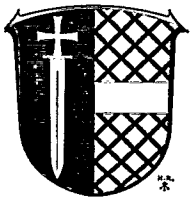
**Der Hessische Minister des Innern**
II B 1 — 3 n 02/06 — 14/82
— Gült.-Verz. 304 —

*StAnz. 1/1983 S. 13*

**9**

## Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Bromskirchen, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Der Gemeinde Bromskirchen im Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:




„Das Wappen der Gemeinde Bromskirchen zeigt im von Schwarz und Silber gespaltenen Schild vorne ein goldenes Schwert, dessen Griff kreuzförmig gestaltet ist, hinten ein schräggestelltes, von einem goldenen Balken überdecktes schwarzes Gitter.“

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

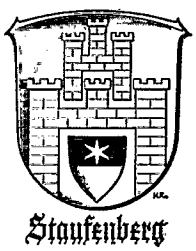
**Der Hessische Minister des Innern**
IV A 23 — 3 k 06 — 50/82

*StAnz. 1/1983 S. 13*

**10**

## Genehmigung eines Wappens der Stadt Staufenberg, Landkreis Gießen

Der Stadt Staufenberg im Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Gießen, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden, das bis zum Zusammenschluß der Stadt Staufenberg und der Gemeinden Daubringen, Mainzlar und Treis a. d. Lumda am 1. Juli 1974 von der früheren Stadt Staufenberg geführt wurde:




„In Blau zwei übereindergefügte dreitürmige gezinnte und gequaderte silberne Burgen, unten im Tor ein von Schwarz und Gold geteilter Schild mit sechsstrahligem silbernen Stern im oberen Feld.“

Wiesbaden, 14. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
IV A 23 — 3 k 06 — 50/82

*StAnz. 1/1983 S. 13*

**11**

## Änderung der Grenze zwischen der Stadt Hünfeld und der Gemeinde Rasdorf im Landkreis Fulda

Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1983 nachstehende Grenzänderungen vorgenommen:

1. Aus dem Gebiet der Gemeinde Rasdorf werden ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Hünfeld eingegliedert die Flurstücke
   Gemarkung Rasdorf
   Flur 2 Nr. 12/3, 13/2, 17/12 und 18/4.
2. Aus dem Gebiet der Stadt Hünfeld werden ausgegliedert und in das Gebiet der Gemeinde Rasdorf eingegliedert die Flurstücke
   Gemarkung Kirchhasel
   Flur 22 Nr. 5/1.

Wiesbaden, 16. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
IV A 31 — 3 k 08 — 7/82

*StAnz. 1/1983 S. 13*

**12**

## Wartungs- und Instandsetzungsdienst der Vollzugspolizei

Bezug: Erlaß vom 31. März 1976 (StAnz. S. 716, ber. S. 845)

1 — Zur Gewährleistung ihrer ständigen Einsatzbereitschaft sind die Kraftfahrzeuge, Waffen und technischen Geräte, Fernmeldeanlagen sowie die Wasser- und Luftfahrzeuge der Vollzugspolizei regelmäßig zu warten und instandzusetzen.

2 — Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten werden, soweit möglich, verwaltungsintern durchgeführt. Die Polizeidienststellen haben dazu grundsätzlich die nach den Anlagen 1 und 2 zuständigen technischen Dienste (§ 13 PolOrgVO) in Anspruch zu nehmen. Im einzelnen gilt die „Dienstvorschrift für die Verwaltung des technischen Geräts der hessischen Polizei“.

3 — Technische Dienste sind im

1. Kraftfahrzeugwesen
   die Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätze
   die Kraftfahrzeug-Werkstätten
   die Kraftfahrzeug-Zentralwerkstätten
2. Waffen- und Gerätewesen
   die Waffenwerkstätten
3. Fernmeldewesen
   die Fernmelde-Instandsetzungplätze
   die Fernmelde-Werkstätten
   der betriebstechnische Dienst bei den Fernmeldezentralen
   der Funküberwachungsdienst
4. Wasserfahrzeugwesen
   der Instandsetzungsplatz für Wasserfahrzeuge
5. Luftfahrzeugwesen
   die Werkstatt für Luftfahrzeuge.

4 — Im Kraftfahrzeugwesen (Anl. 1)*) sind zuständig

1. die Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätze für
   a) die Überwachung der Betriebs- und Verkehrssicherheit sowie die Pflege der Fahrzeuge,
   b) die Inspektion und Instandsetzung der Fahrzeuge,
   c) die Erhaltung des sonstigen technischen Geräts nach Weisung der technischen Sachbearbeiter.

   Die Zuordnung der Polizeidienststellen zu den Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätzen obliegt den Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten insoweit, als diese nicht in Anl. 1*) festgelegt ist.
2. die Kraftfahrzeug-Werkstätten für
   a) die Inspektion und Instandsetzung der Fahrzeuge, soweit sie nicht von den Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätzen durchgeführt werden,
   b) die Aufgaben der Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätze für die in Anl. 1*) genannten Dienststellen.

*) Bis zur Inbetriebnahme der dafür notwendigen technischen Einrichtungen in den geplanten Neubauten für den Polizeipräsidenten in Darmstadt gilt Anl. 1 (a). Nach diesem Zeitpunkt sind die technischen Dienste der Polizeidienststellen nach Anl. 1 (b) in Anspruch zu nehmen.

3. die Kraftfahrzeug-Zentralwerkstätten für
   a) die Instandsetzung der Fahrzeuge, die in den Kraftfahrzeug-Werkstätten nicht möglich ist, insbesondere die Beseitigung größerer Unfallschäden mit Teil- oder Ganzlackierung.
   b) die nach Anlage VIII (§ 29 Abs. 1 und 2) zur StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen der Fahrzeuge,
   c) die Aufgaben der Kraftfahrzeug-Instandsetzungsplätze und -Werkstätten für die in Anl. 1*) genannten Dienststellen.

   Die nach Anlage VIII zur StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen werden in den dafür anerkannten (Zentral-) Werkstätten durchgeführt.

5 — Im Waffen- und Gerätewesen sind die Waffenwerkstätten (Anl. 1)*) für die Wartung und Instandsetzung der Waffen zuständig. Die Waffenmechaniker unterstützen die technischen Sachbearbeiter soweit notwendig bei Waffenrevisionen.

6 — Im Fernmeldewesen sind zuständig
1. die Fernmelde-Instandsetzungsplätze (Anl. 1)*) für die Errichtung, Wartung und Instandsetzung der Fernmeldeanlagen,
2. die Fernmelde-Werkstätten (Anl. 1) für
   a) die Wartung und Instandsetzung insbesondere derjenigen Fernmeldeanlagen und -geräte, die nicht anderweitig verwaltungsintern betreut werden,
   b) die Errichtung von Fernmeldeanlagen, soweit nicht die Fernmelde-Instandsetzungsplätze oder Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft damit beauftragt werden,
3. der betriebstechnische Dienst bei den Fernmeldezentralen (Anl. 2) für die ständige Betriebsbereitschaft der Fernmeldezentralen und der zugeordneten Fernmeldeeinrichtungen,
4. der Funküberwachungsdienst (Anl. 2) für die Überwachung des Betriebes der Funkanlagen nach den geltenden Vorschriften, insbesondere den „Richtlinien für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben".

7 — Im Wasserfahrzeugwesen obliegen dem Instandsetzungsplatz für Wasserfahrzeuge (Anl. 2) die Wartung und Pflege der Wasserfahrzeuge.

8 — Im Luftfahrzeugwesen ist die Werkstatt für Luftfahrzeuge (Anl. 2) für die Pflege, Wartung und Instandsetzung der Hubschrauber zuständig, soweit diese Werkstatt durch das Luftfahrtbundesamt als luftfahrttechnischer Betrieb anerkannt ist.

9 — Für den Instandsetzungsdienst der Hessischen Bereitschaftspolizei gilt der „Organisations- und Gliederungsplan für die Bereitschaftspolizeien der Länder", soweit in diesem Erlaß nichts anderes bestimmt ist.

10 — Bei den Polizeidienststellen ist die uneingeschränkte Verwendbarkeit des gesamten technischen Materials durch die zuständigen Sachbearbeiter sicherzustellen. Technische Dienste der Polizeidienststellen sind verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen (§ 4 Abs. 1 PolOrgVO). Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden (§ 3 PolOrgVO) bleiben unberührt.

11 — Die technischen Dienste nehmen die ihnen zugewiesenen Aufgaben soweit wahr, als die dafür notwendigen personellen und sächlichen Voraussetzungen vorliegen. Die jeweilige Ausstattung der technischen Dienste ist durch besonderen Erlaß festgelegt (Ausstattungsnachweisung).

12 — Technische Einrichtungen und Werkstätten der gewerblichen Wirtschaft können nach Maßgabe der „Dienstvorschrift für die Verwaltung des technischen Geräts der hessischen Polizei" in Anspruch genommen werden.

13 — Mein o. a. Erlaß wird aufgehoben.

14 — Der Hauptpersonalrat der Polizei hat diesem Erlaß zugestimmt.

15 — Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Der Hessische Minister des Innern**
III A 6 — 21 b 02
— Gült.-Verz. 31008 —
*StAnz. 1/1983 S. 13*

Anlage 1

**Örtliche Zuständigkeit der Kraftfahrzeug-Instandsetzungseinrichtungen, Fernmelde-Instandsetzungsplätze und Waffenwerkstätten**

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instandsetzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentralwerkstatt | FM-Instandsetzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| **Reg.Bezirk Gießen** | | | | | |
| Reg.Präs. in Gießen | | | | | |
| EdS/EdK | 000 | 000 | PP Gießen | PP Gießen | III. BPA |
| PASt Herborn | PASt Herborn | 000 | PP Gießen | PSt Weilburg | III. BPA |
| Landrat LK Limburg-Weilburg | 000<br>PSt Weilburg | PK Limburg | PP Gießen | PSt Weilburg | III. BPA |
| Landrat Vogelsbergkreis | 000<br>PSt Alsfeld | PK Lauterbach | PP Gießen | PD Fulda | III. BPA |
| Landrat LK Marburg-Biedenkopf | 000<br>PSt Biedenkopf | PSt Cölbe | PP Gießen | PD Marburg | III. BPA |
| Pol.Präs. in Gießen | 000<br>PSt Wetzlar<br>PSt Dillenburg<br>PSt Grünberg | 000 | PP Gießen | PP Gießen | III. BPA |
| **Reg.Bezirk Kassel** | | | | | |
| Reg.Präs. in Kassel | | | | | |
| EdS/EdK | EdS Kassel | 000 | V. BPA | PP Kassel | II. BPA |
| PASt Kassel | 000 | PASt Kassel | V. BPA | PP Kassel | II. BPA |
| PASt Petersberg | PASt Petersberg | PASt Bad Hersfeld | V. BPA | PD Fulda | II. BPA |
| PASt Bad Hersfeld | 000 | PASt Bad Hersfeld | V. BPA | PASt Bad Hersfeld | II. BPA |
| Landrat LK Hersfeld-Rotenburg | PK Bad Hersfeld<br>PSt Rotenburg | PASt Bad Hersfeld | V. BPA | PASt Bad Hersfeld | II. BPA |

*) s. Fußnote auf S. 13

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instand-setzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentral-werkstatt | FM-Instand-setzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| Landrat Schwalm-Eder-Kreis | 000<br>PK Homberg<br>PSt Schwalmstadt<br>PSt Melsungen | PSt Fritzlar | V. BPA | PASt Bad Hersfeld | II. BPA |
| Landrat LK Waldeck-Frankenberg | 000<br>PSt Frankenberg | PK Korbach | V. BPA | PD Marburg | II. BPA |
| Landrat Werra-Meißner-Kreis | 000<br>PSt Witzenhausen | PK Eschwege | V. BPA | PASt Bad Hersfeld mit PK Eschwege | II. BPA |
| Landrat LK Fulda | 000<br>PSt Hünfeld | PD Fulda | V. BPA | PD Fulda | II. BPA |
| Pol.Präs. Kassel | 000<br>PSt Hofgeismar<br>PSt Wolfhagen | PP Kassel | V. BPA | PP Kassel | II. BPA |
| Direktion der Hess. Bereitschaftspolizei | 000 | 000 | I. BPA | | I. BPA |
| I. Bereitschaftspolizei-abteilung | 000 | 000 | I. BPA | | I. BPA |
| II. Bereitschaftspolizei-abteilung | 000 | II. BPA | V. BPA | | II. BPA |
| III. Bereitschaftspolizei-abteilung | 000 | 000 | III. BPA | | III. BPA |
| IV. Bereitschaftspolizei-abteilung | 000 | IV. BPA | III. BPA | | III. BPA |
| V. Bereitschaftspolizei-abteilung | 000 | 000 | V. BPA | | II. BPA |

Anlage 1 (a)**)

**Örtliche Zuständigkeit der Kraftfahrzeug-Instandsetzungseinrichtungen, Fernmelde-Instandsetzungsplätze und Waffenwerkstätten**

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instand-setzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentral-werkstatt | FM-Instand-setzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| **Reg.Bezirk Darmstadt** | | | | | |
| Reg.Präs. in Darmstadt | | | | | |
| EdS/EdK | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| PASt Butzbach | 000 | PASt Butzbach | PP Gießen | PP Gießen | EdS Darmstadt |
| PASt Darmstadt | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| PASt Idstein | 000 | PASt Idstein | I. BPA | PP Wiesbaden | EdS Darmstadt |
| PASt Neu-Isenburg | PASt Neu-Isenburg | PP Offenbach | III. BPA | PP Offenbach | EdS Darmstadt |
| PASt Lorsch | PASt Lorsch | PK Heppenheim | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| PASt Wiesbaden | 000 | PASt Wiesbaden | I. BPA | PP Wiesbaden | EdS Darmstadt |
| PHuSt Egelsbach | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| Landrat LK Bergstraße | 000 | PK Heppenheim | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| Landrat Hochtaunuskreis | 000 | PK Bad Homburg | PP Frankfurt | PSt Weilburg | PP Frankfurt |
| Landrat Odenwaldkreis | 000 | PK Erbach | I. BPA | PASt Darmstadt | EdS Darmstadt |
| Landrat Wetteraukreis | 000<br>PSt Büdingen | PK Friedberg | PP Gießen | PP Gießen | EdS Darmstadt |
| (PSt Butzbach) | 000 | PASt Butzbach | | | |
| Landrat LK Groß-Gerau | 000<br>PSt Rüsselsheim | PD Groß-Gerau | I. BPA | PD Groß-Gerau | EdS Darmstadt |
| Landrat Main-Kinzig-Kreis | 000<br>PSt Gelnhausen | PD Hanau | III. BPA | PD Hanau | EdS Darmstadt |
| Pol.Präs. in Darmstadt | PP Darmstadt<br>PSt Dieburg | EdS Darmstadt | I. BPA | PP Darmstadt | EdS Darmstadt |
| Pol.Präs. in Frankurt | 000<br>PSt Hofheim | 000 | PP Frankfurt | PP Frankfurt | PP Frankfurt |
| Pol.Präs. in Offenbach | 000<br>PSt Heusenstamm | PP Offenbach | III. BPA | PP Offenbach | PP Frankfurt |

**) gilt nur bis zur Inbetriebnahme — s. Fußnote auf S. 13

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instand-setzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentral-werkstatt | FM-Instand-setzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| Pol.Präs. in Wiesbaden | 000<br>PSt Rüdesheim<br>PSt Bad Schwal-bach | PP Wiesbaden | I. BPA | PP Wiesbaden | I. BPA |
| Hess. Wasserschutz-polizeiamt | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Wiesbaden-Kastel | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Rüdesheim | PSt Rüdesheim | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Gernsheim | 000 | PD Groß-Gerau | I. BPA | PD Groß-Gerau | I. BPA |
| WSP-Stat. Frankfurt | 000 | 000 | PP Frankfurt | PP Frankfurt | I. BPA |
| WSP-Posten Neckar-steinach | 000 | PK Heppenheim | I. BPA | PASt Darmstadt | I. BPA |
| WSP-Posten Kassel | 000 | PP Kassel | V. BPA | PP Kassel | I. BPA |
| WSP-Posten Waldeck | 000 | PK Korbach | V. BPA | PP Kassel | I. BPA |
| WSP-Posten Wetzlar | PSt Wetzlar | 000 | PP Gießen | PP Gießen | I. BPA |
| Hess. Landeskriminalamt | 000 | HLKA | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| Hess. Polizeischule | 000 | HPS | I. BPA | HPS | I. BPA |
| Fernmeldeleitstelle der Hess. Polizei | FMLSt | HPS | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| Wirtschaftsverwaltungs-amt der Hess. Polizei | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |

Anlage 1 (b)***)

**Örtliche Zuständigkeit der Kraftfahrzeug-Instandsetzungseinrichtungen, Fernmelde-Instandsetzungsplätze und Waffenwerkstätten**

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instand-setzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentral-werkstatt | FM-Instand-setzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| **Reg.Bez. Darmstadt** | | | | | |
| Reg.Präs. in Darmstadt | | | | | |
| EdS/EdK | PASt Darmstadt | 000 | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| PASt Butzbach | 000 | PASt Butzbach | PP Gießen | PP Gießen | PP Darmstadt |
| PASt Darmstadt | PASt Darmstadt | 000 | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| PASt Idstein | 000 | PASt Idstein | I. BPA | PP Wiesbaden | PP Darmstadt |
| PASt Neu-Isenburg | PASt Neu-Isenburg | PP Offenbach | III. BPA | PP Offenbach | PP Darmstadt |
| PASt Lorsch | PASt Lorsch | PK Heppenheim | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| PASt Wiesbaden | 000 | PASt Wiesbaden | I. BPA | PP Wiesbaden | PP Darmstadt |
| PHuSt Egelsbach | PASt Darmstadt | 000 | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| Landrat LK Bergstraße | 000 | PK Heppenheim | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| Landrat Hochtaunuskreis | 000 | PK Bad Homburg | PP Frankfurt | PSt Weilburg | PP Frankfurt |
| Landrat Odenwaldkreis | 000 | PK Erbach | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| Landrat Wetteraukreis | 000<br>PSt Büdingen | PK Friedberg | PP Gießen | PP Gießen | PP Darmstadt |
| (PSt Butzbach) | 000 | PASt Butzbach | | | |
| Landrat LK Groß-Gerau | 000<br>PSt Rüsselsheim | PD Groß-Gerau | PP Darmstadt | PD Groß-Gerau | PP Darmstadt |
| Landrat Main-Kinzig-Kreis | 000<br>PSt Gelnhausen | PD Hanau | III. BPA | PD Hanau | PP Darmstadt |
| Pol.Präs. in Darmstadt | 000<br>PSt Dieburg | 000 | PP Darmstadt | PP Darmstadt | PP Darmstadt |
| Pol.Präs. in Frankfurt | 000<br>PSt Hofheim | 000 | PP Frankfurt | PP Frankfurt | PP Frankfurt |
| Pol.Präs. in Offenbach | 000<br>PSt Heusenstamm | PP Offenbach | III. BPA | PP Offenbach | PP Frankfurt |
| Pol.Präs. in Wiesbaden | 000<br>PSt Rüdesheim<br>PSt Bad Schwal-bach | PP Wiesbaden | I. BPA | PP Wiesbaden | I. BPA |

**) gilt ab Inbetriebnahme — s. Fußnote auf S. 13

| Vollzugspolizeibehörde | Kfz-Instand-setzungsplatz | Kfz-Werkstatt | Zuständig als Kfz-Zentral-werkstatt | FM-Instand-setzungsplatz | Waffenwerkstatt |
|---|---|---|---|---|---|
| Hess. Wasserschutz-polizeiamt | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Wiesbaden-Kastel | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Rüdesheim | PSt Rüdesheim | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| WSP-Stat. Gernsheim | 000 | PD Groß-Gerau | PP Darmstadt | PD Groß-Gerau | I. BPA |
| WSP-Stat. Frankfurt | 000 | 000 | PP Frankfurt | PP Frankfurt | I. BPA |
| WSP-Posten Neckar-steinach | 000 | PK Heppenheim | PP Darmstadt | PP Darmstadt | I. BPA |
| WSP-Posten Kassel | 000 | PP Kassel | V. BPA | PP Kassel | I. BPA |
| WSP-Posten Waldeck | 000 | PK Korbach | V. BPA | PP Kassel | I. BPA |
| WSP-Posten Wetzlar | PSt Wetzlar | 000 | PP Gießen | PP Gießen | I. BPA |
| Hess. Landeskriminalamt | 000 | HLKA | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| Hess. Polizeischule | 000 | HPS | I. BPA | HPS | I. BPA |
| Fernmeldeleitstelle der Hess. Polizei | FMLSt | HPS | I. BPA | FMLSt | I. BPA |
| Wirtschaftsverwaltungs-amt der Hess. Polizei | 000 | 000 | I. BPA | FMLSt | I. BPA |

Anlage 2

**Örtliche Zuständigkeit der übrigen technischen Dienste**

1. Fernmeldewerkstätten
   — werden eingerichtet bei
   der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei
   dem Polizeipräsidenten in Darmstadt (Abt. S)*)
   dem Polzeipräsidenten in Frankfurt am Main (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Kassel (Abt. S)
   — sind örtlich für das Land Hessen insgesamt, sachlich jedoch schwerpunktmäßig für bestimmte Gerätetypen zuständig.
2. Betriebstechnische Dienste bei Fermeldezentralen
   — werden eingerichtet bei
   der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei
   dem Regierungspräsidenten in Darmstadt (EdS)
   dem Regierungspräsidenten in Kassel (EdS)
   der Polizeipräsidenten in Darmstadt (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Gießen (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Kassel (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Offenbach am Main (Abt. S)
   dem Polizeipräsidenten in Wiesbaden (Abt. S)
   — sind örtlich für die jeweilige Fernmeldezentrale mit den außenliegenden Fernmeldeanlagen zuständig.
3. Der Funküberwachungsdienst für das Land Hessen wird bei der
   Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei
   eingerichtet. Zur Unterstützung ist der Fernmeldedienst des Regierungspräsidenten in Kassel (EdS) zuständig.
4. Ein Instandsetzungsplatz für Wasserfahrzeuge wird bei dem
   Hessischen Wasserschutzpolizeiamt
   eingerichtet.
   Er ist für das Hessische Wasserschutzpolizeiamt und dessen Außenstellen zuständig.
5. Eine Werkstatt für Luftfahrzeuge wird bei der
   Polizeihubschrauberstation in Egelsbach
   eingerichtet.

*) Bis zur Inbetriebnahme der dafür notwendigen technischen Einrichtungen in den geplanten Neubauten für den Polizeipräsidenten in Darmstadt bleibt die Fernmeldewerkstatt des Regierungspräsidenten in Darmstadt (EdS) bestehen und zuständig.

## 13 DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

### Steuerbevollmächtigtenprüfung

Die nächste Steuerbevollmächtigtenprüfung wird voraussichtlich im Oktober 1983 mit dem schriftlichen Teil beginnen. Die Voraussetzungen für die Zulassung zu dieser Prüfung und die Prüfungsbedingungen ergeben sich aus dem Steuerberatungsgesetz (StBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735 = BStBl. I S. 1082), geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341 = BStBl. I S. 694) und das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1537 = BStBl. I S. 581) sowie der Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (DVStB) vom 12. November 1979 (BGBl. I S. 1922 = BStBl. I S. 686).

Zu dieser Prüfung können gemäß § 156 Abs. 5 StBerG nur noch zugelassen werden:

1. Bewerber, die nach dem 1. Januar 1979 die Steuerbevollmächtigtenprüfung nicht bestanden haben oder aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht an der Prüfung teilnehmen konnten (§ 156 Abs. 5 Satz 2 StBerG), können die Prüfung zweimal, letztmals jedoch im Jahr 1983, wiederholen.
   In diesen Fällen sind die Anträge auf Zulassung zur Prüfung bis zum
   **12. August 1983**
   unter Verwendung der vorgesehenen Vordrucke bei der zuständigen Oberfinanzdirektion einzureichen. Bei diesem Termin handelt es sich um eine **Ausschlußfrist.** Der Antrag muß spätestens an diesem Tag **bei der Oberfinanzdirektion eingegangen** sein (maßgeblich ist das Datum des Eingangsstempels). Später eingehende Anträge können nur noch berücksichtigt werden, wenn die Frist vom Bewerber unverschuldet versäumt worden ist und Gründe für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter Vorlage entsprechender Beweismittel (z. B. amtsärztliches Attest) geltend gemacht werden.
2. Von Bewerbern, bei denen die Erfüllung der Vorbildungsvoraussetzungen des § 156 Abs. 2 Nr. 3 StBerG (vierjährige hauptberufliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Steuerwesens) durch die Ableistung des Grundwehrdienstes, Ersatzdienstes oder Entwicklungsdienstes unterbrochen worden ist und die nach der für sie geltenden Ausschlußfrist (§ 156 Abs. 5 Satz 3 StBerG) die Steuerbevollmächtigtenprüfung nicht bestanden haben oder aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht an der Prüfung teilnehmen konnten, ist der Antrag auf Zulassung zur Prüfung 1983 bis zum 30. April 1983 einzureichen. Für später ein-

gehende Anträge besteht keine Gewähr für eine rechtzeitige Entscheidung durch den Zulassungsausschuß.

Bewerber, die die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen und deren örtliche Zuständigkeit in Hessen begründet ist (§ 3 DVStB), haben den Antrag auf Zulassung zur Steuerbevollmächtigtenprüfung bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main, Adickesallee 32, 6000 Frankfurt 11, vollständig ausgefüllt einzureichen.

Antragsvordrucke können bei der Oberfinanzdirektion angefordert werden; diese erteilt auf Wunsch auch nähere Auskünfte.

Frankfurt am Main, 13. Dezember 1982

**Oberfinanzdirektion**
S 0853 A — 8 — St II 41

*StAnz. 1/1983 S. 17*

## 14 DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

### Erhebung der Religionsgemeinschaftssteuer im Jahre 1983 im hessischen Anteil der Freireligiösen Gemeinde Mainz

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) in der Fassung vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich den von der Freireligiösen Gemeinde Mainz, Körperschaft des öffentlichen Rechts, gefaßten Beschluß über die Religionsgemeinschaftssteuer im Jahre 1983:

Im hessischen Anteil der Freireligiösen Gemeinde Mainz wird auf Grund des Kirchensteuergesetzes des Landes Hessen in der Fassung vom 25. September 1968, geändert durch Gesetze vom 5. Oktober 1970, 4. September 1974, 20. Dezember 1974 und 21. Dezember 1976 im Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 1983

ein Zuschlag zur Einkommen/Lohnsteuer in Höhe von 9% der Maßstabsteuer

als Religionsgemeinschaftssteuer erhoben.

Wiesbaden, 14. Dezember 1982

**Der Hessische Kultusminister**
I B 6.2 — 873/6/4 — 10 —13

*StAnz. 1/1983 S. 18*

## 15

### Verordnung über die Essenpreise für die Bediensteten des Studentenwerks Marburg in den Mensen des Studentenwerks Marburg vom 13. Dezember 1982

Bezug: Verordnung vom 22. Juli 1976 (StAnz. S. 1428 = ABl. S. 469)

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1974 (GVBl. I S. 326), setze ich nach Anhörung des Vorstands und des Geschäftsführers des Studentenwerks Marburg die Essenpreise für die Bediensteten des Studentenwerks Marburg in den Mensen des Studentenwerks Marburg wie folgt fest:

1. **Mensa Erlenring:**
   - a) Stammessen — auf 2,50 DM je Portion,
   - b) Hauptgericht — auf 3,— DM je Portion,
   - c) Leichte Vollkost — auf 3,40 DM je Portion,
   - d) Auswahlessen I und
   - e) Auswahlessen II — auf 3,90 DM je Portion.

2. **Mensa Lahnberge:**
   - a) Hauptgericht — auf 3,— DM je Portion,
   - b) 1. Gericht und
   - c) 2. Gericht — auf 3,90 DM je Portion.

Die Auswahlessen umfassen bis zu fünf Komponentengruppen. Daraus können drei Komponenten ausgewählt werden. Zusätzliche Komponenten werden auf Wunsch gegen einen Aufpreis von je 0,50 DM abgegeben.

Zu den vorstehenden Essenpreisen kann das Studentenwerk Marburg aus eigenen Mitteln in entsprechender Anwendung der Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes Hessen in der jeweils geltenden Fassung seinen Bediensteten einen Zuschuß in Höhe von 1,— DM gewähren.

Diese Regelung gilt nicht für das Mensapersonal des Studentenwerks. Soweit an dieses Essen abgegeben wird, handelt es sich um Sachleistungen, die auf den Lohn bzw. auf die Vergütung anzurechnen sind (vgl. Nr. 5 SR 2 f MTL, § 68 BAT). Die Bewertungsgrundlage bildet die Sachbezugsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Der Hessische Kultusminister**
V B 4.3 — 436/18 (3) — 148
gez. Krollmann

*StAnz. 1/1983 S. 18*

## 16

### Verordnung über die Beiträge der Studenten für das Studentenwerk Frankfurt am Main vom 13. Dezember 1982

Bezug: Verordnung vom 26. Juni 1971 (StAnz. S. 1235 = ABl. S. 456)

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1974 (GVBl. I S. 326), setze ich nach Anhörung des Vorstands und des Geschäftsführers des Studentenwerks Frankfurt am Main die Beiträge der Studenten für das Studentenwerk Frankfurt am Main ab Sommersemester 1983 je Student und Semester wie folgt fest:

- a) Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main — auf 50,— DM,
- b) Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main — auf 50,— DM,
- c) Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main — auf 35,— DM,
- d) Fachhochschule Frankfurt am Main — auf 35,— DM,
- e) Fachhochschule Wiesbaden — Bereich Wiesbaden — — auf 30,— DM,
- f) Fachhochschule Wiesbaden — Bereich Rüsselsheim — — auf 17,— DM,
- g) Fachhochschule Wiesbaden — Bereiche Geisenheim und Idstein — — auf 15,— DM.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Der Hessische Kultusminister**
V B 4.3 — 436/24 (4) — 22
gez. Krollmann

*StAnz. 1/1983 S. 18*

## 17 DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

### Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen;

hier: Richtlinien über das Verfahren nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (EKrG-Richtlinien)

Bezug: Erlaß vom 20. Januar 1972 (StAnz. S. 343)

Die „Richtlinien über das Verfahren nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 337) bei Zuständigkeit des Bundesministers für Verkehr-EKrG-Richtlinien" (VkBl. 1971 S. 476 ff.) sind mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 22/78 vom 20. Dezember 1978 (VkBl. 1979 S. 14 f.) durch den Bundesminister für Verkehr geändert worden. Ich bitte, die Richtlinien in der geänderten Fassung zu beachten.

Bei Zuständigkeit des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik und des Hessischen Landesamtes für Straßen-

bau gemäß der Anordnung der Hessischen Landesregierung über die Verwaltungszuständigkeiten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz vom 29. November 1971 (GVBl. I S. 301) bitte ich, die Richtlinien entsprechend anzuwenden.

Mein o. a. Erlaß wird aufgehoben.

Wiesbaden, 9. Dezember 1982

**Der Hessische Minister**
**für Wirtschaft und Technik**
I b 4 — 63 a 34.31
— Gült.-Verz. 610 —

*StAnz. 1/1983 S. 18*

**18**

## Öffentliche Aufforderung gemäß § 149 Abs. 2 Bundesberggesetz (BBergG)

Bezug: Bekanntmachung des Hess. Oberbergamtes vom 12. November 1982 (StAnz. S. 2184)

In der o. a. Bekanntmachung muß es bei Amtsgericht Schwalmstadt unter lfd. Nr. 17 (StAnz. S. 2184, rechte Spalte) statt „Kal" richtig „Karl", bei Amtsgericht Biedenkopf unter lfd. Nr. 8 (StAnz. S. 2185, linke Spalte) statt „Eleberfeld" richtig „**E**lberfeld", unter lfd. Nr. 17 statt „— 25" richtig „— **I** 25", unter lfd. Nr. 33 statt „4,3" richtig „43,", unter lfd. Nr. 54 statt „Conolidierte" richtig „Consolidierte", unter lfd. Nr. 55 statt „Wanke" richtig „Waake", unter lfd. Nr. 87 (StAnz. S. 2186, linke Spalte) statt „Leichingen" richtig „Leichlingen" heißen; unter lfd. Nr. 128 sind die Worte „Thielmann, Diez" zu streichen; bei Amtsgericht Biedenkopf, Zweigstelle Gladenbach muß es unter lfd. Nr. 46 (StAnz. S. 2187, linke Spalte) statt „Kupfererzbergwerkbau" richtig „Kupfererz**bergbau**", unter lfd. Nr. 49 statt „II 81" richtig „**III** 81", unter lfd. Nr. 92 statt „Kupfererzbergwerk" richtig „Kupfererz**bergbau**", bei Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof unter lfd. Nr. 15 (StAnz. S. 2190, rechte Spalte) statt „Eienküppel" richtig „Eisenküppel" und unter lfd. Nr. 17 statt „Rücker" richtig „Rückers" heißen.

**Die Redaktion**

*StAnz. 1/1983 S. 19*

**19**

## Öffentliche Aufforderung gemäß § 149 Abs. 2 Bundesberggesetz (BBergG)

Der jeweilige Inhaber der nachstehend aufgeführten, im Berggrundbuch eingetragenen Rechte im Sinne des § 149 Abs. 1 Satz 1 BBergG wird aufgefordert, sein Recht dem Hessischen Oberbergamt, Paulinenstr. 5, 6200 Wiesbaden, anzuzeigen.

— Stand des Berggrundbuches 31. Dezember 1981 —

| Lfd. Nr. | Bezeichnung a) Name, Bodenschatz | Berggrundbuch b) Gemarkung Band | Blatt | Im Berggrundbuch c) eingetragene(r) Eigentümer |
|---|---|---|---|---|
| | **Amtsgericht Butzbach** | | | |
| 1 | a) **Marienzell, Fe, Mn,** | b) Bodenrod I | 1, | c) Karl Seim, Gotha/Thür., Thea Maria Rabe geb. Petri, 6380 Bad Homburg, Elisabeth Maria Petri, 6300 Gießen, Richard Weber. |
| 2 | a) **Vereinigte Emilie, Fe,** | b) Butzbach I | 1, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 3 | a) **Johanna, Fe, Mn,** | b) Butzbach I | 2, | c) Geisweider Eisenwerke AG, Geisweid. |
| 4 | a) **Bodenhard, Fe, Mn,** | b) Butzbach I | 3, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 5 | a) **Butzbach, Fe,** | b) Butzbach I | 4, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 6 | a) **Zeus, Fe,** | b) Butzbach I | 6, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 7 | a) **Maria, Fe,** | b) Butzbach I | 7, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 8 | a) **Elise, Fe,** | b) Butzbach I | 8, | c) Hugo Müller's Erben, Koblenz. |
| 9 | a) **Junger Franz, Fe,** | b) Ebergöns I | 7, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 10 | a) **Saeger, Fe,** | b) Ebergöns I | 8, | c) Jakob Luy, Wetzlar, Ehefrau von Ferdin. Rübsam, geb. Luy, Wetzlar, Karl Luy, Wetzlar. |
| 11 | a) **Im Oberfeld, Fe,** | b) Fauerbach v. d. H. I | 1, | c) Geisweider Eisenwerke AG, Geisweid. |
| 12 | a) **Walter, Fe,** | b) Fauerbach I | 3, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 13 | a) **Juno, Fe,** | b) Fauerbach I | 6, | c) Wwe. Gustav Kaiser, Wernigerode/Harz, Wwe. Ferdinand Kaiser, Bad Salzschlirf. |
| 14 | a) **Philipp, Ag, Pb,** | b) Fauerbach I | 7, | c) J. K. Philipps II, Fauerbach, H. F. Dilges, Seidel Staat Jova, USA, K. Dilges, Fauerbach, C. Dilges, Fauerbach, Anna Steina geb. Dilges, Butzbach. |
| 15 | a) **Compass, Fe,** | b) Fauerbach I | 8, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 16 | a) **Adolf, Fe,** | b) Fauerbach I | 9, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 17 | a) **Albert, Fe,** | b) Fauerbach I | 10, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 18 | a) **Fortuna, Fe, Mn,** | b) Gambach I | 2, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 19 | a) **Johann, Brk, $FeS_2$,** | b) Gambach I | 12, | c) V. Spiegel-Peckelsheim Erbe: Friedrich Jöckel, Frankfurt-Bockenheim. |
| 20 | a) **Wingertsberg, Fe, Mn,** | b) Griedel I | 1, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 21 | a) **Neu Griedel, Fe,** | b) Griedel I | 2, | c) F. W. G. Chelius, Frankfurt/Main. |
| 22 | a) **Neu Griedel I, Fe,** | b) Griedel I | 3, | c) F. W. G. Chelius, Frankfurt/M. |
| 23 | a) **Hausen, Fe,** | b) Hausen I | 1, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 24 | a) **Rübezahl, Fe,** | b) Hoch-Weisel I | 1, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 25 | a) **Aurora, $FeS_2$,** | b) Hoch-Weisel I | 3, Nieder-Weisel I 13, | c) Georg Kaiser's Erben, Butzbach. |
| 26 | a) **Mars, Fe,** | b) Hoch-Weisel I | 4, | c) Wwe. Gustav Kaiser, Wernigerode/Harz, Wwe. Ferdinand Kaiser, Bad Salzschlirf. |
| 27 | a) **Meteor, Fe, Mn,** | b) Hoch-Weisel I | 5, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 28 | a) **Echo, Fe,** | b) Hoch-Weisel I | 6, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 29 | a) **Gabriel, Fe,** | b) Kirchgöns I | 2, | c) Frl. B. Quittmann, Berlin W 30, Fr. K. Bierbach geb. Gerdes, Hagen-Haspe, Frau Berthold, Magdeburg, Frau Dr. Gerdes, Itzehoe i. H. |
| 30 | a) **Rosengarten, Fe, Mn,** | b) Kirchgöns I | 5, | c) Frl. E. Hilf, Krefeld, Frl. B. Hilf, Berlin W 50, Frl. E. Hilf, Krefeld. |
| 31 | a) **Peter, Fe, Pb,** | b) Maibach I | 2, | c) Franz Schwarz, Höchst/M., Barbara Erzbergbau GmbH, Düsseldorf. |
| 32 | a) **Philippseck, Ag, Pb, Cu, Fe,** | b) Münster I | 3, | c) Gewerkschaft „Kaisergrube", Bad Nauheim. |
| 33 | a) **Hoffnung, Fe,** | b) Münzenberg I | 1, | c) Graf Franz zu Solms-Laubach. |
| 34 | a) **Kohlenfund, Brk,** | b) Münzenberg I | 3, | c) Graf Franz zu Solms-Laubach. |
| 35 | a) **Münzenberg, Fe,** | b) Münzenberg I | 4, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 36 | a) **Oberwald, Fe,** | b) Münzenberg I | 5, | c) Graf Botho zu Roßlar, Ortenberg. |
| 37 | a) **Münzenberg I, Fe,** | b) Münzenberg I | 7, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 38 | a) **Münzenberg II, Fe,** | b) Münzenberg I | 8, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 39 | a) **Wilhelmine, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 1, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 40 | a) **Albert, Fe, Mn,** | b) Nieder-Weisel I | 2, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 41 | a) **Weisel, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 3, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 42 | a) **Heinrich, Brk,** | b) Nieder-Weisel I | 5, | c) Gewerkschaft Trarbach, Bonn. |
| 43 | a) **Cäcilie, Brk,** | b) Nieder-Weisel I | 6, | c) Gewerkschaft Trarbach, Bonn. |
| 44 | a) **Krach, Fe, Mn,** | b) Nieder-Weisel I | 7, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 45 | a) **Dora, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 8, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 46 | a) **Kuckuck, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 9, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 47 | a) **Roedelbach, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 10, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 48 | a) **Alte Kalk, Fe, Mn,** | b) Nieder-Weisel I | 11, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 49 | a) **Eisenborn, Fe,** | b) Nieder-Weisel I | 12, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 50 | a) **Hohensolms, Fe,** | b) Ober-Hörgern I | 1, | c) Philipp Reinhard Prinz zu Solms, Hohensolms-Lich. |
| 51 | a) **Philippine, Brk,** | b) Ober-Hörgern I | 4, | c) Karl Kinzenbach, Weilburg, August Reinhard, Münster. |
| 52 | a) **Oranien, Brk,** | b) Ober-Hörgern I | 6, | c) Philipp Reinhard Prinz von Solms, Hohensolms-Lich. |
| 53 | a) **Oppershofen, Fe,** | b) Oppershofen I | 2, | c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |

| Lfd. Nr. | Bezeichnung a) Name, Bodenschatz | Berggrundbuch b) Gemarkung Band | Blatt | Im Berggrundbuch c) eingetragene(r) Eigentümer |
|---|---|---|---|---|
| 54 | a) **Bleibtreu, Fe, Mn,** | | | b) Ostheim I 2, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 55 | a) **Senior, Fe, Mn,** | | | b) Ostheim I 3, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 56 | a) **Philippshoffnung, Fe, Mn,** | | | b) Ostheim I 4, c) J. K. Philipps II, Fauerbach v. d. H. |
| 57 | a) **Johanna, Fe, Mn,** | | | b) Pohl-Göns I 1, c) August Stauf, Siegen, Wilhelm Stauf, Diedenhofen, Ernst Stauf, Siegen, Emil Peipers, Ehefr. Ida geb. Stauf, Siegen, Lina Stauf, Siegen, Richard Stauf, Siegen, Heinr. Kaz, Ehefr. geb. Stauf, Uerdingen, Dr. Adolf Schenk, Ehefr. Elisab. geb. Meinhard, L. Dabos, Ehefr. Irmgard geb. Meinhard, Köln, Dr. Alfred Luyken, Dr. Richard Luyken, Berlin-Zehlendorf, Eberhard Cranz, Berlin-Zehlendorf, Helga Cranz, Eberhard Cranz, Brigitte Cranz, Maria Luise Cranz, Erika Cranz. |
| 58 | a) **Nauheim, Fe,** | | | b) Pohl-Göns I 2, c) Alfred Röder, Asslar, Frieda Röder, Wetzlar, Herm. Röder, Deal/England, Joh. Huttel geb. Röder, Mainz. |
| 59 | a) **Ludwig I, Brk,** | | | b) Pohl-Göns I 5, c) Frl. Quittmann, Berlin W 30, Fr. K. Bierbach geb. Gerdes, Hagen-Haspe, Fr. Berthold, Magdeburg, Fr. Dr. Gerdes, Itzehoe i. H. |
| 60 | a) **Ludwig, Fe, Mn,** | | | b) Pohl-Göns I 6, c) Frl. Quittmann, Berlin W 30, Fr. K. Bierbach geb. Gerdes, Hagen-Haspe, Fr. Berthold, Magdeburg, Fr. Dr. Gerdes, Itzehoe i. H. |
| 61 | a) **Concordia, Fe, Mn,** | | | b) Pohl-Göns I 9, c) V. A. Brückel, Pohl-Göns, Barbara Erzbergbau GmbH, Düsseldorf. |
| 62 | a) **Paria, Fe,** | | | b) Trais-Münzenberg I 2, c) Franz Graf zu Solms, Laubach. |
| 63 | a) **Achilles Fe,** | | | b) Trais-Münzenberg I 3, c) Georg Graf zu Solms, Laubach. |
| 64 | a) **Mephisto, Fe,** | | | b) Trais-Münzenberg I 4, c) Graf F. zu Solms-Laubach, Laubach. |
| 65 | a) **Silberkaute, Fe, Mn,** | | | b) Trais-Münzenberg I 5, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| | **Amtsgericht Büdingen** | | | |
| 1 | a) **Emma, Fe, Mn,** | | | b) Aulen-Diebach I 3, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 2 | a) **Emma I, Fe, Mn,** | | | b) Aulen-Diebach I 4, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 3 | a) **Audenschmidte, Fe, Mn,** | | | b) Aulen-Diebach I 5, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 4 | a) **Klippe, Brk,** | | | b) Bergheim I 1, c) Gewerkschaft Glücksfund, Gießen. |
| 5 | a) **Robert, Fe,** | | | b) Bergheim I 2, c) Wilhelm Moll, Nidda, Heinrich Wilhelm Cloos, Nidda. |
| 6 | a) **Mariechen, Fe, Brk,** | | | b) Betten I 1, c) Fürst Bruno zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 7 | a) **Arnim, Fe,** | | | b) Bindsachsen I 1, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 8 | a) **Arnim I, Fe,** | | | b) Bindsachsen I 2, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 9 | a) **Wald, Fe, Mn,** | | | b) Bleichenbach I 2, c) Emil Flechtheim, Düsseldorf. |
| 10 | a) **Martha, Fe,** | | | b) Bleichenbach I 3, c) Gustav Jung, Straßebersbach, Hermine Wolfram, Duisburg, Louise Schulz, Gelsenkirchen, Marie Grün, Dillenburg, Elisabeth Piper, Straßebersbach, Margarethe Jung, Straßebersbach. |
| 11 | a) **Bleichenbach, Fe, Mn,** | | | b) Bleichenbach I 4, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 12 | a) **Wilhelmine, Fe,** | | | b) Büches I 1, c) Wilhelm Moll, Nidda, Heinrich Wilhelm Cloos, Nidda. |
| 13 | a) **Park, Fe, Mn,** | | | b) Büdingen I 1, c) Kaufmann Emil Flechtheim, Düsseldorf. |
| 14 | a) **Park I, Fe, Mn,** | | | b) Büdingen I 2, c) Firt Ebinghaus, Gerlsberg, Helmut Dörken, Gerlsberg, Heinz Hugo Dörken, Gerlsberg, Eduard Langwieler, Gerlsberg. |
| 15 | a) **Otto I, Fe,** | | | b) Büdingen-Markwald I 1, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 16 | a) **Glücksanfang, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 2, c) Mannesmann, AG, Düsseldorf. |
| 17 | a) **Werner, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 3, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 18 | a) **Paul VII, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 4, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 19 | a) **Paul VI, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 5, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 20 | a) **Paul V, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 6, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 21 | a) **Glücksanfang I, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 7, c) Mannesmann AG, Düsseldorf. |
| 22 | a) **Paul IV, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 8, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 23 | a) **Paul III, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 9, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 24 | a) **Paul I, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 10, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 25 | a) **Werner I, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 11, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 26 | a) **Otto, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 12, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 27 | a) **Hugo, Fe,** | | | b) Büdinger-Markwald I 13, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 28 | a) **Paul, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 14, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 29 | a) **Paul II, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 15, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 30 | a) **August, Brk,** | | | b) Büdinger-Markwald I 16, c) Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 31 | a) **Jacqueline, Fe, Brk,** | | | b) Büdinger-Wald I 1, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 32 | a) **Hedwig, Fe, Brk,** | | | b) Büdinger-Wald I 2, c) Fürst B. zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 33 | a) **Alexandra, Fe, Brk,** | | | b) Büdinger-Wald I 3, c) Fürst B. zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 34 | a) **Melchior, Brk,** | | | b) Düdelsheim I 2, c) Gewerkschaft Melchior, Düdelsheim. |
| 35 | a) **Oberwald, Fe,** | | | b) Eckartshausen-Oberwald I 2, c) Emil Flechtheim, Düsseldorf, Emma Flechtheim geb. Hemann, Düsseldorf. |
| 36 | a) **Flora, Brk,** | | | b) Eckartshäuser-Unterwald I 1, c) Graf Karl zu Ysenburg-Meerholz, Büdingen. |
| 37 | a) **Flora I, Brk,** | | | b) Eckartshäuser-Unterwald I 2, c) Graf Karl zu Ysenburg-Meerholz, Büdingen. |
| 38 | a) **Unterwald, Fe,** | | | b) Eckartshäuser-Unterwald I 3, c) Graf Karl zu Ysenburg-Meerholz, Büdingen. |
| 39 | a) **Schamp, Fe,** | | | b) Gelnhaar I 3, c) Gewerkschaft Glücksfund, Gießen. |
| 40 | a) **Kefenrod, Fe,** | | | b) Kefenrod I 1, c) Gewerkschaft Kefenrod, Mülheim-Ruhr-Saarn. |
| 41 | a) **Heinrich, Brk,** | | | b) Lißberg I 1, c) Gewerkschaft Glücksfund, Gießen. |
| 42 | a) **Gisela I, Fe,** | | | b) Marienborn I 1, c) Graf Karl zu Ysenburg-Meerholz, Büdingen. |
| 43 | a) **Gisela, Fe,** | | | b) Marienborn I 2, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 44 | a) **Marie, Fe,** | | | b) Merkenfritz I 1, c) Mitteldeutsche Kreditbank, Frankfurt. |
| 45 | a) **Buchrucker, Brk,** | | | b) Michelau I 1, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |
| 46 | a) **Germania, Brk,** | | | b) Ober-Seemen I 1, c) Gewerkschaft Glücksfund, Gießen. |
| 47 | a) **Semiramis, Brk,** | | | b) Ober-Seemen I 2, c) Bodo Graf zu Stolberg-Roßlar-Ortenberg. |
| 48 | a) **Louise, Fe,** | | | b) Rinderbügen I 1, c) Mitteldeutsche Kreditbank, Frankfurt. |
| 49 | a) **Rosalie, Brk,** | | | b) Rinderbügen I 3, c) Fürst Otto Friedrich zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen. |
| 50 | a) **Clementine III, Brk,** | | | b) Rinderbügen I 4, c) Karl Kinzenbach, Weilburg, August Reinhardt, Münster. |
| 51 | a) **Clementine II, Brk,** | | | b) Rinderbügen I 5, c) Karl Kinzenbach, Weilburg, August Rheinhardt, Münster. |
| 52 | a) **Clementine I, Brk,** | | | b) Rinderbügen I 6, c) Karl Kinzenbach, Weilburg, August Reinhardt, Münster. |
| 53 | a) **Triumph, Fe,** | | | b) Rinderbügen I 7, c) Gewerkschaft Triumph, Rinderbügen. |
| 54 | a) **Rodenbach, Fe,** | | | b) Rodenbach I 1, c) Gewerkschaft Rodenbach, Gießen. |
| 55 | a) **Rothlipp, Fe,** | | | b) Rohrbach I 1, c) Gewerkschaft Trarbach, Traben-Trarbach. |
| 56 | a) **Klosterbrunnen, Sole,** | | | b) Selters I 2, c) Sanatorium Ferd. Monch & Co KG, Selters. |
| 57 | a) **Benediktus, Sole,** | | | b) Selters I 3, c) Sanatorium Ferd. Monch & Co KG, Selters. |
| 58 | a) **Rothlipp I, Fe,** | | | b) Stockheim I 4, c) Gewerkschaft Trarbach, Bonn. |
| 59 | a) **Büdingen, Brk,** | | | b) Usenborn I 1, c) Dr. Jos. Rosenthal, Berlin. |
| 60 | a) **Vergleich, Fe,** | | | b) Vonhausen I 1, c) Fritz Ebinghaus, Gerelsberg, Helmut Dörken, Gerelsberg, Heinz-Hugo Dörken, Gerelsberg, Eduard Langwieler, Gerelsberg. |
| 61 | a) **Helene, Fe,** | | | b) Wenings I 4, c) Mitteldeutsche Kreditbank, Frankfurt. |
| 62 | a) **Paul III, Brk,** | | | b) — — —, c) Storch u. Schöneberg AG, Düsseldorf. |

| Lfd. Nr. | Bezeichnung a) Name, Bodenschatz | Berggrundbuch b) Gemarkung Band | Blatt | Im Berggrundbuch c) eingetragene(r) Eigentümer |
|---|---|---|---|---|

**Amtsgericht Gelnhausen**

1 a) **Neuglück, Mn,** b) — I 10.2, c) Gewerkschaft Neuglück.
2 a) **Weilburg, Mn,** b) — I 10.3, c) Gewerkschaft Weilburg.
3 a) **Rosenkranz & Schmidt, Mn,** b) — I 12, c) Gewerkschaft Rosenkranz und Schmidt, Hailer.
4 a) **Michael, Fe,** b) Bieber I 12, c) Michael Horbeld, Lohrhaupten.
5 a) **Heilwigis, Cu,** b) Hain-Gründau I 1, c) Bank für Immobiliarbesitz mbH, Berlin.
6 a) **Philippine, Fe,** b) Kassel I 3, c) Johann Heinrich Christian Friedge, Hanau.
7 a) **Aufenau, Fe,** b) — — —, c) E. Sergler, Frankfurt a. M.
8 a) **Belehnung auf Kupfererz, Cu,** b) — — —, c) Gebr. Stübing, Breitenborn.
9 a) **Moritz, Fe,** b) — — —, c) E. Sergler, Frankfurt a. M.
10 a) **Vorwärts, Fe,** b) — — —, c) E. Sergler, Frankfurt a. M.

**Amtsgericht Gelnhausen Zweigstelle Wächtersbach**

1 a) **Therese, Brk,** b) Helfersdorf I 1, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
2 a) **Clausthal, Brk,** b) — I 2, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
3 a) **Winterfreude, Brk,** b) — I 3, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
4 a) **Ida, Brk,** b) — I 4, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
5 a) **Maria, Brk,** b) — I 5, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
6 a) **Elisabeth, Brk,** b) — I 6, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
7 a) **Otto Friedrich, Brk,** b) Wittgenborn I 7, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
8 a) **Margita, Brk,** b) Neuenschmidten I 8, c) Otto Friedrich Fürst zu Ysenburg-Büdingen, Büdingen.
9 a) **Louise VI, Brk,** b) — I 9, c) Fürst Franz Alexander v. Ysenburg-Birstein, Schloß Birstein.
10 a) **Louise I, Brk,** b) — I 10, c) Fürst Franz Alexander v. Ysenburg-Birstein, Schloß Birstein.

**Amtsgericht Michelstadt**

1 a) **Güte Gottes, Fe,** b) Affhöllerbach I 1, c) Leonard Hönig Erben, Pf.-Beerfurth.
2 a) **Lucia, Fe, Mn,** b) Airlenbach I 1, c) Gewerkschaft Lucia.
3 a) **Beata, Fe, Mn,** b) Airlenbach I 2, c) Gewerkschaft Beata.
4 a) **Angelika, Fe, Mn,** b) Airlenbach I 3, c) Gewerkschaft Angelika.
5 a) **Fritz, Fe,** b) Annelsbach I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
6 a) **Stahlberg, Fe,** b) Asselbrunn I 1, c) Dr. Mitscherlich, Darmstadt.
7 a) **Leopold, Fe, Mn,** b) Beerfelden I 1, c) Gewerkschaft Leopold.
8 a) **Mercure, Fe, Mn,** b) Beerfelden I 2, c) Gewerkschaft Mercure.
9 a) **Dieu, Fe, Mn,** b) Beerfelden I 3, c) Gewerkschaft Dieu.
10 a) **Nectar, Fe, Mn,** b) Beerfelden I 4, c) Gewerkschaft Nectar.
11 a) **Frida, Fe, Mn, $O_2$,** b) Birkert I 1, c) Dr. Mitscherlich, Darmstadt.
12 a) **Buche, Fe,** b) Birkert I 2, c) Gewerkschaft Buche, Birkert.
13 a) **Birke, Fe,** b) Birkert H. S. I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
14 a) **Gottfried, Fe, Mn, $O_2$,** b) Bockenrod I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
15 a) **Taube, Fe, Mn,** b) Böllstein I 1, c) Gewerkschaft Taube, Dusenbach.
16 a) **Kopf, Fe,** b) Brensbach I 1, c) Gewerkschaft Kopf, Brensbach.
17 a) **Nero, Fe,** b) Brensbach I 2, c) Gewerkschaft Nero, Brensbach.
18 a) **Biene, Fe,** b) Brensbach I 3, c) Gewerkschaft Biene, Brensbach.
19 a) **Kibitz, Fe,** b) Dusenbach I 1, c) Gewerkschaft Kibitz, Dusenbach.
20 a) **Heinrich, Fe,** b) Ebersberg I 1, c) Gewerkschaft Heinrich, Ebersberg.
21 a) **Ebersberg, Fe,** b) Ebersberg I 2, c) Gewerkschaft Ebersberg, Ebersberg.
22 a) **Stern, Fe,** b) Elsbach I 1, c) Gewerkschaft Stern, Elsbach.
23 a) **Stern I, Fe,** b) Elsbach I 2, c) Gewerkschaft Stern, Elsbach.
24 a) **Erz, Fe,** b) Erzbach I 2, c) Gewerkschaft Erz, Erzbach.
25 a) **Sidonia, Fe, Mn,** b) Etzean I 1, c) Gewerkschaft Sidonia.
26 a) **Kibitz, Fe, Mn,** b) Falkengesäß I 1, c) Gewerkschaft Kibitz.
27 a) **Specht, Fe, Mn,** b) Falkengesäß I 2, c) Gewerkschaft Specht.
28 a) **Falke, Fe, Mn,** b) Falkengesäß I 3, c) Gewerkschaft Falke.
29 a) **Horst, Fe,** b) Falkengesäß Forst mit Raubach I 1, c) Gewerkschaft Horst.
30 a) **Falke, Fe,** b) Falkengesäß Forst mit Raubach I 2, c) Gewerkschaft Falke.
31 a) **Adler, Fe,** b) Falkengesäß Forst mit Raubach I 3, c) Gewerkschaft Adler.
32 a) **Im Distrikt Steinbuckel, Fe,** b) Forstel I 1, c) Karl David Schulze, Berlin.
32 a) **Forst, Fe,** b) Forstel I 2, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
33 a) **Elise, Fe,** b) Fürstengrund I 1, c) Gewerkschaft Elise, Fürstengrund.
34 a) **Emma, Fe,** b) Fürstengrund I 1, c) Gewerkschaft Emma, Fürstengrund.
35 a) **Freinstein I, Fe, Mn,** b) Gammelsbach I 1, c) Heinrich Holloch, Eberbach.
36 a) **Freinstein II, Fe, Mn,** b) Gammelsbach I 2, c) Heinrich Holloch, Eberbach/ Neckar.
37 a) **Victor, Fe, Mn,** b) Gammelsbach I 3, c) Adam Nelius II, Reinheim.
38 a) **Apollo, Fe,** b) Güttersbach I 1, c) Gewerkschaft Apollo.
39 a) **Zeus, Fe,** b) Güttersbach I 2, c) Gewerkschaft Zeus.
40 a) **In den Fluren I und II, Fe, Mn,** b) Gumpersberg I 1, c) W. Hafner, Michelstadt, Erben.
41 a) **Berg, Fe, Mn,** b) Gumpersberg I 2, c) Gewerkschaft Berg, Gumpersberg.
42 a) **Louise, Fe,** b) Hainbrunn I 1, c) Gewerkschaft Louise.
43 a) **Gabe Gottes, Fe, Mn,** b) Haingrund I 1, c) A. Nelius, Reinheim, Erben.
44 a) **Bertha, Fe,** b) Haisterbach I 1, c) Gewerkschaft Bertha, Haisterbach.
45 a) **Hase, Fe,** b) Hassenroth I 2, c) Gewerkschaft Hase, Hassenroth.
46 a) **Carolus, Fe,** b) Hebstahl I 1, c) Gewerkschaft Carolus.
47 a) **Philipp, Fe,** b) Hebstahl I 2, c) Gewerkschaft Philipp.
48 a) **Clara, Fe, Mn,** b) Hembach I 1, c) Dr. Mitscherlich, Darmstadt.
49 a) **Leo, Fe,** b) Hesselbach I 1, c) Gewerkschaft Leo.
50 a) **Franz, Fe,** b) Hetschbach I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
51 a) **Joseph, Fe,** b) Hetschbach I 2, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
52 a) **Willibald, Fe, Mn,** b) Hetzbach I 1, c) Gewerkschaft Willibald.
53 a) **Laurentius, Fe, Mn,** b) Hetzbach I 2, c) Gewerkschaft Laurentius.
54 a) **Florentine, Fe, Mn,** b) Hetzbach I 3, c) Gewerkschaft Florentine.
55 a) **Mond, Fe,** b) Höchst I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
56 a) **Nacht, Fe,** b) Höchst I 2, c) Gewerkschaft Nacht, Höchst.
57 a) **Stern, Fe,** b) Höchst I 3, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
58 a) **Wolke, Fe,** b) Höchst I 4, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
59 a) **Hölle, Fe,** b) Höllerbach I 1, c) Gewerkschaft Hölle, Höllersbach.
60 a) **Barbara, Fe, Mn,** b) Höllerbach I 2, c) Leonard Hönig Erben.
61 a) **Castor, Fe,** b) Hüttenthal I 1, c) Gewerkschaft Castor.
62 a) **Marcus, Fe,** b) Kailbach I 1, c) Gewerkschaft Marcus.
63 a) **Heinrich, Fe,** b) Kailbach I 2, c) Gewerkschaft Heinrich.
64 a) **Nuß, Fe,** b) Kirchbrombach I 2, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.
65 a) **Jacob, Fe,** b) König I 1, c) Gewerkschaft Jacob, König.
66 a) **Martha, Fe,** b) König I 2, c) Gewerkschaft Martha, König.
67 a) **Nadel, Fe,** b) Langenbrombach B. S. I 1, c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris.

| Lfd. Nr. | Bezeichnung a) Name, Bodenschatz | Berggrundbuch b) Gemarkung Band Blatt | Im Berggrundbuch c) eingetragene(r) Eigentümer |
|---|---|---|---|
| 68 | a) **Martha, Fe, Mn,** | b) Langenbrombach B. S. I 2, | c) Dr. Mitscherlich, Darmstadt. |
| 69 | a) **Laura, Fe,** | b) Michelstadt I 1, | c) Martha v. Pelser-Behrensberg, Aachen. |
| 70 | a) **Adolph, Fe,** | b) Michelstadt I 2, | c) de Wendel, S. A. |
| 71 | a) **Thal, Fe,** | b) Mittelkinzig I 1, | c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris. |
| 72 | a) **Eisensteingrube, Fe,** | b) Momart Königzell I 1, | c) Karl David Schulz, Berlin. |
| 73 | a) **Paul, Fe,** | b) Mümlinggrumbach I 1, | c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris. |
| 74 | a) **Pauline, Fe,** | b) Mümlinggrumbach I 2, | c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris. |
| 75 | a) **Philipp, Fe,** | b) Mümlinggrumbach I 3, | c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris. |
| 76 | a) **Blume, Fe, Mn,** | b) Neustadt I 1, | c) Gewerkschaft Blume, Neustadt. |
| 77 | a) **Nelke, Fe,** | b) Neustadt I 2, | c) Gewerkschaft Nelke, Neustadt. |
| 78 | a) **Konrad, Fe,** | b) Nieder-Kainsbach I 1, | c) Gewerkschaft Konrad, Nieder-Kainsbach. |
| 79 | a) **Tanne, Fe,** | b) Nieder-Kainsbach I 2, | c) Gewerkschaft Tanne, Nieder-Kainsbach. |
| 80 | a) **Kinzig, Fe,** | b) Niederkinzig I 1, | c) Compagnie Lorraine Industrielle et Financiere, Paris. |
| 81 | a) **Friederike, Fe,** | b) Oberfinkenbach I 1, | c) Gewerkschaft Friederike. |

Zur Anzeige sind auch die Inhaber der im Berggrundbuch eingetragenen dinglichen Rechte berechtigt. Die vorgenannten Rechte bleiben nach Maßgabe der Vorschriften des BBergG gemäß § 149 BBergG aufrechterhalten, soweit diese Rechte

a) innerhalb von drei Jahren seit dem Tage der Bekanntmachung dieser öffentlichen Aufforderung beim Hessischen Oberbergamt angezeigt werden und

b) ihre Aufrechterhaltung von der zuständigen Behörde bestätigt wird.

Die Bestätigung darf gemäß § 149 Abs. 4 BBergG nur versagt werden, soweit nicht feststeht, daß die betreffenden Rechte nach den beim Inkrafttreten des BBergG geltenden bergrechtlichen Vorschriften der Länder oder der Vorschriften des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechte am Festlandssockel aufrechterhalten, eingeführt, übertragen, begründet oder nicht aufgehoben worden sind. Rechte, die nicht oder nicht fristgemäß angezeigt worden sind, erlöschen drei Jahre nach Ablauf der Anzeigefrist; im übrigen erlöschen Rechte, denen die Bestätigung versagt wird, mit dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Versagung.

Wiesbaden, 29. November 1982

**Hessisches Oberbergamt**
76 b 32 01 — 7/3

*StAnz. 1/1983 S. 19*

**20**

## Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der vom Hess. Straßenbauamt Gießen am 8. März 1978 ausgestellte Dienstausweis Nr. 27 für den bei dem Hess. Straßenbauamt Gießen beschäftigten Verwaltungsangestellten Karl Störr, geb. am 28. August 1924, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Hessisches Landesamt für Straßenbau**
1121 — 7c — 24

*StAnz. 1/1983 S. 22*

**21**

## DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

## Tierseuchenbeiträge für das Jahr 1983

Der nachstehende Vorstandsbeschluß der Hessischen Tierseuchenkasse vom 5. Oktober 1982 wird gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz in der Fassung vom 23. Juni 1978 (GVBl. I S. 401), geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1982 (GVBl. I S. 144), genehmigt.

Der Vorstand beschließt:

Auf Grund der §§ 4 und 13 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz in der Fassung vom 23. Juni 1978 (GVBl. I S. 401), geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 1982 (GVBl. I S. 144), werden die von den Besitzern beitragspflichtiger Tiere und Bienenvölker für das Jahr 1983 zu erhebenden Beiträge an die Hessische Tierseuchenkasse wie folgt festgesetzt:

**Einhufer**

Ponys, Kleinpferde, Maultiere, Maulesel, Esel
und alle anderen Pferde, je Tier 0,50 DM
jedoch Mindestbeitrag von 5,— DM je Bestand.

**Rinder jeden Alters**

a) 1. bis 199. Tier, je Tier 3,50 DM
b) für jedes weitere Tier, je Tier 4,— DM

zu a): 1. bis 199. Tier, jedoch Mindestbeitrag von 5,— DM je Bestand.

**Schafe**

a) Schafe unter 1 Jahr alt (einschl. Lämmer)
1. bis 1 499. Tier, je Tier 1,— DM
für jedes weitere Tier, je Tier 2,— DM

b) alle anderen Schafe
1. bis 1 499. Tier, je Tier 2,— DM
für jedes weitere Tier, je Tier 3,— DM

zu a) und b): 1. bis 1 499. Tier jedoch Mindestbeitrag von 5,— Deutsche Mark je Bestand.

**Schweine**

a) Ferkel bis zu 20 kg Lebendgewicht
1. bis 199. Tier, je Tier 0,80 DM
200. bis 599. Tier, je Tier 1,20 DM
für jedes weitere Tier, je Tier 1,50 DM

b) alle anderen Schweine
1. bis 199. Tier, je Tier 0,80 DM
200. bis 599. Tier, je Tier 1,20 DM
für jedes weitere Tier, je Tier 5,— DM

zu a) und b): 1. bis 199. Tier, jedoch Mindestbeitrag von 5,— Deutsche Mark je Bestand.

**Bienenvölker**

für jedes Bienenvolk, je Volk 2,— DM

Keine Beiträge sind zu entrichten für Tiere, die dem Bund, dem Lande Hessen oder einem anderen Land gehören, sowie für das Viehhöfen, Schlachthöfen einschließlich der öffentlichen Schlachthäuser sowie sonstigen Schlachtstätten zugeführte Schlachtvieh.

Für Ziegen, Geflügel und Süßwasserfische werden Beiträge nicht erhoben.

Für die Berechnung und Erhebung der Tierseuchenbeiträge ist der bei der allgemeinen Viehzählung am 3. Dezember 1982 festgestellte Bestand an beitragspflichtigen Tieren einschließlich der am Zähltag vorübergehend abwesenden Tiere maßgebend.

Tierbesitzer von Kleinstbeständen, und zwar bei Pferden die Bestände mit einem Pferd, bei Schafen die Bestände mit zwei Schafen, bei Schweinen die Bestände mit zwei anderen Schweinen sowie Imker für die Bestände der Bienenvölker, sind dann zum Stichtag 3. Dezember 1982 zur Nachmeldung an die Gemeinden verpflichtet, wenn gegenüber der letzten allgemeinen Viehzählung eine Änderung in der Tierzahl eingetreten ist.

Bestandsveränderungen im laufenden Beitragsjahr haben keinen Einfluß auf die Beitragspflicht.

Tierbesitzer und Imker, für die nach diesem Beschluß die Beitragspflicht zur Hessischen Tierseuchenkasse besteht, sind verpflichtet, die Zahl der am 3. Dezember 1982 von ihnen gehaltenen beitragspflichtigen Tiere und Bienenvölker zwecks Festsetzung der Tierseuchenbeiträge an die Gemeinden bis zum 15. Februar 1983 zu melden, sofern ihre Tiere und Bienenvölker bei der allgemeinen Viehzählung nicht erfaßt worden sind.

Versäumt der Besitzer beitragspflichtiger Tiere oder Bienenvölker diese Meldung schuldhaft, so führt dies gemäß § 69 Abs. 3 des Tierseuchengesetzes dazu, daß der Anspruch auf eine Leistung der Tierseuchenkasse entfällt.

Die Beiträge werden am 15. März 1983 fällig. Die Erhebung erfolgt durch die Gemeinden; die Beiträge für Bienenvölker werden in einer Summe vom Landesverband Hessischer Imker e. V. für seine Mitglieder unmittelbar an die Hessische Tierseuchenkasse überwiesen.

Wiesbaden, 19. November 1982

**Der Hessische Sozialminister**
VII B 1 — 19 a 28/09

*StAnz. 1/1983 S. 22*

## 22 DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### Durchführung von Waldwertschätzungen

Bezug: Erlaß vom 26. Februar 1981 (StAnz. S. 898)

Bei der Durchführung von Waldwertschätzungen bitte ich ab 1. Januar 1983 wie folgt zu verfahren:

1. **Waldbewertungen im hessischen Staats- und Körperschaftswald**
Waldbewertungen für den Waldbesitz des Landes Hessen, der Gemeinden und übrigen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sind nach den mit Bezugserlaß herausgegebenen „Hessischen Richtlinien für Waldwertschätzungen 1980" in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen.

2. **Zuständigkeit bei Waldwertschätzungen**

2.1 **Waldwertschätzungen für Entschädigungsfälle**

2.11 **Hiebsunreifeverlustberechnung** und die Ermittlung von **Mindererlösen** sowie **Mehrkosten** bei der Holzernte und -bringung sind durch die Forstämter vorzunehmen.

Zur Herleitung von Hiebsunreifeverlusten nach den jeweils geltenden Tabellen sollte bei allen Einschlägen mit verwertbarem Holzanfall — soweit in den Tabellen Festmeter-Sätze ausgewiesen sind — von dem Hiebsergebnis ausgegangen werden. Hierdurch können zusätzliche Berechnungen bei nachträglichen Veränderungen der Flächenangaben vermieden werden.

Wenn nur Teile von Abteilungen betroffen werden, sind vor Beginn der Maßnahmen die von der Forsteinrichtung für ganze Wirtschaftseinheiten ermittelten Ertragsklassen der Baumarten und die Bestockungsgrade zu überprüfen.

2.12 **Randschäden** sollen — sofern keine Pauschalabgeltung vertraglich vereinbart ist — durch die hessischen Forstämter berechnet werden, wenn diese in den gleichen Fällen auch andere Entschädigungen ermitteln (z. B. Hiebsunreifeverluste). Es sind die von der Hessischen Forsteinrichtungsanstalt zur Verfügung gestellten Tabellen und Formblätter zu verwenden (siehe Bezugserlaß).

2.13 **Entschädigungen für Nutzungsentgang** sind — soweit nicht die Anwendung von Pauschalsätzen vorgesehen ist — durch die Hess. Forsteinrichtungsanstalt herzuleiten.

2.14 **Sonstige Entschädigungen und Sonderwerte** (z. B. bei Waldbrand, bei Rauchschäden usw.) werden durch die Hess. Forsteinrichtungsanstalt ermittelt, sofern nicht durch Erlasse abweichende Regelungen getroffen sind.

2.2 **Waldwertschätzungen für Zwecke des Grundstücksverkehrs**

Die Ermittlung sog. Einzelwerte und Rentierungswerte für Ankauf, Verkauf oder Tausch von Waldgrundstücken wird grundsätzlich durch die Hess. Forsteinrichtungsanstalt in Gießen vorgenommen.

2.3 **Waldbewertungen für Flurbereinigungen**

Nach den Bestimmungen der §§ 28 Abs. 2 und 31 in Verbindung mit § 85 Ziff. 4 FlurbG sind die Werte von Holz- und Waldbeständen im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens durch besondere forstwirtschaftliche Sachverständige zu schätzen, wobei die üblichen Grundsätze der Waldwertschätzung anzuwenden sind. Nach Ziffer C 1.4 meines Erlasses vom 1. Februar 1977 (StAnz. S. 900) ist für die Schätzung von Waldböden und Holzbeständen aller Waldbesitzarten in Flurbereinigungsverfahren die Hess. Forsteinrichtungsanstalt in Gießen zuständig. Die Bewertung der Waldböden und Holzbestände ist gem. Ziff. B 4. des vorgenannten Erlasses nach den „Hess. Richtlinien für Waldwertschätzung" vorzunehmen.

2.4 Für Waldbewertungen anläßlich der **Begründung von Nutzungsverhältnissen an Forstflächen für Zwecke der Verteidigung** (§ 2 LBG) ist nach meinem Erlaß vom 25. Mai 1981 — III A 1 — 2197 — N 63 — (n. v.) ebenfalls die Hess. Forsteinrichtungsanstalt in Gießen zuständig.

3. **Verfahrensgang bei Waldwertschätzungen im Staats- und Körperschaftswald**

3.1 Berechnungen von Hiebsunreifeverlusten, Mindererlösen, Mehrkosten und Randschäden sind von den Forstämtern in eigener Zuständigkeit und Verantwortung aufzustellen. Eine Prüfung durch die Hess. Forsteinrichtungsanstalt ist nur dann zu beantragen, wenn dieses von dem Vertragspartner im Interesse einer neutralen Regelung gefordert wird.

3.2 In den Fällen der Nrn. 2.13 und 2.14 beantragen die Forstämter unmittelbar bei der Hess. Forsteinrichtungsanstalt die erforderlichen Wertgutachten. Voraussetzung ist jedoch, daß die Anweisung oder Zustimmung der vorgesetzten Behörde vorliegt.

3.3 Waldwertschätzungen für Zwecke des forstfiskalischen Grundstücksverkehrs dürfen bei der Hess. Forsteinrichtungsanstalt erst beantragt werden, wenn die grundsätzliche Zustimmung zu dem beabsichtigten Grundstücksgeschäft nach Ziff. 1.1.6 meines Erlasses vom 19. Dezember 1975 — II A 5 — 81a — 12 8081/75 — III A 1 — 2451 — G 20 i. d. F. vom 24. Januar 1980 — II A 5 — 81a — 12 — 8501/80 — III A 1 — 2006 — G 20 (n. v.) vorliegt. Die Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz übersenden der Hess. Forsteinrichtungsanstalt eine Durchschrift ihrer Verfügung über die grundsätzliche Zustimmung zu dem beabsichtigten Grundstücksgeschäft zur Kenntnis und beantragen gleichzeitig die Waldwertschätzung. Je nach Lage des Einzelfalles können die Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz auch die Forstämter beauftragen, die Waldwertschätzungen bei der Hess. Forsteinrichtungsanstalt zu beantragen.

Die Hess. Forsteinrichtungsanstalt übersendet die Waldwertschätzung mit Erläuterungen und Kaufpreisvorschlag dem Antragsteller in je zweifacher Ausfertigung.

4. **Waldwertschätzungen im hessischen Privatwald**
Werden auf Antrag der Waldbesitzer Waldwertschätzungen im Privatwald durchgeführt, so gelten für Zuständigkeit und Verfahrensgang die vorstehend für den Staats- und Körperschaftswald getroffenen Regelungen entsprechend. Auf Wunsch von Privatwaldbesitzern können die nach diesem Erlaß den Forstämtern zufallenden Aufgaben bei der Waldwertschätzung im Privatwald auch von den Forstlichen Wirtschaftsberatungen wahrgenommen werden.

5. **Kostenerstattung bei der Durchführung von Waldwertschätzungen**
Unter Beachtung des § 61 Abs. 3 LHO sind die Aufwendungen für Waldwertschätzungen stets zu erstatten.

5.1 **Kostenerstattung für Waldwertschätzungen, die der Durchführung von Flurbereinigungsverfahren dienen**
Bei Waldwertschätzungen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren sind der Hess. Forsteinrichtungsanstalt lediglich die entstandenen Reisekosten zu erstatten. Bei Kluppungen ggf. erforderliche Hilfskräfte sind vom Waldbesitzer bzw. der Teilnehmergemeinschaft zu stellen.

5.2 **Kostenerstattung für Waldwertschätzungen im Körperschafts- und Privatwald**

5.21 Im **Privatwald** sind die Kosten nach § 5 Abs. 1 Nr. 8 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes (Verordnung über Kostenbeiträge und die Förderung des Privatwaldes) vom 21. Juni 1979 (GVBl. I S. 187), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Februar 1980 (GVBl. I S. 91), zu ersetzen.

5.22 Im **Körperschaftswald** ist die Durchführung von Waldwertschätzungen mit der laufenden Erhebung der Kostenbeiträge gem. § 43 des Hessischen Forstgesetzes dann abgegolten, wenn das Forstamt gem. Ziff. 3.1, erster Satz, dieses Erlasses in eigener Zuständigkeit tätig wird. In allen übrigen Fällen sind die Kosten unter Zugrundelegung der für den Privatwald geltenden Kostensätze (Ziff. 5.21 dieses Erlasses) zu ersetzen.

5.3 **Waldwertschätzungen im Interesse der Staatsforstverwaltung**
Bei Waldwertschätzungen im Interesse der Staatsforstverwaltung (z. B. bei Waldankäufen oder Tauschvorhaben) entfällt die Kostenerstattung.

6. Mein Erlaß vom 26. Juni 1972 (StAnz. S. 1281) i. d. F. vom 20. Mai 1980 (StAnz. S. 1132) tritt am 31. Dezember 1982 außer Kraft.

Wiesbaden, 10. November 1982

**Der Hessische Minister**
**für Landesentwicklung, Umwelt**
**Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — 489 — Z 70
— Gült.-Verz. 86 —

*StAnz. 1/1983 S. 23*

**23**

## Ergänzungen zum bisherigen „Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion STARKENBURG — sachlicher Teilplan —" als räumlicher und sachlicher Teilplan für die Planungsregion SÜDHESSEN

Bezug: Erlaß vom 23. Februar 1979 (StAnz. S. 444)

Nachstehend gebe ich die Ergänzungen zum bisherigen „Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion Starkenburg — sachlicher Teilplan" als räumlicher und sachlicher Teilplan für die neue Planungsregion Südhessen gemäß § 7 Abs. 5 HLPG bekannt.

Die Ergänzungen betreffen bezüglich einer Darstellung in der SL- und VV-Karte verschiedene inzwischen realisierte oder inzwischen abgestimmte Straßenplanungen. Die Trassen ergeben sich im einzelnen aus den Textkarten. Die in diesen Punkten entsprechend geänderten SL- und VV-Karten liegen öffentlich bei der obersten Landesplanungsbehörde in Wiesbaden, den oberen Landesplanungsbehörden in Kassel, Gießen und Darmstadt und der Stadt Darmstadt und den Landräten in Darmstadt, Erbach, Groß-Gerau und Heppenheim (Bergstraße) als Behörden der Landesverwaltung aus.

Wiesbaden, 26. Oktober 1982

**Der Hessische Minister**
**für Landesentwicklung, Umwelt,**
**Landwirtschaft und Forsten**
VI A 3 — 93 d 02/07

*StAnz. 1/1983 S. 24*

### Regionaler Raumordnungsplan Starkenburg — Ergänzungen zum festgestellten sachlichen Teilplan —

Die Hessische Landesregierung hat am 19. Oktober 1982 beschlossen:

Bei grundsätzlicher Fortgeltung des festgestellten Regionalen Raumordnungsplans für die bisherige Planungsregion Starkenburg — sachlicher Teilplan — werden von der Landesregierung die Ergänzungen des Plans im Sinne § 7 Abs. 4 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) als räumlicher und sachlicher Teilplan für die neue Planungsregion Südhessen gemäß Teil B Nr. 9 Abs. 5 des Hessischen Landesraumordnungsprogramms (HLROP), jeweils in der Fassung vom 15. Oktober 1980 (GVBl. I S. 377), festgestellt.

Von der Rechtswirkung der Feststellung gemäß § 7 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 2 HLPG werden nur diejenigen Ergänzungen des „Regionalen Raumordnungsplans für die Planungsregion Starkenburg — sachlicher Teilplan —" erfaßt, die als Ziele, Planungen und Maßnahmen einer Bindungswirkung fähig sind. Die im Anhang zusammengefaßten Planungsdaten zur Entwicklung der Region nehmen an der Bindungswirkung der Feststellung nicht teil. Es handelt sich hierbei um Orientierungswerte für die Planungen der kommunalen Gebietskörperschaften und des Landes.

Die für das Zieljahr 1985 ausgewiesenen Infrastrukturplanaussagen sind entsprechend den Richtlinien der Landesregierung ermittelt und sollen zu einer optimalen Versorgung der Bevölkerung beitragen. Aussagen über die Realisierung bis zum Jahr 1985 sind damit nicht verbunden.

Die festgestellten Ergänzungen begründen keine finanziellen Förderungsansprüche gegen das Land.

Mit der Feststellung der Ergänzungen zum „Regionalen Raumordnungsplan für die bisherige Planungsregion Starkenburg — sachlicher Teilplan —" werden widersprechende Aussagen des Landesentwicklungsplans Hessen '80 ersetzt.

*Der Regionale Raumordnungsplan Starkenburg — sachlicher Teilplan — wird wie folgt ergänzt:*

1. *Das Inhaltsverzeichnis wird bezüglich des Abschn. 4.1 wie folgt geändert und ergänzt:*

   4.1 Sozial- und Kulturpolitischer Bereich
   4.1.1 Wohnungswesen und Städtebau
   4.1.2 Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen
   4.1.3 Alteneinrichtungen
   4.1.4 Behinderteneinrichtungen
   4.1.5 Gesundheitseinrichtungen
   4.1.6 Sport- und Freizeitanlagen
   4.1.7 Gemeinschaftshäuser
   4.1.8 Schulen
   4.1.9 Hochschulen
   4.1.10 Weiterbildung
   4.1.11 Kunstpflege

   *Am Ende des Inhaltsverzeichnisses wird der Text:* „Anlage 1: Bedarf an Wohnsiedlungsfläche 1973—1985" *durch das Wort* „Anhang" *ersetzt.*

2. *Die Fußnote zu Abschn. 2 lautet neu:* „Bevölkerung nach Mittelbereichen und Gemeinden sowie Erwerbspersonenentwicklung in der Region siehe Anhang"

3. *Die Überschrift des Abschn. 4.1 lautet neu:* „Sozial- und Kulturpolitischer Bereich" *und der bisherige Textabschn.* „4.1 Wohnungswesen und Städtebau" *erhält die neue Gliederungsziffer* „4.1.1"

4. *Die Überschrift des Abschn. 4.1.1 lautet neu:* „Wohnungswesen und Städtebau" *und der bisherige Textabschn.* „4.1.1 Ziele" *im Bereich Wohnungswesen und Städtebau erhält die neue Gliederungsziffer* „4.1.1.1"

5. *Der neue Abschn. 4.1.1.1 lautet:* „Ziele", *der neue Abschn. 4.1.1.2 lautet:* „Planungen und Maßnahmen"

6. *In Abschn. 4.1.1.1 (Ziele im Bereich Wohnungswesen und Städtebau) lautet im Unterabschn.* „Wochenend- und Ferienhäuser" *Abs. 2 wie folgt neu:*

   Wochenendhausgebiete, Ferienhausgebiete und Gebiete für Wochenendplätze (Gebiete, in denen das langfristige Aufstellen und Bewohnen von mehr als drei Wohnwagen, Mobilheimen oder Kleinwochenendhäusern während bestimmter Zeiten des Jahres zulässig ist) sind in den Vorranggebieten für Erholung des Verdichtungsgebietes und in den regionalen Grünzügen nicht zulässig.

   *In Unterabschn.* „Wochenend- und Ferienhäuser" *wird in Abs. 3 und 5 im ersten Satz das Wort* „Dauercampingplätze" *ersetzt durch* „Gebiete für Wochenendplätze"

7. *Die Überschrift des Abschn. 4.1.2 lautet neu:* „Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen" *und der bisherige Textabschn.* „4.1.2 Planungen und Maßnahmen" *im Bereich Wohnungswesen und Städtebau erhält die neue Gliederungsziffer* „4.1.1.2"

8. *Die Fußnote 1) zu 4.1.2 (alt) lautet neu:* „Weitere Aussagen hierzu erfolgen im Rahmen der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplans".

9. *Am Ende des Abschn. 4.1.1.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Wohnungswesen und Städtebau) wird die bisherige Anlage 1 eingefügt. Die Fußnote 2) zu 4.1.2 (alt) entfällt damit.*

10. *Nach Abschn. 4.1.1.2* (Planungen und Maßnahmen im Bereich Wohnungswesen und Städtebau) *werden die Abschn. 4.1.2 bis 4.1.11 eingefügt.*

#### 4.1.2 Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen

4.1.2.1 Ziele

*Kinderkrippen*

Versorgung der Kleinkinder im Alter bis zu 3 Jahren entsprechend dem örtlichen Bedarf durch Bau von Kinderkrippen in den Mittelzentren der Region.

*Kindergärten*

Förderung, Bildung und Erziehung von Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren durch Einrichtung von Kindergärten im Nahbereich der Wohngebiete.

75 Plätze je 100 3jährige
100 Plätze je 100 4jährige
80 Plätze je 100 5jährige
35 Plätze je 100 6jährige

*Kinderhorte*

Förderung, Bildung, Erziehung und materielle Betreuung schulpflichtiger Kinder im Alter von 6 bis unter 15 Jahren entsprechend dem örtlichen Bedarf durch Einrichtung von Kinderhorten in zentraler Lage.

*Dauer- und Sonderheime für Kinder und Jugendliche*

Förderung, Bildung, Erziehung und materielle Betreuung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren durch Bau der erforderlichen Dauer- und Sonderheime im Nahbereich von Wohngebieten und zentralen Orten.

7 Plätze je 1 000 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 18 Jahren.

*Jugendfreizeitstätten*

Schaffung von Freizeit- und Bildungshilfen sowie persönlichen Hilfen im außerschulischen Bereich durch Einrichtung von örtlichen und überörtlichen Jugendfreizeitstätten in zentraler Lage.

17 Jugendfreizeitstätten je 10 000 Jugendliche im Alter von 12 bis unter 25 Jahren, davon 85% örtliche und 15% überörtliche Freizeitstätten.

*Kinder- und Jugenderholungseinrichtungen*

Verbesserung des Angebots an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche durch Bau von Kindererholungseinrichtungen in den Ferien- und Erholungsgebieten der Region, vorrangig im Bereich des Odenwaldes, an der Bergstraße, im hessischen Neckartal und im Ried.

10 Plätze je 1 000 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis unter 22 Jahren.

*Jugendherbergen*

Verbesserung des Angebots an Jugendherbergen, vorrangig im Bereich des Odenwaldes, an der Bergstraße, im hessischen Neckartal und im Ried.

7 Jugendherbergen je 100 000 Jugendliche im Alter von 12 bis unter 25 Jahren.

*Familienerholungseinrichtungen*

Bau von Familienerholungseinrichtungen in den Ferien- und Erholungsgebieten der Region, vorrangig im Bereich des Odenwaldes, an der Bergstraße, im hessischen Neckartal und im Ried.

84 Plätze je 100 000 Einwohner.

*Wanderheime*

Verbesserung des Angebotes an Wanderheimen und Naturfreundehäusern, vorrangig im Bereich des Odenwaldes, an der Bergstraße, im hessischen Neckartal und im Ried.

7 Wanderheime (einschl. Naturfreundehäuser) je 100 000 Jugendliche im Alter von 12 bis unter 25 Jahren.

*Erziehungsberatungsstellen*

Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen in zentraler Lage.

1 Erziehungsberatungsstelle je 100 000 Einwohner.

*Elternschulen und Familienbildungsstätten*

Einrichtung von Elternschulen und Familienbildungsstätten in zentraler Lage.

1 Einrichtung je 100 000 Einwohner.

4.1.2.2 Planungen und Maßnahmen
s. Anhang

**4.1.3 Alteneinrichtungen**

4.1.3.1 Ziele

*Altenwohnheime*

Damit alte Menschen möglichst lange ein selbständiges Leben führen können, sind Plätze in Altenwohnheimen, die als Teile einer mehrgliedrigen Altenheimeinrichtung errichtet und in Wohngebieten sowie in der Nähe von Zentren gelegen sein sollen, zu schaffen:

— in städtischen Bereichen — 28 Plätze je 1 000
— in mittelstädtischen Bereichen — 18 Plätze je 1 000
— in ländlichen Bereichen — 9 Plätze je 1 000

Einwohner von 65 Jahren und älter.

*Altenheime*

Zur Versorgung und Betreuung nicht-pflegebedürftiger alter Menschen sind Plätze in Altersheimen als Teil einer mehrgliedrigen Alteneinrichtung in der Nähe von Wohngebieten und Zentren zu schaffen:

— in städtischen Bereichen — 36 Plätze je 1 000
— in mittelstädtischen Bereichen — 22 Plätze je 1 000
— in ländlichen Bereichen — 22 Plätze je 1 000

Einwohner von 65 Jahren und älter.

*Altenkrankenheime/Altenpflegeheime*

Zur umfassenden Betreuung und Versorgung chronischkranker und pflegebedürftiger alter Menschen in entsprechend ausgestatteten Heimen sind Plätze in Altenkrankenheimen/Altenpflegeheimen als Teil einer mehrgliedrigen Alteneinrichtung in Wohngebieten und im Nahbereich der Zentren gelegen zu schaffen:

in städtischen, mittelstädtischen und ländlichen Bereichen 19 Plätze je 1 000 Einwohner von 65 Jahren und älter.

*Altentagesstätten*

Zur geselligen Begegnung und zur Anknüpfung zwischenmenschlicher Beziehungen alter Menschen sind Altentagesstätten in möglichst gut erreichbarer zentraler Lage zu schaffen.

1 Einrichtung je 1 000 Einwohner von 65 Jahren und älter.

4.1.3.2 Planungen und Maßnahmen
s. Anhang

**4.1.4 Behinderteneinrichtungen**

4.1.4.1 Ziele

Die erforderlichen Einrichtungen der therapeutischen, erzieherischen, beruflichen und sozialen Hilfe für Behinderte sind zu schaffen. Ausbau und Neubau von Sonderkindertagesstätten, beschützenden Werkstätten, Beratungsstellen als örtliche Behinderteneinrichtungen.

4.1.4.2 Planungen und Maßnahmen

Nähere Einzelheiten eines auf die Landesebene zu beziehenden Systems von Einrichtungen für die verschiedenartigen Behindertengruppen müssen der Fachplanung vorbehalten bleiben.

**4.1.5 Gesundheitseinrichtungen**

4.1.5.1 Ziele

*Krankenhäuser*

Für die Ziele, Planungen und Maßnahmen hinsichtlich der Akutkrankenhäuser und Sonderkrankenhäuser ist der jeweils geltende Krankenhausplan maßgebend.

*Gesundheitsämter*

Als Einrichtungen der gesundheitlichen Vorsorge sind die vorhandenen Gesundheitsämter entsprechend den sich verändernden Anforderungen auszubauen.

*Mobile Krankenpflegestationen*

Ersatz der bisherigen Gemeindekrankenpflegestationen durch ein flächendeckendes Netz der „Mobilen Krankenpflege" lt. Initiativprogramm der Hessischen Landesregierung vom Mai 1977.

1 Station je 15 000 Einwohner.

*Unfallhilfs-und Rettungswesen*

Zur Sicherstellung einer schnellen Hilfe bei Unfällen sind die vorhandenen Unfallhilfestellen und -stationen des Krankentransport- und Rettungsdienstes auszubauen.

*Ärztliche Versorgung*

s. Anhang

4.1.5.2 Planungen und Maßnahmen
s. Anhang

**4.1.6 Sport- und Freizeitanlagen**

4.1.6.1 Ziele

*Sportplätze*

Die Voraussetzung für Sportunterricht an den Schulen sowie die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung und Freisportanlagen für jedermann sind durch Neubau und Ausbau vorhandener Sportplatzanlagen im Nahbereich der Wohnstandorte und Schulzentren zu gewährleisten.

Ein Mittelbereich ist ausreichend mit Sportplatzanlagen versorgt, wenn bei einer Bevölkerungsdichte bis 250 Einwohner je qkm:

4 qm Sportfläche je Einwohner,

bei einer Bevölkerungsdichte von 251 bis 1 000 Einwohner je qkm:

3,5 qm Sportfläche je Einwohner,

und bei einer Bevölkerungsdichte über 1 000 Einwohner je qkm:

3 qm Sportfläche je Einwohner,

zur Verfügung stehen.

*Freibäder*

Der Schwimmsport ist aus Gesichtspunkten der Volksgesundheit und Freizeitbeschäftigung durch Neubau und Ausbau vorhandener Freibäder an Naturgewässern oder als Anlagen mit künstlichen Becken zu fördern.

Ein Mittelbereich ist ausreichend versorgt, wenn 0,05 qm Wasserfläche je Einwohner zur Verfügung stehen. (Erhöhung möglich durch Bedürfnisse des Fremdenverkehrs).

*Hallenbäder*

Die Förderung des Schulschwimmunterrichtes, der Freizeiterholung und des Leistungssportes auch in nichtsommerlichen Jahreszeiten erfordert Neubau und Ausbau von Hallenbädern in den Unter- und Mittelzentren der Region.

Ein Mittelbereich ist ausreichend versorgt, wenn 0,01 qm Wasserfläche je Einwohner zur Verfügung stehen. (Erhöhung möglich bei nicht zumutbaren Entfernungen sowie Erfordernissen des Fremdenverkehrs).

*Turn- und Sporthallen*

Der Hallensport ist in dazu entsprechend ausgestatteten Sportstätten zu fördern. Dies erfordert Neubau bzw. Ausbau vorhandener Gymnastik-, Turn- und Sporthallen in Zuordnung zu den Schulzentren der Region.

Ein Mittelbereich ist ausreichend versorgt, wenn 0,2 qm Hallenfläche je Einwohner zur Verfügung stehen. (Erhöhung möglich durch Bedürfnisse des Schulsportes, des Leistungssportes sowie durch Konzentration von Hallensportarten).

4.1.6.2 Planungen und Maßnahmen

s. Anhang

**4.1.7 Gemeinschaftshäuser**

4.1.7.1 Ziele

Jede Gemeinde oder jeder Gemeindeteil ab 3 000 Einwohner soll ein Gemeinschaftshaus oder eine Einrichtung mit Gemeinschaftshausfunktion erhalten.

4.1.7.2 Planungen und Maßnahmen

s. Anhang

**4.1.8 Schulen**

4.1.8.1 Ziele

*Grundstufe*

Zur Hinführung schulreifer Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren zu systematischeren Formen schulischen Arbeitens sind Grundschulen möglichst im Nahbereich der Wohnstandorte einzurichten. Dabei soll von folgenden Richtwerten ausgegangen werden:

94 Plätze je 100 der 6- bis unter 7jährigen

100 Plätze je 100 der 7- bis unter 10jährigen

30 Schüler je Klasse

*Mittelstufe*

Jeder Schüler im Alter von 10 bis unter 16 Jahren ist bis zu der von ihm erreichbaren Stufe der schulischen Ausbildung zu fördern. Hierzu sind Mittelstufenschulen in den Unter- bzw. Mittelzentren der Region zu schaffen. Dabei soll von folgenden Richtwerten ausgegangen werden:

100 Plätze je 100 der 10- bis unter 14jährigen

98 Plätze je 100 der 14- bis unter 15jährigen

78 Plätze je 100 der 15- bis unter 16jährigen

25 Schüler je Klasse

in der Regel mindestens 3 Züge je Jahrgang

*Gymnasiale Oberstufe*

Für die Schüler im Alter von 16 bis unter 20 Jahren sind zur Erlangung eines qualifizierten Schulabschlusses, der zu einem Studium berechtigt, Schulen der gymnasialen Oberstufe in enger Verbindung mit Schulzentren der beruflichen Schulen im Oberzentrum und in den Mittelzentren der Region einzurichten. Dabei soll von folgenden Richtwerten ausgegangen werden:

40 Plätze je 100 der 16- bis unter 17jährigen

26 Plätze je 100 der 17- bis unter 18jährigen

22 Plätze je 100 der 18- bis unter 19jährigen

13 Plätze je 100 der 19- bis unter 20jährigen

*Berufliche Schulen*

Für Schüler im Alter von 15 bis unter 22 Jahren sind schulische Einrichtungen für die berufliche Grund- und Fachausbildung an den bestehenden beruflichen Schulen in der Region entsprechend dem Bedarf auszubauen. Dabei sind die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit gymnasialen Oberstufen zu gewährleisten.

*Sonderschulen*

Behinderte Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sind unter Beachtung ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten zu fördern. In Verbindung mit anderen allgemeinbildenden Schulen sind Sonderschulen für lernbehinderte bzw. Praktisch Bildbare Schüler möglichst wohnortnah zu schaffen bzw. zu erhalten. Für Sprachbehinderte sind vorrangig an Grundschulen Sprachheilklassen und für Verhaltensgestörte Kleinklassen für Verhaltensgestörte zu bilden.

Die Integration der leichter körperbehinderten Schüler in die Grundschule bzw. in eine Schule der Sekundarstufe I ist anzustreben. Für schwer körperbehinderte Schüler können Schulträger Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen, um entsprechende Sonderschulen zu errichten. Überregionale Schulen mit Schülerheimen sind vom Landeswohlfahrtsverband für Sehgeschädigte (Sehbehinderte, Blinde) bzw. für Hörgeschädigte (Hörbehinderte, Gehörlose) einzurichten.

Der Anteil der behinderten Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter an der Gesamtzahl der Vollzeitschulpflichtigen beträgt etwa 5 bis 6%.

4.1.8.2 Planungen und Maßnahmen

Die Planungen und Maßnahmen im Schulbereich ergeben sich aus den Schulentwicklungsplänen der Schulträger. Bei diesen Planungen soll von der Entwicklung der Schülerzahlen, wie sie sich aus dem Anhang ergeben, ausgegangen werden.

**4.1.9 Hochschulen**

4.1.9.1 Ziele

Baumaßnahmen in der Hochschulregion Darmstadt sollen nur auf dem bereits erworbenen Gelände in der Stadt Darmstadt vorgenommen werden.

4.1.9.2 Planungen und Maßnahmen

— Beibehaltung der TH Darmstadt und der FH Darmstadt mit ca. 13 000 Studienplätzen

— Beibehaltung der FH Bundespost in Dieburg mit ca. 1 250 Studienplätzen

**4.1.10 Weiterbildung**

4.1.10.1 Ziele

Entsprechend dem wachsenden Stellenwert von Freizeit und Weiterbildung sowie dem Informationsbedürfnis sind Bibliotheken, Archive, Volkshochschulen und sonstige Einrichtungen der Erwachsenenbildung neu zu ordnen und im Zusammenhang mit der Schul- und Hochschulreform und mit dem Aufbau von Informationsbanken optimal zu koordinieren.

Darüber hinaus sollen das örtliche Bibliothekswesen nach Gemeindebibliothek und Bibliotheksstelle und der Bereich der Volksbüchereien, mit Auf- und Abstufungen, aber auch Auflösungen bzw. Ergänzungen von bibliothekarischen Einrichtungen neu organisiert werden.

4.1.10.2 Planungen und Maßnahmen

— Ausbau der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek zur Mediothek.
— Ausbau der Stadtbibliothek in Darmstadt als Zentralbibliothek der Region und zugleich als Hauptbibliothek.
— Ausbau 4 weiterer Hauptbibliotheken in Rüsselsheim, Dieburg, Bensheim bzw. Heppenheim (Bergstraße) und Erbach.
— Neubau des Hessischen Staatsarchivs unter Ausnutzung der Mollerruine in Darmstadt.
— Intensivierung der Zusammenarbeit der in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlosssenen 6 Volks- und Kreisvolkshochschulen, Schaffung eines Volkshochschulbildungszentrums.
— Neubau der Akademie für Tonkunst.
— Ausstattung einer Volkssternwarte.

4.1.11 **Kunstpflege**

4.1.11.1 Ziele

*Kulturdenkmäler*

Historische Stadt- oder Dorfteile sowie Boden- und Baudenkmäler sind durch geeignete Nutzung zu pflegen und durch Überführung in öffentliches Eigentum zugänglich zu erhalten, soweit hieran ein allgemeines Interesse besteht.

Die Kunstdenkmäler sind zu erhalten und — soweit erforderlich — zu restaurieren. Entsprechend ihren geschichtlichen Aussagen sind sie in eine zeitgemäße Nutzung einzubeziehen. Ihre bauliche Umgebung soll dies weitestgehend berücksichtigen.

*Theater*

Zwischen großen Theaterstandorten in den Nachbarregionen hat die Region ein eigenständiges und intensives Theater- und Konzertwesen gestaltet, dessen Besitzstand hinsichtlich Leistungsangebot und -niveau zu halten und finanziell zu fördern ist.

*Museen*

Die wertvollen Ansätze für Museen in der Region sind schwerpunktartig auszubauen. Neben dem Museumszentrum Darmstadt sind weitere geeignete Standorte zu fördern, um das Bildungsgut reichhaltiger Sammlungen museumspädagogisch wirksam einer breiteren Bevölkerung zugänglich zu machen.

*Sonstige Kunst- und Musikpflege-, Kongreß- und Tagungsstätten*

Die Region Starkenburg hat eine besonders günstige Lage für das Kongreß- und Tagungswesen. Um diese Situation auch wirklich nutzen zu können, sind die Kongreß- und Tagungsstätten der Region in geeigneten Standorten zu verbessern und den künftigen Bedürfnissen anzupassen.

4.1.11.2 Planungen und Maßnahmen

*Kulturdenkmäler*

Umwidmungen mehrerer Baudenkmäler, z. B. Landestheater (Mollerbau) und Pädagog in Darmstadt sowie Wiederherstellung von historischen Gärten für Erholungszwecke der Bevölkerung und für Ferienerholung, z. B. Rosenhöhe in Darmstadt.

*Theater*

Kooperation der Staats- und Kommunaltheater in Hessen sowie der Spielstätten der Region, u. a. in Bensheim, Dieburg, Erbach und Michelstadt, Technische Verbesserung der Theaterspielstätten in den Mittelzentren der Region, insbesondere bei Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen.

*Museen*

Ausbau des Landesmuseums, besonders der Spezialsammlungen.

Förderung von 11 Spezialmuseen, die zum Teil schon vorhanden sind. Ausbau von 7 Heimatmuseen zu Schwerpunktmuseen, denen ein Spezialmuseum wie in Rüsselsheim oder Michelstadt angegliedert sein kann.

Ausbau von Räumlichkeiten für das Stadtmuseum Darmstadt und für das Odenwaldmuseum in Michelstadt. Ergänzungsbauten oder -räume für die übrigen Schwerpunktmuseen.

Ausbau der Kunsthalle Darmstadt.

*Sonstige Kunst- und Musikpflege-, Kongreß- und Tagungsstätten*

Ausbau von Kongreß- und Tagungsstätten in Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen in Lampertheim, Wald-Michelbach, Bad König, Höchst i. Odw. und Reichelsheim (Odw.).

Neu- oder Ausbau von 6 Bürgerhäusern oder Mehrzweckhallen für Tagungszwecke.

11. *Der Abschn. 4.2.1.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Gewerbliche Wirtschaft) lautet wie folgt neu:*

Bestand und Zuwachs der Industrie- und Gewerbeflächen sind in der SL- und VV-Karte dargestellt.

Der aus Neuansiedlungsvorhaben resultierende Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen ist mit Vorrang in den gewerblichen Schwerpunkten und Entlastungsorten gem. Landesentwicklungsplan zu decken, und zwar in dem in der SL-Karte ausgewiesenen „Industrie- und Gewerbefläche, Bestand" und „Industrie- und Gewerbefläche, Zuwachs".

Flächenausweisungen für Neuansiedlungsvorhaben an anderen als den vorgenannten Orten sollen nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Als Ausnahmefälle kommen in Betracht:

— Betriebe, die überwiegend Frauen beschäftigen,
— Betriebe, die durch Rohstofflager an bestimmte Standorte gebunden sind,
— Betriebe, die erhebliche Belästigungen oder Gefährdungen im Wohnsiedlungsgebiet hervorrufen,
— Standortausweisungen in unmittelbarer Nähe von den o. g. Schwerpunkten und Entlastungsorten, wenn diese über keine ausreichenden und geeigneten Flächen verfügen, sowie in Mittelzentren außerhalb des Verdichtungsgebietes,
— Betriebe, die Güter und Dienstleistungen für den lokalen Bedarf erstellen (z. B. Handwerk, Handel u. a. Dienstleistungen),
— Betriebe, die auf Grund ihrer betriebs- und branchenspezifischen Standortanforderungen existentiell auf einen anderen als die vorrangigen Standorte angewiesen sind.

12. *Der Abschn. 4.2.3.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft) lautet wie folgt neu:*

Die Vorranggebiete für die Landwirtschaft sind in der SL-Karte dargestellt. Weitere Aussagen zum Bereich Landwirtschaft erfolgen im Zusammenhang mit der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplans.

13. *Der Abschn. 4.2.4.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Forstwirtschaft) lautet wie folgt neu:*

Entsprechende Aussagen zum Bereich Forstwirtschaft erfolgen im Zusammenhang mit der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplans.

14. *In Abschn. 4.2.6.1 (Ziele im Bereich Oberflächennahe Lagerstätten) lautet im ersten Absatz der 2. Satz wie folgt neu:*

Diesem Zweck dienen die „Vorranggebiete oberflächennahe Lagerstätten" und die „Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten".

*Der folgende Text in diesem Absatz sowie der zweite Absatz dieser Ziffer entfallen.*

15. *Der Abschn. 4.2.6.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Oberflächennahe Lagerstätten) lautet wie folgt neu:*

*Vorranggebiete oberflächennahe Lagerstätten*

Mit den Vorranggebieten oberflächennahe Lagerstätten wird die Existenz von Lagerstätten aufgezeigt und ein Planungshinweis für alle Stellen gegeben, die Ansprüche an diese Flächen geltend machen. Da Lagerstätten oft erst später genutzt werden, steht einer anderweitigen, zwischenzeitlichen Nutzung der Flächen nichts entgegen, es sei denn, hierdurch würde der künftige Abbau unmöglich gemacht oder unzumutbar erschwert. In diesen Fällen sowie bei Überlagerungen von Vorrangflächen wird über die Priorität zum Zeitpunkt der Nutzung entschieden. Dieser Entscheidung dient — soweit erforderlich — ein Raumordnungsverfahren.

Die Vorranggebiete oberflächennahe Lagerstätten sind in der SL-Karte dargestellt. Die genaue Abgrenzung

ergibt sich aus der gleichlautenden Karte des Landesamtes für Bodenforschung (Maßstab 1:100 000, Stand: Ausgabe 1978). Diese Karte ist Bestandteil der festgestellten SL-Karte. Die Übernahme der Vorranggebiete oberflächennahe Lagerstätten mit aktuellem Stand in die Karte „Siedlung und Landschaft" erfolgt bei deren Neuauflage.

In Ausnahmefällen können zum Ausbau und zur Unterhaltung von Deichen Sand- und Kiesentnahmen außerhalb der Vorrangflächen und innerhalb der Überschwemmungsgebiete zugelassen werden, wenn anschließend eine Verfüllung und Rekultivierung sichergestellt ist.

*Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten*

Um Zielkonflikte von vornherein zu vermeiden, weist der regionale Raumordnungsplan außerdem Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten aus. In diesen Gebieten hat der Lagerstättenabbau Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen.

Die Ausweisung von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten erfolgt im Zusammenhang mit der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplans.

16. *Der Abschn. 4.5.1.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Landschaftsschäden) lautet wie folgt neu:*

Die Gebiete, in denen Landschaftsschäden zu beseitigen sind, sind in der SL-Karte dargestellt. Die im Anhang vom Hessischen Landesamt für Bodenforschung zusammengestellten geologisch wichtigen Steinbrüche und Gruben sollen als Erdaufschlüsse zumindest teilweise erhalten werden.

17. *Der Abschn. 4.3.3.2 (Planungen und Maßnahmen im Bereich Straßen) lautet wie folgt neu:*

Die bestehenden und geplanten überregional und regional bedeutsamen Straßen sind in der SL- und VV-Karte dargestellt.

*Teilnetz überregional bedeutsamer Straßen[1])*

Neubaumaßnahmen:

1. Bau der Bundesstraße B 26 (neu) von Roßdorf — Gundernhausen bis in den Raum Aschaffenburg[2]),
2. Bau des Autobahnteilstückes A 661 zwischen Egelsbach und der A 5[3]),
3. Ergänzung der Netzkonzeption der linksrheinischen Region „Rheinhessen — Nahe"[4]),
4. Ausbau der A 5 auf insgesamt 8 Fahrspuren zwischen Frankfurt am Main und Darmstädter Kreuz[5]),
5. Ausbau der A 67 auf insgesamt 6 Fahrspuren zwischen Darmstädter Kreuz und A 656 (Mannheim — Heidelberg),
6. Ausbau der A 3 auf insgesamt 6 Fahrspuren,
7. Ausbau der A 5 auf insgesamt 6 Fahrspuren vom Darmstädter Kreuz an in Richtung Süden.

*Teilnetz der regional bedeutsamen Straßen und übrige Straßen[1])*

Folgende zwischen der Regionalplanung und der Fachplanung teilweise abgestimmte Straßenplanungen (s. VV-Karte) sind durchzuführen:

8. Bau einer gemeindeeigenen Parallelstraße zur vorhandenen B 3 zwischen Zwingenberg und Laudenbach mit Anschluß an die B 3[6]),
9. Bau der B 3 (neu) im Stadtbereich Darmstadt[7]),
10. Bau der B 37 Ortsumgehung Hirschhorn (Neckar)[8]),
11. Bau der B 38 (neu) zwischen B 3 bei Weinheim und Reichelsheim (Odenwald) — Gersprenz sowie zwischen Groß-Bieberau und Reinheim — Georgenhausen nebst Ortsumgehung Brensbach[9]),
12. Verlegung der B 42 im Bereich Schönauer Hof bei Nauheim und bei Weiterstadt mit Anschluß an die A 5 und die Nordtangente Darmstadt sowie Ausbau des Abschnittes der B 42 zwischen Groß-Gerau und Büttelborn[9]),
13. Bau der B 43 Umgehungen Kelsterbach und Raunheim[10]),
14. Bau der B 44 (neu) zwischen Groß-Gerau und Lampertheim mit östlicher Umgehung von Groß-Gerau — Dornheim, Groß-Gerau sowie Verlegung der B 44 bei Mörfelden-Walldorf[11]),
15. Bau der B 45 zwischen dem Mittleren Rodgau und der B 26 (neu) sowie der Ortsumgehungen Groß-Umstadt, Höchst i. Odw. und Michelstadt[12]),
16. Bau der B 46 (neu) zwischen Dreieich — Sprendlingen (A 661) und Eppertshausen (B 45 neu),
17. Bau der B 47 (neu) zwischen Worms und der A 5 mit einer neuen Rheinbrücke, Ortsumgehung Lindenfels[13]),
18. Bau der B 426 Ortsumgehungen Pfungstadt — Hahn/Pfungstadt, Darmstadt-Eberstadt, Mühltal — Nieder-Ramstadt, Ober-Ramstadt, Höchst i. Odw., Breuberg — Sandbach, Breuberg — Neustadt[14]).

    In Verlängerung der B 426 sollte eine Rheinbrücke bei Gernsheim angestrebt werden.
19. Ausbau der B 449 zwischen Mühltal — Nieder-Ramstadt und Darmstadt sowie späterer Neubau der B 449 zwischen Ober-Ramstadt und dem Knotenpunkt A 661/B 26 (neu)[15]),
20. Verlegung des Anschlusses der B 460 an die B 47 (neu) östlich Lorsch, Umgehung Heppenheim (Bergstraße) — Wald-Erlenbach/Rimbach — Mitlechtern, Bau des Teilstücks zwischen B 38 (neu) und Ortsumgehung Fürth — Weschnitz sowie Verlegung im Marbachtal[16]),
21. Bau der B 486 Umgehung Mörfelden-Walldorf im Zusammenhang mit der B 44 (neu)[17]),
22. Bau der L 3105 Umgehung Reichelsheim (Odenwald) — Unter-Ostern bis zur B 47 Umgehung Reichelsheim (Odenwald) — Bockenrod,
23. Bau der Nordtangente Darmstadt zwischen A 5 und Ostumgehung Darmstadt,
24. L (neu) Aschaffenburger Straße zwischen B 44 und B 486 bei Langen[18]),
25. L 3065 Verlegung zwischen Groß-Umstadt — Groß-Umstadt und Groß-Umstadt — Klein-Umstadt[18]).

Nach Feststellung des sachlichen Teilplans wurden folgende nicht abgestimmte Straßenplanungen zwischen der Fachplanung und der Regionalplanung abgestimmt. Sie werden, soweit sie in die SL- und VV-Karte aufgenommen werden, in den nachstehend abgedruckten Beikarten „Straßenplanungen", die Bestandteil des regionalen Raumordnungsplans sind, dargestellt. Eine Übernahme in die Karte „Verkehr und Versorgung" erfolgt im Rahmen der Fortschreibung des Raumordnungs-

---

[1]) Für die Bundesfernstraßen gilt der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in der jeweiligen Fassung.

[2]) Die Abschnitte zwischen K 141 und Roßdorf sowie zwischen Gundernhausen und Dieburg-Ost sind fertiggestellt (siehe Textkarte). Der Abschnitt der A 45 zwischen Seligenstädter Kreuz (A 3) und B 26 (neu) sowie die zweite Fahrbahn der B 26 (neu) im Abschnitt Harpertshausen — Landesgrenze werden von der Landesregierung nicht weiterverfolgt.

[3]) Das Autobahnteilstück der A 661 zwischen Egelsbach und der A 5 ist im neuen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen nicht mehr enthalten; die Maßnahme wird von der Landesregierung nicht weiterverfolgt.

[4]) Eine solche Straßenverbindung, deren Baulast beim Bund liegen würde, ist nicht im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthalten; diese Straßenverbindung wird von der Landesregierung nicht weiterverfolgt.

[5]) Die Maßnahme ist fertiggestellt.

[6]) Zwischen B 460 und L 3398 in Heppenheim und zwischen Bensheim-Auerbach und Zwingenberg fertiggestellt (siehe Textkarte).

[7]) Zwischen B 426 und Rüdesheimer Straße fertiggestellt (siehe Textkarte).

[8]) Die Ortsumgehung Brensbach ist fertiggestellt (siehe Textkarte).

[9]) Die B 42 im Bereich Schönauer Hof bei Nauheim und bei Weiterstadt mit Anschluß an die A 5 ist fertiggestellt (siehe Textkarte).

[10]) Die Umgehung Raunheim ist fertiggestellt (siehe Textkarte).

[11]) Der Abschnitt zwischen Dornheim und Stockstadt und die Ortsumgehung Bürstadt sind fertiggestellt (siehe Textkarte).

[12]) Die Ortsumgehung Groß-Umstadt ist fertiggestellt (siehe Textkarte).

[13]) Die nördliche Fahrbahn der Ortsumgehung Bürstadt ist fertiggestellt (siehe Textkarte).

[14]) Die Ortsumgehungen Breuberg—Sandbach und Breuberg—Neustadt sind fertiggestellt und die Ortsumgehung Nieder-Ramstadt ist inzwischen abgestimmt (siehe Textkarte).

[15]) Die A 661 wird von der Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen nicht weiterverfolgt.

[16]) Der Abschnitt im Marbachtal ist fertiggestellt; die Verlegung bei Weschnitz wird von der Landesregierung nicht weiterverfolgt (siehe Textkarte).

[17]) Die zweite Fahrbahn der B 44/B 486, Ortsumgehung Mörfelden-Walldorf wird von der Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen nicht weiterverfolgt.

[18]) In der SL- und VV-Karte nicht dargestellt.

plans. Im einzelnen handelt es sich um folgende Straßenplanungen:

26. B 26 (neu) zwischen der K 141 und Darmstadt-Ostbahnhof,
27. L 3111, Verlegung zwischen Knotenpunkt B 47/B 460 (neu) und Einhausen[1]),
28. L 3112, Verlegung östlich Gernsheim[1]),
29. L 3113, Ortsumgehung Weiterstadt — Gräfenhausen[1]),
30. L 3120, Ortsumgehung Heppenheim (Bergstraße) — Erbach[1]),
31. L 3261, Ortsumgehung Biblis — Nordheim[1]).

Verschiedene Straßenbauprojekte, die im regionalen Raumordnungsplan als abgestimmte oder noch nicht abgestimmte Straßenplanungen dargestellt sind, wurden inzwischen realisiert (siehe verschiedene Fußnoten). Sie werden in den nachstehend abgedruckten Beikarten „Straßenplanungen", die Bestandteil des regionalen Raumordnungsplans sind, als vorhandene Straßen (Bestand) dargestellt. Eine Übernahme in die VV-Karte erfolgt im Rahmen der Fortschreibung. Über die in den Fußnoten beschriebenen Maßnahmen hinaus handelt es sich noch um:

32. Bau einer Mainbrücke bei Flörsheim im Zuge der B 519,
33. B 38 Ortsumgehung Reichelsheim (Odenwald) — Bockenrod[1]).

Die in den Karten des regionalen Raumordnungsplans nach wie vor als Planungsvorschlag punktiert dargestellten Straßenplanungen sind, ebenso wie die nachstehend textlich aufgeführten Straßenplanungen, zwischen der Regionalplanung und der Fachplanung noch nicht abgestimmt:

34. B 26/L 3096 Südumgehung Riedstadt — Wolfskehlen,
35. B 42, Verlegung bei Groß-Gerau (Verlegung im Bereich der vorhandenen Eisenbahnunterführung mit beschränkter Durchfahrtshöhe),
36. B 44 Verlegung in Groß-Rohrheim (Beseitigung von Bahnübergängen) Querspange zwischen B 44 (neu) zur B 44 (alt) südlich Gernsheim,
37. Verlegung der B 426 zwischen Bruchmühle (Gemeinde Riedstadt) und der B 44 (neu) bei Gernsheim,
38. B 426 (neu) Verbindung zur B 38 (neu) bei Reinheim,
39. B 449/B 426 Ortsumgehung Mühltal — Traisa (von B 426 neu bis Böllenfalltor),
40. L (neu) Verbindung zwischen Ostumgehung Lampertheim und Viernheim[2]),
41. L 535 Ortsumgehung Abtsteinach — Unter-Abtsteinach,
42. L 3012/L 3094 Ortsumgehung Trebur — Geinsheim,
43. L 3094 Ortsumgehung Groß-Gerau — Wallerstädten,
44. L 3094 Verlegung bei Weiterstadt und Weiterstadt — Braunshardt (Beseitigung eines Bahnübergangs),
45. L 3096 Ortsumgehung Riedstadt — Leeheim,
46. L 3098 Verlegung bei Seeheim-Jugenheim — Ober-Beerbach.
47. L 3105 Verlegung bei Wald-Michelbach — Aschbach,
48. L 3110 Ostumgehung Lampertheim,
49. L 3119 Ortsumgehung Beerfelden — Beerfelden,
50. L 3259/L 3349 Verlegung bei Groß-Umstadt — Wiebelsbach und Lützelbach — Seckmauern,
51. L 3318 Ortsumgehung Höchst i. Odw. — Hummetroth,
52. L 3318 Ortsumgehung Michelstadt — Vielbrunn,
53. L 3345 Ortsumgehung Bensheim — Schwanheim,
54. L 3349 Verlegung bei Lützelbach — Haingrund,
55. L 3361 Verlegung bei Biebesheim,
56. L 3408 Ortsumgehung Birkenau — Birkenau.

Die Entscheidung über die Konkretisierung dieser Planungen im regionalen Raumordnungsplan erfolgt spätestens im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Plans. Bis zu dieser Fortschreibung sind bei Realisierung oder Geltendmachung der festgelegten raumbeanspruchenden Planaussagen, insbesondere zur Siedlungsstruktur und zu den Vorranggebieten, die oben aufgeführten Straßenplanungen zu berücksichtigen.

[1]) In der SL- und VV-Karte nicht dargestellt.
[2]) Die Maßnahme wird von der Landesregierung nicht weiterverfolgt.

LEGENDE DER KARTEN AUF DEN FOLGENDEN SEITEN

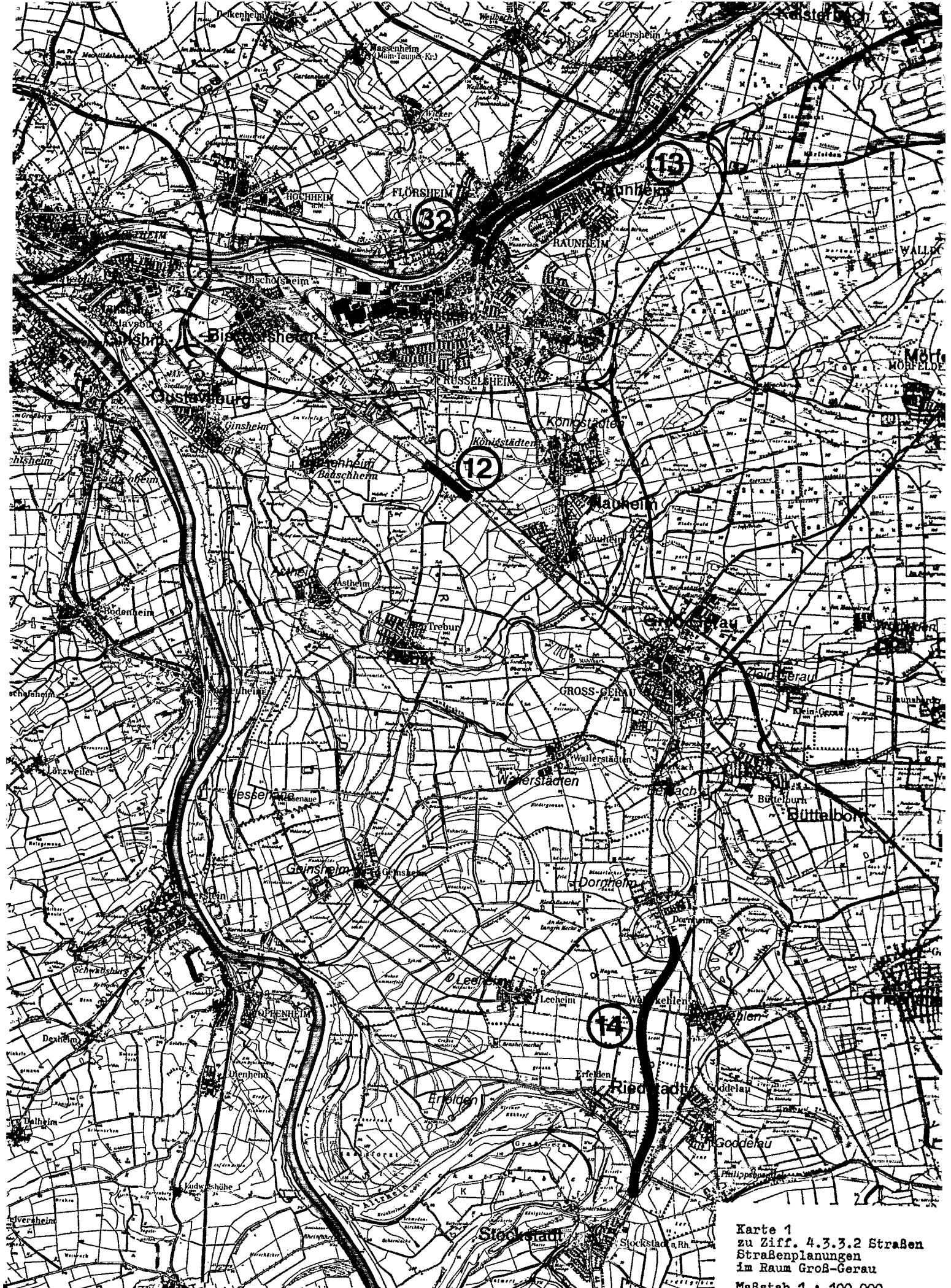
Grenze des räumlichen und sachlichen Teilplans

Straßen, vorhanden, einbahnig

Straßen, vorhanden, zweibahnig

Straßen, geplant, einbahnig

(Karten mit Genehmigung des Hess. Landesvermessungsamtes, Wiesbaden, vervielfältigt, Verv.-Nr. 73/74)

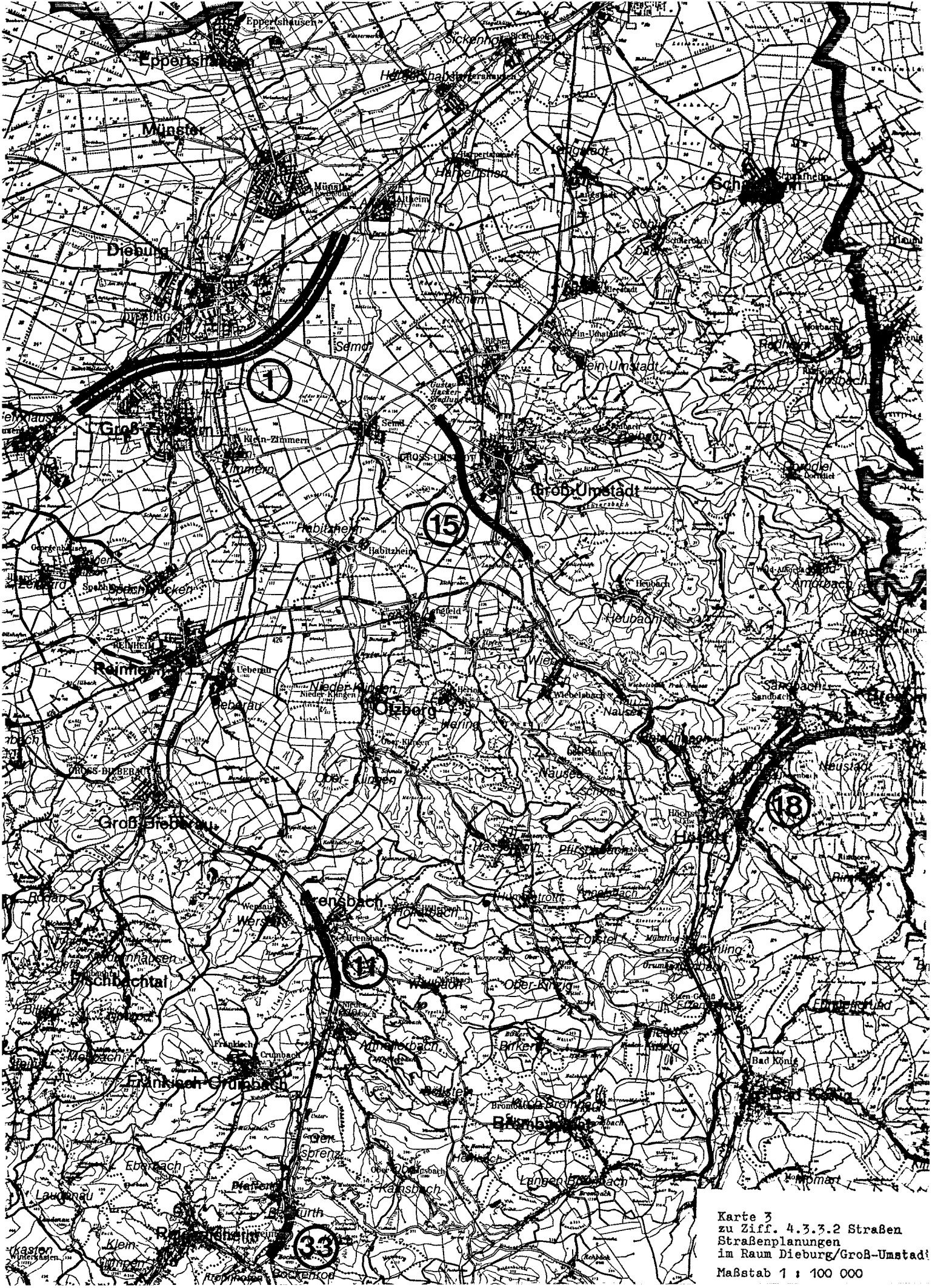



Karte 1
zu Ziff. 4.3.3.2 Straßen
Straßenplanungen
im Raum Groß-Gerau

Maßstab 1 : 100 000

Karte 2
zu Ziff. 4.3.3.2 Straßen
Straßenplanungen
im Raum Darmstadt

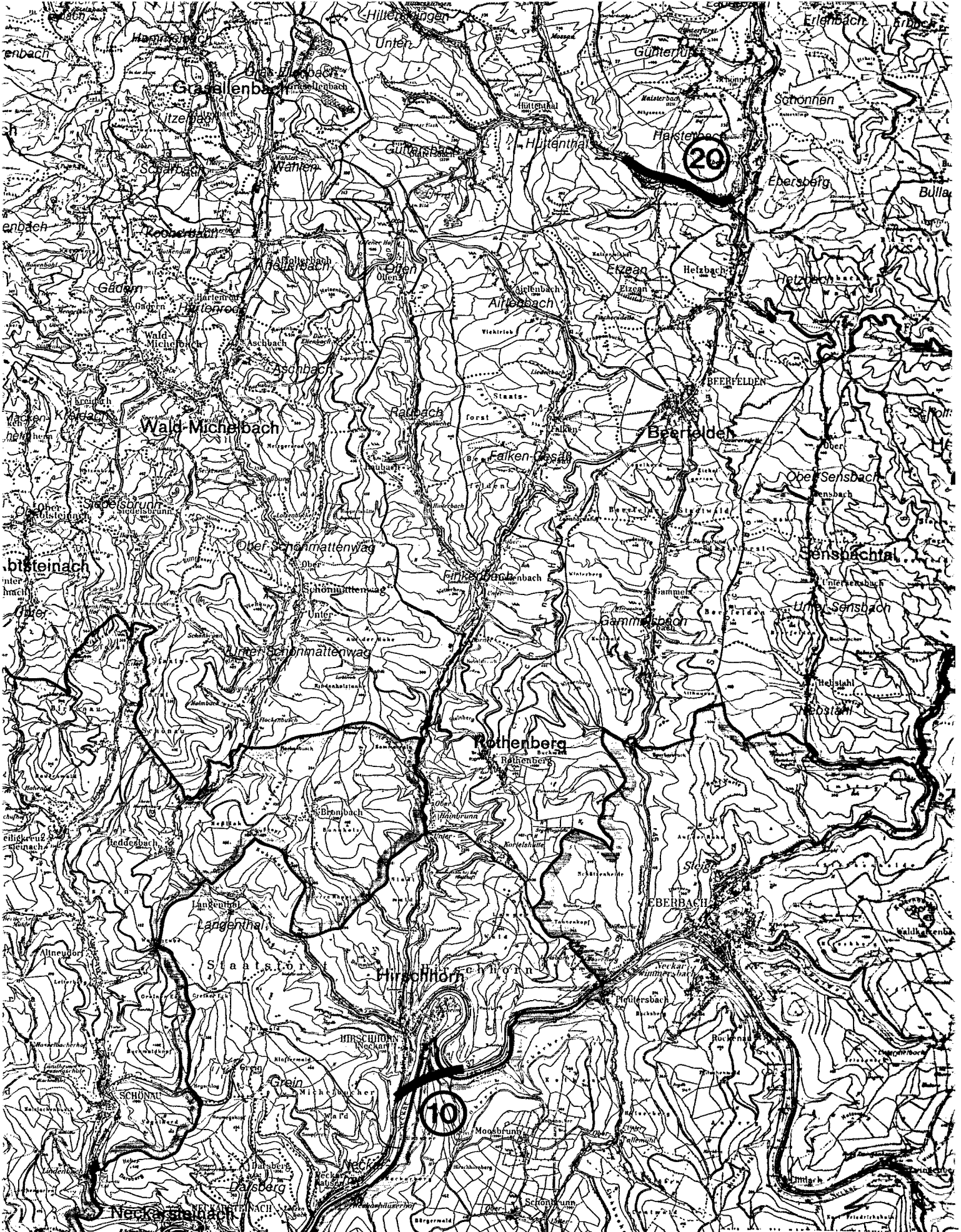
Maßstab 1 : 100 000




Karte 3
zu Ziff. 4.3.3.2 Straßen
Straßenplanungen
im Raum Dieburg/Groß-Umstadt
Maßstab 1 : 100 000

Karte 4
zu Ziff. 4.3.3.2 Straßen
Straßenplanungen
im Raum Bergstraße

Maßstab 1 : 100 000




Karte 5
zu Ziff. 4.3.3.2 Straßen
Straßenplanungen
im Raum Erbach-Michelstadt

Maßstab 1 : 100 000

## ANHANG

## PLANUNGSDATEN ZUR ENTWICKLUNG DER REGION STARKENBURG[1])

**1. Bevölkerung nach Mittelbereichen und Gemeinden (zu 2.1)**

Ausgehend von der Fortschreibung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und unter Berücksichtigung regionalplanerischer Zielsetzungen wird von folgender Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden und Mittelbereichen ausgegangen:

| Gemeinden Mittelbereiche | 31. 12. 1976 | Zielprojektion 1985 |
|---|---|---|
| *Mittelbereich Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | |
| Bischofsheim | 11 994 | 12 200 |
| Büttelborn | 9 291 | 9 900 |
| Ginsheim-Gustavsburg | 15 433 | 15 450 |
| Groß-Gerau | 20 238 | 20 700 |
| Kelsterbach | 14 110 | 13 950 |
| Mörfelden-Walldorf | 29 011 | 29 300 |
| Nauheim | 9 087 | 9 450 |
| Raunheim | 12 206 | 12 000 |
| Rüsselsheim | 62 833 | 63 700 |
| Trebur | 9 889 | 10 250 |
| Summe | 194 092 | 196 900 |
| *Mittelbereich Darmstadt* | | |
| Alsbach-Hähnlein | 6 224 | 6 350 |
| Bickenbach | 4 370 | 4 400 |
| Biebesheim am Rhein | 5 825 | 5 750 |
| Darmstadt | 139 306 | 138 000 |
| Erzhausen | 5 725 | 5 750 |
| Fischbachtal | 2 214 | 2 250 |
| Gernsheim | 8 099 | 8 000 |
| Griesheim | 20 723 | 20 450 |
| Groß-Bieberau | 3 813 | 3 800 |
| Messel | 3 159 | 3 250 |
| Modautal | 4 212 | 4 300 |
| Mühltal | 12 101 | 12 300 |
| Ober-Ramstadt | 12 833 | 12 850 |
| Pfungstadt | 22 677 | 22 950 |
| Reinheim | 14 363 | 14 850 |
| Riedstadt | 16 256 | 16 950 |
| Roßdorf | 10 505 | 10 800 |
| Seeheim-Jugenheim | 14 798 | 15 300 |
| Stockstadt am Rhein | 4 321 | 4 500 |
| Weiterstadt | 17 647 | 17 800 |
| Summe | 329 171 | 330 600 |
| *Mittelbereich Dieburg/Groß-Umstadt* | | |
| Dieburg | 12 923 | 12 700 |
| Groß-Umstadt | 18 112 | 18 300 |
| Groß-Zimmern | 10 562 | 10 600 |
| Otzberg | 5 538 | 5 500 |
| Summe*) | 47 135 | 47 100 |
| *Mittelbereich Bergstraße* | | |
| Abtsteinach | 2 112 | 2 100 |
| Bensheim | 32 581 | 32 600 |
| Biblis | 8 204 | 8 000 |
| Birkenau | 9 641 | 9 800 |
| Bürstadt | 14 784 | 14 600 |
| Einhausen | 4 674 | 4 700 |
| Fürth | 9 134 | 9 250 |
| Gorxheimertal | 3 800 | 3 800 |
| Grasellenbach | 2 954 | 2 950 |
| Groß-Rohrheim | 3 490 | 3 500 |
| Heppenheim (Bergstraße | 23 825 | 24 000 |
| Hirschhorn (Neckar) | 4 077 | 4 000 |
| Lampertheim | 31 648 | 31 500 |
| Lautertal (Odenwald) | 6 780 | 6 850 |
| Lindenfels | 4 653 | 4 700 |
| Lorsch | 10 468 | 10 550 |
| Mörlenbach | 8 033 | 8 200 |
| Neckarsteinach | 3 830 | 3 800 |
| Rimbach | 7 686 | 7 900 |
| Viernheim | 29 493 | 29 600 |
| Wald-Michelbach | 10 125 | 10 400 |
| Zwingenberg | 4 832 | 4 900 |
| Summe | 236 824 | 237 700 |
| *Mittelbereich Erbach/Michelstadt* | | |
| Beerfelden | 6 742 | 6 700 |
| Brensbach | 4 202 | 4 250 |
| Breuberg | 6 687 | 6 700 |
| Brombachtal | 2 972 | 3 000 |
| Erbach | 10 464 | 10 500 |
| Fränkisch-Crumbach | 2 536 | 2 600 |
| Hesseneck | 827 | 850 |
| Höchst i. Odw. | 8 099 | 8 100 |
| König, Bad | 7 920 | 7 900 |
| Lützelbach | 5 742 | 5 750 |
| Michelstadt | 13 631 | 13 700 |
| Mossautal | 2 172 | 2 150 |
| Reichelsheim (Odenwald) | 7 096 | 7 150 |
| Rothenberg | 2 278 | 2 300 |
| Sensbachtal | 1 037 | 1 050 |
| Summe | 82 405 | 82 700 |

**2. Erwerbspersonenentwicklung in der Region (zu 2.3)**

Ausgehend von den Erwerbstätigenzahlen von 1970, den sich abzeichnenden Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung und unter Berücksichtigung regionalplanerischer Zielsetzungen wird von folgender Erwerbspersonenentwicklung in den Mittelbereichen ausgegangen:

| Mittelbereiche | Bestand 1970 Einwohner | Erwerbstätige | Erwerbstätigenquote % |
|---|---|---|---|
| Rüsselsheim/Groß-Gerau | 180 498 | 85 949 | 47,6 |
| Darmstadt | 313 068 | 137 077 | 43,8 |
| Dieburg/Groß-Umstadt*) | 44 856 | 19 946 | 44,5 |
| Bergstraße | 223 734 | 94 589 | 42,3 |
| Erbach/Michelstadt | 78 889 | 36 279 | 46,0 |

| Mittelbereiche | Zielprojektion 1985 Einwohner | Erwerbspersonen | Erwerbsquote % |
|---|---|---|---|
| Rüsselsheim/Groß-Gerau | 196 900 | 97 500 | 49,5 |
| Darmstadt | 330 600 | 151 100 | 45,7 |
| Dieburg/Groß-Umstadt*) | 47 100 | 22 000 | 46,7 |
| Bergstraße | 237 700 | 106 900 | 45,0 |
| Erbach/Michelstadt | 82 700 | 39 500 | 47,8 |

[1]) Die Planungsdaten nehmen an der Bindungswirkung der Feststellung nicht teil. Es handelt sich hierbei um Orientierungswerte für die Planungen der kommunalen Gebietskörperschaften und des Landes.

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

**3. Planungen und Maßnahmen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen (zu 4.1.2.2)**

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Kinderkrippen | | Kindergärten | | Kinderhorte | | Dauer- und Sonderheime für Kinder und Jugendliche | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze |
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | | | |
| Bischofsheim | — | — | 410 | 341 | — | 30 | — | 17 |
| Büttelborn | — | — | 288 | 260 | — | — | 8 | 16 |
| Ginsheim-Gustavsburg | — | — | 450 | 421 | — | 30 | — | 21 |
| Groß-Gerau | — | — | 470 | 593 | — | 30 | — | 28 |
| Kelsterbach | — | — | 325 | 449 | — | 30 | — | 20 |
| Mörfelden-Walldorf | — | — | 740 | 883 | — | 30 | — | 40 |
| Nauheim | — | — | 280 | 254 | — | 30 | — | 14 |
| Raunheim | — | — | 390 | 347 | — | 30 | — | 17 |
| Rüsselsheim | 60 | 60 | 1 755 | 1 714 | 120 | 120 | 16 | 83 |
| Trebur | — | — | 375 | 266 | — | — | — | 15 |
| Summe | 60 | 60 | 5 483 | 5 528 | 120 | 330 | 24 | 271 |
| *MB Darmstadt* | | | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | — | — | 260 | 167 | — | — | — | — |
| Bickenbach | — | — | 130 | 124 | — | — | — | — |
| Biebesheim | — | — | 175 | 180 | — | — | — | — |
| Darmstadt | 104 | 104 | 3 356 | 3 367 | 488 | 488 | 341 | 341 |
| Erzhausen | — | — | 150 | 167 | — | — | — | — |
| Fischbachtal | — | — | — | 56 | — | — | 20 | 20 |
| Gernsheim | — | — | 239 | 196 | — | 30 | — | 50 |
| Griesheim | — | — | 625 | 689 | — | 30 | — | — |
| Groß-Bieberau | — | — | 125 | 99 | — | — | — | — |
| Messel | — | — | 75 | 93 | — | — | — | — |
| Modautal | — | — | 115 | 106 | — | — | — | — |
| Mühltal | — | — | 305 | 325 | — | — | 82 | 82 |
| Ober-Ramstadt | — | — | 365 | 369 | — | 30 | — | — |
| Pfungstadt | — | — | 550 | 683 | — | 30 | — | — |
| Reinheim | — | — | 425 | 428 | — | 30 | — | — |
| Riedstadt | — | — | 445 | 422 | — | 30 | — | 25 |
| Roßdorf | — | — | 285 | 293 | — | — | — | — |
| Seeheim-Jugenheim | — | — | 360 | 430 | — | 30 | 121 | 121 |
| Stockstadt am Rhein | — | — | 140 | 108 | — | — | — | — |
| Weiterstadt | — | — | 436 | 579 | — | 30 | — | 30 |
| Summe | 104 | 104 | 8 561 | 8 881 | 488 | 728 | 564 | 669 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | | | |
| Dieburg | — | 20 | 330 | 320 | — | 30 | — | 80 |
| Groß-Umstadt | — | — | 434 | 537 | — | 30 | — | 25 |
| Groß-Zimmern | — | — | 250 | 342 | — | 15 | 74 | 74 |
| Otzberg | — | — | — | 153 | — | — | — | — |
| Summe*) | — | 20 | 1 014 | 1 352 | — | 75 | 74 | 179 |
| *MB Bergstraße* | | | | | | | | |
| Abtsteinach | — | — | 50 | 52 | — | — | — | — |
| Bensheim | — | 20 | 950 | 881 | 20 | 60 | 229 | 229 |
| Biblis | — | — | 192 | 204 | — | — | — | — |
| Birkenau | — | — | 300 | 254 | — | — | 24 | 50 |
| Bürstadt | — | — | 325 | 407 | 25 | 50 | — | 50 |
| Einhausen | — | — | 150 | 124 | — | — | — | — |
| Fürth | — | — | 200 | 258 | — | 30 | 50 | 50 |
| Gorxheimertal | — | — | 94 | 102 | — | — | — | — |
| Grasellenbach | — | — | 78 | 68 | — | — | — | — |
| Groß-Rohrheim | — | — | 100 | 87 | — | — | — | — |
| Heppenheim (Bergstraße) | — | — | 472 | 648 | — | 30 | 275 | 275 |
| Hirschhorn (Neckar) | — | — | 100 | 103 | — | — | — | — |
| Lampertheim | — | 20 | 1 011 | 845 | — | 60 | 8 | 50 |
| Lautertal (Odenwald) | — | — | 125 | 177 | — | — | — | — |
| Lindenfels | — | — | 50 | 109 | — | — | — | — |
| Lorsch | — | — | 350 | 275 | — | 30 | 7 | 7 |
| Mörlenbach | — | — | 250 | 214 | — | — | — | — |
| Neckarsteinach | — | — | 100 | 92 | — | — | — | — |
| Rimbach | — | — | 150 | 187 | — | — | 58 | 58 |
| Viernheim | — | — | 830 | 862 | 80 | 90 | — | 50 |
| Wald-Michelbach | — | — | 250 | 268 | — | 30 | 34 | 50 |
| Zwingenberg | — | — | 185 | 132 | — | — | 50 | 50 |
| Summe | — | 40 | 6 312 | 6 349 | 125 | 380 | 735 | 919 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

noch: Planungen und Maßnahmen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen (zu 4.1.2.2)

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Kinderkrippen | | Kindergärten | | Kinderhorte | | Dauer- und Sonderheime für Kinder und Jugendliche | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | | | |
| Beerfelden | — | — | 100 | 212 | — | 15 | — | 50 |
| Brensbach | — | — | 125 | 128 | — | — | — | — |
| Breuberg | — | — | 245 | 217 | — | — | — | — |
| Brombachtal | — | — | 50 | 98 | — | — | — | — |
| Erbach | 20 | 20 | 225 | 319 | — | — | 25 | 50 |
| Fränkisch-Crumbach | — | — | 100 | 77 | — | — | — | — |
| Hesseneck | — | — | — | 23 | — | — | — | — |
| Höchst i. Odw. | — | — | 150 | 253 | — | 30 | — | 50 |
| König, Bad | — | — | 225 | 240 | — | 15 | — | — |
| Lützelbach | — | — | 225 | 84 | — | — | — | — |
| Michelstadt | — | — | 375 | 419 | — | 30 | — | — |
| Mossautal | — | — | 27 | 64 | — | — | — | — |
| Reichelsheim (Odenwald) | — | — | 100 | 239 | — | 30 | — | — |
| Rothenberg | — | — | 25 | 65 | — | — | — | — |
| Sensbachtal | — | — | 25 | 34 | — | — | — | — |
| Summe | 20 | 20 | 1 997 | 2 472 | — | 120 | 25 | 150 |
| Regionssumme | 184 | 244 | 23 367 | 24 582 | 733 | 1 633 | 1 422 | 2 188 |

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Jugendfreizeitstätten | | Kinder- und Jugenderholungseinrichtungen | | Jugendherbergen (J) und Wanderheime (W) | | Familienerholungseinrichtungen | | Erziehungsberatungsstellen | | Elternschulen und Familienbildungsstätten | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen |
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | | | | | | | |
| Bischofsheim | 1 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Büttelborn | 1 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Ginsheim-Gustavsburg | 2 | 4 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Groß-Gerau | 1 Ü, 2 | 1 Ü, 6 | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 | — | — |
| Kelsterbach | 1 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mörfelden-Walldorf | 2 | 8 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Nauheim | — | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Raunheim | 1 | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Rüsselsheim | 5 | 17 | — | — | 1 J, 1 W | 1 J, 1 W | — | — | 1 | 1 | — | — |
| Trebur | 2 | 2 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Summe | 1 Ü, 17 | 1 Ü, 53 | — | — | 1 J, 4 W | 1 J, 4 W | — | — | 2 | 2 | — | — |
| *MB Darmstadt* | | | | | | | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | — | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bickenbach | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Biebesheim | 1 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Darmstadt | 57 | 57 | — | 1 | 1 J, 1 W | 1 J, 1 W | — | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 |
| Erzhausen | 1 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Fischbachtal | 1 Ü, 1 | 1 Ü, 1 | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Gernsheim | 1 Ü, 2 | 1 Ü, 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Griesheim | — | 5 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Groß-Bieberau | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Messel | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Modautal | 3 Ü, 4 | 3 Ü, 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mühltal | 1 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Ober-Ramstadt | 1 | 3 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Pfungstadt | 1 | 3 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Reinheim | 1 | 5 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Riedstadt | 1 | 1 Ü, 5 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Roßdorf | — | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Seeheim-Jugenheim | 2 | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Stockstadt am Rhein | — | 1 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Weiterstadt | 1 | 5 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Summe | 5 Ü, 74 | 6 Ü, 110 | 1 | 2 | 1 J, 4 W | 1 J, 4 W | — | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | | | | | | | |
| Dieburg | 3 | 3 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | 1 | — | 1 |
| Groß-Umstadt | 4 | 6 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Groß-Zimmern | — | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Otzberg | 3 | 5 | — | — | 1 J | 1 J | — | — | — | — | — | — |
| Summe*) | 10 | 17 | — | — | 1 J, 2 W | 1 J, 2 W | — | — | — | 1 | — | 1 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)
Ü = Überörtliche Jugendfreizeitstätten

noch: Planungen und Maßnahmen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen (zu 4.1.2.2)

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Jugendfreizeitstätten | | Kinder- und Jugenderholungseinrichtungen | | Jugendherbergen (J) und Wanderheime (W) | | Familienerholungseinrichtungen | | Erziehungsberatungsstellen | | Elternschulen und Familienbildungsstätten | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen | Bestand 1976 Einrichtungen | Planung 1985 Einrichtungen |
| *MB Bergstraße* | | | | | | | | | | | | |
| Abtsteinach | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bensheim | 2 | 10 | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 | — | 1 |
| Biblis | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Birkenau | 1 Ü, 3 | 1 Ü, 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bürstadt | 5 | 5 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Einhausen | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Fürth | 4 | 5 | — | — | — | — | 1 | 1 | — | — | — | — |
| Gorxheimertal | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Grasellenbach | 1 Ü, 2 | 1 Ü, 2 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Groß-Rohrheim | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Heppenheim (Bergstraße) | 1 Ü, 4 | 1 Ü, 7 | — | — | 1 J | 1 J | — | — | — | 1 | — | — |
| Hirschhorn (Neckar) | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Lampertheim | 8 | 9 | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | — |
| Lautertal (Odenwald) | 2 Ü, 2 | 2 Ü, 2 | — | — | 2 W | 2 W | — | — | — | — | — | — |
| Lindenfels | 1 Ü, 2 | 1 Ü, 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Lorsch | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mörlenbach | 1 Ü, 1 | 1 Ü, 3 | — | — | — | 1 J | — | 1 | — | — | — | — |
| Neckarsteinach | 1 Ü, — | 1 Ü, 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Rimbach | 1 Ü, 1 | 1 Ü, 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Viernheim | 6 | 8 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Wald-Michelbach | 5 | 5 | — | — | 1 J | 1 J | — | — | — | — | — | — |
| Zwingenberg | 1 | 1 | — | — | 1 J | 1 J | — | — | — | — | — | — |
| Summe | 9 Ü, 61 | 9 Ü, 81 | — | — | 3 J, 3 W | 4 J, 3 W | 1 | 2 | 1 | 3 | — | 2 |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | | | | | | | |
| Beerfelden | 1 | 1 Ü, 2 | — | — | — | 1 J | — | — | — | — | — | — |
| Brensbach | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Breuberg | 2 | 2 | — | — | 1 J, 1 W | 1 J, 1 W | — | — | — | — | — | — |
| Brombachtal | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erbach | 2 | 3 | — | — | 1 J | 1 J | — | — | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Fränkisch-Crumbach | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Hesseneck | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Höchst i. Odw. | 1 | 2 | — | — | 1 W | 1 W | — | — | — | — | — | — |
| König, Bad | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Lützelbach | — | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Michelstadt | 1 Ü, 4 | 1 Ü, 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mossautal | 1 Ü, — | 1 Ü, 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Reichelsheim (Odenwald) | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Rothenberg | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Sensbachtal | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Summe | 2 Ü, 16 | 3 Ü, 24 | — | — | 2 J, 2 W | 3 J, 2 W | — | — | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Regionssumme | 17 Ü, 178 | 19 Ü, 285 | 1 | 2 | 8 J, 15 W | 10 J, 15 W | 1 | 3 | 5 | 9 | 2 | 5 |

**4. Planungen und Maßnahmen im Bereich Alteneinrichtungen (zu 4.1.3.2)**

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Altenwohnheime | | Altenheime | | Altenkrankenheime/ Altenpflegeheime | | Altentagesstätten | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze |
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | | | |
| Bischofsheim | — | — | — | — | — | — | — | 2 |
| Büttelborn | 20 | 20 | — | — | — | — | — | 1 |
| Ginsheim-Gustavsburg | — | 40 | 89 | 89 | 22 | 60 | 1 | 2 |
| Groß-Gerau | — | 40 | 80 | 80 | 30 | 60 | — | 3 |
| Kelsterbach | 32 | 32 | — | 50 | — | 50 | 1 | 2 |
| Mörfelden-Walldorf | 59 | 59 | 10 | 50 | — | 50 | 1 | 3 |
| Nauheim | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Raunheim | 75 | 100 | — | 50 | — | 40 | — | 1 |
| Rüsselsheim | 226 | 262 | 76 | 100 | 169 | 169 | 4 | 7 |
| Trebur | 25 | 25 | — | — | — | — | — | 1 |
| Summe | 437 | 578 | 255 | 419 | 221 | 429 | 8 | 23 |

noch: Planungen und Maßnahmen im Bereich Alteneinrichtungen (zu 4.1.3.2)

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Altenwohnheime | | Altenheime | | Altenkrankenheime/ Altenpflegeheime | | Altentagesstätten | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze | Bestand 1976 Plätze | Planung 1985 Plätze |
| *MB Darmstadt* | | | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | — | 40 | 35 | 50 | 19 | 19 | — | 1 |
| Bickenbach | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Biebesheim | 117 | 117 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Darmstadt | 522 | 639 | 911 | 911 | 274 | 434 | 7 | 23 |
| Erzhausen | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Fischbachtal | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Gernsheim | — | — | 39 | 39 | 11 | 11 | 1 | 1 |
| Griesheim | 40 | 90 | — | — | 41 | 41 | 1 | 2 |
| Groß-Bieberau | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Messel | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Modautal | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Mühltal | — | — | 14 | 88 | 53 | 70 | — | 2 |
| Ober-Ramstadt | — | — | — | — | — | — | — | 2 |
| Pfungstadt | 73 | 75 | — | — | 59 | 80 | 1 | 2 |
| Reinheim | — | 40 | — | 40 | — | 50 | 2 | 2 |
| Riedstadt | — | 40 | — | 40 | 15 | 40 | 1 | 2 |
| Roßdorf | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Seeheim-Jugenheim | — | 30 | 120 | 120 | 39 | 60 | 1 | 2 |
| Stockstadt am Rhein | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Weiterstadt | — | — | 101 | 101 | 44 | 60 | 2 | 2 |
| Summe | 752 | 1 071 | 1 220 | 1 389 | 555 | 865 | 21 | 50 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | | | |
| Dieburg | 70 | 70 | 74 | 74 | 12 | 50 | 1 | 2 |
| Groß-Umstadt | — | 50 | — | 50 | — | 50 | — | 2 |
| Groß-Zimmern | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Otzberg | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Summe*) | 70 | 120 | 74 | 124 | 12 | 100 | 2 | 6 |
| *MB Bergstraße* | | | | | | | | |
| Abtsteinach | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Bensheim | 26 | 50 | 180 | 180 | 87 | 100 | 1 | 5 |
| Biblis | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Birkenau | — | — | 3 | 3 | 3 | 3 | — | 1 |
| Bürstadt | — | 40 | — | 40 | — | 40 | 1 | 2 |
| Einhausen | 8 | 8 | — | — | — | — | — | 1 |
| Fürth | — | 30 | 35 | 50 | 22 | 50 | — | 1 |
| Gorxheimertal | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Grasellenbach | — | — | 18 | 18 | — | — | — | 1 |
| Groß-Rohrheim | — | — | — | — | 22 | 22 | 1 | 1 |
| Heppenheim (Bergstraße) | 37 | 37 | 55 | 55 | — | 50 | 1 | 3 |
| Hirschhorn (Neckar) | — | — | 21 | 21 | — | — | — | 1 |
| Lampertheim | 37 | 57 | 103 | 144 | 25 | 76 | 2 | 4 |
| Lautertal (Odenwald) | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Lindenfels | — | 80 | — | — | 5 | 10 | — | 1 |
| Lorsch | 35 | 35 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| Mörlenbach | 12 | 12 | — | — | — | — | — | 1 |
| Neckarsteinach | — | — | — | 20 | — | — | — | 1 |
| Rimbach | 2 | 2 | 23 | 28 | — | — | — | 1 |
| Viernheim | 77 | 100 | 56 | 80 | 40 | 80 | 1 | 3 |
| Wald-Michelbach | 41 | 41 | 131 | 131 | 106 | 106 | — | 2 |
| Zwingenberg | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Summe | 275 | 492 | 625 | 770 | 310 | 537 | 9 | 35 |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | | | |
| Beerfelden | 64 | 80 | 9 | 50 | — | 30 | — | 1 |
| Brensbach | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Breuberg | — | — | 30 | 30 | — | — | — | 1 |
| Brombachtal | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Erbach | — | 40 | 22 | 50 | 89 | 90 | — | 2 |
| Fränkisch-Crumbach | — | — | 65 | 65 | — | — | — | — |
| Hesseneck | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Höchst i. Odw. | 60 | 60 | — | 50 | — | 50 | — | 1 |
| König, Bad | — | — | 11 | 11 | — | — | — | 1 |
| Lützelbach | — | — | 17 | 17 | 17 | 17 | — | 1 |
| Michelstadt | — | — | 107 | 107 | — | — | — | 2 |
| Mossautal | — | — | 15 | 15 | — | — | — | 1 |
| Reichelsheim (Odenwald) | — | 30 | — | 30 | — | 30 | — | 1 |
| Rothenberg | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Sensbachtal | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Summe | 124 | 210 | 276 | 425 | 106 | 217 | — | 14 |
| Regionssumme | 1 658 | 2 471 | 2 450 | 3 127 | 1 204 | 2 148 | 40 | 128 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

## 5. Planungen und Maßnahmen im Bereich Gesundheitseinrichtungen[1]) (zu 4.1.5.2)

*Ärztliche Versorgung*

Auf Grund des Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetzes (KVWG) vom 28. Dezember 1976 haben die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen u. a. im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden einen Bedarfsplan zur kassenärztlichen Versorgung auf Landesebene aufzustellen. Für die Ziele, Planungen und Maßnahmen ist der jeweils geltende Bedarfsplan maßgebend.

Entsprechend dieser Bedarfsplanung sind folgende Ziele vorgegeben:

Versorgung mit Allgemeinarztpraxen und Zahnarztpraxen auf der Gemeindeebene; Versorgung mit Fachärzten auf der Mittelbereichsebene in den Mittelzentren.

| | |
|---|---|
| 1 Allgemeinarzt | je 2 400 Einwohner |
| 1 Augenarzt | je 24 500 Einwohner |
| 1 Kinderarzt | je 25 000 Einwohner |
| 1 Internist | je 10 000 Einwohner |
| 1 Frauenarzt | je 16 000 Einwohner |
| 1 Orthopäde | je 37 000 Einwohner |
| 1 Chirurg | je 47 500 Einwohner |
| 1 Nervenarzt | je 50 000 Einwohner |
| 1 HNO-Arzt | je 30 000 Einwohner |
| 1 Hautarzt | je 41 000 Einwohner |
| 1 Röntgenologe | je 60 000 Einwohner |
| 1 Urologe | je 66 000 Einwohner |
| 1 Zahnarzt | je 2 400 Einwohner |
| 1 Facharzt für Kieferorthopädie | je 36 000 Einwohner |

[1]) Die Planungen und Maßnahmen im Krankenhausbereich ergeben sich aus dem jeweils geltenden Krankenhausplan.

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Allgemeinärzte Bestand 1976 | Allgemeinärzte Planung 1985 | Fachärzte Bestand 1976 | Fachärzte Planung 1985 | Zahnärzte Bestand 1976 | Zahnärzte Planung 1985 | Krankenpflegestationen Bestand 1976 | Krankenpflegestationen Planung 1985 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | | | |
| Bischofsheim | 4 | 5 | 1 | 4 | 4 | 5 | 2 | 1 M |
| Büttelborn | 2 | 4 | — | 4 | 1 | 4 | 3 | 1 M |
| Ginsheim-Gustavsburg | 7 | 6 | — | 6 | 6 | 6 | 1 | 1 M |
| Groß-Gerau | 8 | 9 | 10 | 7 | 9 | 9 | 3 | 1 M |
| Kelsterbach | 6 | 6 | 1 | 5 | 6 | 6 | 3 | 1 M |
| Mörfelden-Walldorf | 13 | 12 | 3 | 10 | 10 | 12 | 2 | 1 M |
| Nauheim | 4 | 4 | 1 | 3 | 3 | 4 | 1 | 1 M |
| Raunheim | 6 | 5 | 1 | 4 | 4 | 5 | 1 | 1 M |
| Rüsselsheim | 17 | 26 | 55 | 23 | 24 | 26 | 10 | 1 M |
| Trebur | 4 | 4 | — | 4 | 2 | 4 | 3 | 1 M |
| Summe | 71 | 81 | 72 | 70 | 69 | 81 | 29 | 10 M |
| *MB Darmstadt* | | | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | 2 | 3 | 1 | 2 | 2 | 3 | 2 | — |
| Bickenbach | 2 | 2 | — | 2 | 1 | 2 | 1 | — |
| Biebesheim | 2 | 2 | 3 | 2 | 1 | 2 | 1 | — |
| Darmstadt | 73 | 58 | 136 | 49 | 122 | 58 | 14 | 3 M |
| Erzhausen | 3 | 2 | — | 2 | 2 | 2 | 1 | — |
| Fischbachtal | 1 | 1 | — | 1 | — | 1 | 1 | — |
| Gernsheim | 4 | 3 | — | 3 | 4 | 3 | 1 | 1 M |
| Griesheim | 5 | 9 | 8 | 7 | 7 | 9 | 1 | 1 M |
| Groß-Bieberau | 3 | 2 | — | 1 | 2 | 2 | 1 | — |
| Messel | 1 | 1 | — | 1 | 1 | 1 | 1 | — |
| Modautal | 2 | 2 | — | 2 | — | 2 | — | — |
| Mühltal | 5 | 5 | 2 | 4 | 4 | 5 | 2 | 1 M |
| Ober-Ramstadt | 6 | 5 | — | 5 | 4 | 5 | 1 | 1 M |
| Pfungstadt | 11 | 10 | 4 | 8 | 9 | 10 | 2 | 1 M |
| Reinheim | 7 | 6 | 2 | 5 | 5 | 6 | 1 | 1 M |
| Riedstadt | 7 | 7 | — | 6 | 5 | 7 | 5 | 1 M |
| Roßdorf | 5 | 5 | 2 | 4 | 5 | 5 | 1 | 1 M |
| Seeheim-Jugenheim | 10 | 6 | 2 | 5 | 9 | 6 | 2 | 1 M |
| Stockstadt am Rhein | 2 | 3 | — | 2 | 3 | 2 | 1 | — |
| Weiterstadt | 6 | 7 | 2 | 6 | 7 | 7 | 2 | 1 M |
| Summe | 157 | 139 | 162 | 117 | 193 | 138 | 41 | 13 M |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | | | |
| Dieburg | 4 | 5 | 15 | 6 | 4 | 5 | 2 | 1 M |
| Groß-Umstadt | 7 | 8 | 1 | 7 | 5 | 8 | 1 | 1 M |
| Groß-Zimmern | 4 | 5 | 1 | 5 | 3 | 4 | 3 | 1 M |
| Otzberg | 3 | 2 | — | 2 | 2 | 3 | 2 | — |
| Summe*) | 18 | 20 | 17 | 20 | 14 | 20 | 8 | 3 M |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)
M = Mobile Krankenpflegestationen

noch: Planungen und Maßnahmen im Bereich Gesundheitseinrichtungen (zu 4.1.5.2)

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Allgemeinärzte Bestand 1976 | Allgemeinärzte Planung 1985 | Fachärzte Bestand 1976 | Fachärzte Planung 1985 | Zahnärzte Bestand 1976 | Zahnärzte Planung 1985 | Krankenpflegestationen Bestand 1976 | Krankenpflegestationen Planung 1985 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Bergstraße* | | | | | | | | |
| Abtsteinach | 2 | 1 | — | 1 | — | 1 | — | — |
| Bensheim | 12 | 14 | 30 | 12 | 17 | 14 | 7 | 1 M |
| Biblis | 5 | 3 | — | 3 | 4 | 3 | 1 | 1 M |
| Birkenau | 3 | 4 | — | 4 | 3 | 4 | 2 | — |
| Bürstadt | 7 | 6 | 1 | 5 | 5 | 6 | 1 | 1 M |
| Einhausen | 2 | 2 | — | 2 | 1 | 2 | — | 1 M |
| Fürth | 6 | 4 | 1 | 3 | 4 | 4 | 1 | 1 M |
| Gorxheimertal | 1 | 2 | — | 1 | — | 2 | — | — |
| Grasellenbach | 3 | 1 | — | 1 | 1 | 1 | — | — |
| Groß-Rohrheim | 1 | 2 | — | 1 | 2 | 1 | 1 | — |
| Heppenheim (Bergstraße) | 8 | 10 | 13 | 9 | 11 | 10 | 2 | 1 M |
| Hirschhorn (Neckar) | 2 | 2 | — | 1 | 2 | 2 | — | — |
| Lampertheim | 10 | 13 | 15 | 11 | 11 | 13 | 1 | 1 M |
| Lautertal (Odenwald) | 3 | 3 | — | 2 | 2 | 3 | 1 | — |
| Lindenfels | 2 | 2 | 16 | 2 | 2 | 2 | 1 | — |
| Lorsch | 6 | 4 | 3 | 4 | 5 | 4 | 1 | — |
| Mörlenbach | 4 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 2 | 1 M |
| Neckarsteinach | 3 | 2 | — | 1 | 2 | 2 | 2 | — |
| Rimbach | 4 | 3 | — | 3 | 2 | 3 | — | — |
| Viernheim | 11 | 12 | 25 | 11 | 13 | 12 | 1 | 1 M |
| Wald-Michelbach | 4 | 4 | — | 4 | 5 | 4 | 5 | 1 M |
| Zwingenberg | 3 | 2 | — | 2 | 2 | 2 | 1 | — |
| Summe | 102 | 99 | 107 | 86 | 97 | 98 | 30 | 10 M |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | | | |
| Beerfelden | 4 | 3 | — | 2 | 6 | 3 | — | 1 M |
| Brensbach | 2 | 2 | — | 2 | 1 | 2 | — | — |
| Breuberg | 3 | 3 | — | 2 | 3 | 3 | 3 | — |
| Brombachtal | 2 | 1 | — | 1 | 2 | 1 | — | — |
| Erbach | 5 | 5 | 10 | 4 | 5 | 5 | 1 | 1 M |
| Fränkisch-Crumbach | 2 | 1 | — | 1 | 1 | 1 | 1 | — |
| Hesseneck | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Höchst i. Odw. | 4 | 3 | 3 | 3 | 4 | 3 | 1 | 1 M |
| König, Bad | 6 | 3 | 2 | 3 | 3 | 3 | — | 1 M |
| Lützelbach | 2 | 2 | — | 2 | 1 | 2 | 1 | — |
| Michelstadt | 8 | 6 | 5 | 5 | 7 | 6 | 2 | 1 M |
| Mossautal | — | 1 | — | 1 | — | 1 | — | — |
| Reichelsheim (Odenwald) | 3 | 3 | — | 3 | 2 | 3 | — | 1 M |
| Rothenberg | — | 1 | — | 1 | — | 1 | 1 | — |
| Sensbachtal | — | 1 | — | — | — | — | 1 | — |
| Summe | 41 | 35 | 20 | 30 | 35 | 34 | 11 | 6 M |
| Regionssumme | 389 | 374 | 378 | 323 | 408 | 371 | 119 | 42 M |

M = Mobile Krankenpflegestationen

**6. Planungen und Maßnahmen im Bereich Sport- und Freizeitanlagen (zu 4.1.6.2)**

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Sportplätze Bestand 1976 Platzfläche (m²) | Sportplätze Planung 1985 Platzfläche (m²) | Freibäder Bestand 1976 Wasserfläche (m²) | Freibäder Planung 1985 Wasserfläche (m²) | Hallenbäder Bestand 1976 Wasserfläche (m²) | Hallenbäder Planung 1985 Wasserfläche (m²) | Turn- und Sporthallen Bestand 1976 Hallenfläche (m²) | Turn- und Sporthallen Planung 1985 Hallenfläche (m²) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | | | |
| Bischofsheim | 34 450 | 48 800 | — | 610 | — | — | 1 602 | 2 440 |
| Büttelborn | 40 000 | 40 000 | — | 495 | — | — | 1 515 | 1 980 |
| Ginsheim-Gustavsburg | 39 204 | 61 800 | — | 772 | — | — | 3 110 | 3 110 |
| Groß-Gerau | 64 490 | 82 800 | 1 550 | 1 550 | 595 | 595 | 4 849 | 4 849 |
| Kelsterbach | 35 174 | 55 800 | — | 698 | 370 | 370 | 2 639 | 2 790 |
| Mörfelden-Walldorf | 82 700 | 117 200 | 1 731 | 1 731 | — | 293 | 6 059 | 6 059 |
| Nauheim | 27 780 | 37 800 | — | 472 | — | — | 895 | 1 890 |
| Raunheim | 32 300 | 48 000 | 750 | 750 | 200 | 200 | 3 753 | 3 753 |
| Rüsselsheim | 200 890 | 254 800 | 5 330 | 5 330 | 471 | 637 | 10 856 | 12 740 |
| Trebur | 63 728 | 63 728 | 1 683 | 1 683 | — | — | 2 817 | 2 817 |
| Summe | 620 716 | 810 728 | 11 044 | 14 091 | 1 636 | 2 095 | 38 095 | 42 428 |

noch: Planungen und Maßnahmen im Bereich Sport- und Freizeitanlagen (zu 4.1.6.2)

| Gemeinden<br>Mittelbereiche<br>Region | Sportplätze<br>Bestand 1976<br>Platzfläche (m²) | <br>Planung 1985<br>Platzfläche (m²) | Freibäder<br>Bestand 1976<br>Wasserfläche (m²) | <br>Planung 1985<br>Wasserfläche (m²) | Hallenbäder<br>Bestand 1976<br>Wasserfläche (m²) | <br>Planung 1985<br>Wasserfläche (m²) | Turn- und Sporthallen<br>Bestand 1976<br>Hallenfläche (m²) | <br>Planung 1985<br>Hallenfläche (m²) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Darmstadt* | | | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | 36 300 | 36 300 | — | 318 | — | — | 865 | 1 270 |
| Bickenbach | 23 500 | 23 500 | — | 220 | — | — | 144 | 880 |
| Biebesheim | 18 100 | 23 000 | — | 288 | — | — | 846 | 1 150 |
| Darmstadt | 272 980 | 552 000 | 6 015 | 6 900 | 2 467 | 2 467 | 19 196 | 27 600 |
| Erzhausen | 27 270 | 27 270 | — | — | — | — | 300 | 1 150 |
| Fischbachtal | 5 000 | 9 000 | 2 100 | 2 100 | — | — | 300 | 450 |
| Gernsheim | 36 374 | 36 374 | — | 400 | — | — | 1 475 | 1 600 |
| Griesheim | 79 776 | 81 800 | 846 | 1 023 | 656 | 656 | 3 157 | 4 090 |
| Groß-Bieberau | 15 640 | 15 640 | — | 190 | — | — | 702 | 760 |
| Messel | 7 000 | 13 000 | — | 162 | — | — | — | 650 |
| Modautal | 9 750 | 17 200 | — | 215 | — | — | 594 | 860 |
| Mühltal | 59 220 | 59 220 | 1 750 | 1 750 | — | — | 3 668 | 3 668 |
| Ober-Ramstadt | 20 850 | 57 400 | 1 518 | 1 518 | — | 300 | 2 920 | 2 920 |
| Pfungstadt | 94 730 | 94 730 | 1 900 | 1 900 | 545 | 545 | 4 425 | 6 500 |
| Reinheim | 48 850 | 59 400 | 1 551 | 1 551 | — | — | 1 584 | 2 970 |
| Riedstadt | 84 250 | 84 250 | 872 | 872 | — | — | 2 771 | 3 390 |
| Roßdorf | 28 340 | 43 200 | 1 650 | 1 650 | — | — | 794 | 2 160 |
| Seeheim-Jugenheim | 35 219 | 61 200 | 2 300 | 2 300 | — | 153 | 4 170 | 4 170 |
| Stockstadt am Rhein | 21 550 | 21 550 | 1 410 | 1 410 | — | — | 774 | 900 |
| Weiterstadt | 78 150 | 78 150 | — | 890 | 517 | 517 | 2 985 | 3 560 |
| Summe | 1 002 849 | 1 394 184 | 21 912 | 25 657 | 4 185 | 4 638 | 51 670 | 70 698 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | | | |
| Dieburg | 50 675 | 50 800 | 915 | 915 | 250 | 250 | 3 060 | 3 060 |
| Groß-Umstadt | 100 699 | 100 699 | 1 400 | 1 400 | — | 183 | 3 588 | 4 803 |
| Groß-Zimmern | 26 295 | 42 400 | — | 530 | 429 | 429 | 1 727 | 2 120 |
| Otzberg | 32 540 | 32 540 | — | 275 | — | — | 594 | 1 100 |
| Summe*) | 210 209 | 226 439 | 2 315 | 3 120 | 679 | 862 | 8 969 | 11 083 |
| *MB Bergstraße* | | | | | | | | |
| Abtsteinach | 11 900 | 11 900 | — | — | — | — | 800 | 800 |
| Bensheim | 77 397 | 130 400 | 960 | 1 630 | 688 | 688 | 4 073 | 6 520 |
| Biblis | 77 397 | 130 400 | 960 | 1 630 | — | — | 2 162 | 2 162 |
| Birkenau | 23 645 | 39 200 | 1 430 | 1 430 | — | — | 2 761 | 2 761 |
| Bürstadt | 44 009 | 58 400 | 1 400 | 1 400 | — | 146 | 2 002 | 2 920 |
| Einhausen | 25 772 | 25 772 | — | — | 128 | 128 | 288 | 940 |
| Fürth | 26 900 | 37 000 | 920 | 920 | — | — | 2 550 | 3 500 |
| Gorxheimertal | 15 000 | 15 200 | — | — | — | — | 980 | 980 |
| Grasellenbach | 25 700 | 25 700 | 608 | 608 | — | — | — | 590 |
| Groß-Rohrheim | 7 855 | 14 000 | — | — | — | — | 990 | 990 |
| Heppenheim (Bergstraße) | 57 748 | 96 000 | 2 004 | 2 004 | — | 240 | 4 036 | 4 800 |
| Hirschhorn (Neckar) | 7 020 | 16 000 | — | 300 | — | — | 288 | 800 |
| Lampertheim | 70 715 | 126 000 | 2 050 | 2 050 | 495 | 495 | 1 962 | 6 300 |
| Lautertal (Odenwald) | 33 775 | 33 775 | 343 | 343 | — | — | 1 190 | 1 370 |
| Lindenfels | 19 950 | 19 950 | 1 409 | 1 409 | — | — | 152 | 940 |
| Lorsch | 25 300 | 42 200 | 1 730 | 1 730 | — | — | 1 365 | 2 110 |
| Mörlenbach | 43 950 | 43 950 | — | 410 | — | — | 1 530 | 1 640 |
| Neckarsteinach | 13 824 | 15 200 | — | 190 | — | — | 1 213 | 1 213 |
| Rimbach | 26 500 | 31 600 | 1 233 | 1 233 | 396 | 396 | 1 155 | 1 800 |
| Viernheim | 39 340 | 118 400 | 2 800 | 2 800 | — | 296 | 6 143 | 6 143 |
| Wald-Michelbach | 32 216 | 41 600 | 640 | 640 | — | — | 1 324 | 2 080 |
| Zwingenberg | 22 950 | 22 950 | — | 245 | — | — | 306 | 1 521 |
| Summe | 701 826 | 1 015 557 | 18 277 | 20 092 | 1 707 | 2 389 | 37 270 | 52 880 |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | | | |
| Beerfelden | 29 211 | 29 211 | 1 740 | 1 740 | 136 | 136 | 1 048 | 1 340 |
| Brensbach | 27 804 | 27 804 | — | — | — | 136 | 948 | 948 |
| Breuberg | 41 870 | 41 870 | 648 | 648 | 136 | 136 | 778 | 1 340 |
| Brombachtal | 11 750 | 12 000 | 450 | 450 | — | — | 900 | 900 |
| Erbach | 28 005 | 42 000 | 3 550 | 3 550 | — | — | 2 139 | 2 139 |
| Fränkisch-Crumbach | 6 450 | 10 400 | 850 | 850 | — | — | 288 | 1 503 |
| Hesseneck | 7 200 | 7 200 | — | — | — | — | — | 170 |
| Höchst i. Odw. | 40 112 | 40 112 | 1 000 | 1 000 | 136 | 136 | 890 | 1 620 |
| König, Bad | 27 705 | 31 600 | 945 | 945 | — | — | 2 108 | 2 108 |
| Lützelbach | 40 282 | 40 282 | — | — | — | — | 262 | 1 150 |
| Michelstadt | 45 952 | 54 800 | 2 325 | 2 325 | 569 | 569 | 3 825 | 3 825 |
| Mossautal | 9 500 | 9 500 | 300 | 300 | — | — | — | 430 |
| Reichelsheim (Odenwald) | 17 053 | 28 600 | 1 270 | 1 270 | 136 | 136 | 1 848 | 1 848 |
| Rothenberg | 10 150 | 10 150 | 300 | 300 | — | — | 540 | 540 |
| Sensbachtal | 9 216 | 9 216 | — | — | — | — | 216 | 216 |
| Summe | 352 260 | 394 745 | 13 378 | 13 378 | 1 113 | 1 249 | 15 790 | 20 077 |
| Regionssumme | 2 887 860 | 3 841 653 | 66 926 | 76 338 | 9 320 | 11 233 | 151 794 | 197 166 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

**7. Planungen und Maßnahmen im Bereich Gemeinschaftshäuser (zu 4.1.7.2)**

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Bestand 1978 Bürgerhäuser | Bestand 1978 Dorfgemeinschaftshäuser | Planung 1985 Bürgerhäuser | Planung 1985 Dorfgemeinschaftshäuser |
|---|---|---|---|---|
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | |
| Bischofsheim | — | — | 1 | — |
| Büttelborn | 1 | — | 1 | — |
| Ginsheim-Gustavsburg | 2 | — | 2 | — |
| Groß-Gerau | 1 | 1 | 2 | 1 |
| Kelsterbach | 1 | — | 1 | — |
| Mörfelden-Walldorf | 2 | — | 2 | — |
| Nauheim | — | — | 1 | — |
| Raunheim | — | — | 1 | — |
| Rüsselsheim | 1 | — | 2 | — |
| Trebur | 2 | — | 2 | — |
| Summe | 10 | 1 | 15 | 1 |
| *MB Darmstadt* | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | — | 1 | 1 | 1 |
| Bickenbach | 1 | — | 1 | — |
| Biebesheim | 1 | — | 1 | — |
| Darmstadt | 5 | — | 5 | — |
| Erzhausen | — | — | 1 | — |
| Fischbachtal | 2 | — | 2 | — |
| Gernsheim | — | 1 | 1 | 1 |
| Griesheim | 1 | — | 3 | — |
| Groß-Bieberau | — | — | 1 | — |
| Messel | 1 | — | 1 | — |
| Modautal | 2 | — | 2 | — |
| Mühltal | 3 | 1 | 4 | 1 |
| Ober-Ramstadt | 3 | — | 4 | — |
| Pfungstadt | 2 | — | 2 | — |
| Reinheim | 1 | — | 1 | — |
| Riedstadt | 1 | — | 2 | — |
| Roßdorf | 1 | — | 1 | — |
| Seeheim-Jugenheim | 2 | — | 2 | — |
| Stockstadt am Rhein | 1 | — | 1 | — |
| Weiterstadt | 2 | — | 3 | — |
| Summe | 29 | 3 | 39 | 3 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | |
| Dieburg | 1 | — | 1 | — |
| Groß-Umstadt | 1 | 2 | 2 | 2 |
| Groß-Zimmern | — | — | 1 | — |
| Otzberg | — | — | 1 | — |
| Summe*) | 2 | 2 | 5 | 2 |
| *MB Bergstraße* | | | | |
| Abtsteinach | — | — | — | 1 |
| Bensheim | 1 | 4 | 1 | 5 |
| Biblis | 1 | — | 1 | — |
| Birkenau | 1 | — | 1 | — |
| Bürstadt | 1 | — | 2 | — |
| Einhausen | 1 | — | 1 | — |
| Fürth | — | — | 1 | — |
| Gorxheimertal | — | — | 1 | — |
| Grasellenbach | — | 2 | — | 2 |
| Groß-Rohrheim | 1 | — | 1 | — |
| Heppenheim (Bergstraße) | 1 | — | 1 | — |
| Hirschhorn (Neckar) | 1 | — | 1 | — |
| Lampertheim | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Lautertal (Odenwald) | — | 1 | 1 | 1 |
| Lindenfels | 1 | 7 | 1 | 8 |
| Lorsch | — | — | 1 | — |
| Mörlenbach | — | 1 | 1 | 1 |
| Neckarsteinach | — | 2 | — | 2 |
| Rimbach | 1 | — | 1 | — |
| Viernheim | 1 | — | 2 | — |
| Wald-Michelbach | — | 1 | 1 | 1 |
| Zwingenberg | — | — | 1 | — |
| Summe | 12 | 19 | 21 | 22 |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | |
| Beerfelden | 1 | 3 | 1 | 3 |
| Brensbach | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Breuberg | 1 | — | 1 | — |
| Brombachtal | — | — | — | 1 |
| Erbach | 1 | — | 1 | — |
| Fränkisch-Crumbach | — | — | — | 1 |
| Hesseneck | — | 1 | — | 1 |
| Höchst i. Odw. | — | 1 | 1 | 1 |
| König, Bad | — | 1 | 1 | 1 |
| Lützelbach | 1 | — | 1 | — |
| Michelstadt | 2 | — | 2 | — |
| Mossautal | — | — | — | 1 |
| Reichelsheim (Odenwald) | — | 1 | 1 | 1 |
| Rothenberg | — | 2 | — | 2 |
| Sensbachtal | — | 2 | — | 2 |
| Summe | 7 | 12 | 10 | 15 |
| Regionssumme | 60 | 37 | 90 | 43 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

**8. Schülerprognose 1985 (zu 4.1.8.2)**

Herkunft der Schüler nach Schulstufen

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Grundstufe | Mittelstufe | Gymnasiale Oberstufe | Berufliche Schulen | Sonderschulen | Schüler insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Rüsselsheim/Groß-Gerau* | | | | | | |
| Bischofsheim | 441 | 752 | 189 | 384 | 72 | 1 838 |
| Büttelborn | 336 | 683 | 173 | 350 | 62 | 1 604 |
| Ginsheim-Gustavsburg | 544 | 961 | 222 | 458 | 91 | 2 276 |
| Groß-Gerau | 768 | 1 231 | 306 | 623 | 121 | 3 049 |
| Kelsterbach | 599 | 862 | 192 | 399 | 89 | 2 141 |
| Mörfelden-Walldorf | 1 196 | 1 774 | 445 | 905 | 180 | 4 500 |
| Nauheim | 368 | 657 | 167 | 338 | 62 | 1 592 |
| Raunheim | 453 | 707 | 208 | 411 | 70 | 1 849 |
| Rüsselsheim | 2 202 | 3 682 | 943 | 1 908 | 356 | 9 091 |
| Trebur | 351 | 685 | 185 | 371 | 63 | 1 655 |
| Summe | 7 258 | 11 994 | 3 030 | 6 147 | 1 166 | 29 595 |

noch: Schülerprognose 1985 (zu 4.1.8.2)

| Gemeinden Mittelbereiche Region | Grundstufe | Mittelstufe | Gymnasiale Oberstufe | Berufliche Schulen | Sonder-schulen | Schüler insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *MB Darmstadt* | | | | | | |
| Alsbach-Hähnlein | 208 | 421 | 113 | 227 | 38 | 1 007 |
| Bickenbach | 174 | 298 | 71 | 146 | 29 | 718 |
| Biebesheim | 191 | 367 | 100 | 200 | 34 | 892 |
| Darmstadt | 4 378 | 7 157 | 1 791 | 3 643 | 697 | 17 666 |
| Erzhausen | 225 | 400 | 95 | 196 | 38 | 954 |
| Fischbachtal | 66 | 131 | 40 | 78 | 12 | 327 |
| Gernsheim | 244 | 444 | 131 | 259 | 42 | 1 120 |
| Griesheim | 915 | 1 310 | 300 | 622 | 134 | 3 281 |
| Groß-Bieberau | 128 | 276 | 64 | 131 | 24 | 623 |
| Messel | 126 | 242 | 54 | 112 | 22 | 556 |
| Modautal | 145 | 268 | 61 | 127 | 25 | 626 |
| Mühltal | 423 | 792 | 188 | 387 | 73 | 1 863 |
| Ober-Ramstadt | 497 | 873 | 189 | 396 | 83 | 2 038 |
| Pfungstadt | 914 | 1 389 | 361 | 726 | 79 | 3 469 |
| Reinheim | 564 | 1 067 | 277 | 559 | 99 | 2 566 |
| Riedstadt | 549 | 995 | 284 | 563 | 93 | 2 484 |
| Roßdorf | 383 | 708 | 186 | 375 | 66 | 1 718 |
| Seeheim-Jugenheim | 530 | 907 | 249 | 498 | 87 | 2 271 |
| Stockstadt am Rhein | 143 | 331 | 83 | 168 | 29 | 754 |
| Weiterstadt | 767 | 1 296 | 284 | 594 | 125 | 3 066 |
| Summe | 11 570 | 19 672 | 4 921 | 10 007 | 1 829 | 47 999 |
| *MB Dieburg/Groß-Umstadt* | | | | | | |
| Dieburg | 418 | 755 | 185 | 378 | 71 | 1 807 |
| Groß-Umstadt | 658 | 1 111 | 332 | 653 | 107 | 2 861 |
| Groß-Zimmern | 401 | 713 | 173 | 354 | 67 | 1 708 |
| Otzberg | 181 | 330 | 95 | 188 | 31 | 825 |
| Summe*) | 1 658 | 2 909 | 785 | 1 573 | 276 | 7 201 |
| *MB Bergstraße* | | | | | | |
| Abtsteinach | 58 | 132 | 39 | 77 | 11 | 317 |
| Bensheim | 1 094 | 1 928 | 531 | 1 061 | 183 | 4 797 |
| Biblis | 255 | 514 | 136 | 273 | 46 | 1 224 |
| Birkenau | 342 | 712 | 163 | 333 | 6 | 1 556 |
| Bürstadt | 516 | 917 | 229 | 465 | 87 | 2 214 |
| Einhausen | 156 | 315 | 87 | 173 | 29 | 760 |
| Fürth | 316 | 649 | 162 | 330 | 58 | 1 515 |
| Gorxheimertal | 134 | 238 | 67 | 133 | 22 | 594 |
| Grasellenbach | 96 | 170 | 44 | 89 | 16 | 415 |
| Groß-Rohrheim | 115 | 194 | 59 | 115 | 19 | 502 |
| Heppenheim (Bergstraße) | 803 | 1 460 | 387 | 778 | 137 | 3 565 |
| Hirschhorn (Neckar) | 125 | 239 | 68 | 135 | 22 | 589 |
| Lampertheim | 1 089 | 1 940 | 534 | 1 066 | 183 | 4 812 |
| Lautertal (Odenwald) | 215 | 444 | 119 | 239 | 40 | 1 057 |
| Lindenfels | 134 | 288 | 77 | 154 | 25 | 678 |
| Lorsch | 328 | 637 | 188 | 370 | 58 | 1 581 |
| Mörlenbach | 275 | 562 | 144 | 291 | 51 | 1 323 |
| Neckarsteinach | 108 | 220 | 68 | 133 | 20 | 549 |
| Rimbach | 250 | 531 | 148 | 295 | 47 | 1 271 |
| Viernheim | 1 083 | 1 873 | 462 | 393 | 178 | 3 989 |
| Wald-Michelbach | 328 | 673 | 169 | 343 | 61 | 1 574 |
| Zwingenberg | 164 | 305 | 86 | 170 | 28 | 753 |
| Summe | 7 984 | 14 941 | 3 967 | 7 416 | 1 327 | 35 635 |
| *MB Erbach/Michelstadt* | | | | | | |
| Beerfelden | 246 | 453 | 99 | 207 | 42 | 1 047 |
| Brensbach | 174 | 254 | 66 | 134 | 26 | 654 |
| Breuberg | 278 | 503 | 101 | 215 | 47 | 1 144 |
| Brombachtal | 117 | 206 | 44 | 93 | 20 | 480 |
| Erbach | 387 | 644 | 165 | 333 | 62 | 1 591 |
| Fränkisch-Crumbach | 92 | 170 | 41 | 84 | 16 | 403 |
| Hesseneck | 25 | 49 | 16 | 31 | 4 | 125 |
| Höchst i. Odw. | 321 | 576 | 122 | 256 | 54 | 1 329 |
| König, Bad | 294 | 475 | 112 | 231 | 46 | 1 158 |
| Lützelbach | 221 | 429 | 99 | 204 | 39 | 992 |
| Michelstadt | 514 | 871 | 213 | 435 | 84 | 2 117 |
| Mossautal | 73 | 101 | 34 | 65 | 10 | 283 |
| Reichelsheim (Odenwald) | 303 | 452 | 113 | 229 | 46 | 1 143 |
| Rothenberg | 86 | 148 | 40 | 81 | 14 | 369 |
| Sensbachtal | 40 | 68 | 18 | 36 | 6 | 168 |
| Summe | 3 171 | 5 399 | 1 283 | 2 634 | 516 | 13 003 |
| Regionssumme | 31 641 | 54 915 | 13 986 | 27 777 | 5 114 | 133 433 |

*) ohne Raum Babenhausen (Babenhausen, Eppertshausen, Münster, Schaafheim)

**9. Liste geologisch wichtiger Steinbrüche und Gruben im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg, zusammengestellt im Hessischen Landesamt für Bodenforschung im April 1978 (zu 4.5.1.2)**

| Lfd.Nr. | TK 25 Nr. | Koordinaten (R/H Wert) | Objekt | Stichwort | LSK-Nr. [1] |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 6018 | R 34 82 68<br>H 55 31 40 | Grube Messel | Messeler Schiefer, Eozän. Im Nordteil der Grube sollte ein Aufschluß erhalten bleiben. | L 6116/24-27 |
| 2 | 6018 | R 34 83 55<br>H 55 29 68 | Stbr.westl.Mainzer Berg | an der Ostseite Kristallines Grundgebirge vom Rotliegenden überlagert | L 6118/28 |
| 3 | 6018 | R 34 83 17<br>H 55 38 70 | Aufgel.Stbr. am Buchenbusch nordöstl.Offenthal | Rotliegend-Arkosen. Schichtungsphänomene. | L 6118/2 |
| 4 | 6018 | R 34 85 60<br>H 55 34 46 | ehem.Stbr.Sporneiche, nördl.Landstr.Eppertshausen-Darmstadt | Trachyt mit Auflagerung von Rotliegenden | L 6118/4<br>Wasserfläche |
| 5 | 6118 | R 34 79 42<br>H 55 18 52 | Stbr. E Waschenbach | Gabbro mit Beerbachitschollen | -- |
| 6 | 6118 | R 34 87 30<br>H 55 20 70 | Ziegeleigrube Reinheim | Lößprofil | --<br>teils verfüllt |
| 7 | 6118 | R 34 83 70<br>H 55 23 80 | Stbr.im Roßberg | Basalt, schöne Säulen, grober Tuff | -- |
| 8 | 6118 | R 34 78 16<br>H 55 27 30 | Stbr.nördl.Glasberg "am Katzenpfad" | Melaphyrmandelstein | -- |
| 9 | 6118 | R 34 77 99<br>H 55 25 92 | Stbr. Glasberg | "Granit"-Stock im Melaphyr | L 6118/619<br>verfüllt |
| 10 | 6118 | R 34 78 46<br>H 55 25 80 | Stbr.südl. d.Kohlbergs | Melaphyre, Kalksilikatfels, "Granit",Mineralgänge | --<br>verfüllt |
| 11 | 6118 | R 34 79 40<br>H 55 23 38 | Stbr.Steinbuckel, NE Traisa | Nephelinbasaltgang in Rotliegend-Sedimenten | -- |
| 12 | 6118 | R 34 80 74<br>H 55 21 64 | Stbr. Ober-Ramstadt | Mikroperthit, Gabbro - Diorit | L 6118/51 |
| 13 | 6118 | R 34 87 98<br>H 55 19 10 | ehem.Stbr.nördöstl. Groß-Bieberau | Baryt-Gang (einer der wenigen noch zugänglichen im Odenwald) | L 6118/55 |
| 14 | 6119 | R 34 88 38<br>H 55 19 16 | ehem.Stbr.auf der Kuppe des Forstberges | Basalt (Nephelin-Basanit) | -- |
| 15 | 6119 | R 34 96 08<br>H 55 25 80 | Stbr.auf den Knos-Berg E Groß-Umst. | Quarzporphyr mit Hämatit- und Barytgängen | L 6118/40 |
| 16 | 6119 | R 34 95 66<br>H 55 23 40 | ehem.Stbr. S Steinerwald | Quarzporphyr (turmalinisiert) | L 6118/42 |
| 17 | 6119 | R 34 93 60<br>H 55 20 25 | ehem.Stbr. am"Otzberg" - Südfuß | Basalt im Meilerstellung/ Kontakt mit Frittung | L 6118/45,640 |
| 18 | 6119 | R 34 97 78<br>H 55 21 00 | ehem.Stbr.Wiebelsbach-Frau Nauses, Am Burzel-Berg an der B 45 | Buntsandstein sehr gutes Profil im mittleren Buntsandstein | L 6118/48 |
| 19 | 6217 | R 34 72 68<br>H 55 09 90 | Stbr.am Luciberg | Granodiorit mit Lamprophyrgängen namengebend für Orbit,Lucit, Malchit | L 6316/26,27 |
| 20 | 6218 | R 34 76 12<br>H 55 16 60 | ehem.Stbr. S Magnetsteine | einziger Eukritaufschluß | -- |
| 21 | 6218 | R 34 76 42<br>H 55 16 94 | ehem.Stbr. E Magnetsteine | einziger Diallagperidotitaufschl.. | -- |

[1] Landschaftsschädenkarte

| Lfd.Nr. | TK 25 Nr. | Koordinaten (R/H Wert) | Objekt | Stichwort | LSK-Nr. |
|---|---|---|---|---|---|
| 22 | 6218 | R 34 87 34<br>H 55 17 35 | ehem.Stbr. Schuchmannsmühle | Glimmerschiefer u.Paragneise | L 6318/27 |
| 23 | 6218 | R 34 87 70<br>H 55 16 96 | ehem.Stbr. Groß-Bieberau | typ. Hypersthengabbro | L 6318/28 |
| 24 | 6218 | R 34 87 80<br>H 55 16 80 | ehem.Stbr. Groß-Bieberau | typ. Hypersthengabbro | -- |
| 25 | 6218 | R 34 87 92<br>H 55 17 02 | ehem.Stbr. Groß-Bieberau | typ. Hypersthengabbro | L 6318/29 |
| 26 | 6218 | R 34 77 18<br>H 55 15 72 | ehem.Stbr. S Niederbeerbach | typ. Epidot-Amphibolit | L 6318/26 |
| 27 | 6218 | R 34 80 48<br>H 55 12 42 | ehem.Stbr.Mandelberg/Hoxhohl | versch. Gneistypen u. Lamprophyre | -- |
| 28 | 6218 | R 34 82 50<br>H 55 12 20 | ehem.Stbr. Streiterberg | versch. Gneis- u. Granit typen | L 6318/23 |
| 29 | 6218 | R 34 86 00<br>H 55 15 00 | alle Stbre. um Lichtenberg | versch. Gneis- u. Granittypen | L 6318/36,618 |
| 30 | 6218 | R 34 86 44<br>H 55 08 50 | ehem.Stbr. Buch Laudenau | typ. Hornblendegabbro bis Diorit, Metamorphite | L 6318/626 |
| 31 | 6218 | R 34 85 80<br>H 55 07 | Bruch E Knorsch | geochem. wichtige Dioritypen | -- |
| 32 | 6218 | R 34 84 61<br>H 55 12 20 | Stbr. Klingacker | geochem. wichtige Dioritypen | L 6318/623 |
| 33 | 6218 | R 34 84 80<br>H 55 13 05 | Stbr. Scheitkopf/Ost | geochem. wichtige Dioritypen | L 6318/622 |
| 34 | 6218 | R 34 85 90<br>H 55 13 14 | Stbr. Am Mühlberg bei Fischbachtal-Billings | Granodioritporphyrite | L 6318/38 |
| 35 | 6218 | R 34 77 90<br>H 55 10 02 | Stbr. am Weg zum Felsenmeer | Wollsackverwitterung im Diorit Wanderschutt mit Dioritblöcken | L 6318/5 |
| 36 | 6218 | R 34 76 34<br>H 55 17 12 | Frankenstein/Langenberg kl.ehem. Steinbrüche | "Eukrit" | -- |
| 37 | | R 34 76 22<br>H 55 16 93 | | "Wehrlit" | -- |
| | | R 34 76 12<br>H 55 16 62 | | "Gabbro" | -- |
| 38 | 6219 | R 34 96 60<br>H 55 17 26 | ehem.Stbr.westl. Pfirschbach | Pegmatite im Böllsteiner Gneis | -- |
| 39 | 6219 | R 34 96 56<br>H 55 15 38 | ehem.Stbr. NW Forstel | Zechstein m. Baryt etc. Der einzige im gesamten Odenwald | L 6318/633 |
| 40 | 6219 | R 34 95 00<br>H 55 09 20 | ehem.Stbr.Steinkopf W Langenbrombach | "Auflagerung" Deck-Grundgebirge. Nirgends so schön wie hier. Bei der Müllverkippung sollte die SW-Ecke nicht voll aufgefüllt werden, so daß die Diskordanz noch sichtbar bleibt. | L 6318/49,636 |
| 41 | 6219 | R 34 92 54<br>H 55 08 60 | ehem.Stbr. NE Vierstöck | "Olivingabbro in Gneis" | -- |
| 42 | 6219 | R 34 92 36<br>H 55 08 18 | Tongrube S Vierstöck | Stratigraphie Grundgebirge bis su | L 6318/43,629 |

| Lfd.Nr. | TK 25 Nr. | Koordinaten (R/H Wert) | Objekt | Stichwort | LSK-Nr. |
|---|---|---|---|---|---|
| 43 | 6317 | R 34 73 82<br>H 55 03 33 | Grube südwestl.des Hems-Berges | Bergsträßer Diluvial-terrasse, einziges erhaltenes Profil | L 6316/58 teils bebaut |
| 44 | 6318 | R 34 78 50<br>H 55 05 24 | ehem.Stbr.Steiniger Weg | Diorit mit Varietäten | -- |
| 45 | 6318 | R 34 78 98<br>H 55 04 50 | ehem. Stbr.Lauteruff | geochem. wichtige Diorit-typen | -- |
| 46 | 6318 | R 34 80 54<br>H 55 05 18 | ehem.Stbr.Krehberg | Dioritttypen | L 6318/67 |
| 47 | 6318 | R 34 83 89<br>H 55 06 46 | ehem.Stbr. Buch b. Lindenfels | Diorite | L 6318/50,51 |
| 48 | 6318 | R 34 85 24<br>H 54 96 62 | Zotzenbach, ehem. Stbr. Borstein | "Trommgranit" | -- |
| 49 | 6319 | R 34 98 90<br>H 55 05 40 | ehem.Stbr.westl. Steinbach | Ob. Buntsandstein: Violett-horizont (Bodenbildungs-horizont) | -- |
| 50 | 6418 | R 34 79 95<br>H 54 90 75 | ehem.Stbr.Hohe Hecke Kallstadt | Migmatitbildung | -- |
| 51 | 6418 | R 34 79 62<br>H 54 90 62 | Stbr.Hohe Hecke, Kallstadt | Migmatitbildung | L 6518/8 |
| 52 | 6418 | R 34 84 90<br>H 54 93 90 | Stbr. am Gärtners-kopf | Beeinflussung Granit/ Amphibolit | -- |
| 53 | 6419 | R 34 88 95<br>H 54 93 92 | ehem. Stbr.Aschbach | "Gneis d. Zwischenzone" | -- |

24

## DER LANDESWAHLLEITER FÜR HESSEN

**Landtagswahl am 26. September 1982;**

hier: Entsperrung der Wahlgeräte

Nach § 15 Abs. 3 der Landeswahlgeräteverordnung vom 29. September 1981 (GVBl. I S. 376) lasse ich zu, daß die Sperrung und Versiegelung der Wahlgeräte aufgehoben wird.

Wiesbaden, 15. Dezember 1982

**Der Landeswahlleiter für Hessen**
II A 1 — 3 e 06.20

*StAnz. 1/1983 S. 47*

25

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Karsten Trebst, LR Hochtaunuskreis (2. 11. 82);

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Klaus-Günter Paul (4. 11. 82);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektoranwärterin (BaW) Siglinde Dilfer (15. 11. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektor (BaP) Ralf Scheld (29. 11. 82).

Darmstadt, 15. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
I 2 — 7 1 02/07 (E)

*StAnz. 1/1983 S. 47*

**beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main**

entlassen:

Polizeiobermeister (BaL) Karlheinz Riedel (15. 11. 82).

Frankfurt am Main, 13. Dezember 1982

**Der Polizeipräsident**
P III/23 — 8 b 22

*StAnz. 1/1983 S. 47*

### E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

**im Ministerium**

ernannt:

zum **Regierungsdirektor (BaL)** Richter am Amtsgericht (RaL) Günter Kunz (19. 12. 82).

Wiesbaden, 13. Dezember 1982

**Der Hessische Minister der Justiz**
ZB pers. K 82

*StAnz. 1/1983 S. 47*

## F. Im Bereich des Hessischen Kultusministers

**bei den nachgeordneten Dienststellen**

ernannt:

zu **Professoren (BaL)** Dr. Reinhard Schmitz-Scherzer (22. 11. 82), Dr. Gunnar Johannsen, Dr. Hans Füchtner, sämtlich Gesamthochschule Kassel (beide 1. 12. 82), Peter Kubelka, Staatliche Hochschule für bildende Künste Frankfurt (30. 11. 82), Liviu Constantinescu-Simon, Fachhochschule Frankfurt (29. 11. 82);

zum **Professor (BaZ)** Steven Zehr, Hochschule für Musik und darstellende Kunst Frankfurt (20. 8. 82);

zur **Hochschulassistentin (BaZ)** Dr. Anneli Töpfer, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (1. 12. 82);

zum **Akademischen Oberrat (BaL)** Akademischer Oberrat z. A. (BaP) Dr. Herbert Klan, Techn. Hochschule Darmstadt (11. 11. 82);

zum **Akademischen Oberrat** Akademischer Rat (BaL) Dr. Christoph Platte, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (30. 11. 82);

zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. (BaP) Brooks Ferebee Ph. D., Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (1. 12. 82);

zum **Kustos (BaL)** Kustos z. A. (BaP) Dr. Wighart von Königswald, Hess. Landesmuseum Darmstadt (30. 11. 82);

zum **Konservator (BaL)** Konservator z. A. (BaP) Christoph Mohr, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden (2. 12. 82);

zu **Inspektorinnen** die Inspektorinnen z. A. (BaP) Barbara Hisserich, Ute Wießner, beide Philipps-Universität Marburg (beide 2. 12. 82);

zur **Assistentin z. A. (BaP)** Angestellte Ursula Claudi, Fachhochschule Gießen-Friedberg (1. 12. 82);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe C 4 Professor Dr. Gerhard Neuner, Gesamthochschule Kassel (24. 11. 82).

Wiesbaden, 17. Dezember 1982

**Der Hessische Kultusminister**
I B 1 — 050/35

*StAnz. 1/1983 S. 48*

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

ernannt:

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Dr. Wolfgang Bott, OB Frankfurt — Staatl. Schulamt — (26. 10. 82);

zur **Psychologierätin z. A. (BaP)** Dipl.-Psychologin Wiebke Klöfers, LR Offenbach — Staatl. Schulamt — (1. 11. 82).

Darmstadt, 15. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
I 2 — 7 1 02/07 (E)

*StAnz. 1/1983 S. 48*

**beim Regierungspräsidenten in Kassel**
**— Gymnasien und Gesamtschulen mit Sekundarstufe I und II —**

ernannt:

zum **Oberstudiendirektor eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern (BaL) Klaus Rübenstrunk, Fulda (29. 10. 82);

zum **Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums** Oberstudienrat (BaL) Wilfried Biener, Kassel (28. 10. 82);

zum **Studiendirektor als Leiter eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums** Oberstudienrat (BaL) Herbert Fritsche, Eschwege (12. 11. 82);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Jürgen Hellwig, Zwesten (1. 10. 82), Klaus Plass, Kassel (11. 10. 82), Norbert Grawe, Fulda (16. 10. 82), Konrad Freydank, Fulda (1. 10. 82), Klaus Höhmann, Kassel (29. 10. 82);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Lothar Quanz, Eschwege, Werner Stehr, Kassel, Michael Barth, Wolfhagen, Ulrike Gerstung, Baunatal, Erika Wittlinger-Strutynski, Kaufungen, Jürgen Pohl, Kassel (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Maria Hetzler-Roggatz, Zwesten (30. 8. 82), Ulrike Hofmann, Bad Hersfeld (7. 9. 82), Jutta Serret Grinvals, Kassel (20. 10. 82), Harald Feuerhahn, Grebenstein (1. 11. 82), Dorette Schmidt, Bad Hersfeld (13. 10. 82), Fritz Plücker, Arolsen (23. 11. 82);

zur **Studienrätin** Realschullehrerin (BaL) Helgard Buschardt, Hofgeismar (1. 10. 82);

zu **Studienräten** die Fachlehrer (BaL) Richard Trutté, Wolfhagen (1. 10. 82), Rolf Rinnensland, Hessisch Lichtenau (11. 10. 82);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Dierk Beutler, Hünfeld (6. 10. 82), Heinrich Hahn, Emstal, Rainer Gerhard, Fulda (beide 1. 11. 82);

zum/zu **Studienrat/innen z. A. (BaP)** der/die Bewerber/innen Petra Bechthum, Rotenburg (23. 8. 82), Michael Hahn, Kassel (31. 8. 82), Utta Kraus, Korbach (27. 8. 82);

zu **Studienreferendaren/innen** die Bewerber/innen Sieglinde Amari, Wilfried Bernhardt, Gerhard Blum, Doris Bodenstein, Thomas Braun, Elisabeth Brenzel, Karin Büttner, Vera Burschel, Jantken Dirks, Wolfgang Diebing-Bachmann, Peter-Michael Droost, Hans-Jürgen Förtsch, Carmen Fohmann, Rolf-Dieter Gelinsky, Lydia Gundlach, Udo Hahne, Rose-Marie Hartwig, Michael Heese, Ursula Heinz-Marx, Hans-Jürgen Hermes, Ekkehard Just, Monika Knapp, Robert Krause, Ulrich Krüger, Cornelia Krukenberg, Eckhard Kupke, Angela Larisch, Thomas Leppin, Astrid Martinez Lopez, Beatrix Mast, Ute Moch, Gabriele Reber, Heinz Reinhard, Jochen Riemann, Rolf-Norbert Rößler, Anke Rohlfs, Frank Schäbitz, Elke Schaper, Ingeborg Schleicher, Gabriele Schlonski, Gesine Schmidt, Manfred Schmidt, Michael Schmitt, Ursula Simon, Achim Stelzer, Susanne Vogt, Rolf Warnecke, Erika Weitemeyer, Sigrid Westermann-Müller, Karin Will, Barbara Wolff, Achim Schnyder, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien Kassel I (sämtlich 1. 11. 82), Harald Bauer-Wagner, Susanne Beit, Wilfried Benseler, Sabine Bömelburg, Evelyn Constien, Ulrich Decker, Milana Djurdjević-Saur, Karl-Heinz Dobler, Petra Finkenstädt, Reiner Fischer, Christiane Dahlmann, Ingrid Freiwald, Werner Frenzel, Ralf Goßmann, Harald Gülzow, Uwe Hackbarth, Jürgen Herwig, Michael Hientz, Marlies Jakobs, Gabriela John, Holger Kählich, Wilhelm Kelber, Friedmann Klages, Rudolf Klepsch, Martin Kraushaar, Ilse Kühn, Günther Leunig, Hermann Lier, Roland Löber, Detlef Meinecke, Anette Muhs-Reckow, Angela Pitzke, Wolfgang Ranke, Andrea Renner, Barbara Reuper, Harald Riechers, Michael Schmidt, Regina Schmidt, Wolfgang Schneider, Katharina Spitzer, Alfred Hans Sünner-Merten, Petra Vaupel, Michael Winkelmann, Jörn Zickelbein, Ulrike Zirkelbach, Stefan Kucera, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien Kassel II (sämtlich 1. 11. 82), Detlev Beims, Winfried Braun, Matthias Dickert, Claus Fietze, Horst Gierhardt, Albrecht Grevé, Georgia Hasse, Wolfgang Hasse, Susanne Heinrich, Dieter Hennies, Jürgen Heß, Artur Hintz, Matthias Höhl, Karl-Fritz Jahn, Walter Janz, Heinz John, Margit Kiefer, Christiane Knieling, Harald König, Helga Körber, Jürgen Ludewig, Dagmar Mann, Joachim Mehmke, Karin Mehmke, Ulrich Metzendorf, Willi Plempe, Bernd-Albert Remmers, Ursula Riechers, Uwe Riechers, Norbert Riemann, Isolde Rode, Jutta Rühmeier, Sabine Rüsseler, Friedhelm Schlöffel, Dr. Dorothea Schneider, Berndt Schulze, Eva-Maria Schwarz, Ruth Sechforth, Harald Seidler, Reinhold Stein, Joachim Trost, Annette Völler, Karl-Heinz Voepel, Margot Wilhelmi, Wilhelm Wilhelmi, Birgit Winter, Martin Zillinger, Christine Wolf, Ulrike Wondrak, Ulrich Zeiß, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien Fulda (sämtlich 1. 11. 82);

versetzt:

nach Nordrhein-Westfalen Studienrätin (BaL) Irmhild Kröger, Kassel (1. 9. 82);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienräte (BaL) Walter Mertins, Heringen (1. 10. 82), Georg Ruppel, Heringen (1. 11. 82), Friedrich Dey, Bad Hersfeld (1. 12. 82);

entlassen:

die Studienreferendare/innen (BaW) Susanne Rospek (1. 9. 82), Rolf-Peter Kuhlisch (1. 11. 82), Joachim Mehmke (1. 12. 82), sämtlich Fulda; Gudrun Herbst (15. 9. 82), Heinz Reinhard (23. 11. 82), Martina Frankenberger (1. 12. 82), Hans-Heinrich Wirries (4. 12. 83), sämtlich Kassel;

verstorben:

Studiendirektor (BaL) Dr. Eberhard Fähler, Kassel (14. 9. 82), Studienrat (BaL) Peter Wetterau, Homberg (7. 11. 82).

Kassel, 6. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
II/1f — 8 b 28

*StAnz. 1/1983 S. 48*

**beim Regierungspräsidenten in Kassel**

**— Berufliche Schulen —**

ernannt:

zu **Oberstudiendirektoren als Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor (BaL) Johannes Urner, Fulda (27. 10. 82), Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Heinz Wucherpfennig, Kassel (28. 10. 82);

zum **Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor (BaL) Jürgen Simon, Schwalmstadt (28. 10. 82),

zu/zur **Studiendirektoren/in** die Oberstudienräte/in (BaL) Wolfram Henkel, Karl-Rudolf Nolte, beide Kassel (beide 15. 10. 82), Siegfried Leinweber, Fulda (15. 10. 82), Dr. Knut Groeber, Kassel (15. 10. 82), Gisela Zutz, Kassel (28. 10. 82);

zu **Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL)** Helga Schüler-Keller, Hans-Jürgen Schülbe, beide Bad Hersfeld, Werner Sommer, Hünfeld, Gertrud Möller, Rainer Griebel, beide Fulda, Annegret Schmidt, Otto Ortelbach, Claus Boll, Heino Kirchhof, Dieter Blum, Egon Immerheiser, Rainer Nöding, sämtlich Kassel, Hilmar Ehle, Witzenhausen, Georg Sippel, Eschwege, Gisbert Papritz, Hofgeismar (sämtlich 1. 10. 82), Maria Stein, Melsungen (12. 10. 82), Dr. Heinrich Berthold, Korbach (22. 10. 82), Eberhard Schlamann, Kassel (24. 11. 82);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ute Brandau, Kassel (15. 9. 82), Annelie Dippel, Schwalmstadt (1. 10. 82), Karl-Heinz Becher, Bad Wildungen (15. 10. 82), Hartmut Stämmler (1. 11. 82), Karla Brunsiek, beide Kassel (4. 11. 28);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Erwin Bruchhäuser, Fulda (27. 10. 82), Rolf Günther, Kassel (1. 11. 82);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer (BaL)** Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Ruth Ziegler, Kassel (1. 9. 82);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Ulrike Becker, Hans-Joachim Berndt, Adelheid Bode, Dieter Bremer, Friedemann Dressler, Carola Foeth, Ulrich Gehrmann, Edgar Gemmer, Maria Heiderich, Erhard Heinz, Walter Heiderich, Christel Hörsch, Wolfgang Hullebrand, Petra Jany, Freimut Krug, Ottmar Michel, Karin Opel, Karin Pinkalla, Falko Radewald, Manfred Ralenkötter, Ulrich Rösche, Friedlind Schäfer, Olaf Schäfer, Peter Schmidt, Karl-Heinz Schmitt, Edgar Schmitz, Hans Steffek, Elke Streiff, Werner Tessendorf, Jutta Trippel, Christian Wollert, Norbert Tonhäuser, Klaus-Günther Göbel, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen in Kassel, Carlo Faulstich, Ruth Fricke, Volker Höhmann, Hans-Jürgen Kraft, Herbert Krah, Werner Kreyenmeier, Reiner Krenz, Gerd Kurzhals, Horst Pfau, Heinz Reuen, Helmut Reitschky, Herbert Schaefers, Norbert Schirbel, Petra Schlössler, Dieter Schornsheim, Anneliese Schütz, Alfred Wolk, Dieter Etzel, sämtlich Studienseminar für das Lehramt an beruflichen Schulen in Kassel, Außenstelle Fulda (sämtlich 1. 11. 82);

zu **Fachlehreranwärterinnen** die Bewerberinnen Birgit Schönberger, Hünfeld, Rotraut Ott, Melsungen, Ute Fischer, Bebra, Christa Rivas Garay, Korbach, Renate Hartwig, Bad Hersfeld (sämtlich 1. 12. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Studienrat Bernd Ullmann, Kassel (14. 7. 82), die Fachlehrerinnen für arbeitstechn. Fächer (BaP) Gabriele Wennemann, Frankenberg (22. 9. 82), Beate Spitzer, Frankenberg (28. 9. 82);

entlassen:

Studienreferendarin Maria Kemmler, Kassel (12. 10. 82).

Kassel, 6. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
II/1f — 8 b 28
*StAnz. 1/1983 S. 49*

## H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

ernannt:

zum **Techn. Assistentanwärter (BaW)** Bewerber Gerhard Faust, GAA Wiesbaden (1. 11. 82);

verstorben:

Techn. Oberinspektorin (BaL) Barbara Kretz, GAA Darmstadt (12. 11. 82).

Darmstadt, 13. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
II 1 a — 3 k 02/05 (5)
*StAnz. 1/1983 S. 49*

## I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

ernannt:

zum **Baurat z. A. (BaP)** Dipl.-Ing. Bernd Hartz (1. 11. 82).

Darmstadt, 13. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
II 1 a — 3 k 02/05 (5)
*StAnz. 1/1983 S. 49*

# DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

## 26 DARMSTADT

### Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Hammersbach, Main-Kinzig-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Hammersbach, Main-Kinzig-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Am Weidenborn"
„Baiersröderhof"
„Hirzbach (Hgr.)" und
„Obermühle"

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 13. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
II 1 a — 3 k 02/05 (5)
*StAnz. 1/1983 S. 49*

## 27

### Vorhaben der Firma Nukem GmbH, 6450 Hanau 11

Die Firma Nukem GmbH, Rodenbacher Chaussee 6, 6450 Hanau 11, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und Betrieb von Anlagen zur thermischen Behandlung von Reststoffen in Hanau, Gemarkung Wolfgang, Rodenbacher Chaussee 6, Flur 1, Flurstück 37/21 u. a., gestellt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 10. Januar 1983 bis 9. März 1983 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, und beim Magistrat der Stadt Hanau, Am Markt 14—18, Stadtplanungsamt, 3. OG, Zimmer 336, 6450 Hanau, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorangenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 13. April 1983, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet in der Stadthalle Hanau, im Schloßgartensaal, Schloßplatz 1, 6450 Hanau, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 2. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
IV 5 — 53 e 621 — Nukem (4)
*StAnz. 1/1983 S. 49*

**28**

## Genehmigung der „Hermann Willkomm-Stiftung", Sitz in Frankfurt am Main

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der Fassung vom 1. April 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 28. Oktober 1982 errichtete „Hermann Willkomm-Stiftung", Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 9. Dezember 1982 genehmigt.

Darmstadt, 15. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
III 6 — 25 d 04/11 (15) — 201
*StAnz. 1/1983 S. 50*

**29**

## Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der am 19. Dezember 1979 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Polizeihauptmeister Peter Wendt ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 05-2005 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 15. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
III 2/64 — 7 d 14
*StAnz. 1/1983 S. 50*

**30** GIESSEN

## Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung „Glückauf", Sitz in Lollar, Landkreis Gießen, vom 7. Dezember 1982

Auf Antrag und zugunsten des Zweckverbandes Wasserversorgung „Glückauf", Lollar, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) für die Trinkwassergewinnungsanlage in Lollar/Stadtteil Odenhausen, Landkreis Gießen, ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

### § 1
### Einteilung des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung „Glückauf", Sitz in Lollar, in Lollar/Stadtteil Odenhausen wird in folgende Zonen eingeteilt:

**Zone I (Fassungsbereich),**
**Zone II (Engere Schutzzone),**
**Zone III (Weitere Schutzzone).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1 : 10 000, Katasterpläne i. M. 1 : 1 000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
Zone II (Engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
Zone III (Weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

### § 2
### Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

**I. Fassungsbereich (Zone I)**

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 4 Nrn. 95/4 und 96/1 der Gemarkung Odenhausen.

**II. Engere Schutzzone (Zone II)**

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Odenhausen:

Flur 4 Flurstücke Nrn. 3—8, 60, 61, 62, 64, 91/3, 91/4, 92/1, 93/1, 93/2, 93/3, 97—112, 113/2, 140 und 141/1,

Flurstück Nr. 142/3 (nordwestlicher Teil — im Südosten durch die Verlängerung der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 113/2 begrenzt),

Flurstück Nr. 143,

Flurstück Nr. 148 (nordwestlicher Teil — im Südosten durch eine Gerade, die von dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 65 bis zu dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 57 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 168, 169/2, 172/1, 182/63, 191/9, 192/10, 193/11, 194/12, 195/13, 196/14, 197/15, 198/16, 200/138 und 205/169.

**III. Weitere Schutzzone (Zone III)**

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Odenhausen und Salzböden:

**Gemarkung Odenhausen**

Flur 2 nordöstlicher Teil — im Westen durch die westliche Seite des Flurstückes Nr. 13, die westliche und südliche Seite des Flurstückes Nr. 141, die westlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 123, 104 und 126 und im Süden durch die nördlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 134 und 129 begrenzt,

Flur 3 nordwestlicher Teil — im Südosten durch die nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 207/2 begrenzt,

Flur 4 westlicher Teil — im Osten durch die westlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 170, 146 und 27/1, die östliche Seite des Flurstückes Nr. 147 einschließlich deren Verlängerung bis zu der südlichen Seite des Flurstückes Nr. 171, die nördliche und östliche Seite der Engeren Schutzzone, die westliche Seite des Flurstükkes Nr. 142/3 und die nordwestliche Seite des Flurstückes Nr 164 begrenzt — mit Ausnahme der Engeren Schutzzone und des Fassungsbereiches,

**Gemarkung Salzböden**

Flur 5 südlicher Teil — im Norden durch die südliche Seite des Flurstückes Nr. 222/6 begrenzt,

Flur 6 südöstlicher Teil — im Nordwesten durch die südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 136 einschließlich deren Verlängerung bis zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 133, die südöstlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 134 und 143, die südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 143, die westliche Seite des Flurstückes Nr. 138 und die westliche Seite des Flurstükkes Nr. 142 einschließlich deren Verlängerung bis zu der südlichen Seite des Flurstückes Nr. 141.

### § 3
### Verbote

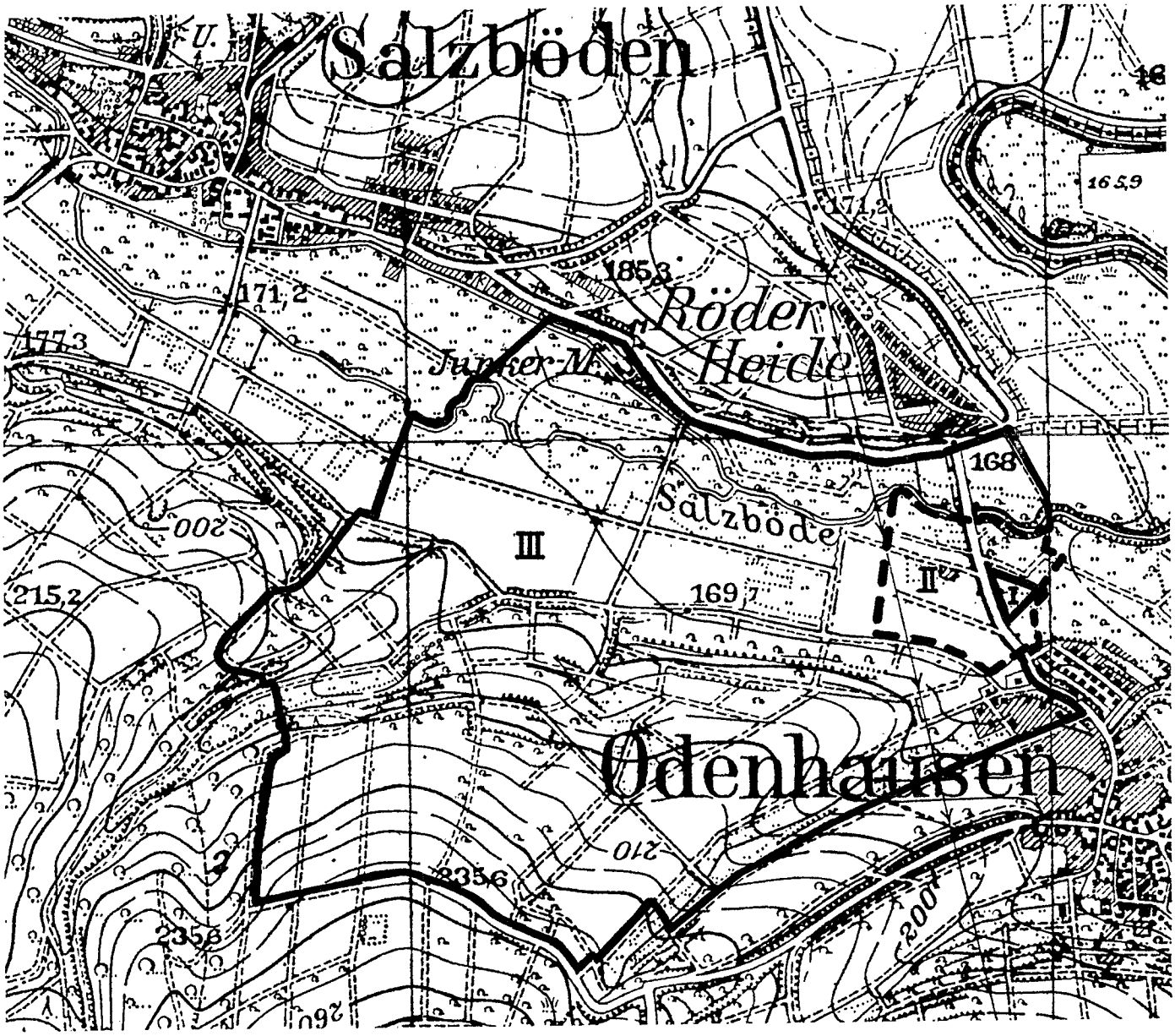
Alle Verbote, die für die Weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die Engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der Engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

**1. Weitere Schutzzone (Zone III)**

Die Weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

**Verboten sind:**

a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,
c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
d) das punktuelle, gezielte Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
e) das Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
f) 1. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-,




Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,

2. das Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel — mit Ausnahme der in Wasserschutzgebieten in den jeweiligen Schutzzonen zugelassenen bzw. genehmigten Mittel (vgl. Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel, Pflanzenschutzmittelverzeichnis der Biologischen Bundesanstalt, Braunschweig),

g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³ (immer je Anlage), wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,

h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,

i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,

j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,

k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),

l) Kernreaktoren,

m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,

n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,

o) das Neuanlegen von Friedhöfen,

p) Rangierbahnhöfe,

q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,

r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen und eingehalten werden,

s) militärische Anlagen,

t) die Massentierhaltung,

u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,

v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

**2. Engere Schutzzone (Zone II)**

Die Engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

**Verboten sind:**

a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttersilos,
b) Baustellen und Baustofflager,
c) Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen, Parkplätze und die Neuanlage von Straßen,
d) Friedhöfe,
e) Campingplätze und Sportanlagen,
f) das Zelten und Lagern,
g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
i) Kies-, Sand-, Torf-, und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
k) Sprengungen,
l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
m) die organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
n) die Überdüngung,
o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldünger,
p) Gärfuttermieten,
q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
r) das Lagern wassergefährdender Stoffe,
s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
t) das Durchleiten von Abwasser,
u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
v) Dräne und Vorflutgräben,
w) Fischteiche,
x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

**3. Fassungsbereich (Zone I)**

Der Fassungsbereich soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Verrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

**Verboten sind:**

a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
c) die landwirtschaftliche Nutzung,
d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,
g) die organische Düngung.

§ 4

**Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte des Zweckverbandes Wasserversorgung „Glückauf" und der zuständigen staatlichen Behörden

a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
b) Beobachtungsstellen einrichten,
c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus der Engeren Schutzzone und dem Fassungsbereich versehen,
g) an den in der Engeren Schutzzone und dem Fassungsbereich vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des Wasserschutzgebietes sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Regierungspräsident in Gießen als obere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Gießen, Bahnhofstraße 52—54, 6300 Gießen,
2. dem Landrat des Landkreises Gießen, untere Wasserbehörde, Ostanlage 39, 6300 Gießen,
3. dem Landrat des Landkreises Gießen, Katasteramt, 6300 Gießen,
4. dem Kreisausschuß des Landkreises Gießen, Bauaufsichtsbehörde, 6300 Gießen,
5. dem Zweckverband Wasserversorgung „Glückauf", 6304 Lollar,
6. dem Wasserwirtschaftsamt Marburg, Ketzerbach 10, 3550 Marburg,
7. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
8. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 7. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
gez. Müller

*StAnz. 1/1983 S. 50*

**31**

## Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Homberg (Ohm) / Stadtteil Deckenbach, Vogelsbergkreis, vom 8. Dezember 1982

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Homberg (Ohm), Vogelsbergkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom

16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Neufassung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 154) für die Wassergewinnungsanlage des Stadtteiles Deckenbach ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

**Einteilung des Wasserschutzgebietes**

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Homberg (Ohm)/Stadtteil Deckenbach, Vogelsbergkreis, das sich auf einen Teil der Gemarkung Deckenbach erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

**Zone I (Fassungsbereich),**
**Zone II (Engere Schutzzone),**
**Zone III (Weitere Schutzzone).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000, Katasterkarten i. M. 1 : 2 000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
Zone II (Engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
Zone III (Weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2

**Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen**

**I. Fassungsbereich (Zone I)**

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 5 Nr. 69 der Gemarkung Deckenbach.

Er ist

im Südosten durch eine Gerade, die von der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 69 (60 m nordwestlich des südlichen Knickpunktes dieser Seite) rechtwinklig 26 m in südwestlicher Richtung verläuft,

im Nordwesten durch eine Gerade, die von der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 69 (92 m nordwestlich des südlichen Knickpunktes dieser Seite) rechtwinklig 22 m in südwestlicher Richtung verläuft, und

im Südwesten durch eine Gerade, die von dem Endpunkt der südöstlichen Seite des Fassungsbereiches bis zu dem Endpunkt der nordwestlichen Seite des Fassungsbereiches verläuft,

begrenzt.

**II. Engere Schutzzone (Zone II)**

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Deckenbach:

Flur 5 Flurstück Nr. 18 (nordwestlicher Teil — im Südosten durch eine Gerade, die von der nordöstlichen Seite des Flurstückes [Polygonpunkt 442] bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes [Polygonpunkt 467] verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 19, 20, 21, 65/1, 65/2, 65/3, 66, 67, 68/1 und 68/2,

Flurstück Nr. 69 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 75 bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 55 [Polygonpunkt 499]) verläuft, begrenzt — mit Ausnahme des Fassungsbereiches),

Flurstücke Nrn. 75, 76, 77/1, 77/2 und 78,

Flurstück Nr 82 (nordwestlicher Teil — im Südosten durch eine Gerade, die von der südwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 18 [Polygonpunkt 467] bis zu dem östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 78 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 88 (teilweise — im Norden durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 75 bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 55 [Polygonpunkt 449]) verläuft, und im Südwesten durch eine Gerade, die von dem Knickpunkt der südöstlichen Seite des Flurstückes [nördlich des Polygonpunktes 440] bis zu dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 90 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 101 (teilweise — im Norden durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 75 bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 55 [Polygonpunkt 449] verläuft, und im Süden durch eine Gerade, die von dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 101 [Polygonpunkt 442] bis zu dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 20 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 103 (nordöstlicher Teil — im Südwesten durch die verlängerte südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 78, begrenzt).

**III. Weiter Schutzzone (Zone III)**

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkung Deckenbach:

Flur 5 die gesamte Flur — mit Ausnahme der Flurstücke Nrn. 32—37, 38/1, 38/2, 39, 40/1 und 41—43,

des Flurstückes Nr. 80 (nordöstlicher Teil — im Südwesten durch die verlängerte südwestliche Seite des Flurstückes Flur 6 Nr. 74 begrenzt),

der Flurstücke Nrn. 81/1, 96—99, 109, 110, der Engeren Schutzzone und des Fassungsbereiches,

Flur 6 Flurstücke Nrn. 1—7 und 19,

Flurstück Nr. 20 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch die verlängerte nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 23 begrenzt),

Flurstücke Nrn. 21, 22 und 25,

Flur 7 die gesamte Flur,

Flur 8 südöstlicher Teil — im Nordwesten durch die nördliche Seite des Flurstückes Nr. 21, die südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 90, eine Gerade, die von dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 90 bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 89 (Polygonpunkt 556) verläuft, die südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 89, die südöstliche Seite des Flurstükkes Nr. 88, die nordöstliche Seite des Flurstückes Nr. 86, die nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 74 einschließlich deren Verlängerung bis zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 86, die nordöstliche Seite des Flurstückes Nr. 102 und eine Gerade, die von der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 102 rechtwinklig bis zu der südwestlichen Seite des Flurstückes (Polygonpunkt 551) verläuft, begrenzt,

Flur 9 Flurstücke Nrn. 1/1, 1/2 und 2,

Flurstück Nr. 3 (östlicher Teil — im Westen durch die östliche Seite eines von der nordöstlichen Seite des Flurstückes [Polygonpunkt 551] in südwestlicher Richtung verlaufenden Weges begrenzt).

§ 3

**Verbote**

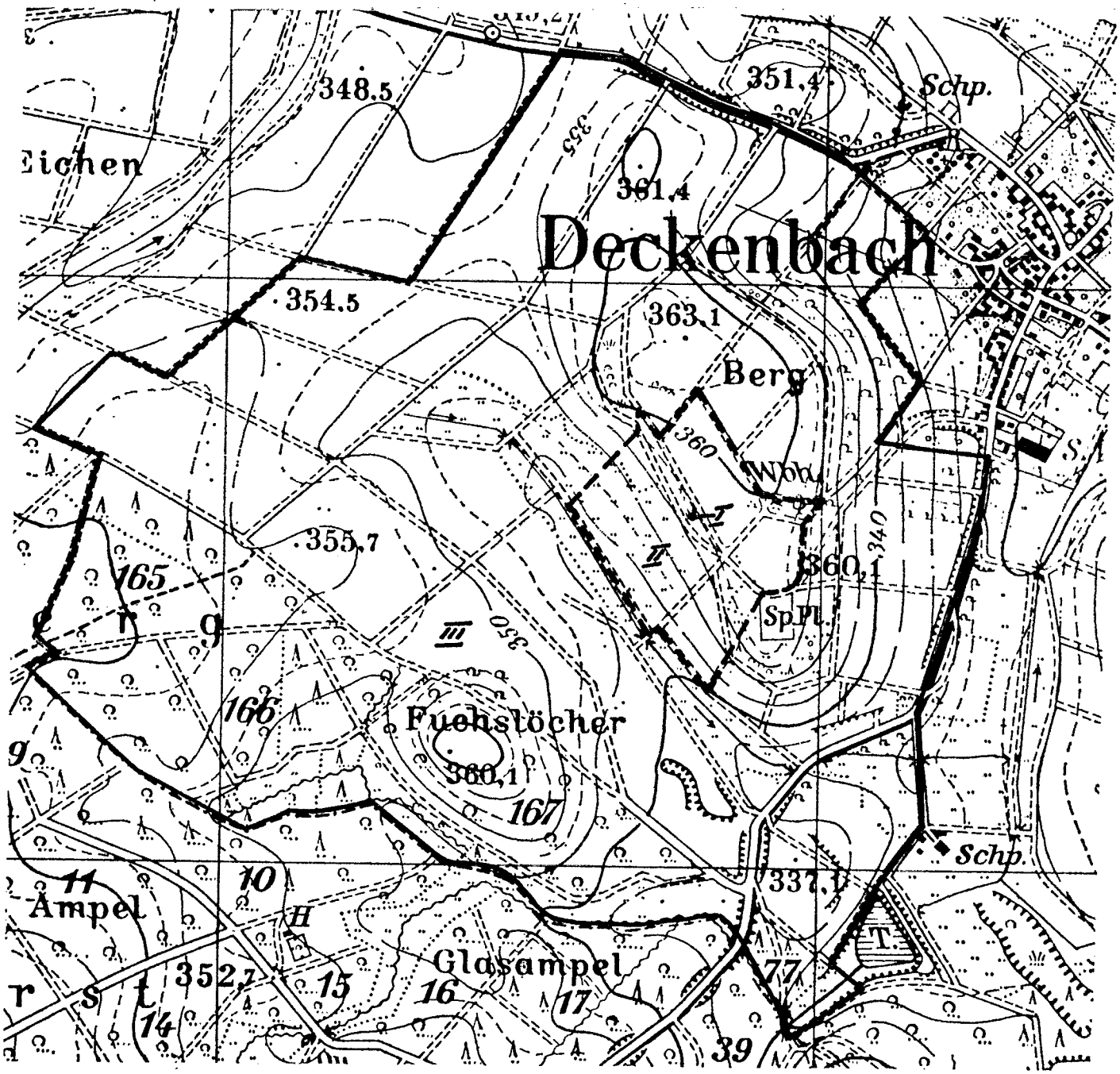
Alle Verbote, die für die Weitere Schutzzone (Zone III), bestehen, gelten auch für die Engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der Engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

**1. Weitere Schutzzone (Zone III)**

Die Weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

**Verboten sind:**

a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, (z. B. Sandfiltergräben),
c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
d) das punktuelle, gezielte Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
e) das Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
f) 1. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,
   2. das Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel — mit Ausnahme der in Wasserschutzgebieten in den jeweiligen Schutzzonen zugelassenen bzw. genehmigten Mittel (vgl. Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel, Pflanzenschutzmittelverzeichnis der Biologischen Bundesanstalt, Braunschweig),




g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³ (immer je Anlage), wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,

h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,

i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,

j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,

k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),

l) Kernreaktoren,

m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,

n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,

o) das Neuanlagen von Friedhöfen,

p) Rangierbahnhöfe,

q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,

r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen und eingehalten werden,

s) militärische Anlagen,

t) die Massentierhaltung,

u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwasser vorgenommen werden kann,

v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

**2. Engere Schutzzone (Zone II)**

Die Engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen aus-

gehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdet sind.

**Verboten sind:**

a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttersilos,
b) Baustellen und Baustofflager,
c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,
d) Friedhöfe,
e) Campingplätze und Sportanlagen,
f) das Zelten und Lagern,
g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
k) Sprengungen,
l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
n) die Überdüngung,
o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldünger,
p) Gärfuttermieten,
q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
r) das Lagern wassergefährdender Stoffe,
s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
t) das Durchleiten von Abwasser,
u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
v) Flächendränung und Vorflutgräben,
w) Fischteiche,
x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

**3. Fassungsbereich (Zone 1)**

Der Fassungsbereich soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Verrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

**Verboten sind:**

a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen, die landwirtschaftliche Nutzung,
c) die landwirtschaftliche Nutzung,
d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,
g) die organische Düngung.

§ 4

**Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Homberg (Ohm) und der zuständigen staatlichen Behörden

a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
b) Beobachtungsstellen einrichten,
c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus der Engeren Schutzzone und dem Fassungsbereich versehen,
g) an den in der Engeren Schutzzone und dem Fassungsbereich vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des Wasserschutzgebietes sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Regierungspräsident in Gießen als obere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Gießen, Bahnhofstraße 52—54, 6300 Gießen,
2. dem Landrat des Vogelsbergkreises, untere Wasserbehörde, 6420 Lauterbach,
3. dem Landrat des Vogelbergkreises, Katasteramt, 6420 Lauterbach,
4. dem Kreisausschuß des Vogelsbergkreises, Bauaufsichtsbehörde, 6420 Lauterbach,
5. dem Kreisausschuß des Vogelsbergkreises, Kreisgesundheitsamt, 6420 Lauterbach,
6. dem Magistrat der Stadt Homberg (Ohm), 6313 Homberg (Ohm),
7. dem Wasserwirtschaftsamt Marburg, Ketzerbach 10, 3550 Marburg,
8. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 8. Dezember 1982

**Der Regierungspräsident**
gez. Müller

*StAnz. 1/1983 S. 52*

# BUCHBESPRECHUNGEN

**Verfahrensrecht und Praxis der Bauaufsicht.** Systematische Darstellung des Vollzugs des Planungs- und Bauordnungsrechts. Von Lothar Baumanns, Kreisoberverwaltungsrat. 1982 DIN A5, kart., 528 S., 98,— DM. Deutscher Gemeindeverlag GmbH, 5000 Köln.

Die Entwicklung des Städtebaus in den relativ dicht besiedelten Räumen hat unter Wahrung vielfältiger privater und öffentlicher Bedürfnisse zu einer kaum noch überschaubaren Regelungsdichte auf dem Gebiet des materiellen Baurechts geführt. Der Vollzug der in zahlreichen Vorschriften des Bundes und der Länder normierten materiellen, formellen und verfahrensmäßigen Anforderungen wird zunehmend komplizierter.

Das vorliegende Buch stellt die mit der Anwendung der planungs- und bauordnungsrechtlichen Verfahrensinstitute verbundenen vielfältigen Probleme und Zweifelsfragen in einer ganzeinheitlich ausgerichteten Betrachtungsweise systematisch dar. Unter Hinweis auf Rechtsentwicklung, Lehre und Rechtsprechung werden Zweck, Charakter, Rechtswirkungen und Verfahren der bauaufsichtlich anzuwendenden Erlaubnis- und Eingriffsinstitute ausführlich und praxisnah erklärt. Darüber hinaus wird auch auf die Fortentwicklung des Bauordnungsrechts durch die von der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder (ARGEBAU) verabschiedete Musterbauordnung und ihre Bestrebungen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren eingegangen.

Der Verfasser, auf Grund langjähriger Praxis bei unteren Bauaufsichtsbehörden kompetent für das von ihm bearbeitete Rechtsgebiet, vermittelt einen verständlichen, sachlich fundierten und umfassenden Überblick über die vielschichtige und differenzierte Materie. Er wendet sich — nach eigener Aussage — in erster Linie an die bei Bau- und Planungsbehörden, insbesondere den Bauaufsichts- und Bodenverkehrsämtern, tätigen Bediensteten. Ihnen bietet dieses Erläuterungs- und Nachschlagewerk eine verläßliche Grundlage, um Schwierigkeiten, die bei der Antragstellung und Bearbeitung von Anträgen auftreten, leichter zu überwinden. Darüber hinaus werden ihnen Lösungsmöglichkeiten für Probleme angeboten, die bei dem Vollzug der Anforderungen und bei der Inanspruchnahme des Rechtsschutzes auch in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren auftreten können. Durch die sehr inhaltsreiche und systematische Gesamtdarstellung sowohl der planungs- als auch der bauordnungsrechtlichen Fragen ist das Werk aber auch geeignet, Entwurfsverfassern und Vermessungsingenieuren ebenso wie der anwaltlichen und richterlichen Praxis nützliche Hilfen zu bieten.

Beispiele für Vordrucke, die die Vollständigkeit der notwendigen Angaben in Anträgen und Bescheiden sicherstellen, sowie Hinweise auf zu beachtende Fristen unterstützen sehr zweckdienlich die Umsetzung der materiellen und verfahrensmäßigen Anforderungen in die Praxis. Skizzen zur Beurteilung von planungsrechtlichen Grenz- und Einzelfällen veranschaulichen und vervollständigen die Darlegungen. Die vorangestellte Inhaltsübersicht, deren Kapitelbezeichnungen sich auf den einzelnen Seiten wiederholen, ein Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen sowie ein Stichwortverzeichnis erleichtern die praktische Anwendung und erhöhen die Übersicht. Die den einzelnen Kapiteln nachgeschalteten Literaturhinweise bieten Zugang zu einer vertieften Auseinandersetzung mit einzelnen Zweifelsfragen.

Besonders hervorzuheben ist auch das Kapitel über die Organisation des Bauordnungsamtes und den Ablauf des Baugenehmigungsverfahrens unter Einsatz eines Textautomaten. Damit werden die auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene laufenden Bemühungen um Vereinfachung und Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren durch Hinweise und Vorschläge zu einer effektiveren Aufgabenerfüllung durch einen zweckmäßigen organisatorischen Aufbau, durch rationellen Einsatz von quantitativ und qualitativ ausreichendem Personal und eine sachgerechte Ausstattung der Arbeitsplätze unterstützt.

Aus dem Inhalt: Auskünfte, Amtspflichten und Zusicherungen — Begriffe des Baugrundstücks, der Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen sowie des Bestandsschutzes — Mitwirkung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde — Zurückstellung der Anträge gemäß § 15 BBauG sowie Aufstellung und Handhabung der Veränderungssperre — Planungs- und bauordnungsrechtliche Teilungsgenehmigung — Abgrenzung der Ortsteile von den Außenbereichen unter zeichnerischer Wiedergabe der Grundstückssituationen sowie Satzungen nach § 34 BBauG — Bebauungsgenehmigung und Vorbescheid — Teilbau-, Baugenehmigung und Bauanzeige — Nachbaranhörung und Nachbarschutz — Ausnahme und Befreiung — Baulast und ordnungsbehördlicher Vollzug — Organisation des Bauordnungsamtes und Abwicklung des Baugenehmigungsverfahrens unter Einsatz von Textautomaten —.

Angefügt sind Auszüge aus dem Bundesbaugesetz und der Musterbauordnung, eine Übersicht der geltenden Bauordnungsgesetze der Länder, eine Übersicht der wesentlichen Verfahrensregelungen der Landesbauordnungen, ein Auszug aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes sowie eine Übersicht über die geltenden Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

Oberamtsrätin Jutta von Lutzau

**Englische Rechtssprache.** Mustertexte und Fachausdrücke unter Einbeziehung von Amerikanismen. Von Günter Glass. 182, 87 S., DIN A5, kart., 24,— DM. Bauverlag GmbH, 6200 Wiesbaden und 1000 Berlin.

Das hier zu besprechende Buch ist kein Lexikon im herkömmlichen Sinn. Es ist auch kein philologisches Lehrbuch oder ein juristisches Werk im engeren Sinne. Der Verfasser hat vielmehr Zusammenfassungen aus in Plymouth bei Macdonald & Evans Ltd. erschienenen juristischen Werken über juristische Themen abdrukken lassen. Die Auszüge sind in englischer Sprache gehalten. Sie befassen sich mit dem englischen Gerichtssystem sowie mit Grundbegriffen des Vertragsrechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts und dem Steuerrecht. Es handelt sich jeweils um kurzgefaßte Leitsätze. Im Anhang (S. 88) findet man nähere bibliographische Hinweise auf die Werke, aus denen die Zitate stammen. Außerdem enthält das Buch Mustertexte in englischer Sprache, die für das Wirtschaftsleben typisch sind. Es handelt sich insbesondere um Vertragsmuster. Allen Auszügen ist jeweils eine Liste angefügt, in der die deutsche Bedeutung des juristischen Begriffs wiedergegeben ist, der in dem voranstehenden Auszug aufgetaucht war. Die Vokabeln werden daher nicht in alphabetischer Reihenfolge gebracht. Als deutsche Übersetzung werden daher nicht alle Bedeutungen genannt, die der englische Begriff haben kann, sondern nur die Bedeutung, die sich aus dem jeweiligen Zusammenhang ergibt. Das hat zur Folge, daß z. B. der Begriff consideration zweimal auftaucht (S. 26, 68), und daß „owner" nicht mit Eigentümer sondern mit Auftraggeber übersetzt ist (S. 44).

Der Adressat des Buches wird die volle Bedeutung der Auszüge wegen deren Kürze nicht voll erfassen. Ein Hinweis ist ohne nähere Erklärung schwer verständlich. Was sagte der „celebrated case of the Earl of Oxford (1615)"? Hinter der kurzen Begriffsbestimmung des common law (S. 20) verbergen sich grundlegende Probleme der allgemeinen Rechtstheorie.

Der Verfasser wollte nur „den sprachlich interessierten Juristen, der beruflich mit Sachverhalten aus dem angelsächsischen Rechtswesen zu tun hat, den Kaufmann und Techniker, ebenso wie den Übersetzer, Dolmetscher und Fachjournalisten sowie alle Unterrichtende und Studierende an Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen, Dolmetscherinstituten und Fachakademien im Wirtschafts-, Rechts- und Verwaltungsbereich ansprechen" (S. 5). Der Verfasser selbst warnt allerdings: „Zum Umgang mit den Texten sind fundierte Kenntnisse der englischen Sprache Voraussetzung" (S. 5). Wer sie hat, braucht die Bedeutung der hier erklärten juristischen Ausdrücke noch nicht zu kennen. Daher dürfte das Buch seinen begrenzten Zweck erfüllen.

Ministerialrat Dr. Karl-Friedrich Reuß

**Bundes-Immissionsschutzgesetz.** Loseblatt-Textausgabe mit Erläuterungen und Hinweisen mit den Durchführungsvorschriften von Bund und Ländern. Bearbeitet von Ministerialrat Hans Jochen Alberding und Regierungsdirektor Dipl.-Phys. Herbert Ludwig. 10. Erg.Liefg., Stand 1. Oktober 1982, 234 S., 46,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Der neue Bundesminister des Innern Dr. Zimmermann hat betont, daß Umweltschutz auch in seinen Augen eine hochwichtige Sache sei. Trotzdem kann man schon seit einiger Zeit den Eindruck haben, daß der Umweltschutz unter dem Druck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor den Angriffen unterschiedlicher Interessengruppen zurückweichen muß. Unterdes entwickelt das Immissionsschutzrecht sich weiter. Die 10. Ergänzungslieferung (zur 9. Ergänzungslieferung vgl. StAnz. 1982 S. 684) bringt die bewährte Sammlung auf den Stand vom 1. Oktober 1982. Sie enthält u. a. die Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Störfall-Verordnung (2. Störfall-VwV) vom 27. April 1982 (GMBl. S. 205), die Bekanntmachung gemäß § 3 der VO über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebs mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen vom 27. April 1982 (BAnz. Nr. 84 vom 6. Mai 1982).

Berücksichtigt sind außerdem die Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und des Abfallbeseitigungsgesetzes durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), ferner die Änderungen des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes durch Gesetz vom 4. Mai 1982 (BayGVBl. S. 236) sowie der Smog-Verordnungen von Berlin und Nordrhein-Westfalen durch Verordnungen vom 15. Januar 1982 (GVBl. Berlin S. 251) bzw. vom 23. September 1981 (GV NW S. 542). Wichtig ist auch die Änderung der nordrhein-westfälischen Verwaltungsvorschriften zum Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 18. April 1981 (MBl. NW S. 1724). Bekanntmachungen über Meßgeräte und Meßverfahren runden die Ergänzungslieferung ab.

Richter am BGH Dr. Hanns Engelhardt

**Zweckbestimmung und Ressourceneinsatz öffentlicher Betriebe.** Methodologie, Beratung und Management. Von Walter A. Oechsler. 1982, 275 S., geb., 66,— DM. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Hrsg. von Prof. Dr. Peter Eichhorn und Prof. Dr. Peter Friedrich, Band 62. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden.

Die zu besprechende Schrift hat dem Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hohenheim/Stuttgart als Habilitationsschrift vorgelegen. Mit ihr will der Verfasser eine „Lehre öffentlicher Betriebe" als sich etablierende Teildisziplin der Betriebswirtschaftslehre weiter vorantreiben.

In der Bundesrepublik Deutschland wie in den westlichen Industrieländern herrschen sog. „gemischte Wirtschaftsordnungen", in denen öffentliche und private Betriebe miteinander koexistieren. Dabei ist die Bedeutung und Größenordnung der öffentlichen Betriebe immer weiter gewachsen. Daraus und auch aus der in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit verstärkt vorgetragenen Kritik an mangelnder Effektivität und Effizienz öffentlicher Betriebe leitet der Verfasser u. a. den Nachweis der Forschungsrelevanz ab.

An den Anfang der Untersuchung stellt Oechsler Fakten zu den Erscheinungsweisen, historischen Entwicklungen und Größenordnungen öffentlicher Betriebe. Bei der anschließenden Betrachtung der bislang zu diesem Problembereich vorliegenden wissenschaftlichen insbesondere betriebswirtschaftswissenschaftlichen Ansätze, kommt er zu dem Ergebnis, daß hinsichtlich der Rechtfertigung öffentlicher Zwecke und der Begründung des Ressourceneinsatzes ein Mangel an methodologischer Grundlagendiskussion besteht.

Diese Lücke will der Verfasser mit einem konstruktiven Ansatz schließen. Ausgangspunkt ist, daß die wissenschaftliche Praxis als unmittelbare Weiterführung der elementaren Lebenspraxis selbst begriffen wird. Als geeignete Methode wird die konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie begründet, die sich dadurch kennzeichnet, daß

- aus logischer Sicht eine Wortgemeinschaft besteht, die paralleles Verständnis gewährleistet,
- aus ethischer Sicht Gründe und nicht bloß Autoritäten angegeben werden und
- aus wissenschaftstheoretischer Sicht Zwecke gerechtfertigt und Mittel begründet werden können.

Auf dieser Grundlage, die die bislang auseinanderklaffenden Methoden des empirisch-erklärenden und rational-normierenden Vorgehens verbindet, gelingt es, öffentliche Betriebe problemorientiert und nicht mehr fachspezifisch zu beraten, insbesondere die Zwecke genauer zu bestimmen und die zweckorientierten Ressourcen besser

einzusetzen. Letztlich sieht der Verfasser in der Verbesserung der so gestalteten wissenschaftlichen Beratung eine Möglichkeit, Entscheidungen über öffentliche Aufgaben nachweislich zu legitimieren und damit auch konsensfähig zu machen.

Am Schluß des Buches verdeutlicht der Verfasser an Anwendungsbeispielen die Brauchbarkeit seiner theoretischen Erkenntnisse. Er greift dabei die Bereiche der Zweckbestimmung, des Ressourceneinsatzes und der Erfolgsbeurteilung heraus. Für diese Problemschwerpunkte wird ein problemorientiertes, fachspezifische Ansätze veriassendes Forschungsprogramm entwickelt, wobei schrittweise zunächst Befunde empirisch rekonstruiert, die Ergebnisse sodann kritisch betrachtet und schließlich auf dieser Basis begründete Gestaltungsvorschläge erarbeitet werden. Die mit diesem Managementansatz angestrebte Neuorientierung der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der öffentlichen Betriebe will sich an den realen Problemen orientieren und über ihre wissenschaftliche Beratung zu deren Bewältigung beitragen.

Nun kann es nicht Sinn der Besprechung einer Habilitationsschrift an dieser Stelle sein, den wissenschaftlich-theoretischen Gehalt im Detail auszuspüren. Der Abstraktionsgrad ist im übrigen sehr hoch. In diesem Zusammenhang sei auf den sehr lesenswerten Beitrag von Ingo von Münch („Wie wird man Professor?") in „Die Zeit" vom 10. Dezember 1982 hingewiesen.

Als Fazit bleibt: Eine alsbaldige Realisierung dieses neuen Managementansatzes in der Praxis der öffentlichen Betriebe dürfte im Hinblick auf die teilweise „idealistisch" anmutenden Betrachtungen eher zweifelhaft sein. Somit dürfte die Schrift — jedenfalls zunächst — ihren sicherlich beträchtlichen Wert im Bereich der universitären Ausbildung haben. Dazu trägt auch das sehr umfangreiche Literaturverzeichnis bei, das Gelegenheit zu vertiefenden Forschungen gibt.

Regierungsoberrat Alfred Heisig

**Der Bauvertrag.** Ein Leitfaden von Ludwig Glatzel. 11. Aufl., 1982, 55 S., DIN A4. kart., 14,40 DM zuzügl. Porto, Verpackung und MwSt. Staffelpreise bei Mengenbezug (ab 5 St. 13,80 DM/St., ab 10 St. 11,— DM/St., ab 25 St. 9,— DM/St., ab 50 St. 7,50 DM/St., ab 100 St. 6,— DM/St. und ab 200 St. 4,90 DM/St. zuzügl. Porto, Verpackung und MwSt.). Druck und Verlag Ernst Vögel, 8491 Stamsried.

Die schon zu der vorausgegangenen Auflage des Leitfadens gegebenen positiven Stellungnahmen bleiben in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Vorab wird darauf hingewiesen, daß dieser Leitfaden nur eine „Erste-Hilfe-Fibel" sein kann, der täglich vorkommende Fragen des Bauvertragsrechts behandelt und kurzgefaßte grundlegende Hinweise zur Lösung anbietet. In Konfliktfällen sollte man — wenn sich die Fronten verhärten — zusätzlich den fachkundigen Rat eines Rechtsanwaltes oder Fachverbandes einholen.

Die Neuauflage des Leitfadens, der inzwischen von vielen privaten und öffentlichen Auftraggebern, wie auch von Auftragnehmern, Architekten und Bauingenieuren zu Rate gezogen werden dürfte, ist gegenüber der vorangegangenen Auflage erweitert worden. Die neuesten Entscheidungen des Bundesgerichtshofes und der Oberlandesgerichte wurden eingearbeitet. Ferner sind die besonderen Probleme der Bauhandwerker — Sicherungshypothek, des Bauschiedsvertrages, des bei Baustreitigkeiten häufigen Sachverständigen-Gutachtens und des Beweissicherungsverfahren neu aufgenommen und behandelt worden. Eine ausführliche Gliederung und kurz gefaßte Randnotizen erleichtern den Überblick.

Grundsätzlich kann der Neuauflage die gleiche gute Beurteilung mit auf den Weg gegeben werden wie der vorausgegangenen. Zudem bietet der vorliegende Leitfaden die Möglichkeit, für einen vergleichsweise sehr geringen Betrag einen guten Ratgeber zu erhalten.

Techn. Oberamtsrat Rolf Schelling

**Kommentar zum Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT** — mit Vergütungsordnungen. Bearbeitet von MinDirig. a. D. Horst Clemens, MinDir. a. D. Ottheinz Scheuring, LtdMinR. a. D. Werner Steingen, RDir. Friedrich Wiese, RDir. Hermann Fohrmann und LtdMinR. Joachim Jeske. Das Loseblattwerk ist in 3 einzeln zu beziehende Teile gegliedert: Band I—III, ca. 3 600 S., 128,40 DM einschl. 3 Ordner; Vergütungsordnung Bund/Länder (BL), ca. 1 200 S., 58,40 DM einschließlich Ordner; Vergütungsordnung für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), ca. 900 S., 42,60 DM einschließlich Ordner. Moll-Verlag, Emilienstr. 5, 7000 Stuttgart 90.

Das Gesamtwerk befindet sich mit der jeweils 62. Ergänzungslieferung zu den einzelnen Teilen auf dem Rechtsstand vom Juli 1982. Den einzelnen Bänden ist zur besseren Handhabung jeweils eine Gliederung des Gesamtwerkes vorangestellt.

Im Band I und II sind der Manteltarifvertrag einschließlich der Sonderregelungen sowie die Vergütungstarifverträge 7, 8, 9, 18, 19 und 20 abgedruckt und kommentiert.

Band III enthält die ergänzenden Tarifverträge (z. B. über Zulagen, Rechtsverhältnisse der Auszubildenden etc., Zuwendungen, Urlaubsgeld) oder sonstige Bestimmungen (z. B. Praktikanten-Richtlinien, Richtlinien Bildschirmarbeitsplätze).

In den Ordnern „Vergütungsordnung Bund/Länder" und „Vergütungsordnung VKA" sind die Tätigkeitsmerkmale der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT abgedruckt und ausführlich erläutert.

Das Werk gehört zu den „großen" Kommentaren zum BAT und bietet dem Anwender umfassende und eingehende Information und Hinweise zur Anwendung des umfangreichen Tarifrechts in der täglichen Praxis. Es liegt hiermit eine Kommentierung vor, die sowohl zu den Grundfragen des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes Stellung nimmt als auch den BAT unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorschriften und der höchstrichterlichen Rechtsprechung erläutert. Hierbei sind die Sonderregelungen einbezogen worden, soweit es sich nicht um ausgesprochene Spezialfragen bestimmter Verwaltungen handelt. Die Verfasser geben zu den jeweils behandelten Paragraphen der Tarifverträge eingehende Erläuterungen unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung und stellen den wichtigsten Regelungen Vorbemerkungen voran bzw. geben in Anhängen zu diesen Vorschriften weitere detaillierte Hinweise.

Die Anwendung des Werks in der Praxis wird zudem dadurch erleichtert, daß die jeweiligen Vergütungsordnungen für Bund/Länder bzw. VKA in getrennten Ordnern vollständig zusammengestellt sind, so daß der schnelle und sichere Zugriff auf die jeweils interessierenden Vorschriften gesichert ist. Die Ergänzungslieferungen erscheinen relativ zeitnah zu den jeweils abgeschlossenen Tarifverträgen, so daß sich das Werk jederzeit auf dem aktuellsten Stand befindet.

Der nunmehr seit 21 Jahren bestehende BAT-Kommentar ist bereits bestens eingeführt und hat sich in der Praxis derart gut bewährt, daß er als Grundwerk der BAT-Kommentierung nicht mehr wegzudenken ist.

Die kontinuierliche Überarbeitung des Werkes von maßgebenden, den Abschluß von Tarifverträgen wesentlich mitbestimmenden Fachleuten bürgt sicher auch für die zukünftige Qualität des Werkes.

Oberinspektor Uwe Bauer

**Chirurgie.** Von Priv.-Dozenten Dr. med. Günter Horeyseck und Priv.-Dozenten Dr. med Uwe Schulz. Studienbücher Krankenpflege. 1. Aufl., 1982, 35 Abb., 128 S., 26,— DM. Verlag W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart, 1000 Berlin, 5000 Köln, 6500 Mainz.

Das ganze Gebiet der Chirurgie mit seinen Teilgebieten und Verästelungen ist nicht so einfach kompakt dazustellen, daß die auszubildenden Krankenpflege-Schüler allumfassend und für die Arbeit am Kranken sinnvoll informiert werden.

Der lehrende Arzt, der eine ausreichende Darstellung des Lehrstoffes bieten will, muß auswählen. Am sinnvollsten ist es, sich auf die Vermittlung des für die tägliche Praxis in der Chirurgie wichtigen Wissens zu beschränken. Nur dadurch besteht die Möglichkeit, den Auszubildenden in die Lage zu versetzen, sich ein solides Grundwissen anzueignen, auf dem aufbauend erst eine weitere Spezialisierung erfolgen kann.

Die beiden Autoren beginnen ihr Lehrbuch mit vier grundlegenden knapp gehaltenen Kapiteln über die allgemeine Versorgung des Patienten vor, während und nach cirurgischen Eingriffen — es geht um Wunde und Asepsis, Anästhesie, Infusionsbehandlung, Operationsvorbereitung und -nachbehandlung —, um dann in fünf umfangreicheren Kapiteln die für die chirurgische Medizin wichtigen Erkrankungen — an Thorax (Brusthöhle) und seinen Organen, Gefäßen, innersekretorischen Drüsen — und die verschiedenen Arten der Hernien (Brüche) zu behandeln. Des weiteren beschreiben die Verfasser den Bereich von Erkrankungen der Verdauungsorgane sehr ausführlich.

Daran schließt sich ein Sachregister mit den wichtigsten Begriffen an.

Das Buch ist mit anschaulichen und einfachen Abbildungen, die zumeist bestimmte chirurgische Eingriffe schematisch verdeutlichend darstellen, versehen.

Es eignet sich sehr gut zum schnellen Nachschlagen, zum gedanklichen Wiederholen wichtiger Vorgänge, Operationsabläufe, da für den Sinnzusammenhang wichtige Stichworte neben dem eingerückten Text am Rande vermerkt sind. Der Text selbst bietet kurz und prägnant den für die praktische Arbeit der Krankenpflege-Berufe wichtigen Inhalt. Außerdem ist das Schriftbild abwechslungsreich gestaltet (Fett-, Kursivdruck, häufige Absätze) und die gleichzeitige Einbeziehung der Abbildungen in den Text von großem Vorteil.

Abgesehen davon, daß chirurgische Eingriffe etc. am Herz nicht erwähnt werden, bietet das Buch, was den sonstigen großen chirurgischen Bereich betrifft, eine für die Einführung in die Chirurgie, in die tägliche Krankenhausarbeit notwendige, unerläßliche Hilfe. Um den Lernenden schnell und zuverlässig zu informieren und ihm einen Grundstock an chirurgischem Wissen zu vermitteln, eignet sich das Lehrbuch in ausgezeichneter Weise.

Amtsrat Adolf Dvorschak

**Techniken des geistigen Arbeitens.** Leitfaden für den öffentlichen Dienst. Von Klaus-Dieter Fischer, Dr. Jürgen Prüser und Walter Schmolz. 3., überarb. u. erg. Aufl. 1982, 112 S., DIN A5, 19,80 DM. Maximilian Verlag, 4900 Herford.

Die dritte Auflage des vor zehn Jahren zum erstenmal erschienenen Buches ist insbesondere um den Abschnitt Voraussetzungen und Bedingungen geistig-wissenschaftlichen Arbeitens ergänzt, der nun als Einleitung für das im übrigen ganz auf die praktische Anwendung im öffentlichen Dienst ausgerichtete Kompendium dient. Es enthält folgende Kapitel:

— Aufnahme und Verwertung des gesprochenen Wortes
— Aufnahme und Verwertung des geschriebenen Wortes
— Technik des Schreibens
— Techniken der Gesprächsführung
— Technik des Diktierens.

Darin wird aufgezeigt, wie die jeweiligen Hilfsmittel zu benutzen sind und wie die Vorbereitung und Durchführung der Arbeit zu gestalten ist. Die Verfasser verdeutlichen ihre Aussagen sehr weitgehend anhand von Beispielen. Diese sind in aller Regel auch zutreffend und fachlich einwandfrei. Allerdings sollte gerade ein Kommentar grundsätzlich nicht nach Seitenzahlen zitiert werden (S. 66). Die Thematik ist insgesamt sehr knapp — aber zumindest in den praktisch-technischen Bereichen dennoch ausreichend — dargestellt und auch durch einige Schaubilder verdeutlicht. Der Stil ist „verdammt" locker und deshalb gut zu lesen. Der Text ist übersichtlich aufgebaut. Das Buch ist sowohl für die Ausbildung als für die praktische Tätigkeit am Arbeitsplatz gedacht und für den mittleren und gehobenen Dienst sowie für Verwaltungsfachangestellte auch gut geeignet.

Regierungsoberrat Dr. Rolf Bernhardt

**Bayerisches Beamtengesetz und Laufbahnverordnung.** Textausgabe. Bearbeitet von Dr. Siegfried Zängl, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. 1. Aufl., 1982, 167 S., 14,80 DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, 8000 München 80.

Die handliche Textausgabe ist auf dem Stand von Ende 1982. Sie enthält neben dem Bayerischen Beamtengesetz und der Laufbahnverordnung auch die Urlaubsverordnung, die Arbeitszeitverordnung und die Nebentätigkeitsverordnung sowie Auszüge aus dem Beamtenrechtsrahmengesetz. Durch Verweisungen auf andere Rechtsvorschriften und ein neunseitiges Sachregister wird insbesondere Benutzern, die nicht ständig mit dem Beamtenrecht befaßt sind, die Arbeit erleichtert.

Regierungsoberrat Dr. Rolf Bernhardt

**Beamtenrechtsrahmengesetz mit Verwaltungsvorschriften.** Textausgabe. Bearbeitet von Oberregierungsrat Josef König. 1. Aufl., 1982, 276 S., 16,80 DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, 8000 München 80.

Die Textausgabe ist auf dem Stand von Januar 1982. Einbezogen sind somit die Änderungen durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom 22. Dezember 1981. Die am 1. Juni 1981 in Kraft getretenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, die einer knappen Kommentierung gleichkommen, sind den jeweiligen Paragraphen des Beamtenversorgungsgesetzes zugeordnet. Daneben sind zu einzelnen Vorschriften die einschlägigen Rechtsverordnungen abgedruckt, z. B. die Heilverfahrensverordnung und die Verordnungen zu §§ 11, 13 und 15 BVG sowie zu § 43 Abs. 3 BeamtVG. Ein bei Textausgaben nicht selbstverständliches Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden der einschlägigen Bestimmungen.

Regierungsoberrat Dr. Rolf Bernhardt

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1983 | MONTAG, 3. JANUAR 1983 | Nr. 1


## Veröffentlichungen

**1**

**Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises:** Der Dienstausweis Nr. 239 der bei der Kreisverwaltung Groß-Gerau beschäftigt gewesenen Sozialarbeiterin, Frau Christel Sahm-Feder, ausgestellt am 12. Februar 1981, gültig bis 11. Februar 1986, ist entwendet worden; er wird hiermit für ungültig erklärt.

**6080 Groß-Gerau,** 20. 12. 1982

**Der Kreisausschuß**
I/4

---

**2**

**Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises:** Der für den Hilfspolizeibeamten Wolfgang Stöhr vom Magistrat der Stadt Hattersheim am Main am 1. August 1978 ausgestellte Dienstausweis Nr. 38 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

**6234 Hattersheim am Main,** 17. 12. 1982

**Der Magistrat**
**der Stadt Hattersheim am Main**
I/1 b

---

## Güterrechtsregister

**3**

4 GR 958 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Die Eheleute Manfred Köhler, Sparkassenangestellter, und Doris Köhler geb. Gramlich, kaufm. Angestellte, beide wohnhaft in Lorsch, Zierkirschenstraße 8, haben durch Vertrag vom 22. Oktober 1982 Gütertrennung vereinbart.

**6140 Bensheim,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**4**

GR 332 — **Neueintragung** — 24. 12. 1982: Hans-Joachim Küpper, geb. 19. April 1935, und Rosemarie Küpper, geborene Rudloff, geboren 11. Januar 1942, Kiedricher Straße Nr. 51, 6228 Eltville am Rhein 1. Durch Ehevertrag vom 15. Oktober 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6228 Eltville am Rhein,** 24. 12. 1982

**Amtsgericht**

---

**5**

6 GR 774 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Eheleute Bauingenieur Harald Henning und Heidrun geb. Burgheim, beide wohnhaft in Herleshausen-Unhausen, Altenhäuser Str. 15. Durch Vertrag vom 27. August 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3440 Eschwege,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**6**

6 GR 775 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Eheleute Maschinenbauingenieur Hartmut Schabacker und Elvira geb. Axt, beide wohnhaft in Ringgau-Netra, Brauhausstraße 10. Durch Vertrag vom 27. Oktober 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3440 Eschwege,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**7**

6 GR 776 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Eheleute Brunnenbauer Kurt Buchenau und Cornelia geb. König, beide wohnhaft in Meinhard-Grebendorf, Rohgraben 14. Durch Vertrag vom 26. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3440 Eschwege,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**8**

GR 194 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Rudolf Olligschläger in Haina/Kloster 1 und Hildegard Olligschläger geb. Binzer in Haina/Kloster 1. Durch Konsular-Vertrag vom 14. Oktober 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3558 Frankenberg (Eder),** 21. 12. 1982

**Amtsgericht**

---

**9**

GR 2210 — **Neueintragung** — 15. 12. 1982: Dieter Hopf, Marion Steffens-Hopf, Haagstraße 19, Wölfersheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 29. Juli 1982.

GR 2211 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Klaus Meisinger, Ilse Meisinger geb. Hamel, Am Krautgarten 5, Niddatal/Ilbenstadt. Gütergemeinschaft durch Vertrag vom 22. Oktober 1982. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

**6360 Friedberg (Hessen),** 16. 12. 1982

**Amtsgericht**

---

**10**

GR 2212 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Merz, Helmut, Merz, Maria, geb. Gärtner, Holzhäuser Str. 48, Rosbach v. d. H.-Rodheim. Gütergemeinschaft durch Vertrag vom 5. Oktober 1982. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

**6360 Friedberg (Hessen),** 22. 12. 1982

**Amtsgericht**

---

**11**

GR 200 — **Neueintragung** — 10. 12. 1982: Die Eheleute Joachim Hermann gen. Jochen Zinn, Einzelhandelskaufmann, Jesberg, Bahnhofstraße 11, und Drogistin Gabriele geb. Schmitt, Neuental-Zimmersrode, Gartenstraße 6, haben durch notariellen Vertrag vom 16. September 1982 Gütertrennung vereinbart.

GR 201 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Die Eheleute Hermann Heinrich Trabhardt und Ilse Martha geb. Ranft, beide wohnhaft in 3505 Gudensberg, Breslauer Straße 46, haben durch notariellen Vertrag vom 12. August 1982 Gütertrennung vereinbart.

GR 202 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Die Eheleute Landwirt und Schreiner Friedrich gen. Fritz Scherp und Bekleidungsfertigerin Regina geb. Wickert, beide wohnhaft in 3580 Fritzlar-Obermöllrich, Lindensteinstraße 10, haben durch notariellen Vertrag vom 3. Dezember 1982 Gütertrennung vereinbart.

**3580 Fritzlar,** 22. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**12**

5 GR 1645 — **Neueintragung** — 15. 12. 1982: Eheleute Kaufmann Franz Thome und Rosina Thome, geb. Lux, beide in Fulda. Durch notariellen Vertrag vom 24. September 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6400 Fulda,** 23. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 5**

---

**13**

GR 2595 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Eheleute Peter Dietrich, Architekt, und Gerlinde Dietrich geb. Trümner, Lehrerin, 6301 Staufenberg 1, Lollarer Str. 1. Durch Vertrag vom 17. Mai 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2596 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Eheleute Harald Blasl, Betriebsschlosser, und Marita Blasl geb. Rühl, Verwaltungsangestellte, Fernwald-Annerod, Helgenwald 6. Durch Vertrag vom 22. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2597 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Eheleute Helmut Herz, kaufm. Angestellter, und Regina Herz geb. Folkerts, Stationsschwester, Gießen, Aulweg 32. Durch Vertrag vom 22. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2598 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Eheleute Gerhard Schlieker, Industriekaufmann, und Elke Schlieker geb. Roebel, Gießen-Kleinlinden, Wetzlarer Str. 70. Durch Vertrag vom 25. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6300 Gießen,** 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**14**

GR 379 — **Neueintragung** — 13. 12. 1982: Eheleute Architekt Klaus Dieter Borchert und Brunhilde Gertrud Borchert geb. Schaubruch vorverehelichte Wiegand, beide Leipziger Str. 27, 3512 Reinhardshagen. Durch Vertrag vom 4. Juni 1981 ist Zugewinngemeinschaft vereinbart. Jeder Ehegatte kann jedoch über sein Vermögen im ganzen oder ihm gehörende Gegenstände des ehelichen Haushalts uneingeschränkt verfügen u. sich insoweit verpflichten.

**3520 Hofgeismar,** 22. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**15**

GR 411 — **Neueintragung** — 13. 12. 1982: Eheleute Günter Peter Kreutz und Marianne Kreutz geborene Kirschenberger, Idstein-Heftrich. Durch Vertrag vom 22. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6270 Idstein,** 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**16**

GR 412 — **Neueintragung** — 13. 12. 1982: Eheleute Johannes Essing und Erika Essing geborene Heidl, Niedernhausen/Ts. Durch Vertrag vom 20. Oktober 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6270 Idstein,** 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**17**

**Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Kassel**

GR 2090 A — 4. 11. 1982: Kellner, Michael, Reisebürokaufmann, und Angelika geb. Koch, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 22. Juli 1982.

GR 2091 — 4. 11. 1982: Hahn, Hans-Joachim Walter, Diplom-Kaufmann, Vellmar 2, und Bärbel geb. Dürbeck. Güter-

trennung durch Vertrag vom 15. Oktober 1982.

GR 2091 A — 10. 11. 1982: Werner Prötz, Maler, und Angelika geb. Pilz, Baunatal 6. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. September 1982.

GR 2092 — 11. 11. 1982: Stelzer, Achim, Studienreferendar, Fuldatal 2, und Margret geb. Eitel. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. September 1982.

GR 2092 A — 11. 11. 1982: Krutz, Wolfgang, Buchhändler, Kassel, und Helga geb. Hochrath. Gütertrennung durch Vertrag vom 1. Oktober 1982.

GR 2093 — 12. 11. 1982: Speck, Armin, Kaufmann, Kassel, und Waltraut Therese geb. Günther. Gütertrennung durch Vertrag vom 20. August 1982.

GR 2093 A — 15. 11. 1982: Imgrund, Fritz Erich Hermann, Maler, Niestetal, und Ursula Käthe Edith geb. Nöther. Gütertrennung durch Vertrag vom 26. Oktober 1982.

GR 2094 — 19. 11. 1982: Landgrebe, August Rolf, Ingenieur (grad.), Kassel, und Gerda Maria Elisabeth geb. Dunsbach. Gütertrennung durch Vertrag vom 29. Oktober 1982.

GR 2094 A — 19. 11. 1982: Vogel, Heinrich Johannes Daniel, techn. Kaufmann, Vellmar, und Hildegard geb. Mickley. Gütertrennung durch Vertrag vom 28. Oktober 1982.

GR 2095 — 19. 11. 1982: Schaub, Georg Norbert, kaufm. Angestellter, Kassel, und Edith Irene geb. Errerd. Gütertrennung durch Vertrag vom 30. Oktober 1982.

GR 2095 A — 7. 12. 1982: Knebes, Volker, Beamter, Vellmar, und Helga geb. Lecke. Gütertrennung durch Vertrag vom 15. Oktober 1982.

GR 2096 — 7. 12. 1982: Kewitz, Manfred, Mechaniker, Fuldatal, und Liselotte geb. Riebeling. Gütertrennung durch Vertrag vom 8. November 1982.

GR 2096 A — 7. 12. 1982: Koban, Werner, Rentner, Kassel, und Johanna geb. Althans. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. November 1982.

GR 2097 — 14. 12. 1982: Wolfgang Dräbing, Diplom-Kaufmann, und Iris Lindemann-Dräbing geb. Lindemann, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. Februar 1982.

**3500 Kassel, 14. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**18**

GR 645 — **Neueintragung** — 15. 12. 1982: Kaufmann Periklis Kotamandidis und Loris Kotamandidis geb. Fava, beide Rußwörthstraße 1 in Runkel-Dehrn. Durch notariellen Vertrag vom 6. September 1982 ist Gütertrennung gemäß § 1414 BGB vereinbart.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 15. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**19**

GR 1154 — **Neueintragung** — 7. 12. 1982: Giancarlo Maccagnan, Kellner, und Ulrike Maccagnan geb. Sommer, beide Am Rain Nr. 14, 3550 Marburg. Durch notariellen Vertrag vom 12. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3550 Marburg, 7. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**20**

GR 1155 — **Neueintragung** — 7. 12. 1982: Hermann Herborn, Landschaftsgärtner, und Inge Herborn geb. Mahr, beide Am Richtsberg 10, 3550 Marburg. Durch notariellen Vertrag vom 22. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3550 Marburg, 7. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**21**

GR 289 — **Neueintragung** — 9. 12. 1982: Rundfunk- und Fernsehtechnikermeister Kurt Doberstein und Gabriele Elisabeth Doberstein geb. Schirmer, beide wohnhaft Siedlerstr. 23, 3508 Melsungen. Durch notariellen Vertrag vom 2. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**3508 Melsungen, 9. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**22**

**Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Offenbach am Main**

GR 4782 — 22. 12. 1982: Eheleute Herbert Adolf Willi Eduard Beckmann und Hildegard Eleonore geb. Bihn in Obertshausen. Durch notariellen Vertrag vom 6. Dezember 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4783 — 22. 12. 1982: Eheleute Gerd Rudi Bruno Brandenburg und Ingrid Charlotte Elsa geb. Zornikau in Neu-Isenburg. Durch notariellen Vertrag vom 11. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4784 — 22. 12. 1982: Eheleute Silum Binaye und Silvia geb. Manaschima in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 19. November 1982 ist Zugewinngemeinschaft nach deutschem Recht vereinbart.

GR 4785 — 22. 12. 1982: Eheleute Syed Tanveer Hussain Kazmi und Gabriele Ursula geb. Lange in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 25. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4786 — 22. 12. 1982: Eheleute Martin Bodensohn und Ute Andrea geb. Boretti in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 24. September 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4787 — 22. 12. 1982: Eheleute Klaus Dieter Geuthner und Ute geb. Spahn in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 23. November 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

**6050 Offenbach am Main, 22. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 5**

---

**23**

GR 674 — **Neueintragung** — 14. 12. 1982: Eheleute Thelen, Johann, und Marianne geb. Ambros, Jügesheimer Str. 19, 6054 Rodgau 5. Durch Erklärung vom 22. November 1982 besteht Gütertrennung.

**6453 Seligenstadt, 23. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**24**

GR 981 — **Neueintragung** — 2. 12. 1982: Eheleute Heimo Friedrich Autenrieth und Vera-Dorothea Autenrieth geb. Ahlbrecht, 6330 Wetzlar-Dutenhofen. Durch notariellen Vertrag des Notars Gerhard Kühn in Marburg/Lahn vom 18. November 1982 — Urkundenrolle Nr. 319/82 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 983 — **Neueintragung** — 2. 12. 1982: Eheleute Karl Walter Schwarz und Karmen Schwarz geb. Schmidt, 6333 Braunfels-Neukirchen. Durch notariellen Vertrag des Notars Horst Rühl in Weilmünster vom 11. November 1982 — Urkundenrolle Nr. 293/82 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 984 — **Neueintragung** — 8. 12. 1982: Eheleute Heinz Jürgen Otto und Petra Bender-Otto geb. Bender, 6333 Braunfels-Bonbaden. Durch notariellen Vertrag des Notars Herbert Steinbeck in 6333 Braunfels vom 30. September 1982 — Urkundenrolle Nr. 236/82 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 985 — **Neueintragung** — 15. 12. 1982: Eheleute Harald Opel und Malee Opel geb. Vongrak, 6331 Schöffengrund-Laufdorf. Durch Vertrag des Notars Karlheinz Wörner, Wetzlar, vom 13. November 1982 — Urkundenrolle Nr. 681/82 —: Gütertrennung.

**6330 Wetzlar, 22. 12. 1982 Amtsgericht**

---

## Vereinsregister

**25**

VR 468 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Vereinigte Gladenbacher Kegelclubs e. V., Gladenbach.

**3560 Biedenkopf, 22. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**26**

VR 266 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Gesellschaft für Deutsch-Amerikanische Freundschafts- und Kulturbeziehungen e. V., Frankenberg (Eder).

**3558 Frankenberg (Eder), 22. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**27**

5 VR 766 — **Neueintragung** — 10. 12. 1982: Musikverein Niesig, Fulda-Niesig.

**6400 Fulda, 18. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 5**

---

**28**

5 VR 794 — **Neueintragung** — 10. 12. 1982 MGV „Frohsinn" Marbach, Petersberg.

**6400 Fulda, 18. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 5**

---

**29**

5 VR 795 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Schützenverein Johannesberg in Fulda-Johannesberg.

**6400 Fulda, 21. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 5**

---

**30**

5 VR 796 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Akkordeonorchester Bieberstein, Hofbieber-Langenbieber.

**6400 Fulda, 21. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 5**

---

**31**

VR 568 — **Neueintragung** — 20. 12. 1982: Ökumenische Aktionsgemeinschaft 3. Welt e. V., Freigericht, Freigericht.

**6460 Gelnhausen, 20. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**32**

VR 569 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Kultur- und Geselligkeitsverein FIDELIO Altenhaßlau eingetragener Verein in Linsengericht, Ortsteil Altenhaßlau.

**6460 Gelnhausen, 21. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**33**

VR 1367 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Deutsche Gesellschaft für Psychophysiologie und ihre Anwendung (DGPA). Sitz des Vereins: Gießen.

**6300 Gießen, 16. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**34**

VR 1118 — **Neueintragung** — 21. 12. 1982: Musikverein Hadamar Stadt und Land e. V., Hadamar.

**6253 Hadamar, 21. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**35**

VR 283 — **Neueintragung** — 23. 12. 1982: Freiwillige Feuerwehr Wahlsburg-Lippoldsberg; Sitz Wahlsburg-Lippoldsberg.

VR 284 — **Neueintragung** — 23. 12. 1982: Grebensteiner-Carnevals-Club 1979, Sitz Grebenstein.

**3520 Hofgeismar, 23. 12. 1982 Amtsgericht**

---

**36**

7 VR 531 — **Neueintragung** — 23. 12. 1982: Freiwillige Feuerwehr Münster, Sitz: Selters/Ts.-Münster.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 23. 12. 1982 Amtsgericht**

**37**

VR 1172 — **Neueintragung** — 15. 12. 1982: RAD-SPORT-CLUB (kurz: RSC) MARBURG, Sitz: Marburg.

**3550 Marburg**, 15. 12. 1982 **Amtsgericht**

**38**

VR 241 — **Neueintragung** — 17. 12. 1982: Freie Funker Familien Spangenberg und Umgebung in Melsungen.

**3508 Melsungen**, 17. 12. 1982 **Amtsgericht**

**39**

VR 332 — **Neueintragung** — 20. 12. 1982: In das Vereinsregister ist nach Sitzverlegung von Kaiserslautern am 20. 12. 1982 der Deutsche CB-Dachverband Rüsselsheim eingetragen worden.

**6090 Rüsselsheim**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht**

**40**

VR 302 — **Neueintragung** — 16. 12. 1982: Verein für Natur- und Umweltschutz Bergwinkel. Sitz des Vereins ist 6490 Schlüchtern-Elm.

**6490 Schlüchtern**, 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

**41**

VR 430 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Kleintierzuchtverein 1908 Weiskirchen (KTZV Weiskirchen), Rodgau 6.

VR 435 — **Neueintragung** — 9. 12. 1982: Sportfischer Club 1982 Mainhausen, 6451 Mainhausen.

VR 436 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Förderkreis für kulturelle Projekte Dudenhofen, 6054 Rodgau 2.

VR 437 — **Neueintragung** — 22. 12. 1982: Bienenzuchtverein Seligenstadt und Umgebung, 6453 Seligenstadt.

**6453 Seligenstadt**, 23. 12. 1982 **Amtsgericht**

**42**

VR 457 — **Löschung** — 17. 12. 1982: Unterstützungseinrichtung für Arbeiter und Angestellte der Firma Scharfes Druckereien K.G. in 6330 Wetzlar. Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Wetzlar vom 17. Dezember 1982 wurde dem Verein gemäß § 73 BGB die Rechtsfähigkeit entzogen. Eine Liquidation findet nicht statt.

VR 909 — **Löschung** — 7. 12. 1982: Reiterverein Solmsbachtal e. V. in 6331 Waldsolms OT Kraftsolms. Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Wetzlar vom 7. Dezember 1982 wurde dem Verein gemäß § 73 BGB die Rechtsfähigkeit entzogen. Eine Liquidation findet nicht statt.

**6330 Wetzlar**, 22. 12. 1982 **Amtsgericht**

## Vergleiche – Konkurse

**43**

N 4/79 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **„Thermak GmbH & Co. KG" mit dem Sitz in Kirchheim, Kreis Hersfeld-Rotenburg**, wird die Entnahme eines Vorschusses von 50 000,— Deutsche Mark (i. W.: Fünfzigtausend Deutsche Mark) auf die Vergütung des Konkursverwalters und seine Auslagen aus der Konkursmasse durch den Konkursverwalter genehmigt (§ 7 der Verordnung über die Vergütung des Konkursverwalters etc. vom 25. 5. 1960, BGBl. I S. 330). Die Entnahme hat erst nach Rechtskraft dieses Beschlusses zu erfolgen.

**6430 Bad Hersfeld**, 23. 12. 1982 **Amtsgericht**

**44**

6 N 55/82 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der **Firma Allgemeine Vertragsbau GmbH, 6380 Bad Homburg, Kälberstücksweg 43a**, vertreten durch den Geschäftsführer Gerhard R. Strasser, werden das am 27. Oktober 1982 verhängte allgemeine Verfügungsverbot gegen die Schuldnerin und die angeordnete Sequestration **aufgehoben.** Der Antrag wurde mangels Masse abgewiesen.

**6380 Bad Homburg v. d. Höhe**, 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

**45**

61 N 21/82 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 1. 7. 1981 an seinem letzten Wohnsitz Darmstadt verstorbenen **Karl-Heinz Knauth** wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

**6100 Darmstadt**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

**46**

61 N 103/82: Über das Vermögen des Herrn **Dieter Schweiger, Inhaber des Krone-Seniorenheimes Dieter Schweiger, Hauptstraße 20, 6104 Seeheim-Jugenheim**, wird heute, am Montag, dem 20. Dezember 1982, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Dipl.-Kaufmann Helmut Schmutzler, Wilhelm-Leuschner-Str. Nr. 175 A, 6103 Griesheim, Telefon (0 61 55) 30 21.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Februar 1983 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Dienstag, den 8. Februar 1983, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Dienstag, den 8. März 1983, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Erdgeschoß, Zimmer 8.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Januar 1983 anzeigen.

**6100 Darmstadt**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

**47**

61 N 160/82 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen des Apothekers **Wilhelm Raida, Löwenapotheke, Rheinstraße 25, 6100 Darmstadt** (Wohnung: Heidelberger Landstr. 85 A, 6100 DA-Eberstadt) — Gemeinschuldner —, wird zur Sicherung der Vermögensmasse des Schuldners ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen (§ 106 KO). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen. Ausgenommen bleiben die Veräußerung von Waren im ordentlichen Geschäftsbetrieb des Schuldners und die Einziehung von Außenständen aus solchen Veräußerungsgeschäften.

**6100 Darmstadt**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

**48**

61 N 18/74 — **Beschluß:** Im Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma DABAG Darmstädter Bauträger AG & Co. KG, Menorca, Artilleriestr. 12, 6100 Darmstadt**, wird die Vergütung des Konkursverwalters auf 118 299,— DM festgesetzt (zzgl. 6,5% MwSt.).

Schlußtermin wird bestimmt auf Montag, den 31. Januar 1983, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, Erdgeschoß, mit folgender Tagesordnung: a) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, b) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, c) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, d) Anhörung der Gläubigerversammlung über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

**6100 Darmstadt**, 21. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

**49**

34 N 35/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Haro Fleischwarenhandel GmbH, Darmstädter Straße 20, 6110 Dieburg**, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Mittwoch, den 26. Januar 1983, 14.00 Uhr, Raum 113, I. Stock, im Gerichtsgebäude Bei der Erlesmühle 1.

**6110 Dieburg**, 22. 12. 1982 **Amtsgericht**

**50**

5 N 22/81: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Rolf Kunz, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 6340 Dillenburg-Frohnhausen**, ist gemäß § 204 KO **eingestellt.**

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 3 296,— DM, seine Auslagen werden auf 601,50 DM festgesetzt.

**6340 Dillenburg**, 15. 12. 1982 **Amtsgericht**

**51**

81 N 642/82 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 6. 2. 1982 verstorbenen und zuletzt in Frankfurt am Main, Julius-Brecht-Str. 3, wohnhaft gewesenen **Heinrich Schuster** wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 25. Januar 1983, 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Für den Verwalter sind festgesetzt: Vergütung 600,— DM zzgl. Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung; Auslagen 25,— DM zzgl. 13 Prozent MwSt.

**6000 Frankfurt am Main**, 3. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 81**

**52**

81 N 459/81 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Theodor Schilling** als Inhaber der **Firma Compace Theodor Schilling, Computer Accessoire, Aystettstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 1**, wird der Schlußtermin zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Abnahme der Schlußrechnung auf den 4. Februar 1983, 9.35 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, Saal Nr. 137, I. Stock, bestimmt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 10 000,— DM nebst Ausgleich von 6,5 Prozent, b) Auslagen 178,20 DM zuzüglich 13 Prozent MwSt.

**6000 Frankfurt am Main**, 8. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 81**

**53**

81 N 304/82 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 1. 2. 1980 verstorbenen und zuletzt in Frank-

furt am Main, Niersteiner Str. 21, wohnhaft gewesenen **Anna Catharina Müller** wird nach Abhalten des Schlußtermins hiermit **aufgehoben.**

**6000 Frankfurt am Main,** 13. 12. 1982
**Amtsgericht, Abt. 81**

## 54

81 N 297/82 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 25. 6. 1980 verstorbenen und zuletzt Markgrafenstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 90, wohnhaft gewesenen Gastwirts **Gerhard Volker Dahl** wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 4. Februar 1983, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, Geb. B.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 6 000,— DM zuzüglich Ausgleich von 6,5 Prozent für MwSt., b) Auslagen auf 37,06 DM.

**6000 Frankfurt am Main,** 13. 12. 1982
**Amtsgericht, Abt. 81**

## 55

81 N 196/80 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in **Firma Arthur Fischer KG, Mainzer Landstr. 239, 6000 Frankfurt am Main 1,** gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Frau Ilse Caesar, wird Termin zur Prüfung nachgemeldeter Forderungen, Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 4. Februar 1983, 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, Geb. B, I. Stock.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 45 000,— DM zuzüglich Ausgleich von 6,5 Prozent MwSt., b) Auslagen auf 2 523,63 DM.

**6000 Frankfurt am Main,** 14. 12. 1982
**Amtsgericht, Abt. 81**

## 56

81 N 196/80: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Arthur Fischer KG, Mainzer Landstr. 239, 6000 Frankfurt am Main,** soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 60 316,88 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Masseverbindlichkeiten abgehen.

Es sind, nachdem die Vorrechte I/I berichtigt sind, zu berücksichtigen: Vorrechte I/II 239 591,06 DM, Vorrechte I/III 4 723,73 Deutsche Mark, nicht bevorrechtigte Forderungen II 358 840,41 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

**6000 Frankfurt am Main,** 20. 12. 1982
**Der Konkursverwalter**
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

## 57

81 N 459/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Theodor Schilling,** Inhaber der **Firma Compacc, Aystettstr. 6, 6000 Frankfurt am Main,** soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 18 588,48 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Masseverbindlichkeiten abgehen.

Es sind zu berücksichtigen Vorrechte I/I 37,— DM, nicht bevorrechtigte Forderungen II 57 645,91 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

**6000 Frankfurt am Main,** 20. 12. 1982
**Der Konkursverwalter**
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

## 58

81 N 297/82: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn **Gerhard Volker Dahl, zuletzt wohnhaft in 6000 Frankfurt am Main, Markgrafenstr. 6,** findet mit Genehmigung des Gerichtes die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Frankfurt am Main niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 229 257,20 DM. Es ist ein Massebestand von 20 872,30 DM verfügbar, von dem noch Masseverbindlichkeiten abgehen.

**6000 Frankfurt am Main,** 20. 12. 1982
**Der Konkursverwalter**
Bernhard Hembach
Rechtsanwalt

## 59

61 N 18/74: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn **Gerhard Darmstädter Bauträger AG & Co. KG Menorca** (Amtsgericht Darmstadt, Az.: 61 N 18/74) soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 555 638,48 DM zuzüglich Zinsen. Hiervon sind noch zu berücksichtigen Verfahrenskosten, Honorar und Auslagen des Konkursverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses. Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen von insgesamt 45 951,11 DM sowie nicht bevorrechtigte Forderungen von insgesamt 2 135 554,88 DM. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten beim Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, 6100 Darmstadt, Zimmer 321, aus.

**6000 Frankfurt am Main,** 20. 12. 1982
**Der Konkursverwalter**
G. Müller Hofstede
Notar

## 60

65 N 177/82: Über das Vermögen der **Firma „B 1" Restaurant GmbH, 3500 Kassel, Mittelgasse 24,** vertreten durch den Geschäftsführer Franz Schwindl, HRB 3145 AG Kassel, ist am 10. Dezember 1982, 8.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Frank Ziegler, Untere Königsstraße 71, 3500 Kassel. Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1983 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 25. Januar 1983, 10.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 19. April 1983, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, Sockelgeschoß, Zimmer 083. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. Januar 1983 anzeigen.

**3500 Kassel,** 16. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 65**

## 61

65 N 3/82: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 4. 8. 1981 in Kiel verstorbenen Steuerbevollmächtigten **Friedemann Thankmar Oswin Karl Jahn,** geb. am 6. 2. 1927, zuletzt wohnhaft gewesen in **Kassel, Kantstraße 12,** ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Mittwoch, 23. Februar 1983, 14.15 Uhr, Raum 083, Untergeschoß, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

**3500 Kassel,** 29. 11. 1982 **Amtsgericht, Abt. 65**

## 62

9 N 25/82 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 26. 8. 1978 verstorbenen **Lothar Frömter,** zuletzt wohnhaft gewesen in 6232 Bad Soden am Taunus, wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

**6240 Königstein im Taunus,** 14. 12. 1982
**Amtsgericht, Abt. 9**

## 63

9 N 53/82: In der Konkurssache gegen **Helga Weber, Hauptstr. 7, 6232 Bad Soden-2,** ist das mit Beschluß vom 10. Dezember 1982 erlassene allgemeine Veräußerungsverbot durch Beschluß vom 17. Dezember 1982 **aufgehoben** worden.

**6240 Königstein im Taunus,** 17. 12. 1982
**Amtsgericht, Abt. 9**

## 64

N 33/82 — **Beschluß:** Über den Nachlaß der am 6. 4. 1980 verstorbenen **Irene Stasiak** geb. Schruft, geb. am 3. 5. 1926, zuletzt wohnhaft in **Biblis-Nordheim, Enggasse 6,** wird heute auf Antrag der Erben Hugo Stasiak, Bürstadt-Bobstadt, Frankfurter Straße, Stefan Stasiak, Lampertheim-Hofheim, Bibliser Weg 25, Josefa Barbara Stasiak, Mannheim 31, Frauenhaus, Ronald Philipp Stasiak, Bürstadt, Magnusstr. 7a, Heiko Josef Stasiak, Biblis 3, Schulstr. 25, Verena Elisabeth Stasiak, Mannheim-Neckarstadt, Alphornstr. Nr. 10, Mike Jürgen Stasiak, Mannheim-Gartenstadt, Freyastr. 51, Torsten Joachim Stasiak, Bürstadt, Am Bildstock 79, vertreten durch Rechtsbeistand Norbert Schott, Augustiner Straße 23, 6842 Bürstadt, 22. Dezember 1982, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung.

Zum Konkursverwalter wird ernannt Herr Rechtsanwalt Torsten Kugler, 6840 Lampertheim, Ernst-Ludwig-Str. 22.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 8. Februar 1983.

Vor dem Amtsgericht, Sitzungssaal des alten Rathauses, Römerstraße, 6840 Lampertheim, werden folgende Termine abgehalten: 1. Februar 1983, 11.00 Uhr: Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und ggfs. über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände. 22. Februar 1983, 11.00 Uhr:

Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 21. Januar 1983 anzeigen.

**6840 Lampertheim,** 22. 12. 1982

**Amtsgericht**

## 65

VN 1/82 — **Beschluß:** Der Antrag der **Gerhard Bauelemente GmbH Industrie-Elektronik, 6101 Reichelsheim,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Harald Willi Franz Gerhard, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird **abgelehnt,** weil der Vergleichsvorschlag der Vermögenslage der Schuldnerin nicht entspricht, und auch im Falle der Fortführung des Unternehmens seine Erhaltung durch den Vergleich offenbar nicht zu erwarten ist (§ 18 Vergleichsordnung).

Zugleich wird heute, am Sonnabend, dem 18. Dezember 1982, 9.00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Konkursverwalter: Dr. Steinwald und Partner, Treuhandgesellschaft mbH, Steuerberatungsgesellschaft, 6128 Höchst/Odw., Bahnhofstraße 36, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Bodo Steinwald.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1983 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Dienstag, den 11. Januar 1983, 10.00 Uhr, Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Dienstag, den 22. Februar 1983, 10.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht in Michelstadt/Odw., Erbacher Str. 47, Saal 128.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Januar 1983 anzeigen.

**6120 Michelstadt,** 18. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 66

N 38/82 — **Beschluß:** Über das Vermögen der **Pi'ezo GmbH, 6101 Reichelsheim, Mühlstraße 1,** gesetzlich vertreten durch die alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer Maria Gerhard und Harald Gerhard, wird heute, am Sonnabend, dem 18. Dezember 1982, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da infolge Überschuldung Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist.

Konkursverwalter: Dr. Steinwald & Partner, Treuhandgesellschaft mbH, Steuerberatungsgesellschaft, 6128 Höchst/Odw., Bahnhofstraße 36, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Bodo Steinwald.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1983 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Dienstag, den 18. Januar 1983, 10.00 Uhr, Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Dienstag, den 1. März 1983, 10.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht in Michelstadt/Odw., Erbacher Str. 47, Saal 128.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Januar 1983 anzeigen.

**6120 Michelstadt,** 18. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 67

7 N 135/79: Das am 27. November 1979 eröffnete Konkursverfahren über den Nachlaß der am 1. 12. 1977 mit letztem Wohnsitz in Neu-Isenburg, Schönbornring Nr. 5, verstorbenen **Henriette Hedwig Julia Maximiliane Gabriele von Knobelsdorff-Brenkenhoff,** geb. 20. 4. 1939 in Berlin, wird gemäß § 204 KO mangels Masse **eingestellt.**

**6050 Offenbach am Main,** 15. 12. 1982

**Amtsgericht**

## 68

VN 1/82 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen der **Firma Walterscheid Verwaltungsgesellschaft mbH & Co KG Vertriebsgesellschaft, Gutenbergring 7, 6054 Rodgau 3,** vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Firma Walterscheid GmbH, 6054 Rodgau 3, Gutenbergring 7, diese vertreten durch den Geschäftsführer H. P. Walterscheid, ist am 23. Dezember 1982, 14.30 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Das allgemeine Veräußerungsverbot vom 4. November 1982 bleibt bestehen. Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Thomas Lanio, Kaiserstraße 73, 6050 Offenbach. Vergleichstermin am Donnerstag, dem 10. Februar 1983, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Seligenstadt, Giselastraße Nr. 1, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 1. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden (zweifach). Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen — und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen — sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

**6453 Seligenstadt,** 24. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 69

62 N 148/82 — **Beschluß:** Konkursantragsverfahren der **Zahntechnik Holzinger GmbH,** jetzt firmierend unter dem Namen **Dentes Werkstätte für Zahnprothetik, Wiesbaden, Bärenstraße 4,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Günther Holzinger, Wiesbaden, Alexandrastr. 4.

Infolge Abweisung des Konkursantrags werden die am 18. November 1982 angeordneten Sicherungsnaßnahmen **aufgehoben.** Das Amt des Sequesters ist beendet.

**6200 Wiesbaden,** 1. 12. 1982

**Amtsgericht, Abt. 62**

## 70

62 N 102/82 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der **Katharina Hartmann, 6200 Wiesbaden, Mittelheimer Str. 12,** wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf Mittwoch, den 3. Februar 1983, 9.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung evtl. nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 2 256,— DM, die zu erstattenden Auslagen werden auf 35,— DM festgesetzt.

**6200 Wiesbaden,** 3. 12. 1982

**Amtsgericht, Abt. 62**

## 71

62 N 177/82: Über den Nachlaß des am 18. Juni 1982 in Wiesbaden verstorbenen, zuletzt in Wiesbaden, Demminsweg 4, wohnhaft gewesenen Verlegers **Heinrich August Philipp Bartels** wird heute, am 16. Dezember 1982, 9.10 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Jürgen Reinemer, Wiesbaden, Bahnhofstraße 37.

Anmeldungen (doppelt) bis 4. Januar 1983.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 4. Januar 1983.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, dem 2. Februar 1983, 10.00 Uhr, Zimmer 243.

**6200 Wiesbaden,** 16. 12. 1982

**Amtsgericht, Abt. 62**

## 72

62 N 123/82 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren der **HKS Bau Bauträger GmbH, Wiesbaden,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Ottmar Schmidt, Eltville-Martinsthal, wird das am 6. Oktober 1982 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot **aufgehoben.** Der Konkursantrag ist mangels Masse abgewiesen.

**6200 Wiesbaden,** 20. 12. 1982 **Amtsgericht**

# Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

## 73

1 K 26/82: Das im Grundbuch von Volkmarsen, Band 120, Blatt 5638, eingetragene Grundstück

Gemarkung Volkmarsen, Flur 7, Flurstück 71/8, Bauplatz (Hof- und Gebäudefläche), Großer Stadtbruch, Größe 164,65 Ar,

soll am 2. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Max Farnow.

# ABONNIEREN STATT FOTOKOPIEREN

Zeitschriften-Beiträge sind mit Sachverstand und Sorgfalt aus dem großen Berg von Informationen ausgewählt, geschrieben, zusammengestellt . . .

. . . ergeben zielgerechte Informationen: Erfahrungen, die man kaufen kann. Denn uns liegt daran, daß Sie als Leser mit erweitertem Wissen und vermehrten Einsichten gut gerüstet sind.

Dies ist in Gefahr, wenn Zeitschriftenaufsätze kopiert werden!

Fotokopien werden nicht abonniert . . .

. . . und das bedeutet langfristig, daß Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Zeitschriften die wirtschaftliche Basis entzogen wird.

Und außerdem: Sie als Leser sollen immer ein komplettes Heft in die Hand bekommen, damit Ihr Wissen nicht einseitig wird . . .

. . . und damit IHRE ZEITSCHRIFT auch künftig für Sie da ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3548 Arolsen**, 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**74**

1 K 28/82: Das im Grundbuch von Rhoden, Band 73, Blatt 2176, eingetragene Grundstück

Gemarkung Rhoden, Flur 48, Flurstück Nr. 29, Hof- und Gebäudefläche, Wrexener Straße 26, Größe 7,80 Ar,

soll am 9. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elisabeth Elling.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3548 Arolsen**, 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**75**

6 K 56, 57/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Steinbach,

a) Band 109, Blatt 3674 (6 K 56/82): 16,8/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Steinbach,

Flur 2, Flurstück 220/7, Hof- und Gebäudefläche, Niederhöchstädter Straße 12, 14, 16, 18, 20, Größe 293,37 Ar,

Flurstück 239/3, Straße, Niederhöchstädter Straße, Größe 9,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Kelleranteil Nr. 244 des Aufteilungsplanes;

b) Band 109, Blatt 3675 (6 K 57/82): 21,2/10 000 Miteigentumsanteil an dem im Rechtssinn einheitlichen Grundstück der Gemarkung Steinbach,

Flur 2, Flurstück 220/7, Hof- und Gebäudefläche, Niederhöchstädter Straße 12, 14, 16, 18, 20, Größe 293,73 Ar,

Flurstück 239/3, Straße, Niederhöchstädter Straße, Größe 9,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Kelleranteil Nr. 245 des Aufteilungsplanes;

zu a) und b): das Miteigentum ist beschränkt durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen (Blätter 3431—3878) gehörenden Sondereigentumsrechte sowie in der Veräußerung mit bestimmten Ausnahmen,

soll am Mittwoch, dem 2. März 1983, 9.00 Uhr, Saal 2, 1. Obergeschoß, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10/12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 10. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bernd Rietzler, geb. 10. 3. 1942, Sonnenberger Str. 100, 6200 Wiesbaden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Wohnungseigentum zu a) auf 138 700,— DM,

für Wohnungseigentum zu b) auf 176 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6380 Bad Homburg v. d. Höhe**, 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**76**

K 18/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bad Schwalbach, Band 69, Blatt 2061, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Schwalbach, Flur 4, Flurstück 29, Bauplatz, Adolfsekker Weg, Größe 7,99 Ar,

soll am 6. Mai 1983, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bauingenieur Hans Joachim Küpper, 6228 Eltville.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 159 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6208 Bad Schwalbach**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**77**

K 62/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Hahn, Band 36, Blatt 1023, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hahn, Flur 3, Flurstück 69, Bauplatz, Egerstr. 3, Größe 3,53 Ar,

soll am 20. Mai 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Großhandelskaufmann Norbert Bendinger, Taunusstein 1.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 341 119,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6208 Bad Schwalbach**, 24. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**78**

4 K 56/81: Das im Grundbuch von Weidenhausen, Band 30, Blatt 1097, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Weidenhausen, Flur 9, Flurstück 85/1, Hof- und Gebäudefläche, Römershäuser Straße 21, Größe 11,82 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. März 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Nebengebäude Hainstr. 70, Zimmer 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2a) Josef Nusko, Former, geb. 1. März 1931, Gladenbach-Weidenhausen,

b) Lilli Nusko geb. Ortmüller, geb. am 14. April 1933, Gladenbach-Weidenhausen (Ehefrau des Miteigentümers zu 2a),

zu 2a) und b): — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 215 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3560 Biedenkopf**, 20. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**79**

61 K 86/81: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 36, Blatt 1585, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 14, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 4, Flurstück 500/10, Hof- und Gebäudefläche, Saalbaustraße 13, Größe 9,40 Ar,

soll am 14. April 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 9. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Otto Eugen Häuser, Handelsschuldirektor, Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 30. 11. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

---

**80**

61 K 63/82: Das im Grundbuch von Wixhausen, Band 27, Blatt 1609, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wixhausen, Flur Nr. 4, Flurstück 54, Hof- und Gebäudefläche, Trinkbornstraße 68, Größe 5,38 Ar,

soll am 28. März 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Elisabethe Kriemann geb. Breidert, Wixhausen, — zur Hälfte —,

b) Elisabethe Kriemann geb. Breidert, Wixhausen,

c) Friedel Schuchmann, daselbst,

zu b) und c) in Erbengemeinschaft, — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 15. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

---

**81**

61 K 91/82: Der im WE-Grundbuch von Messel, Band 53, Blatt 2044, eingetragene 3236/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Messel, Flur 9, Flurstück 413, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstr. 18, Größe 27,56 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 36 bezeichneten Wohnung im 3. Obergeschoß und dem dazugehörigen Kellerraum (Nr. 36 A des Aufteilungsplans),

soll am 21. März 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Josef Johannes Trines, Messel,

b) Karin Renate Trines geb. Eisele, daselbst,

— je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 15. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

---

**82**

61 K 169/81: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 133, Blatt 5092, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weiterstadt, Flur Nr. 3, Flurstück 741, Hof- und Gebäudefläche, Erlenweg 8, Größe 6,90 Ar,

soll am 13. April 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 12. 1981/16. 8. 1982 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Heinz Wolzenburg, Weiterstadt, — zur Hälfte —,

b) Wilma Wolzenburg geb. Brodrecht, daselbst, — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 17. 12. 1982 **Amtsgericht, Abt. 61**

**83**

61 K 105/82: Das im Grundbuch von Nieder-Ramstadt, Band 78, Blatt 3271, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 133, Hof- und Gebäudefläche, Waschenbacher Str. 3, Größe 2,96 Ar,

soll am 20. April 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiberstraße 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maria Schaffnit geb. Traub, Nieder-Ramstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 21. 12. 1982

**Amtsgericht, Abt. 61**

---

**84**

61 K 142/82: Das im Grundbuch von Arheilgen, Band 191, Blatt 7964, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Arheilgen, Flur 9, Flurstück 193/2, Hof- und Gebäudefläche, Dreieichweg 23, Größe 1,71 Ar,

soll am 14. März 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gerd Reiner Helfmann, kaufm. Angestellter, Darmstadt-Arheilgen,

b) dessen Ehefrau Elfriede Helfmann geb. Bayer, daselbst,

— je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt**, 8. 12. 1982

**Amtsgericht, Abt. 61**

---

**85**

31 K 26/82: Die im Grundbuch von Klein-Umstadt, Band 52, Blatt 2169, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Umstadt, Flur 3, Flurstück 396/16, Hof- und Gebäudefläche, Ringstr. 89 A, Größe 1,78 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Umstadt, Flur 3, Flurstück 396/10, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße, Größe 0,16 Ar,

lfd. Nr. 3 zu 1 und 2: ein Achtel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Klein-Umstadt, Flur 3, Flurstück Nr. 396/11, Wegefläche, Ringstraße, Größe 3,04 Ar,

sollen am Dienstag, dem 22. Februar 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Klaus Jürgen Wolfgang Heinrich, — zur Hälfte —,

b) Irene-Christine Heinrich geb. Kasper, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 1 auf | 196 000,— DM, |
| für lfd. Nr. 2 auf | 8000,— DM, |
| für lfd. Nr. 3 zu 1 und 2 auf | 6 000,— DM. |

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebotes als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6110 Dieburg**, 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

**86**

31 K 5/81: Das im Grundbuch von Harpertshausen, Band 13, Blatt 632, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harpertshausen, Flur 1, Flurstück 56, Ackerland, Am Kirchweg, Größe 21,20 Ar,

soll am Mittwoch, dem 23. Februar 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 3. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Margarete Maul,
2. Ingrid Bertz,
3. Maria Margarete Weitz,
4. Philipp Kämmerer,
5. Ludwig Kämmerer,
6. Marie Elisabethe Liller,
7. Anna Maria Kratz,
8. Irmgard Gunderloch,
9. Ferdinand Gunderloch,
10. Elisabeth Steets.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5 976,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. (0 60 71) 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6110 Dieburg**, 15. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**87**

8 K 42/82: Das im Grundbuch von Hirzenhain, Band 59, Blatt 1956, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Flur Nr. 12, Flurstück 132, Hof- und Gebäudefläche, Hofstraße 9, Größe 4,11 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. März 1983, 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Willi Becker, geb. am 21. 1. 1942,

b) Katharina Becker geb. Brucherseifer, geb. am 26. 7. 1955,

beide in Eschenburg-Hirzenhain — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 152 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6340 Dillenburg**, 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**88**

8 K 44/82: Die im Grundbuch von Sechshelden, Band 45, Blatt 1647, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sechshelden, Flur Nr. 5, Flurstück 252, Ackerland, In der Hartseite, Größe 14,35 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Sechshelden, Flur Nr. 15, Flurstück 74, Grünland, In der Winkelseite, Größe 6,95 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Sechshelden, Flur Nr. 19, Flurstück 91, Grünland, In der Au, Größe 9,03 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 23. März 1983, 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Emilie Binde, Hauptstr. 31, 6341 Sechshelden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 1 auf | 2 152,50 DM, |
| für lfd. Nr. 2 auf | 903,50 DM, |
| für lfd. Nr. 3 auf | 1 173,90 DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6340 Dillenburg**, 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

---

**89**

K 20/82: Die im Grundbuch von Unter-Scharbach, Band 7, Blatt 214, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Unter-Scharbach, Flur 1, Flurstück 90, Hof- und Gebäudefläche, Am sonnigen Hang 10, Größe 4,78 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Unter-Scharbach, Flur 1, Flurstück 89, Hof- und Gebäudefläche, Am sonnigen Hang 10, Größe 4,94 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 3. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Str. 15, Raum 8 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

William J. Percival, jetzt Manly Sydney, NSW, Australien.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— Deutsche Mark.

Die Grundstücke bilden eine wirtschaftliche Einheit.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6149 Fürth (Odw.)**, 17. 12. 1982

**Amtsgericht**

---

**90**

K 72/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Freigericht-Bernbach, Band 39, Blatt 1021,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 25, Grünland, Auf dem Lindenberg, Größe 21,79 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 15, Ackerland, Die neun Vierteil, Größe 27,33 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 154/1, Gartenland, Unter der Brücke, Größe 1,37 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 10, Flurstück 30, Ackerland, Die untersten Weisäcker, Größe 30,23 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 5, Flurstück 220/54, Ackerland, Auf dem Weinbersweg, Größe 14,83 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 225/63, Grünland, Auf'm Küppel, Größe 4,57 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 6, Flurstück 287/103, Gartenland, Untig dem Wüstenhäuser Weg, Größe 0,40 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 2, Flurstück 40/1, Hof- und Gebäudefläche, Altenmittlauer Str. 8, Größe 19,88 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Februar 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 8. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Johanna Auguste Kümpel geb. Damm, Altenmittlauer Str. 8, 6463 Freigericht-Bernbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 1 auf | 54 475,— DM, |
| für lfd. Nr. 2 auf | 10 392,— DM, |
| für lfd. Nr. 3 auf | 1 370,— DM, |
| für lfd. Nr. 4 auf | 12 092,— DM, |
| für lfd. Nr. 5 auf | 5 932,— DM, |
| für lfd. Nr. 6 auf | 1 371,— DM, |
| für lfd. Nr. 7 auf | 400,— DM, |
| für lfd. Nr. 8 auf | 207 160,— DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6460 Gelnhausen**, 16. 12. 1982 **Amtsgericht**

**91**

42 K 81/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Großen-Buseck, Band 118, Blatt 4791,

lfd. Nr. 1, Flur 19, Nr. 327, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße 83, Größe 6,69 Ar,

soll am Donnerstag, dem 7. April 1983, 14.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Brigitte Benner, geb. 7. 8. 1953, Bergstraße 83, Buseck-Großen-Buseck.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 400 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 8. 12. 1982 **Amtsgericht**

**92**

42 K 107/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Watzenborn-Steinberg, Band 114, Blatt 3980,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Nr. 353/2, Hof- und Gebäudefläche, Jenaer Str. 29, Größe 1,96 Ar,

soll am Donnerstag, dem 7. April 1983, 9.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 7. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Ernst-Bernd Thies, geb. 17. 5. 1944, Osnabrück.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 184 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 8. 12. 1982 **Amtsgericht**

**93**

42 K 67/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Allendorf/Lahn, Band 53, Blatt 1762,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 684, Hof- und Gebäudefläche, Hochstraße 14, Größe 5,75 Ar,

soll am Donnerstag, dem 7. April 1983, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 6. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Emma Theresia Müller geb. Dick, geb. 16. 3. 1926, Gießen-Allendorf, Hochstraße.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

**94**

42 K 173/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg, Band 126, Blatt Nr. 4401,

lfd. Nr. 2, Flur 35, Nr. 248, Bauplatz, Klingelgarten, Größe 11,92 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. April 1983, 14.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 1. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl Wilhelm Will, geb. 15. 4. 1946, Zeppelin-Allee 50, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 116 816,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

**95**

42 K 21/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Gießen, Band 413, Blatt 15 528, und zwar der halbe Miteigentumsanteil des Architekten Anton Dille an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 22, Nr. 263, Hof- und Gebäudefläche, Lilienweg 7, Größe 5,55 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. April 1983, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Architekt Anton Dille, Gießen, Lilienweg 7,

b) dessen Ehefrau Wally Dille geb. Rath, daselbst,

— je zur Hälfte —.

Der Wert des halben Miteigentumsanteils des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 225 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 21. 12. 1982 **Amtsgericht**

**96**

42 K 17/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Rödgen, Band 42, Blatt 1786,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 411, Hof- und Gebäudefläche, Rosengasse 23, Größe 8,68 Ar,

soll am Donnerstag, dem 10. März 1983, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude 6300 Gießen, Gutfleischstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Waltraud Körbächer geb. Dapper in Rödgen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 308 120,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 14. 12. 1982 **Amtsgericht**

**97**

42 K 98/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Mainzlar, Band 23, Blatt 1203,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Nr. 124/19, Hof- und Gebäudefläche, Hachborner Str. 26a, Größe 2,24 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 14.00 Uhr, Raum 208, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstr. 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 7. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Karl Kreß und Rosemarie Kreß geb. Bertram, Hachborner Str. 26a, 6301 Staufenberg-Mainzlar, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 206 960,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 6. 12. 1982 **Amtsgericht**

**98**

42 K 120/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Leihgestern, Band 119, Blatt 3728,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Nr. 685/3, Hof- und Gebäudefläche, Cottbuser Str. 5, Größe 6,41 Ar,

soll am Donnerstag, dem 31. März 1983, 11.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 10. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Elisabeth Claar, Cottbuser Str. 5, 6301 Linden-Leihgestern.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 325 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 19. 11. 1982 **Amtsgericht**

**99**

42 K 6/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kinzenbach, Band 72, Blatt 2578,

lfd. Nr. 2, Flur 17, Nr. 208, Hof- und Gebäudefläche, Blumenring 104, Größe 3,50 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Nr. 203, Bauplatz, Blumenring, Größe 0,58 Ar,

soll am Donnerstag, dem 24. März 1983, 14.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 5. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frau Vera Wagner, jetzt wohnhaft Frankenstr. 6, 6331 Braunfels-Bonbaden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 2 auf 237 730,— DM,

für lfd. Nr. 3 auf 5 220,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6300 Gießen,** 6. 12. 1982 **Amtsgericht**

**100**

24 K 28/81: Das im Grundbuch von Walldorf, Band 86, Blatt 3723, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Walldorf, Flur 8, Flurstück 133/2, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Kiefernweg 19, Größe 6,36 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. März 1983, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 5. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heltzel, Hermann Walter Siegfried, Flugkapitän, geb. am 1. 5. 1935, Mörfelden-Walldorf.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 420 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6080 Groß-Gerau,** 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

**101**

2 K 15/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hintermeilingen, Band 44, Blatt 1534,

lfd. Nr. 1, Flur 5, Flurstück 288/1, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße, Größe 8,52 Ar,
soll am 22. April 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hadamar, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 8. 7. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Anton Stenzel und Ursula geb. Giebel, Waldbrunn-Hintermeilingen, Kirchstr. 12, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 466 860,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6253 Hadamar, 7. 12. 1982 Amtsgericht**

## 102

2 K 11/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Mühlbach, Band Nr. 24, Blatt 807,
lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 48, Gartenland, Auf dem Ellargarten, Größe 2,00 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 17, Flurstück 60/3, Hof- und Gebäudefläche, Mainzer Str. 3, Größe 20,20 Ar,
soll am 25. März 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hadamar, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 21. 4. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Horst Keller und Elli Keller geb. Maaßen, 6251 Elbtal-Elbgrund, Mainzer Landstraße 3, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt
für lfd. Nr. 1 auf 500,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 265 040,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6253 Hadamar, 7. 12. 1982 Amtsgericht**

## 103

2 K 13/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Dorndorf, Band Nr. 32, Blatt 1129,
lfd. Nr. 1, Flur 32, Flurstück 173/61, Hof- und Gebäudefläche, Sandweg 1, Größe 3,34 Ar,
soll am 11. März 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hadamar, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 28. 4. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Alex Fischer, geb. am 31. 3. 1934, Blasiusstr. 1, 6255 Dornburg-Dorndorf.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 850,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6253 Hadamar, 7. 12. 1982 Amtsgericht**

## 104

2 K 19/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ellar, Band 34, Blatt 1180,
lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 226, Hof- und Gebäudefläche, Kleier Weg 14, Größe 15,03 Ar,
soll am 15. April 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hadamar, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 7. 7. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Hans Haas, 6251 Waldbrunn-Ellar, Kleier Weg 14, — zur Hälfte —.
Der Wert des halben Anteils des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 187 500,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6253 Hadamar, 9. 12. 1982 Amtsgericht**

## 105

42 K 144/81: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rodenbach, Band 133, Blatt 4764, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenbach, Flur Nr. 16, Flurstück 31/16, Hof- und Gebäudefläche, Rückinger Str. 33, Größe 3,44 Ar,
am 24. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer 161 B, versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 14. 12. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):
a) Reinhard Menge und
b) dessen Ehefrau Ingrid Menge geb. Obenhin,
— je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 277 830,— Deutsche Mark, für jede Grundstückshälfte somit auf 138 915,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6450 Hanau, 15. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 42**

## 106

42 K 85/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rückingen, Band 98, Blatt 2902, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 1, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 5, Flurstück 12/11, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Leipziger Str. 26 a, Größe 3,17 Ar,
am 15. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau am Main, Nußallee Nr. 17, Zimmer 161 B, versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 8. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
a) Oktay Faik Süarik und
b) Tülay Süarik geb. Erhanezer,
beide in 6455 Erlensee, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6450 Hanau, 23. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 42**

## 107

2 K 33/82: Das im Grundbuch von Rodenberg, Band 10, Blatt 234, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenberg, Flur 1, Flurstück 3/3, Hof- und Gebäudefläche, Vorm Hohenstein, Größe 6,32 Ar,
soll am 27. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westerwaldstr. 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 3. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Kurt Giessl und Helga geb. Pfeiffer in Greifenstein-Rodenberg, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 209 831,20 DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6348 Herborn, 16. 12. 1982 Amtsgericht**

## 108

K 26/81: Das im Grundbuch von Homberg/Efze, Bezirk Homberg, Band 107, Blatt 3193, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 3, Gemarkung Homberg, Flur 19, Flurstück 2/7, Hof- und Gebäudefläche, Die Knechtäcker, Größe 274,81 Ar,
soll am Freitag, dem 4. März 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg/Efze, Obertorstraße 9, Sitzungssaal 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 18. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Wolfgang Holst in Fritzlar.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß §§ 74a Abs. 5, 85 ZVG festgesetzt auf 3 700 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**3588 Homberg/Efze, 14. 12. 1982 Amtsgericht**

## 109

1 K 9/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wallrabenstein, Band 25, Blatt 810,
Flur 15, Flurstück 146, Hof- und Gebäudefläche, Am Stöbersberg, Größe 18,31 Ar,
soll am Freitag, dem 4. März 1983, 9.30 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Idstein, Gerichtsstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 19. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Manfred und Dagmar Klees, Unterer Stöbersberg 6, 6274 Hünstetten-Wallrabenstein, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 370 000,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**6270 Idstein, 15. 12. 1982 Amtsgericht**

## 110

64 K 175/82: Das im Grundbuch von Niederkaufungen, Band 76, Blatt 2617, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis
lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederkaufungen, Flur 15, Flurstück 33/23, Lieg.-B. 1407, Bauplatz, Industriestraße (angeblich Haus Nr. 22, bebaut mit einem Wohnhaus und einer Werkhalle), Größe 50,96 Ar,
soll am 22. Februar 1983, 14.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 8. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Walter Sturm, geb. 30. 7. 1941, 3504 Kaufungen.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG = 819 645,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
**3500 Kassel, 30. 11. 1982 Amtsgericht, Abt. 64**

## 111

64 K 51/82: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 150, Blatt 4196, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis
lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur D, Flurstück 743/212, Lieg.-B. 187, Hof- und Gebäudefläche, Schönfelder Str. Nr. 48, Größe 4,83 Ar,
soll am 27. April 1983, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 17. 5. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rölke, Lothar, geb. 11. 5. 1942, Kassel.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG = 572 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 16. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 64**

## 112

64 K 263/81: Die im Grundbuch von Bergshausen, Band 61, Blatt 1783, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an dem Grundstück, Bestandsverzeichnis
lfd. Nr. 2, Gemarkung Bergshausen, Flur 1, Flurstück 218/3, Lieg.-B. 1228, Hof- und Gebäudefläche, Steinbreite 55, Größe 5,01 Ar,
sollen am 19. April 1983, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 22. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Helmut Kindling, Steinbreite 55, 3501 Fuldabrück 1,
b) Doris Kindling geb. Höflich, Reichenaustraße 2, 6483 Bad Soden-Salmünster.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG = 235 878,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 9. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 64**

## 113

64 K 7/82: Die im Grundbuch von Vollmarshausen, Band 34, Blatt 1027, eingetragenen Grundstücke
lfd. Nr. 5, Gemarkung Vollmarshausen, Flur 9, Flurstück 20/26, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 19, Größe 3,52 Ar, Flurstück 20/46, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 19, Größe 0,91 Ar,
lfd. Nr. 6, Gemarkung Vollmarshausen, Flur 9, Flurstück 20/43, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 19, Größe 1,83 Ar,
sollen am 29. März 1983, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Raum 083, Untergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 18. 2. bzw. 24. 6. 1982 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):
Egon Sontag, geb. 25. 2. 1928, Lohfelden.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG = 792 935,94 DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 8. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 64**

## 114

64 K 164/82: Das im Grundbuch von Bergshausen, Band 32, Blatt 959, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 4, Gemarkung Bergshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 139, Lieg.-B. 817, Hof- und Gebäudefläche, Taunusweg 4, Größe 6,64 Ar,
soll am 10. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Raum 083 (Untergeschoß), Frankfurter Straße 9, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 26. 5. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Kurt Schäfer, Fuldabrück, geb. 13. 12. 1944.
Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG = 279 108,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 7. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 64**

## 115

9 K 1/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Vockenhausen, Band 39, Blatt 1249,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Vockenhausen, Flur 4, Flurstück 226/67, Wald (Holzung), Steinberg, Größe 13,85 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Vockenhausen, Flur 4, Flurstück 228/68, Grünland (Obstb.), Steinberg, Größe 4,52 Ar,
soll am Dienstag, dem 19. April 1983, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 6 (Luxemburgisches Schloß), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 7. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Thomas Diefenbach,
b) Klaus-Dieter Ludwig,
— je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 1 auf | 8 310,— DM, |
| für lfd. Nr. 2 auf | 4 520,— DM, |
| insgesamt auf | 12 830,— DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6240 Königstein im Taunus, 20. 12. 1982 Amtsgericht, Abt. 9**

## 116

1 K 11/82: Die im Grundbuch von Willingen, Band 31, Blatt 685, eingetragene ideelle Grundstückshälfte des Kaufmanns Peter Vekens in Willingen an dem Grundstück
lfd. Nr. 3, Gemarkung Willingen, Flur 2, Flurstück 66/3, Hof- und Gebäudefläche, Ackerland, In den Kämpen 3, Größe 24,98 Ar,
soll am Freitag, dem 25. Februar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 6. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
1. Kaufmann Peter Vekens in 3542 Willingen (Upland), Zur Hoppecke 2,
2. Kaufmann Werner Vekens in 7730 Villingen/Schwarzw., Waldstr. 16,
— je zur Hälfte —.
Der Wert der ideellen Grundstückshälfte ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 248 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3540 Korbach, 20. 12. 1982 Amtsgericht**

## 117

K 29/81: Das im Grundbuch von Unter-Seibertenrod, Band 10, Blatt 412, eingetragene Grundstück der Gemarkung Unter-Seibertenrod,
lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 93, Hof- und Gebäudefläche, Im Wolfsgarten, Größe 10,27 Ar, Wert: 229 448,— DM,
soll am Mittwoch, dem 15. Juni 1983, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach (Hessen), Königsberger Str. 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Erwin Stock und Ehefrau Christine Stock geb. Schindler, Hamm (Westf.), jetzt Unter-Seibertenrod, — je zur Hälfte —.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 13. 12. 1982 Amtsgericht**

## 118

K 30/81: Das im Grundbuch von Unter-Seibertenrod, Band 10, Blatt 412, eingetragene Grundstück der Gemarkung Unter-Seibertenrod,
lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 93, Hof- und Gebäudefläche, Im Wolfsgarten, Größe 10,27 Ar, Wert: 229 448,— DM,
soll am Mittwoch, dem 15. Juni 1983, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach (Hessen), Königsberger Str. 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Erwin Stock und Ehefrau Christine Stock geb. Schindler, Hamm (Westf.), jetzt Unter-Seibertenrod, — je zur Hälfte —.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 13. 12. 1982 Amtsgericht**

## 119

K 29/82: Die im Grundbuch von Nösberts-Weidmoos, Band 2, Blatt 43, eingetragenen Grundstücke
lfd. Nr. 5, Flur 1, Nr. 2/1, Grünland, Sauerwiesen, Größe 79,35 Ar, Wert: 3 570,— Deutsche Mark,
lfd. Nr. 6, Flur 1, Nr. 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 5, Größe 16,71 Ar, Wert: 150 000,— DM,
sollen am Mittwoch, dem 22. Juni 1983, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach (Hessen), Königsberger Str. 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 31. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Ingrid Hermann geb. Schmidt, Friseuse, geb. 20. 4. 1951, Schlitz, Breslauer Str. 14.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 21. 12. 1982 Amtsgericht**

## 120

K 27/79: Zwangsversteigerungsverfahren Karl Willy und Ingeborg Eisenhauer, 6128 Höchst. Das am 17. März 1983, 13.30 Uhr, zur Versteigerung anstehende Grundstück Gemarkung Höchst, Flur 1, Nr. 356/2, Gebäude- und Freifläche, Größe 1,39 Ar, hat die Lagebezeichnung **Centallmenweg 1.**

**6120 Michelstadt, 22. 12. 1982 Amtsgericht**

## 121

1 K 45/82: Das im Grundbuch von Rainrod, Bezirk Nidda, Band 31, Blatt 1336, eingetragene Grundstück
Gemarkung Rainrod, Flur 4, Flurstück Nr. 180/8, Hof- und Gebäudefläche, Alter Weg 2, Größe 10,79 Ar, (halber Miteigentumsanteil),
soll am Donnerstag, dem 10. März 1983, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Schloßgasse Nr. 23, Nidda 1, Raum 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 25. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
2a) Georgi, Heinz Alwin Rudolf, Schotten 15, — zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes beträgt gemäß § 74a Abs. 5 ZVG 91 000,— DM für diesen halben Miteigentumsanteil.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6478 Nidda, 15. 12. 1982 Amtsgericht**

**122**

7 K 84/82: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Dietzenbach, Band 239, Blatt 8431, eingetragene 1,8981 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur Nr. 11, Flurstück 380/3, LB 4418, Hof- und Gebäudefläche, Starkenburgring 8, 10, Größe 16,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 31 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 2. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Michael Hermann Grosch, Dietzenbach.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 58 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main**, 20. 12. 1982

**Amtsgericht**

**123**

7 K 108/82: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rumpenheim, Band 85, Blatt 2887, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 15, Gemarkung Rumpenheim, Flur 14, Flurstück 32/2, Ackerland, Die Klingenwiese, Größe 384,54 Ar,

am 1. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl-Heinz Reese, in Konkurs. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Rolf Mechler in Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 385 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main**, 13. 12. 1982

**Amtsgericht**

**124**

7 K 152/82: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Dietzenbach, Band 295, Blatt 10 084, eingetragene 80/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 12, Flurstück 383/5, LB 4723, Hof- und Gebäudefläche, Römerstr. 2, 2 A, Größe 73,27 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 132 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Moniag, dem 7. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karin Finzelberg geb. Süling (ehemals: Sanner), Buxtehude.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 135 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main**, 20. 12. 1982

**Amtsgericht**

**125**

7 K 159/80, 7 K 160/80, 7 K 161/80, 7 K 162/80: Durch Zwangsvollstreckung sollen folgende in dem Wohnungserbbaugrundbuch von Dietzenbach, Band 254, eingetragene Miteigentumsanteile an dem Erbbaurecht an dem Grundstück

Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Flurstück 332/1, LB 4044, Hof- und Gebäudefläche, Starkenburgring 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, Größe 554,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum gemäß Aufteilungsplan an den nachstehenden Räumlichkeiten und beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte, wobei die Werte der Wohnungserbbaurechte gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf die nachstehend aufgeführten Beträge festgesetzt sind,

am 28. Februar 1983, 9.00 Uhr, durch das Amtsgericht Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Wohnungserbbauberechtigter am 31. 7. 1980 bzw. 30. 7. 1980 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Kaufmann Josef Brambring, Köln.

Blatt 8857: 94,07/100 000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 257, Wert: 85 000,— Deutsche Mark;

Blatt 8858: 86,27/100 000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 258, Wert: 75 000,— Deutsche Mark;

Blatt 8873: 94,07/100 000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 273, Wert: 85 000,— Deutsche Mark;

Blatt 8874: 86,27/100 000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 274, Wert: 75 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main**, 20. 12. 1982

**Amtsgericht**

**126**

K 2/82 — **Beschluß**: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Rotenburg a. d. Fulda,

a) Band 125, Blatt 4305,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rotenburg, Flur Nr. 26, Flurstück 120/7, Hof- und Gebäudefläche, Am unteren Höberück, Größe 0,32 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Rotenburg, Flur Nr. 26, Flurstück 120/11, Hof- und Gebäudefläche, Am unteren Höberück, Flurstück 120/16, Größe 1,76 Ar,

— je zur Hälfte —,

b) Band 125, Blatt 4302,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rotenburg, Flur Nr. 26, Flurstück 120/2, Bauplatz, Die Schindlauchwiesen, Größe 0,19 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rotenburg, Flur Nr. 26, Flurstück 120/15, Bauplatz, Schindlauchwiesenweg, Größe 3,94 Ar,

— je zu zwei Vierundzwanzigstel —,

soll am Freitag, dem 11. März 1983, 11.00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude 6442 Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 2. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Dachdecker Viktor Furchert,
2. Ehefrau Minna Furchert,

beide wohnhaft Am Unteren Höberück Nr. 17d, 6442 Rotenburg a. d. Fulda.


# Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Rohwer-Kahlmann

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an!

**Verlag Chmielorz GmbH & Co**

**Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden**

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt
Blatt 4305
für lfd. Nr. 1 auf 15 000,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf 215 500,— DM,
Blatt 4302
für lfd. Nr. 1 auf 500,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 2 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda,** 10. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 127

K 13/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz — zur Hälfte des Schuldners —, eingetragen im Grundbuch von Bosserode, Band 18, Blatt 270,
lfd. Nr. 3, Gemarkung Bosserode, Flur Nr. 10, Flurstück 11/1, Ackerland, Beim mittelsten Wege, Größe 62,02 Ar,
lfd. Nr. 4, Gemarkung Bosserode, Flur Nr. 10, Flurstück 11/2, Ackerland, Beim mittelsten Wege, Größe 59,02 Ar,
soll am Freitag, dem 18. März 1983, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, Erdgeschoß, Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 15. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Schreinermeister Richard Wagner in Wildeck-Bosserode, Neue Straße 32, — zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt
für lfd. Nr. 3 auf 3 101,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf 2 951,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda,** 10. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 128

K 21/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bebra, Band 100, Blatt 3271, Bestandsverzeichnis
lfd. Nr. 1, Gemarkung Bebra, Flur 4, Flurstück 130/20, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Leuschner-Str. 15, Größe 3,10 Ar,
soll am Freitag, dem 18. Februar 1983, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, Rotenburg a. d. Fulda, Großer Sitzungssaal, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 3. 7. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Bäcker Dieter Grimmer, geb. am 25. 5. 1943,
b) Ehefrau Renate Grimmer geb. Jäger, geb. am 20. 3. 1948,
zu a) und b) wohnhaft: Wilhelm-Leuschner-Str. 15, 6440 Bebra 1, jetzt: Landgraf-Philipp-Str. 33 in 3578 Ziegenhain, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 208 000,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda,** 14. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 129

K 11/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 115, Blatt 4414, 1543/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Nieder-Roden,
Flur 8, Flurstück 1446/2, Hof- und Gebäudefläche, Seestraße 22, 24, 26, Größe 26,19 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Seestraße 24, III. Obergeschoß links hinten; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,
soll am Donnerstag, dem 17. Februar 1983, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 26. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Dieter Herbert Freike, Pfungstädter Str. Nr. 78, 6103 Griesheim.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf 33 000,— DM festgesetzt.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6453 Seligenstadt,** 20. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 130

K 12/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 115, Blatt 4405, 1968/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Nieder-Roden
Flur 8, Flurstück 1446/2, Hof- und Gebäudefläche, Seestraße 22, 24 und 26, Größe 26,19 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Seestraße 24, I. Obergeschoß links vorne; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,
soll am Montag, dem 28. Februar 1983, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 12. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Bill Johannes Eduard Böhnlein, 6054 Rodgau 3.
Über sein Vermögen ist das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Siebicke, Lausitzer Straße Nr. 16, 6054 Rodgau 6.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 500,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6453 Seligenstadt,** 23. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 131

K 13/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 115, Blatt 4406, 1968/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Nieder-Roden
Flur 8, Flurstück 1446/2, Hof- und Gebäudefläche, Seestraße 22, 24 und 26, Größe 26,19 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Seestraße 24, I. Obergeschoß links hinten; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,
soll am Montag, dem 28. Februar 1983, 9.20 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 12. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Bill Johannes Eduard Böhnlein, 6054 Rodgau 3.
Über sein Vermögen ist das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Siebicke, Lausitzer Straße Nr. 16, 6054 Rodgau 6.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 43 000,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6453 Seligenstadt,** 23. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 132

2 K 5/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wehrheim, Band 91, Blatt 3034, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 72, Flurstück 98/4, Hof- und Gebäudefläche, Lahnstraße 9, Größe 5,06 Ar,
Flur 72, Flurstück 99/2, Hof- und Gebäudefläche, Lahnstraße 7, Größe 0,16 Ar,
Flur 72, Flurstück 179/3, Straße, Rheinstraße, Größe 0,31 Ar,
soll am Dienstag, dem 22. März 1983, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Str. 2, Zimmer 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 1. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Heinz Helgers und Christel Helgers geb. Budenz, in Wehrheim, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 380 100,— Deutsche Mark.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6390 Usingen,** 13. 12. 1982 **Amtsgericht**

## 133

2 K 34/82 — **Beschluß:** Folgende halbe Grundstücksanteile an den im Grundbuch von Arnoldshain, Band 15, Blatt 595, eingetragenen Grundstücken
lfd. Nr. 1, Gemarkung Arnoldshain, Flur Nr. 9, Flurstück 91, Hof- und Gebäudefläche, Am Lanzenboden 36, Größe 10,33 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Arnoldshain, Flur Nr. 9, Flurstück 90, Hof- und Gebäudefläche, Am Lanzenboden 36, Größe 10,25 Ar,
sollen am Dienstag, dem 1. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Str. 2, Zimmer 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 27. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Firma Land & Bau AG, Basel, jetzt: Gerhard Hagemann, Frankfurt am Main, verstorben am 25. 8. 1980.
Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:
für lfd. Nr. 1 auf 61 480,— DM,
für den halben Grundstücksanteil,
für lfd. Nr. 2 auf 41 000,— DM,
für den halben Grundstücksanteil.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6390 Usingen,** 26. 11. 1982 **Amtsgericht**

## 134

2 K 18/82 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Rod an der Weil, Band 21, Blatt 716, eingetragenen Grundstücke
lfd. Nr. 16, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 30, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 58,51 Ar,
lfd. Nr. 17, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 37, Stausee, Eichelbacher Grund (k. fl. Gew. III), Größe 8,57 Ar,
lfd. Nr. 18, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 35, Hof- und Gebäudefläche, Eichelbacher Hof, Größe 42,47 Ar,
lfd. Nr. 19, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 36, Hof- und Gebäude-

fläche, Ackerland, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 188,53 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 2, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 203,92 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 32, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 20,62 Ar,

lfd. Nr. 22, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 40, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 159,90 Ar,

lfd. Nr. 23, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 3, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 64,16 Ar,

lfd. Nr. 24, Gemarkung Rod an der Weil, Flur 12, Flurstück 33, Grünland, Eichelbacher Grund, Größe 31,81 Ar,

und folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Cratzenbach, Band 6, Blatt 186,

lfd. Nr. 61, Gemarkung Cratzenbach, Flur 5, Flurstück 2, Ackerland,Altkratzenbach, Größe 195,97 Ar,

lfd. Nr. 62, Gemarkung Kratzenbach, Flur 5, Flurstück 2, Ackerland, Altkratzenbach, Größe 129,69 Ar,

lfd. Nr. 63, Gemarkung Cratzenbach, Flur 5, Flurstück 22, Ackerland, Jägeräcker, Größe 92,01 Ar,

lfd. Nr. 66, Gemarkung Cratzenbach, Flur 1, Flurstück 37, Acker, Grünland, Birkelsheck, Größe 18,29 Ar,

lfd. Nr. 67, Gemarkung Cratzenbach, Flur 5, Flurstück 45/4, Grünland, Rennwolf, Größe 115,60 Ar, Holzung, Rennwolf, Größe 12,10 Ar,

sollen am Dienstag, dem 15. März 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Str. 2, Zimmer 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 5. 1982 (Tad des Versteigerungsvermerks):

Verena Jungermann geb. Hildebrand, 6100 Darmstadt-Eberstadt, Mühltalstr. 55.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

Grundbuch von Rod an der Weil, Blatt Nr. 716:

| | |
|---|---|
| lfd. Nr. 16 auf | 10 500,— DM, |
| lfd. Nr. 17 auf | 10 200,— DM, |
| lfd. Nr. 18 auf | 460 000,— DM, |
| lfd. Nr. 19 auf | 33 500,— DM, |
| lfd. Nr. 20 auf | 36 500,— DM, |
| lfd. Nr. 21 auf | 3 700,— DM, |
| lfd. Nr. 22 auf | 28 500,— DM, |
| lfd. Nr. 23 auf | 11 500,— DM, |
| lfd. Nr. 24 auf | 5 700,— DM, |

Grundbuch von Cratzenbach, Blatt 186:

| | |
|---|---|
| lfd. Nr. 61 auf | 37 000,— DM, |
| lfd. Nr. 62 auf | 24 500,— DM, |
| lfd. Nr. 63 auf | 17 400,— DM, |
| lfd. Nr. 66 auf | 3 600,— DM, |
| lfd. Nr. 67 auf | 22 900,— DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6390 Usingen, 14. 12. 1982** **Amtsgericht**

## 135

3 K 16/82: Das im Grundbuch von Werdorf, Band 67, Blatt 2808, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Werdorf, Flur 8, Flurstück 4877/1236, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 105 (jetzt: Bachstraße 58), Größe 3,55 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Februar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Helmut Görzel und Anita Görzel geb. Brandenburger in Asslar-Werdorf, Bachstraße 58, — je zur Hälfte —.

**Beschluß:** Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzungen vom 14. 12. 1980 und 13. 7. 1982 auf 85 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6330 Wetzlar, 13. 12. 1982** **Amtsgericht**

## 136

61 K 14/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Erbenheim, Blatt 3092, eingetragene Grundstück der Gemarkung Erbenheim,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 369/1, Hof- und Gebäudefläche, Lilienthalstraße 4, Größe 5,23 Ar,

soll am Dienstag, dem 1. März 1983, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer: Wolfgang Süße, Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 15. 12. 1982**

**Amtsgericht, Abt. 61**

## 137

2 K 26/80 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ehlen, Band 41, Blatt 1791, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ehlen, Flur 17, Flurstück 133/2, Hof- und Gebäudefläche, Lerchenweg 4, Größe 15,50 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Ehlen, Flur 17, Flurstück 133/3, Hof- und Gebäudefläche, Lerchenweg 4, Größe 1,03 Ar,

soll am Montag, dem 14. März 1983, 10.00 Uhr, Raum 13, 1. OG, im Gerichtsgebäude Gerichtsstr. 5, 3549 Wolfhagen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden (zweiter Termin im Sinne des § 74a Abs. 1, 2 ZVG).

Eingetragene Eigentümer am a) 17. 7. 1980 bzw. b) 9. 3. 1981 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):

a) Gudrun Schmidt geb. Lehner, Lerchenweg 4, Habichtswald-Ehlen,

b) Dieter (Kurt) Schmidt, Frankenstraße 193, 8700 Würzburg,

— je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 3 auf | 346 000,— DM, |
| für lfd. Nr. 4 auf | 4 000,— DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3549 Wolfhagen, 17. 12. 1982** **Amtsgericht**

## 138

K 13/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Naumburg, Band 75, Blatt 2314, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Naumburg, Flur Nr. 17, Flurstück 8, Hof- und Gebäudefläche, Postgasse 6, Größe 0,81 Ar,

soll am Montag, dem 14. März 1983, 8.00 Uhr, Raum 13, 1. OG, im Gerichtsgebäude Gerichtsstr. 5, 3549 Wolfhagen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Manfred Hohenhaus, Mühlhäuser Str. 21, 3587 Borken-Lendorf.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 38 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3549 Wolfhagen, 15. 12. 1982** **Amtsgericht**

## 139

K 46/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Altenstädt, Band 32, Blatt 977, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Altenstädt, Flur Nr. 16, Flurstück 138, Hof- und Gebäudefläche, An der Hardt, Größe 3,48 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Altenstädt, Flur Nr. 16, Flurstück 140/1, Hof- und Gebäudefläche, An der Hardt 5, Größe 13,48 Ar,

soll am Montag, dem 14. März 1983, 14.15 Uhr, Raum 13, 1. OG, im Gerichtsgebäude Gerichtsstr. 5, 3549 Wolfhagen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 9. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Johannes Grede, An der Hardt 5, 3501 Naumburg-Altenstädt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

| | |
|---|---|
| für lfd. Nr. 1 auf | 42 000,— DM, |
| für lfd. Nr. 2 auf | 458 000,— DM. |

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

**3549 Wolfhagen, 22. 12. 1982** **Amtsgericht**

# Andere Behörden und Körperschaften

## Jahresrechnung des Zweckverbandes „Oberhessische Versorgungsbetriebe" (ZOV), Friedberg (Hessen)

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Buchst. d) und e) der Verbandssatzung i. V. m. § 114 der Hessischen Gemeindeordnung hat die Verbandsversammlung des ZOV am 10. Dezember 1982 die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1981 beschlossen und zugleich dem Verbandsvorstand Entlastung erteilt.

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß § 6 (1) d) und e) ZOV-Satzung i. V. m. § 114 (1) HGO wird die vom Verbandsvorstand am 15. Juni 1982 festgestellte und vom Rechnungsprüfungsamt des Wetteraukreises geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1981 genehmigt; den Mitgliedern des Verbandsvorstandes wird für das Haushaltsjahr 1981 Entlastung erteilt."

Die Jahresrechnung 1981 liegt zur Einsichtnahme vom 5.—13. Januar 1983 am Sitz des Zweckverbandes „Oberhessische Versorgungsbetriebe", Friedberg (Hessen), Hanauer Straße 9—13, Zimmer 318, während der Dienststunden öffentlich aus.

**6360 Friedberg (Hessen), 21. Dezember 1982**

**Zweckverband**
**Oberhessische Versorgungsbetriebe**
gez. Martin
Geschäftsführer

## Stellenausschreibungen

**In der Gemeinde Langgöns, Landkreis Gießen,**
ist die Stelle des

# hauptamtlichen Bürgermeisters

zum 1. Juni 1983 neu zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung richtet sich nach dem Bundesbesoldungsgesetz in Verbindung mit der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung (A 16).

Die Gemeinde Langgöns wurde zum 1. Januar 1977 aus den jetzigen Ortsteilen Lang-Göns, Dornholzhausen, Niederkleen, Oberkleen, Cleeberg und Espa gebildet und hat zur Zeit etwa 10 500 Einwohner. Aufgrund der Lage im Städtedreieck Gießen, Wetzlar, Butzbach bestehen gute Verkehrsanbindungen. Langgöns ist eine Wohngemeinde mit Fremdenverkehr und landwirtschaftlicher Struktur sowie mit mittelständischer Industrie und Gewerbebetrieben. Eine gute Infrastruktur ermöglicht weitere Industrie- und Gewerbeansiedlungen.

In Langgöns befinden sich eine Grundschule, 6 Kindergärten, 4 Bürgerhäuser, 2 Sporthallen sowie weitere Sport- und Freizeiteinrichtungen. Langgöns zeichnet sich durch ein lebendiges Vereins- und Kulturleben aus.

Als Bewerber kommen einsatzfreudige Persönlichkeiten in Betracht, die umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung und die für das Amt erforderliche fachliche und persönliche Eignung besitzen.

Bewerbungen sind bis spätestens 31. Januar 1983 mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und etwaigen Referenzen unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl" in verschlossenem Umschlag zu richten an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses**
**Herrn Klaus Ulm**
**Am Dornbusch 2, 6306 Langgöns.**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

**6306 Langgöns,** 20. Dezember 1982

**Der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses der Gemeinde Langgöns**
Klaus Ulm

STAATSANZEIGER

**Öffentlicher Anzeiger für das Land Hessen**

- Anfragen
- Rückfragen
- Reklamationen

**0 61 22/60 71**
**Apparat 99**

Adressenfeld

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Buch- u. Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

**Bei der Kreisstadt Groß-Gerau**
**(22 000 Einwohner)**
ist die Stelle des

# hauptamtlichen Bürgermeisters

zum 12. Juli 1983 neu zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung richtet sich nach der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung (HKomBesV) vom 20. September 1979 i. d. F. vom 4. November 1980 und weist die Besoldungsgruppe B 3 aus.

Gesucht wird eine verantwortungsfreudige, zielstrebige und dynamische Persönlichkeit mit umfangreichen kommunalpolitischen Erfahrungen und den für das Amt erforderlichen fachlichen und menschlichen Voraussetzungen.

Groß-Gerau liegt inmitten des Rhein-Main-Industriegebietes mit sehr guten Verkehrsbedingungen. Über ihre zentrale Lage hinaus verfügt die Stadt über verschiedene reizvolle Naherholungsgebiete.

Als Mittelzentrum verfügt Groß-Gerau über zahlreiche öffentliche Einrichtungen. Es sind beispielsweise außer Grundschulen, zwei integrierte Gesamtschulen (Kl. 5—10), eine gymnasiale Oberstufe, Berufsfachschulen und Fachoberschulen sowie eine Sonderschule vorhanden.

Zahlreiche mittlere Industrie- und Gewerbebetriebe verschiedener Wirtschaftszweige mit zum Teil überregionaler Bedeutung sind eine solide Grundlage für die weitere kommunale Entwicklung.

Groß-Gerau pflegt aktiv den Europagedanken und ist verschwistert mit den Städten Brignoles (Frankreich), Bruneck (Italien) und Tielt (Belgien).

Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und etwaigen Referenzen müssen bis 3. Februar 1983, 10.00 Uhr, in verschlossenem Umschlag mit dem Kennwort „Bürgermeisterwahl" eingegangen sein bei dem Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

**Herrn Werner Auer**
**Büro des Stadtverordnetenvorstehers**
**Am Marktplatz 1, 6080 Groß-Gerau.**

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

**6080 Groß-Gerau,** 21. Dezember 1982

**Der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses**
Werner Auer

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: halbjährlich 5,20 DM (einschließlich Porto und 6,5 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von 6 Monaten zum 30. 6. und 31. 12. Der Preis von Einzelstücken beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandspesen und 6,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den „Öffentlicher Anzeiger": Kurt Hummel. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstr. 42, 6200 Wiesbaden. Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlicher Anzeiger" zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, Apparat 99, Fernschreiber: 4 186 645. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. — Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis. **Der Umfang der Ausgabe Nr. 1 vom 3. Januar 1983 beträgt 72 Seiten.**